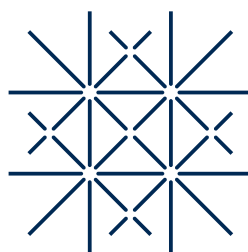


Universität Basel

Jahresbericht 1998



UNI
BASEL

Inhalt

Dank und Anerkennung des Präsidenten	4
Vorwort des Rektors	6
Lehre	10
Studierende	14
Chancengleichheit	22
Nachwuchsförderung	23
Forschung	28
Wissens- und Technologietransfer	59
Bewilligte Forschungsmittel	60
Universitätsrat	66
Rektorat, Planungskommission	68
Fakultäten, Interdisziplinäre Einrichtungen	76
Verwaltung, Dienstleistung	82
Jahresrechnung 1998	88
Lehrkörper	110
Studienabschlüsse 1998	136

Impressum

Jahresbericht 1998 der Universität Basel
Redaktion: Dr.phil. Beat Münch
Grossfotos: Kurt Wyss, Photograph
Gestaltung: Saumer & Zürcher, Graphic Design, Basel
Fotolithos: M^C HighEnd, Basel
Druck: Kreis Druck AG, Basel
gedruckt auf Papier aus 50% Recyclingfasern
und 50% Zellstoff
Copyright: Universität Basel 1999



Dank und Anerkennung ...

... an die Adresse aller auszusprechen, die sich im Berichts-jahr 1998 engagiert und treu, sichtbar und öfter noch im Stillen, der Arbeit in und an unserer Basler Universität gewidmet haben, ist mir ein Bedürfnis. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein oberstes Aufsichts- und Entscheidungsgremium wie der Universitätsrat oft nur dann wahrgenommen wird, wenn es fordert, bestimmt oder kritisiert. Darum steht in diesem Bericht der Dank an die Bekannten und die Unbekannten, aus denen die Universität ja recht eigentlich besteht, mit Absicht und hervorgehoben an erster Stelle. Dieser Dank mag auch davon zeugen, dass der Universitätsrat sehr wohl weiss, dass neben all den grossen und kleinen konkreten Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die das Gesetz ihm übertragen hat, die vielleicht wichtigste Herausforderung darin besteht, zu Arbeitsbedingungen, zu Strukturen, zu einem Klima beizutragen, das von Motivation, Leistungsbereitschaft und respektvoller Zusammenarbeit gekennzeichnet ist.

Dem Dank an die Universitätsangehörigen schliesst sich derjenige an die politischen Behörden und die Verwaltungen beider Basel an. Die Zusammenarbeit mit ihnen ist eng, freundschaftlich und wirksam. Von den Medien wird die Universität aufmerksam, doch mit viel Wohlwollen und Verständnis verfolgt. Und immer wieder dürfen Universitätsrat und Rektorat von grosszügigen Legaten zugunsten der Alma Mater Kenntnis nehmen.

Nachdem der Reiz der neuen Situation und Strukturen als Folge der Gesetzesrevision von 1995 abgeklungen war, und nachdem die Diskussionen um die im Herbst 1997 publizierten Zielsetzungen der mittelfristigen Ausrichtung „Die Universität Basel auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“ beendet waren, begann die schwierige Aufgabe der Verwirklichung ... Nun erst zeigten sich – was natürlich ist – manche Gegensätze, Widersprüche, Schwierigkeiten, die das Papier noch geduldig ertragen hatte. Neben den Projekten der Forschung und den Pensen der Lehre galt es nun, Selbstverwaltungsaufgaben und Einzelschritte der Reformarbeiten zu bewältigen. An sehr vielen Orten war die Arbeitslast enorm, vielleicht an der Grenze. Mancher Termin war wohl zu ehrgeizig, doch darf – mit allem Respekt – auch die Beobachtung nicht verschwiegen werden, dass der eine oder andere Umweg nicht unbedingt nötig gewesen wäre. Doch auch wenn diese Beobachtung stimmt, so gilt es doch auch deutlich festzuhalten, dass die Idee der Selbstverwaltung grosse Ansprüche stellt. Vieles muss noch eingeübt oder sogar erst erlernt werden, vor dem Drang zur Perfektion muss man sich auch innerhalb der Alma Mater hüten, und – trotz beschränkter Mittel sei dies gesagt – ohne ein Minimum an Mitteln geht es nicht.

Drei Dinge möchte ich aus der Sicht des Universitätsrats als besonders erfreulich und ermutigend hervorheben:

Jetzt, zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts, wo manches fertig gestellt werden konnte, was am Jahresende noch nicht ganz abgeschlossen gewesen war, wird erst richtig deutlich, wie vieles in dieser Universität 1998 bearbeitet, neu erdacht, eingeleitet worden ist: Berufungen, Neukonzipierung von Fächern und von Studiengängen, Studien- und Prüfungsordnungen, Infrastrukturen.

Wieder ist es möglich gewesen, mit den nicht reichlich bemessenen öffentlichen Mitteln einigermaßen auszukommen, auch wenn die Aufgabe von Jahr zu Jahr schwieriger wird, wie die diesjährige Rechnung zeigt. Als besonders segensreich erweist sich immer mehr der vom Kanton Basel-Landschaft ins Leben gerufene Erneuerungsfonds: Er ermöglicht es dem Universitätsrat, ausserhalb der engen und weitgehend gebundenen ordentlichen Betriebsbudgets rasch und entschieden Initiativen zu unterstützen und deutliche Zeichen zu setzen. Die nicht unbedeutenden Forschungsmittel, die für die Makroschwerpunkte „Life Sciences“ und „Kultur“ gesprochen wurden, mögen als Beispiel dienen.

Die Projekte der Zusammenarbeit extra muros – also über die Grenzen der Basler Universität hinaus – nehmen zu, sei es mit wirtschaftlichen Unternehmungen, mit der ETH, mit der Fachhochschule beider Basel, im EUCOR-Präsidium, mit kulturellen Institutionen etc.

Vieles, sehr vieles bleibt zu tun, damit die Basler Universität ein immer anregenderer und besserer Ort für wissenschaftliches Arbeiten, für Lehren und für Lernen, für den Vorstoss zu neuen Grenzen und die Pflege unverzichtbarer Traditionen wird. Zu Wichtigem könnte noch mehr Relevantes bearbeitet und gesagt werden, die Verantwortung für die Studierenden könnte mancherorts noch spürbarer werden, deren Teilnahme könnte wieder lebhafter werden, die kollegiale, enge, freundschaftliche und schnörkellose Zusammenarbeit könnte auf vielen Stufen noch vertieft werden – all das ist möglich, und die Fortschritte des Jahres 1998 lassen die Hoffnung darauf als recht begründet scheinen. Ich hoffe gerne, dass die Leserinnen und Leser des Jahresberichts 1998 diese Einschätzung des Universitätsrats teilen.



*Dr. Rolf Soiron
Präsident des Universitätsrats*



Vorwort des Rektors

Die Welt befindet sich in einem raschen und tiefgreifenden Wandel. Begriffe wie Globalisierung und Privatisierung, Liberalisierung und Nivellierung wollen diese Entwicklung verstehbar machen. Unbestreitbar bündeln sich diese Phänomene im Primat der Kommunikation. Sie sprengt die herkömmlichen Grenzen der Informationsgewinnung und macht Wissen grenzenlos zugänglich, ungeachtet von Herkunft, Adressat und Nutzen. Die Verbreitung des Internets kann dafür als Symptom gelten. Es hält weltweit produziertes Wissen unabhängig von Raum und Zeit bereit, löst es von seinem Ursprung und stellt es den einzelnen auf individualistische Weise zur Verfügung. Dies birgt im Kern eine Demokratisierung von Wissen, denn Wissen wird allen zugänglich, es verliert Exklusivität. Das gilt gerade auch für den akademischen Bereich.

Als traditionelle Stätte der Hervorbringung und Vermittlung von Wissen ist die Universität von dieser Entwicklung im Kern berührt. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass gerade sie die Verbreitung des Internets stark gefördert hat, um einen schnelleren Austausch von Forschungsergebnissen zu garantieren. Die neue Form der Wissensvermittlung rüttelt am Selbstverständnis traditioneller universitärer Lehre. Diese beruht auf der Vorstellung eines Dialogs von Lehrenden und Lernenden, der eine Verständigung über das Wissen herstellt. Dabei ist vorausgesetzt, dass der akademische Unterricht in einem bestimmten Kulturkreis verankert ist und einen Konsens davon vermitteln kann, was in einer bestimmten Gesellschaft als „Wissen“ gilt. Mit der Globalisierung und Vernetzung setzen gesellschaftliche, kulturelle Veränderungen ein, die in der täglichen Arbeit an unserer Universität ebenso wie im Kontext nationaler und internationaler Zusammenarbeit spürbar werden. Die rasche Ausbreitung moderner Kommunikationstechnologie stellt die Universität beispielsweise vor die Frage, wie sie vermehrt zeit- und raumunabhängig individuelle Lernbedürfnisse zu befriedigen vermag.

Mit den in den vergangenen Jahren eingeleiteten Schritten hat sich die Universität Basel dafür entschieden, die positive Seite dieser Entwicklung zu nutzen und Reformprozesse in Gang zu bringen. Dies betrifft zunächst in hohem Masse die Lehre, die in allen Fakultäten in Bewegung gekommen ist und schon in drei Fakultäten zu grundsätzlichen Überarbeitungen von Studien- und Prüfungsordnungen geführt hat. Dass der ausführliche Teil über die Lehre im vorliegenden Jahresbericht an erster Stelle steht, soll ein Zeichen der Anerkennung sein, die den Fakultäten für ihre grosse Arbeit gebührt. Die Anwendung moderner Technologien im Unterricht erfordert besondere Aufmerksamkeit. Zum einen verlangt sie von den Dozierenden einschlägige Kenntnisse, um die Studierenden auf die sich verändernde Welt der allgegenwärtigen Information vorzubereiten. Zum anderen gibt es eine Technikverliebtheit, die allein schon dem Einsatz moderner Technologien eine Qualitätsverbesserung des Lehrens und Lernens zuweist. Chancen und Grenzen werden sehr genau zu bedenken sein. Ausser Frage steht, dass der traditionelle Bildungsanspruch, dem sich unsere Universität verpflichtet weiss, gewahrt bleibt. Die genannte Verständigung über das Wissen ist unabdingbar für die Schärfung individueller Wertsysteme, die allein zum verantwortlichen Handeln führen.

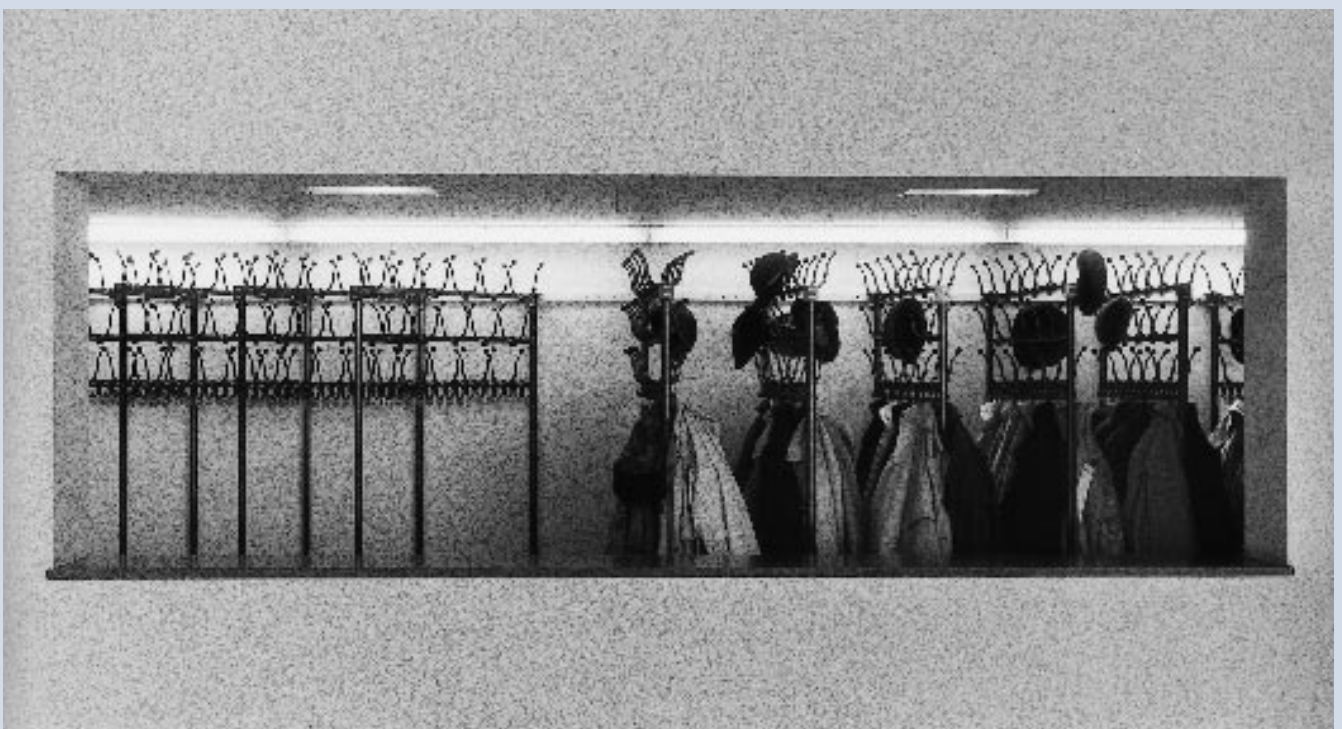
Diese Herausforderungen treffen unsere Universität in einer besonderen Phase ihrer Geschichte, ist sie doch mit der ihr gewährten Autonomie auf der Suche nach einer ihr eigenen akademischen Kultur. Gerade zu dieser Kultur könnte gehören, dass sie angesichts der unsere Zeit prägenden tiefgreifenden Entwicklungen Augenmass behält, sich von diesen Veränderungen weder distanziert noch in ihnen aufgeht, wohl aber den Menschen ins Zentrum rückt.



Prof. Dr. Ulrich Gäbler
Rektor



Kollegienhaus



Ein gut besuchter Vortrag

Lehre

In der langfristigen Ausrichtung „Die Universität Basel auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“ vom Oktober 1997 hat der Universitätsrat die „Modernisierung und Qualitätssicherung der Lehre“ zur Priorität für die nächsten Jahre erklärt. Die Erneuerung der Studiengänge (Curricula), die Organisation des Unterrichts in Modulen sowie die Einführung des Credit-Point-Systems werden dabei als die wichtigen Massnahmen zur Erreichung des Ziels betrachtet. Die Einführung neuer Lehr- und Lerntechnologien im Unterricht ist Teil dieser Bestrebungen.

Credit-Point-System

Die angestrebte Modernisierung wird den Studierenden mehrere Vorteile bringen. Das Studium wird flexibler gestaltet und allenfalls – wo sinnvoll – auch verkürzt werden können. Die Mobilität wird mit Hilfe der „Kreditpunkte“ gefördert; dank dieser bald in ganz Europa geltenden „Währung“ werden ausserhalb der eigenen Universität erbrachte Studienleistungen leichter anrechenbar. Das Credit-Point-System sowie eine Organisation des Unterrichts in Modulen ist aber auch ein Schritt in Richtung der überall geforderten Interdisziplinarität, da mit ihnen Lehrveranstaltungen ausserhalb des eigenen Fachbereichs ins Studium einbezogen und als Studienleistung geltend gemacht werden können.

Das Credit-Point-System erlaubt es, Studienleistungen zu quantifizieren. Kreditpunkte werden für genügende studentische Leistungen vergeben und sind unabhängig von einem parallel existierenden Notensystem. Ihre Überprüfung kann auf verschiedene Arten erfolgen, zum Beispiel durch Prüfungen, Vorträge oder Projektarbeiten. Mit einem Normstudium von einem Jahr können die Studierenden 60 Kreditpunkte erwerben, was ungefähr einem Kreditpunkt für 30 Arbeitsstunden entspricht. Es ist Sache der Fakultäten, die Anzahl Kreditpunkte pro Veranstaltung festzulegen.

Im Januar 1998 wurde vom Ressort Lehre des Rektors eine gesamtuniversitäre Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche die Grundsätze für die Einführung des Credit-Point-Systems an den Fakultäten festlegte. Die Arbeitsgruppe hat im November 1998 ihre Arbeit abgeschlossen und im Anschluss daran die Fakultäten zur Vernehmlassung eingeladen.

Neue Wege der Evaluation und Reform von Curricula

Juristische Fakultät

Schon im Jahre 1997 hat das Ressort Lehre des Rektors zusammen mit der Juristischen Fakultät eine Evaluation des Studiums der Rechtswissenschaften konzipiert und durchgeführt. Neu war dabei, dass in die Beurteilung des Studiums neben den Dozierenden vor allem ehemalige Studierende, die bereits im Berufsleben standen, sowie deren Arbeitgeber/innen einbezogen wurden. Das Studium wurde also gleichsam dem „Härtetest“ der Praxis unterzogen. Dabei zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung in den Einschätzungen der befragten Gruppen. Die Resultate dieser Erhebung sind anschliessend in die Erarbeitung des neuen Curriculums eingeflossen. Ende 1998 lag die neue Studien- und Prüfungsordnung vor.

Inhaltlich und organisatorisch bringt das reformierte Curriculum mehrere Neuerungen. So wird künftig am Ende des ersten Studienjahres eine Eignungsprüfung zu bestehen sein. Die Abschlussprüfung ist nach wie vor als einheitliche Prüfung am Ende des Studiums vorgesehen. In ihrem Zentrum stehen die drei juristischen Kernfächer Privatrecht, öffentliches Recht und Strafrecht. Hinzu kommen Pflichtwahl- und freie Wahlfächer, insbesondere aus den Bereichen Wirtschaft, internationales Recht und Grundlagen der Rechtswissenschaft. Wer sich bis spätestens nach dem achten Semester zur Prüfung anmeldet, kann die Prüfung in zwei Teilen ablegen. Das Festhalten an der umfassenden Schlussprüfung beruht auf der Auffassung, dass die Erwerbung eines systematischen Generalistenwissens einen Überblick auch über die Grenzen der Teilgebiete hinaus erfordert.

Stark gewichtet werden im neuen Curriculum auch die grundlegenden Fähigkeiten der Problemlösungskompetenz sowie die soziale Kompetenz der angehenden Juristinnen und Juristen. Rechtswissenschaft bedarf auch rechtsethischer Kriterien und muss in der Lage sein, neuartige Entwicklungen, zum Beispiel in Wirtschaft, Medizin oder der Gentechnologie, kritisch zu begleiten. Das neue Curriculum wertet die juristischen Grundlagenfächer zu Wahlpflichtfächern auf und verlangt von den Studierenden, sich auch mit einer anderen Disziplin ihrer Wahl im Umfang von mindestens sechs Semesterwochenstunden zu befassen.

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Einen ähnlichen Weg hat die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät beschritten. Auch sie hat in Zusammenarbeit mit dem Ressort Lehre eine Evaluation des Studiums nach dem gleichen Muster durchgeführt. Ziel war es, zu überprüfen, inwiefern Innen- und Aussensicht übereinstimmen. Die Umfrage bestärkte die Fakultät in ihrem Bestreben, das Studium flexibler zu gestalten. Die Reorganisation des Studienaufbaus soll eine gewisse Schwerpunktbildung durch eine grössere Wahlmöglichkeit im Lehrangebot zulassen. Mit dem Credit-Point-System wird eine Verkürzung des Studiums möglich. Mit der Einführung des Systems können nämlich die für die Erlangung des Lizentiats notwendigen Leistungen sukzessive erbracht werden. Eine Lizentiatsprüfung in der alten Form mit ihrer langen Vorbereitungszeit wird es somit nicht mehr geben.

Wesentliches Element der Reform im Curriculum beider Fakultäten ist das Einführungsjahr. In diesem Jahr werden die Studierenden mit der ganzen Breite des Fachs in Kontakt gebracht. Eine obligatorische Prüfung am Ende soll dann Auskunft über die Eignung zum gewählten Studiengang geben.

Philosophisch-Historische Fakultät

Im Bereich der Geistes- und Kulturwissenschaften sind zwei bemerkenswerte Entwicklungen zu verzeichnen. Die eine betrifft den Aufbau eines Curriculums Altertumswissenschaften, das zu Beginn des Wintersemesters 1998/99 mit dem Grundstudium gestartet wurde. Dieses Curriculum wird ein Studium erlauben, das modular aus dem gesamten Angebot der Fächer im Bereich Altertum zusammengestellt werden kann. Damit werden Studienkombinationen über die Fachgrenzen hinaus möglich, und das vorhandene Spezialwissen kann besser genutzt werden.

Für die Neuen Philologien ist eine ähnliche Vernetzung in Vorbereitung.

Zudem wird am Ausbau des Lehrangebots in Gender Studies gearbeitet. Die Universität Basel möchte in diesem gesellschaftlich aktuellen Bereich einen Akzent setzen.

Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

Die Departemente Integrative Biologie und Biozentrum haben ein neues Biologie-Curriculum entwickelt, das die bestehenden, getrennten Lehrgänge der integrativen und molekularen Biologie zusammenführt. Die Biologie wird zu den wichtigsten Wissenschaftsdisziplinen des dritten Jahrtausends gehören; sie ist zentraler Bestandteil des geplanten universitären Makroschwerpunktes „Leben“. Neben der Biotechnologie mit ihren breiten Anwendungsbereichen gehört die Ökologie zum Schlüsselwissen des nächsten Jahrhunderts. Auch Fragen der Evolution und der Vielfalt der Wechselwirkungen zwischen den Organismen, mit welchen sich die integrative Biologie beschäftigt, werden von zunehmender gesellschaftlicher Relevanz sein. Ziel des neuen Curriculums ist es, Biologinnen und Biologen auszubilden, die den damit verbundenen Anforderungen gerecht werden können.

Das neue integrierte Curriculum wird es dank seinem modularen Aufbau erlauben, sowohl Spezialisten als auch Generalisten heranzubilden. Zudem ermöglicht es auch eine umfassendere Ausbildung von Biologielehrern für die Mittelschule.

Medizinische Fakultät

Die Reform des Medizinstudiums ist an fast allen Universitäten der Schweiz in Gang gekommen. Ein von der Medizinischen Fakultät Basel und dem Bundesamt für Gesundheit organisiertes Symposium, das am 28. August 1998 in Basel stattfand, zeigte, dass an allen Medizinischen Fakultäten die Aneignung von theoretischem Wissen über medizinische Fachgebiete durch themenzentrierten Unterricht ersetzt wird – „problem based learning“ heisst das Schlagwort. Statt „Pharmakologie“ oder „Pathophysiologie“ wird somit zum Beispiel in Basel künftig im dritten Jahreskurs „Herz/Kreislauf“ und „Atmung“ unterrichtet. Auch neue Inhalte, die bisher fehlten, sind vorgesehen. So gehört künftig ein Themenbereich „Ethik“ zum obligatorischen Stoff des 3. Jahres. Insgesamt werden neben den klinischen Krankheitsbildern auch Fragen der öffentlichen Gesundheit wie Vorsorge, Epidemiologie oder der Finanzierung einbezogen.

Eines der Ziele der Studienreform ist es, eine patientennahe Ausbildung anzubieten. Die Reform in Basel setzt darum im 3. und 4. Studienjahr an – den ersten beiden klinischen Jahren. Im Herbst 1998 konnte der 3. Jahreskurs erstmals vollständig nach dem reformierten Curriculum aufgenommen werden. Der Lehrplan ist deutlich strukturiert und besteht aus einem genauen Programm von Vorlesungen und praktischen Übungen in kleinen Gruppen am Krankenbett mit eigens ausgebildeten Tutorinnen und Tutoren. Eine grosse Bedeutung wird dem Selbststudium zugemessen. Im Stundenplan ist dafür – und das ist ein Novum – die Hälfte der verfügbaren Zeit vorgesehen. Probleme bietet allerdings noch die Tatsache, dass bei insgesamt weniger Unterrichtsstunden die gleiche Menge an Stoff bewältigt werden muss.

Zu den weiteren Neuerungen des Medizinstudiums gehört auch ein obligatorisches Praktikum in der ärztlichen Praxis, bei dem die Studierenden rund 15 Halbtage pro Jahr in einer Praxis den Umgang mit Patienten lernen können. Bei der bisher rein auf das Spital ausgerichteten Ausbildung ist die Hausarztmedizin mit ihren ganz speziellen Anforderungen eindeutig zu kurz gekommen. In der Klinik ist der

Unterstützung durch das Ressort Lehre

Das Ressort Lehre hat die Erneuerung der Lehrgänge und die didaktische Modernisierung beratend unterstützt. Das Weiterbildungsangebot in Didaktik für Universitätsangehörige wurde noch weiter ausgebaut. Zudem wurde die Einführung der Unterrichtsevaluation an den Fakultäten, Departementen und Instituten beratend begleitet.

Das Ressort organisierte am 11. Dezember 1998 ein ganztägiges Symposium zum Thema „Schaffung eines optimalen Lernumfelds durch neue Curricula“, an dem vor allem die Schritte von den Zielen zur konkreten Umsetzung diskutiert wurden.

Arzt oder die Ärztin grundsätzlich mit spezifischen Krankheiten konfrontiert, die Arbeit des Hausarztes und der Hausärztin hat aber einen allgemeineren Anspruch. Das Praktikum ist ein grosser Erfolg. Mittelfristig gilt es aber, die finanzielle Entschädigung allgemeinpraktizierender Ärztinnen und Ärzte zu lösen, welche die Aufgabe von Tutorinnen und Tutoren übernehmen.

„Akkreditierung“ als Instrument der Qualitätssicherung

Ein wesentliches Element zur Qualitätssicherung im Bereich der Medizin ist die „Akkreditierung“, die in den Jahren 98/99 erstmals für alle Medizinischen Fakultäten durchgeführt werden soll. Der Begriff „Akkreditierung“ wird vom englischen „accreditation“ abgeleitet und als Evaluation der Leistungsqualität eines bestimmten Aufgabenbereiches oder Organismus verstanden. Dabei werden Leistungsstandards definiert, an denen eine Ausbildung gemessen wird. Die Herleitung vom Englischen ist kein Zufall. In Amerika ist die „accreditation“ im Bereich der Medizin seit 1910 ein Begriff, und seit 1942 sind dort Standards definiert, die 1992 ein letztes Mal revidiert worden sind. In Europa ist die Akkreditierung erst in Grossbritannien, Holland und Belgien geläufig.

In der Schweiz entspringt die Entscheidung für die Einführung der Akkreditierung der Einsicht, dass im reformierten Medizinstudium die Qualität nicht allein durch die Selektion mittels Prüfungen garantiert werden kann. Der Nachweis gewisser Qualitätsstandards muss auch in der Ausbildung selbst garantiert werden. Neben den Ausbildungsinhalten und der Evaluation der studentischen Leistungen werden die Zielsetzungen der Curricula, die Führung und die Organisation sowie die für die Ausbildung zur Verfügung stehenden Ressourcen als Kriterien für die Standards herangezogen. Das ganze Verfahren wird im zu revidierenden Freizügigkeitsgesetz geregelt werden. Vorgesehen ist eine periodische Selbstevaluation der Hochschulen, die dann von einer unabhängigen Instanz geprüft wird.

Studierende

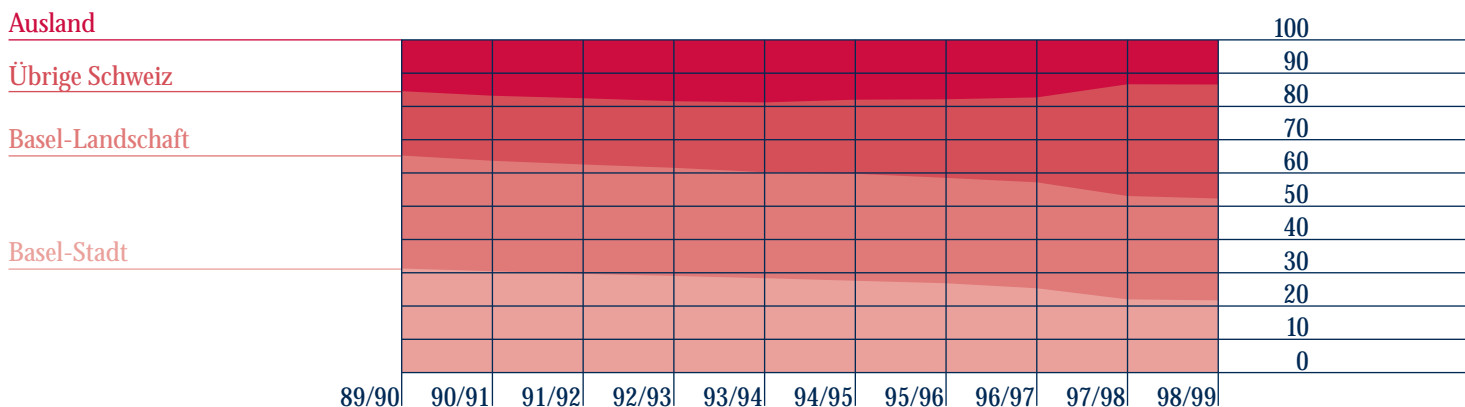
Die Zahl der Studierenden ist gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Im Wintersemester waren 7916 Studierende an der Universität Basel eingeschrieben. Dies sind 0,9% weniger als letztes Jahr. Der Frauenanteil ist von 44,5% auf 45,1% gestiegen. Bei den Immatrikulationen ist ein analoges Bild zu beobachten: 1,5% weniger Studienanfänger/innen haben gegenüber dem letzten Jahr ihr Studium in Basel aufgenommen.

Immatrikulierte Studierende im Wintersemester 1998/99 an der Universität Basel nach Wohnort vor Studienbeginn

	Männer	%	Frauen	%	Total	%
Basel-Stadt	979	56,9	742	43,1	1721	21,7
Basel-Landschaft	1363	56,2	1062	43,8	2425	30,7
Übrige Schweiz*	1441	53,1	1273	46,9	2714	34,3
Ausland	557	53,0	494	47,0	1051	13,3
Total	4340	54,9	3571	45,1	7911	100,0

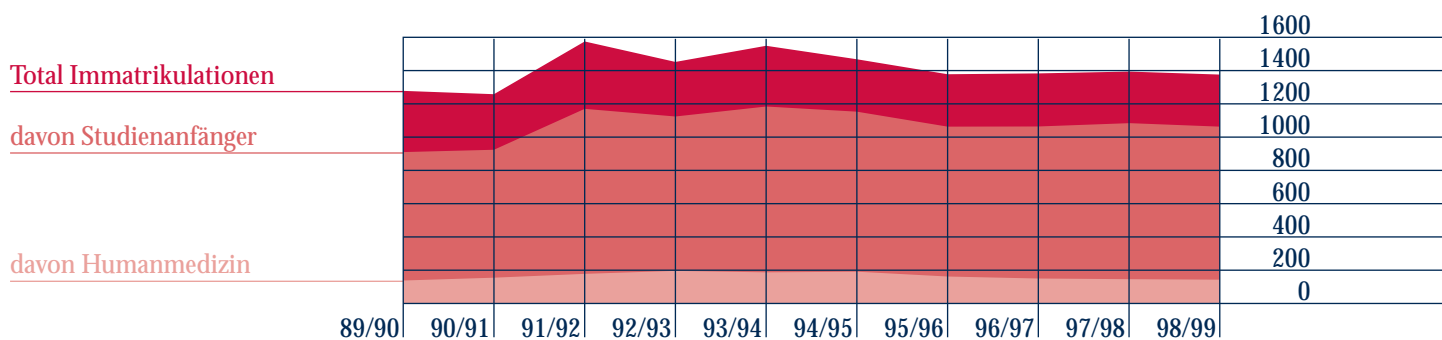
* Davon: AG 710 (9,0%), SO 556 (7,0%), TI 236 (3,0%), LU 210 (2,7%), BE 188 (2,4%), SG 139 (1,8%), GR 128 (1,6%), ZH 102 (1,3%)

Immatrikulierte Studierende nach Wohnort vor Studienbeginn in %



Immatrikulationen in den Wintersemestern 1989/90 – 1998/99

Wintersemester:	89/90	90/91	91/92	92/93	93/94	94/95	95/96	96/97	97/98	98/99
Total Immatrikulationen	1278	1258	1575	1452	1549	1468	1378	1383	1394	1376
Davon Studienanfänger	910	924	1170	1124	1184	1153	1063	1064	1084	1063
Humanmedizin (Studienanfänger)	138	155	178	196	187	191	162	150	146	143



Numerus clausus

Für die Humanmedizin galt erstmals der Numerus clausus. Studienanwärter/innen für das Fach hatten sich einer Eignungsprüfung zu unterziehen. Verständlicherweise rief diese Massnahme die Kritik der Studierenden hervor. Trotz Widerstand der skuba konnte der Test in Basel ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden. Eine staatsrechtliche Beschwerde der skuba beim Bundesgericht ist mittlerweile abgelehnt worden. Immerhin erzielten die Beschwerdeführer einen Teilerfolg. Das Bundesgericht hat nämlich entschieden, dass für die für den Test erhobenen Gebühren die Gesetzesgrundlage nicht genügt.

**Studierende im Wintersemester 1998/99
an der Universität Basel
mit Wohnort vor Studienbeginn im Ausland
nach Herkunftsland und Geschlecht**

	Männer	Frauen	Total
Europa	484	418	902
Belarus		1	1
Belgien	2	2	4
Bosnien-Herzegowina	1	3	4
BRD	347	259	606
Bulgarien		4	4
Dänemark	2		2
Eh. Jug. Rep. Mazedonien	3	1	4
Estland	2	1	3
Finnland		2	2
Frankreich	20	22	42
Griechenland	4	8	12
Grossbritannien	6	3	9
Irland	1		1
Italien	17	19	36
Jugoslawien	4	6	10
Kroatien	1	5	6
Lettland	2		2
Liechtenstein	7	5	12
Litauen	1	3	4
Luxemburg	1	1	2
Malta	1		1
Moldau		1	1
Niederlande	9	4	13
Norwegen	1	5	6
Österreich	5	9	14
Polen	12	13	25
Portugal	2	1	3
Rumänien	5	3	8
Russland	3	8	11
Schweden	4	5	9
Slowakische Republik		5	5
Spanien	2	5	7
Tschechische Republik	2	4	6
Tschechoslowakei	3	1	4
Türkei	10	5	15
Ukraine	2		2
Ungarn	2	4	6
Afrika	20	11	31
Ägypten	5	2	7
Algerien	1	2	3
Äthiopien	2	1	3
Burkina Faso		1	1
Kamerun	1	1	2
Kenia	2		2
Marokko	1	1	2
Nigeria	3	2	5
Südafrika	3	1	4
Sudan	1		1
Tansania	1		1

	Männer	Frauen	Total
Amerika	26	30	56
Argentinien		2	2
Brasilien	2	6	8
Chile	4		4
Ecuador		1	1
Französisch Guyana	1		1
Jamaika		1	1
Kanada	4	3	7
Kolumbien		2	2
Kuba	1	1	2
Mexiko	3	2	5
Paraguay		1	1
Peru	2	2	4
Uruguay	1	1	2
Venezuela	2	3	5
USA	6	5	11
Asien	34	40	74
Bangladesh	1		1
China	16	11	27
Georgien	1	1	2
Hongkong	1	1	2
Indien	2	4	6
Indonesien		1	1
Irak	1		1
Iran	2	4	6
Israel		5	5
Japan	2	2	4
Kasachstan		1	1
Malaysia		1	1
Nepal		1	1
Nord-Korea	1		1
Oman	1		1
Philippinen		1	1
Singapur		1	1
Süd-Korea	4	3	7
Thailand		1	1
Vietnam	1	1	2
Australien		1	1
Tonga	1		1
Total	564	499	1063

Quelle: Bundesamt für Statistik

**Studierende im Wintersemester 1998/99 an der Universität Basel
nach Fachrichtung und Wohnort vor Studienbeginn**

	Kanton Basel-Stadt	Kanton Basel- Landschaft	Übrige Schweiz	Ausland	Total
Theologie	22	16	43	29	110
Theologie Interdisziplinär			1		1
Protestantische Theologie	22	16	42	29	109
Sprach- und Literaturwissenschaften	171	228	271	104	774
Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaften	63	108	118	46	335
Französische Sprach- und Literaturwissenschaften	21	19	15	3	58
Italienische Sprach- und Literaturwissenschaften	14	17	12	5	48
Iberische Sprach- und Literaturwissenschaften	11	5	7	10	33
Englische Sprach- und Literaturwissenschaften	33	53	66	16	168
Slawische Sprach- und Literaturwissenschaften	8	13	19	13	53
Nordische Sprach- und Literaturwissenschaften	4	2	6	2	14
Klassische Sprach- und Literaturwissenschaften	10	5	17	4	36
Vorderorientalische Sprach- und Literaturwissenschaften	7	6	11	5	29
Historische Kulturwissenschaften	187	212	344	153	896
Philosophie	31	23	56	29	139
Archäologie	12	9	35	11	67
Geschichte	79	96	147	40	362
Kunstgeschichte	35	38	55	42	170
Musikwissenschaften	2	4	9	10	25
Ethnologie/Volkskunde	28	42	42	21	133
Sozialwissenschaften	100	143	102	49	394
Psychologie	76	119	76	41	312
Erziehungswissenschaft			2	1	3
Soziologie	24	24	24	7	72
Geistes- und Sozialwissenschaften Interdisziplinär	42	94	83	10	229
Geistes- und Sozialwissenschaften Interdisziplinär	1	1	1		3
Lehrer-Ausbildung Sek I Phil I	41	93	82	10	226
Wirtschaftswissenschaften	225	310	212	178	925
Recht	358	477	359	38	1232
Exakte Wissenschaften	40	71	50	52	213
Mathematik	11	26	19	6	62
Informatik	1	5	1	7	14
Astronomie	2		1	7	10
Physik	26	40	29	32	127
Naturwissenschaften	205	351	416	314	1286
Chemie	27	43	46	82	198
Biologie	123	214	290	177	804
Erdwissenschaften	9	22	19	21	71
Geographie	46	72	61	34	213
Exakte und Naturwissenschaften Interdisziplinär	16	38	24	2	80
Exakte und Naturwissenschaften Interdisziplinär			2	1	3
Lehrer-Ausbildung Sek I Phil II	16	38	22	1	77
Humanmedizin	266	333	527	62	1188
Zahnmedizin	25	45	56	13	139
Veterinärmedizin	2	6	6		14
Pharmazie	38	55	165	42	300
Medizin¹	1	4	6	8	19
Turnen/Sport	23	42	38	9	112
Total	1721	2425	2702	1063	7911

¹Akademische-technische Assistent/innen, Medizinische Biologie

Quelle: Bundesamt für Statistik

Studierendenaustausch im Rahmen von Sokrates/ERASMUS im Studienjahr 1997/98

Mobilität

Die Förderung der Mobilität der Studierenden ist ein zentrales Anliegen der Universität. Im Kontext des auch im Bildungsbereich zusammenwachsenden Europa ist für die Zukunft der Studierenden die Erfahrung der verschiedenartigen Kulturen sowie der Erwerb und die Praxis von Fremdsprachenkenntnissen von elementarer Bedeutung. Die Europäische Union fördert diesen Austausch vor allem mit dem Bildungsprogramm „Sokrates/ERASMUS“.

Da die Schweiz weder Mitglied des EWR noch der EU ist und die bilateralen Abkommen noch nicht in Kraft sind, ist ihr eine Vollbeteiligung an den EU-Bildungsprogrammen verwehrt. Vor der Ablehnung des EWR-Beitritts 1992 waren die Schweizer Universitäten voll in das damalige ERASMUS-Programm integriert. Während dieser Zeit ist eine grosse Anzahl von Hochschulkooperationen aufgebaut worden. Um diese weiterführen zu können, hat das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) Mittel zur Verfügung gestellt, die es den schweizerischen Ausbildungsstätten seit 1995/96 ermöglichen, sich als „stille Partner“ an den EU-Bildungsprogrammen zu beteiligen.

Im Studienjahr 1997/98 bestanden im Rahmen von Sokrates/ERASMUS Austauschabkommen für 23 Fächer. Fächerübergreifende Austauschmöglichkeiten bestanden mit 16 Ländern. Rund 87 Studierende nutzten die Möglichkeit eines Aufenthaltes an einer ausländischen Universität. Bemerkenswert ist der hohe Frauenanteil bei den Mobilitätsstudierenden. Dieser beträgt 66% bei den Gaststudierenden in Basel und 62% bei den von Basel weggehenden Studierenden.

Die Koordination des Studierendenaustausches besorgt das „Büro Internationale Austauschprogramme“ der Universität Basel.

	Ankommende Studierende	Weggehende Studierende
Belgien	1	–
Dänemark	1	1
Deutschland	19	16
Frankreich	3	36
Griechenland	1	1
Grossbritannien	4	8
Irland	–	1
Italien	4	10
Norwegen	1	–
Österreich	3	3
Portugal	–	1
Schweden	3	–
Spanien	2	10
Total	42	87
Davon weiblich	28	54

Studienabschlüsse 1998

		Lizentiate	Doktorate
Theologische Fakultät			3
Juristische Fakultät		154	32
Medizinische Fakultät	Humanmedizin		146
	Zahnmedizin		
Philosophisch- Historische Fakultät	Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft	17	9
	Englische Sprach- und Literaturwissenschaft	17	
	Französische Sprach- und Literaturwissenschaft	7	1
	Italienische Sprach- und Literaturwissenschaft	2	
	Iberoromanische Sprach- und Literaturwissenschaft	5	
	Slawische Sprach- und Literaturwissenschaft	6	
	Klassische Sprach- und Literaturwissenschaft	7	
	Philosophie	7	3
	Geographie	2	1
	Geschichte	32	10
	Ur- und Frühgeschichte	1	
	Archäologie	2	
	Kunstwissenschaft	13	4
	Musikwissenschaft	1	
	Ethnologie	4	1
	Psychologie	35	3
	Soziologie	5	
Philosophisch- Naturwissenschaftliche Fakultät	Mathematik	3	2
	Versicherungslehre	1	
	Informatik		3
	Astronomie		1
	Physik	9	16
	Chemie	14	26
	Biologie I	43	24
	Biologie II	32	45
	Erdwissenschaften	3	5
	Geographie	20	2
	Ur- und Frühgeschichte	1	1
	Geschichte der Naturwissenschaften		1
	Pharmazie		15
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät		104	21

Steigende Stipendiennachfrage

Die Sozialberatung stellte im Berichtsjahr wie in den letzten Jahren eine Zunahme der Stipendiennachfrage fest. Durch den Stipendienfonds der Universität konnten 89 Studierende unterstützt werden. Die meisten von ihnen befanden sich in der Phase des Studienabschlusses. Die Zusprechungen konnten allerdings nur einen Drittel der Anträge abdecken.

Eine Rückerstattung der Semestergebühren konnte im Sommersemester 1998 420 Studierenden (total Fr. 234 050.-) und im Wintersemester 1998/99 418 Studierenden (total Fr. 231 300.-) bewilligt werden (insgesamt 838). Hier konnten 97% der Gesuche nach sorgfältiger Abklärung berücksichtigt werden. Die Erhöhung der Semestergebühren ab Sommersemester 1998 brachte eine Zunahme der Gesuche um rund 16%.

Einer der Gründe für die steigende Stipendiennachfrage dürfte in der anhaltenden wirtschaftlichen Rezession liegen, welche sowohl die Eltern der Studierenden als auch diese selbst trifft. Mit Besorgnis betrachten dann die Studierenden die neue Subventionspolitik des Bundes, welche Stipendien zum Teil durch rückzahlbare Darlehen ersetzen wird.

Studiensekretariat

Die langfristige Ausrichtung „Die Universität Basel auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“ stellt die Lehre und damit vor allem auch die Studierenden ins Zentrum ihrer Tätigkeit. Damit ist auch ein zeitgemässes Dienstleistungsangebot im Bereich der Administration gefordert. Hauptanlaufstelle für die Studierenden ist das Studiensekretariat. Dieses ist in den letzten Jahren neu konzipiert worden und versteht sich heute in erster Linie als ein Ort, an dem Studierende in unbürokratischer Weise Dienstleistungen verschiedenster Art in Anspruch nehmen können.

Allerdings leidet die Studierendenadministration unter der Unzulänglichkeit veralteter Informatiksysteme, mit denen rund 8 000 Studierende erfasst werden müssen. Der mit der Einführung des Credit-Point-Systems zusätzlich entstehende Verwaltungsaufwand kann nicht mehr bewältigt werden. Der Universitätsrat hat aus diesem Grund einem Projekt für die Einführung eines neuen informatikgestützten Verwaltungssystems für die Studierendenaten zugestimmt.

Skuba

Die studentische Körperschaft blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Es ist ihr gelungen, 1998 unter dem Titel „uninet“ eine Studierendenzeitung zu lancieren. Diese erscheint zweimal pro Semester und wird an verschiedenen Orten der Universität aufgelegt und verteilt. „uninet“ wird von einer unabhängigen Redaktorin betreut.

Fortschritte sind auch im Dienstleistungssektor zu verzeichnen, bei dem eine Umsatzsteigerung erreicht werden konnte. Zu den Dienstleistungen gehören die vom Rechenzentrum ausgerüsteten zwei Internearbeitsplätze, die in den Räumen der skuba zur Verfügung stehen. Der Bedarf ist aber weit höher; ein Ausbau des Angebots wäre in diesem Zusammenhang wünschenswert.

Die skuba hat sich zum Ziel gesetzt, den Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Fachgruppen weiter zu verbessern. Dabei ist insbesondere an Fächer wie Wirtschaft, Recht oder Medizin gedacht, die traditionell in der organisierten Studierendenschaft nur schwach vertreten sind. Die Einrichtung einer Rechtsberatung für Studierende ist ein weiteres Ziel der skuba.

Die skuba ist eine Vereinigung von Studierenden, der laut Universitätsgesetz alle angehören, ausser sie teilen dem Rektorat schriftlich ihren Verzicht mit. Bisher hat nur eine Minderheit der Studierenden die Mitgliedschaft abgelehnt. Insgesamt haben seit Wintersemester 1997/98 rund 200 Studierende ihren Austritt mitgeteilt, wobei die Anzahl derjenigen, die ihren Beitrag nicht bezahlen, etwas höher liegt.

Chancengleichheit

Im Mai 1998 konnte die Universität einen Schritt zur Verwirklichung der Chancengleichheit bekanntgeben. Mit Zustimmung des Universitätsrats wurde im Rektorat ein Ressort eingerichtet. Die entsprechende 50%-Stelle ist durch die ehemalige Radiojournalistin Cécile Speitel lic.phil. besetzt. Ihre Aufgabe ist es, konzeptionell und organisatorisch zur Verwirklichung der Chancengleichheit beizutragen. Im Blickfeld ist dabei vor allem die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen an der Universität. Die Entwicklung eines Konzeptes zur wirksamen Frauenförderung sowie die Unterstützung der gesamtuniversitären Institutionalisierung von „Gender Studies“ gehörten mit zu den ersten Projekten, die das Ressort in Angriff nahm.

Die „Nachwuchsförderung“ ist ein wesentlicher Aspekt der „Chancengleichheit“. Die beiden Ressorts arbeiten deshalb eng miteinander zusammen und organisieren gemeinsam Informationsveranstaltungen (siehe Abschnitt „Nachwuchsförderung“).

Als Ort des informellen Austausches unter Frauen hat das Ressort den monatlichen Frauenlunch eingerichtet. Frauen aus allen Gruppierungen und Altersstufen haben dieses Angebot mit Interesse aufgenommen.

Eröffnung Kinderkrippe

Die Schaffung des Ressorts Chancengleichheit wird von Rektorat und Universitätsrat nur als ein erster Schritt zur gezielten und verstärkten Frauenförderung an unserer Universität betrachtet. Nun rücken auch die von der Regenz am Anfang der 90er Jahre geforderten Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Frauen an der Universität in den Vordergrund. Die Frauenkommission hat diese Massnahmen überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Mit der Eröffnung der universitären Kinderkrippe im Jahre 1998 ist eine der ältesten Forderungen der Frauenkommission mittlerweile erfüllt worden.

Nachwuchsförderung

Die universitäre Nachwuchsförderung steht im Brennpunkt einer sich international verändernden Forschungs- und Wissensproduktion; sie ist deshalb über den regionalen Kontext hinaus für die gesamte schweizerische Bildungspolitik von besonderer Bedeutung. Die Einsicht in den grossen Nachholbedarf hat den Bund bewogen, vermehrt Anreize für die Universitäten zur Verbesserung der Nachwuchsförderung und der Chancengleichheit auf allen Ebenen zu schaffen. Dazu gehören die Strukturierung von Ausbildungsgängen, die Schaffung attraktiver Programme für Doktorand/innen, Habilitand/innen, Assistenzprofessor/innen, die Ausgestaltung von Mittelbaustellen und die Schaffung von Assistenzprofessuren.

Die Universität Basel ist bestrebt, im Sinne ihrer langfristigen Ausrichtung eine aktive Nachwuchsförderung zu betreiben. In der langfristigen Ausrichtung 1998–2007 ist festgehalten, dass „auch in Zeiten knapper Mittel die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nachdrücklich erfolgen“ muss. Die Universität ist bestrebt, die Programme des Schweizerischen Nationalfonds und die Sondermassnahmen des Bundes zur Förderung des akademischen Nachwuchses im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten zu ergänzen oder zu unterstützen. Das Ressort Nachwuchsförderung des Rektorats initiiert und koordiniert die diesbezüglichen Aktivitäten.

Sofortprogramm und Graduiertenkurse

Finanzielle Mittel zur Unterstützung des Nachwuchses stehen der Universität Basel bei einer Reihe von Stiftungen und Fonds zur Verfügung. Dank der Beteiligung privater Stiftungen konnte 1998 erstmals das „Sofortprogramm zur Förderung des akademischen Nachwuchses der Universität Basel“ angeboten werden. Das Programm wird von einer Kommission verwaltet, die subsidiär zu anderen Massnahmen Mittel an junge Wissenschaftler/innen vergibt.

Mit der Unterstützung der Nikolaus und Bertha Burckhardt-Bürgin-Stiftung konnte per 31.12.1998 eine einmalige Ausschreibung für Graduiertenkurse an der Universität Basel lanciert werden. Dafür stehen 100 000 Franken zur Verfügung. Im Umfeld dieser Ausschreibung wurde von den Ressorts Nachwuchsförderung und Chancengleichheit in Zusammenarbeit mit Dozent/innen der Universität Basel und dem Programmkoordinator des Schwerpunktprogrammes „Zukunft Schweiz“, Dr. Peter Farago, eine Informationsveranstaltung über Graduiertenprogramme in der Schweiz und an der Universität Basel durchgeführt. Gleichzeitig stellten die beiden Ressorts als Basis möglicher Vernetzungsarbeit aufgrund einer erfolgten Umfrage unter den Dozent/innen der Universität Basel eine Liste der Graduiertenveranstaltungen an der Universität Basel im Internet zur Verfügung (<http://www.zuv.unibas.ch/nachwuchs/>).

Der *Theologischen Fakultät* ist es gelungen, die Zusage für eines der ersten einwöchigen Graduierten-Seminare zu erhalten, die seit kurzem vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanziert werden. Zusammen mit den alttestamentlichen Abteilungen der Theologischen Fakultäten Bern, Zürich und Basel konnte die Theologische Fakultät vom 9. bis 13. März das Seminar auf dem Leuenberg zum Thema „Deuteronomium“ (= 5. Buch Moses) mit guter Beteiligung aus Basel durchführen.

Der Fonds zur „Förderung von Lehre und Forschung“ an der Universität alimentierte 1998 im Bereich der *Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät* einen Startfonds für die Nachwuchsförderung zum Zweck des Aus- und Aufbaus der Graduierten-, Doktoranden- und Fortgeschrittenenausbildung für den volkswirtschaftlichen Fachbereich. Organisiert wurden neben Workshops (Economics Lunch und Werkstattseminare mit ca. 30 Vorträgen von auswärtigen Forscher/innen) Forschungsseminare mit anderen Universitäten, auch die „WWZ-Lectures in Advanced Economics“. Mit diesen Massnahmen erhalten Nachwuchskräfte die einzigartige Möglichkeit zu intensiven Fachgesprächen und zur Forschungsk Kooperation. So sollen der akademische Nachwuchs an den aktuellen Stand der Forschung herangeführt und Voraussetzungen für eigenständiges wissenschaftliches Arbeiten auf internationalem Niveau geschaffen werden.

Das Ressort Nachwuchsförderung

Das Ressort Nachwuchsförderung ist 1997 im Zuge der Intensivierung der Förderungsmaßnahmen geschaffen worden. Eine Hauptaufgabe des Ressorts ist die Auskunft- und Beratungstätigkeit, die einen immer grösseren Stellenwert einnimmt. Es sind vor allem junge Hochschulabgänger/innen, die sich über mögliche Finanzierungen für ihre weitere Laufbahn- und Lebensplanung informieren. Dabei geht es meist um Unterstützung für die Erlangung des nächsthöheren akademischen Abschlusses, für Auslandsaufenthalte, Forschungsprojekte oder Druckkostenbeiträge. Auch Anfragen nach Finanzierungsmöglichkeiten in- und ausländischer Doktorand/innen und Projektmitarbeiter/innen nach Start-, Überbrückungs- und Abschlussfinanzierungen sowie nach Möglichkeiten zur Finanzierung von Veranstaltungen, Kolloquien und Gastreferent/innen werden regelmässig an das Ressort gerichtet.

Die nebenstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Zahl der Gesuche, die das Ressort und die Kommissionen der verschiedenen Stiftungen im Jahre 1998 im Bereich Nachwuchsförderung behandelt haben. Deutlich wird, dass der untere Mittelbau (Assistierende/Doktorierende) beim Reisefonds der Universität Basel die grösste Gruppe ausmacht und zusammen mit dem oberen Mittelbau (Post-Doc, Habilitand/innen) die Hauptgruppe für das Förderangebot des Ressorts Nachwuchsförderung darstellt. Von den 382 behandelten Gesuchen wurden insgesamt 22 % abgelehnt.

Fonds 1998

	Gesuche			Zusprachen					
	Total	davon Frauen	abgelehnt	Total	Studierende	Doktorierende	Post-Doc	Gastref.	
Reisefonds Beiträge an die Kosten von Konferenzteilnahmen für Angehörige der Universität Basel	264	82	44	220		112	68	40	
Dissertationenfonds Vergabe von Druckkostenbeiträgen an Dissertationen der Universität Basel	36	10		36		36			
Fonds zur Förderung des akademischen Nachwuchses Fördert Forschungs- und Auslandsaufenthalte des akademischen Nachwuchses der Universität Basel (nicht subsidiär zum SNF)	10	1	4	6			6		
„Sofortprogramm zur Förderung des akad. Nachwuchses“ Ausschreibung zur Vergabe von Habilitationsstipendien für fortgeschrittene Habilitierende der Universität Basel	24	5	22	2			2		
Bürgin-Stiftung vergibt einmalige Beiträge an das Studium und die Forschung in den Wissenschaften gemäss Stiftungsratsbeschluss	22	9	4	18	18				
Mathieu-Stiftung vergibt einmalige kleinere Beiträge für besondere Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Abschluss (Lizentiat/Dissertation)	10		6	4	2	2			
Basler Studienstiftung selbständige, universitätsunabhängige Stiftung, vergibt Druckkostenbeiträge für Dissertationen	12	1		12		12			
C.und H. Dreyfus-Stiftung Ausschreibung einmal jährlich durch das Departement Physik, im gesamtuniversitären Vermögen verwaltete Stiftung	4		3	1		1			
Total	382	108	83	299	20	163	76	40	



Zentrum für Zahnmedizin



Klinikum: Studierende behandeln Studierende

Forschung

Mit der neuen Organisation des Rektorats soll das Ressort Forschung gestärkt werden. Unter der Leitung des für die Forschung verantwortlichen Vizerektors Prof. Dr. Thomas Boller wird die von der Regenz gewählte Forschungskommission in den nächsten zwei Jahren eine allgemeine Forschungspolitik der Universität formulieren. Eine weitere Aufgabe der Kommission wird die Umsetzung des Konzepts der Makroschwerpunkte „Leben“ und „Kultur“ sein.

Die Forschung hat an der Universität Basel traditionell einen hohen Stellenwert, und besonders in den Naturwissenschaften gibt es mehrere Forschungsinstitutionen von Weltruf. Es ist ein wichtiges Ziel der Universität, die verschiedenen Forschungsaktivitäten im Rahmen der geplanten Schwerpunktbildung zu bündeln und zu vernetzen. Dabei sollen die bestehenden Stärken in den Naturwissenschaften und in den Geistes- und Sozialwissenschaften gefördert sowie neue Projekte lanciert werden. Natürlich kommt der Unterstützung der Forschung durch den Schweizerischen Nationalfonds und durch weitere Drittmittel eine entscheidende Bedeutung zu.

In den letzten Jahren hat sich die Universität speziell für die Unterstützung der Forschung von vielversprechenden Nachwuchskräften eingesetzt. Nachstehend wird die Arbeit dieser jungen Forscherinnen und Forscher an ausgewählten Beispielen dargestellt.

**Franz Rosenzweigs und
Ludwig Wittgensteins
Schreiben im Ersten Weltkrieg**
Regine Munz

Der Erste Weltkrieg, die „Urkatastrophe dieses Jahrhunderts“, hatte eine tiefe existentielle Erschütterung der an ihm teilnehmenden Soldaten zur Folge. Wie haben sich nun die Erlebnisse der Kriegsgreuel auf das Denken der Überlebenden ausgewirkt? Bemerkenswert ist der Umstand, dass zwei der wichtigsten philosophischen Werke dieses Jahrhunderts Kriegsprodukte sind. Der „Stern der Erlösung“ von Franz Rosenzweig und Ludwig Wittgensteins „Tractatus logico-philosophicus“ sind zu einem wichtigen Teil während des Krieges entstanden, doch die Texte schweigen vom Krieg.

„Pst, nicht daran denken“

Beide Philosophen hatten sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet. Wittgenstein nahm während mehrerer Jahre an den Kampfhandlungen der österreichischen Ost- und Südfront als Artilleriebeobachter teil. Rosenzweig wirkte zuerst in Belgien als Sanitäter, später diente er der deutschen Armee als Beobachter in einer Flugabwehreinheit auf dem Balkan. Merkwürdig gegensätzlich nun sind die je eigenen Verarbeitungsweisen der Kriegserlebnisse. Die Greuel des Krieges kommen bei Wittgenstein besonders in seinen Tagebüchern zur Darstellung. Seiner Todesangst und dem Unmut gegenüber den Kameraden verschaffte er in seinen verschlüsselt verfassten Eintragungen in Form von Stosseufzern und Gebeten Luft. Rosenzweig hingegen erlebte, wenn man seinen schriftlichen Zeugnissen Glauben schenkt, den Krieg von einer unpersönlicheren Warte aus. Er schwieg in seinen Briefen von den Ängsten. Den Krieg betrachtete Rosenzweig vordergründig als touristisches Erlebnis zur Erweiterung der eigenen Kenntnisse. Beide doch als Sprachphilosophen bekannten Männer schweigen von den Greueln des Krieges, von den schreienden Kameraden und von den Leichenbergen.

Beiden Männern bereitete die Aufgabe, das Erlebte und die Komplexität der Lebenswelt des Krieges zu beschreiben, offenbar grosse Mühe. Diese Leerstelle wird von Rosenzweig mit „Pst, nicht daran denken“ angezeigt. Tagebuchnotizen und Feldpostbriefe erscheinen als ein Entlastungsdiskurs, der gerade nicht den Zweck darin hat, den Krieg zu beschreiben, sondern darin, eine Wirklichkeit, die wohl auf direktem Weg nicht verarbeitet werden konnte, überhaupt aushalten zu können. Sowohl religiöse Deutungsmuster als auch das gewohnte philosophische Arbeiten bildeten Refugien verunsicherter Identität angesichts der zumindest emotional nicht mehr fassbaren Welt. Für Rosenzweig erwies sich das Bekenntnis zum Judentum als stabilisierend, nachdem er sich ein Jahr vor Kriegsausbruch dazu entschieden hatte, seinen jüdischen Glauben nun doch nicht zugunsten des christlichen Glaubens aufzugeben; für Wittgenstein war jene private Mystik lebensnotwendig, die er als Extrakt aus der Lektüre Tolstois, Dostojewskis und William James' gewonnen hatte.



Unterschiedliche Verarbeitungsstrategien

In den Werken nun ist eine gegenläufige Tendenz zu beobachten. Im „Stern der Erlösung“ wird das Kriegserlebnis zum leitenden Argument. Rosenzweig setzt in seinem Text mit der Schilderung der Todesangst ein, die an jene der Soldaten in den Schlachten des Ersten Weltkriegs erinnert. Gegen die Todesvergessenheit eines idealistischen Philosophen wie Hegel setzt Rosenzweig den revoltierenden Angstschrei des mit dem Tod konfrontierten Soldaten, der „Ich Ich“ brüllt und sich nicht sang- und klanglos dem unbarmherzigen Weltenlauf fügen will. Während ihm die Katastrophe der Jahre 1914–18 direkt vor Augen stand, demaskierte Rosenzweig die grosse Erzählung Hegels als richtig und gleichzeitig als unmenschlich. Wenn die Zivilisation Europas, Hegels Endstufe der Weltgeschichte, in einer Katastrophe gipfelt, dann hat sich die Weltgeschichte selbst verdammt.

Im „Tractatus logico-philosophicus“ schweigt Wittgenstein vordergründig vom Krieg, so als hätten für ihn die Tagebucheintragen genügt, so als würden seine existentiellen Erfahrungen bewusst aus dem vor allem unter mathematisch-logischen Gesichtspunkten interessanten philosophischen Werk herausgehalten. Nur in den letzten Sätzen klingt mit den Themen Gott, Tod und Ich so etwas wie ein Verweis auf eine existentielle Erschütterung an. Besonders die Erlebnisse der von intensiven Kampfhandlungen begleiteten russischen Brussilow-Offensive im Sommer 1916 haben Wittgensteins philosophisches Schreiben befördert, halfen ihm, existentiell-religiöse Erschütterung und logisch-philosophische Gedankengänge miteinander zu verbinden. Doch wie? Wittgenstein weist den persönlichen Erlebnissen eine irrelevante Stellung im Rahmen des Denkens zu, fast gewaltsam reisst er den Tod aus dem sinnvollen, dem sagbaren Lebenszusammenhang heraus. Die Erfahrung der Verwundbarkeit menschlichen Lebens fungiert als utopischer Denkort. Sie bleibt sozusagen doppelt ortlos. Das Reden vom Leben hat im Bereich der sich Sinn- und Werturteilen enthaltender logischer Beschreibungen einer Welt keinen Platz. Der Tod steht, weil er nicht integrierbar ist, ausserhalb des Lebens („Die Lösung des Rätsels des Lebens in Raum und Zeit liegt ausserhalb von Raum und Zeit“, heisst es im „Tractatus“).

Der Einbruch des Göttlichen

Die Todesangst, das Kreisen der beiden Denker um Themen wie Gott, Leben, Tod scheint so etwas wie ein subkutaner Anziehungspunkt zu sein. Davon schweigen beide auf eine beredte Art und Weise. Wittgenstein setzt das Religiöse, Gott, Ethik und Ästhetik ineins. Diese unscharfe Verhältnisbestimmung gibt der Einsicht Ausdruck, dass zwar durch die Logik die formalen Bedingungen des in der Welt Möglichen aufgezeigt werden, allerdings davon nicht ihre Existenz und deren Schöpfer erfasst werden können: „Wie die Welt ist, ist für das Höhere vollkommen gleichgültig. Gott offenbart sich nicht in der Welt“ („Tractatus“ 6.432).

Während Wittgenstein besonders die christliche Religion im Blick hatte – er stand in einem gespaltenen Verhältnis zu seinen jüdischen Wurzeln –, entfaltete Rosenzweig seine Sicht des Einbruchs des Göttlichen in die menschliche Wirklichkeit von einer genuin jüdischen Perspektive aus und unternahm den Versuch, in das sich als jüdisches Offenbarungdenken verstehende System das Christentum miteinzubeziehen. Der Autor des „Stern der Erlösung“ verstand die Sprache als das wichtige Verbindungsglied zwischen dem göttlichen Du und der menschlichen Seele. Die mystische sich öffnende menschliche Hingabe an das anrufende Du beinhaltet zwar ein Moment der Weltfremdheit, die Sprache des Menschen ist hier „nur Antwort, nicht Wort“, doch bedarf es der Sprache als Initiatorin für das Verhältnis zwischen Gott und Mensch. Während Rosenzweig diese mystische Gestalt des Sprachgeschehens zwischen Gott und Mensch als ein Durchgangsstadium begriff und an der Öffnung des Menschen zum Wir, das heisst zu einer inter-personalen Gemeinschaft, als Erfüllung der in der Sprache liegenden Möglichkeiten festhielt, blieb Wittgensteins Sicht letztendlich mystisch. Im „Tractatus logico-philosophicus“ bleibt der Bereich des Religiösen der Bereich des mit der Sprache nicht erfassbaren schlechthin – eine „unio mystica“ ist nur als eine sprachlose denkbar.

Die Bedeutung des Schweigens

Die sachliche Nähe der beiden Autoren ist in der Bedeutung zu lokalisieren, welche sie dem Schweigen zumessen. War für Wittgenstein der Bereich des Schweigens der Ort des Religiösen, Ethischen und Ästhetischen schlechthin, welches sein System umschloss und ihm allererst Sinn verlieh, wies Rosenzweig dem Bereich des Sprachlosen eine wichtige Rolle in der Sprachgeschichte zu. Nun steht die prominente Stellung, die dem Schweigen in beiden Werken zukommt, in direktem Zusammenhang mit dem, wovon geschwiegen werden musste – mit der gewaltigsten Destruktion, die das junge Jahrhundert gleich zu Beginn praktisch völlig vernichtet hat. Genau diese Zerstörung wird in der Form des Schweigens zur Grundlage wichtiger philosophischer Gebäude.



Dr. Regine Munz ist Assistentin an der Theologischen Fakultät. Die Studie zur biographisch-philosophischen Verarbeitung der Kriegserlebnisse ist als religionsphilosophisch inspirierte Weiterführung des Dissertationsprojektes der Verfasserin entstanden. In Ihrer Doktorarbeit „Religion als Beispiel. Sprache und Methode bei Ludwig Wittgenstein in theologischer Perspektive“, Parerga: Düsseldorf 1997, hat sich Munz eingehend mit der theologischen Relevanz der religionsphilosophischen Äusserungen Ludwig Wittgensteins beschäftigt. Im Anschluss an ein von Prof. Stéphane Mosès (Jerusalem) geleitetes Seminar über jüdische Religionsphilosophie im 20. Jahrhundert an der Theologischen Fakultät Basel (WS 1996/1997) entwickelte sich die Idee, den Zusammenhang von Leben und Schreiben als Ausgangspunkt für den Vergleich von Wittgenstein und Rosenzweig zu wählen. Der daraus entstandene Artikel „Obs nach dem Krieg schön zu leben sein wird? Franz Rosenzweigs und Ludwig Wittgensteins Schreiben im Ersten Weltkrieg“ ist in der Freiburger Zeitschrift für Philosophie und Theologie, 45 (1998), S. 480-503 veröffentlicht.



Wie halten es Baslerinnen und Basler mit der Religion? – Eine empirische Umfrage Albrecht Grözinger

Die beiden grossen Basler Kirchen – die Evangelisch-reformierte und die Römisch-Katholische Kirche des Kantons Basel-Stadt – wollten es genau wissen: Wie hält es die Basler Bevölkerung mit der Religion? Welches Image hat die Kirche bei den Baslerinnen und Baslern, und welche Erwartungen haben diese an die Kirche? Antworten auf diese Fragen sollten auf dem Wege einer repräsentativen empirischen Umfrage gefunden werden. Eine interdisziplinäre Forschungsgruppe unter der Federführung des Lehrstuhls für Marketing und Unternehmensführung des Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums (WWZ) der Universität Basel nahm ihre Arbeit auf.

Ein interdisziplinäres Projekt

Da die Methodik und die Auswertung hinsichtlich der Management- und Angebotsqualitäten der Kirchen von dem Lehrstuhlinhaber Prof. Dr. Manfred Bruhn und seinen Mitarbeitern am WWZ erarbeitet und durchgeführt wurden, legt meine Darstellung ihren Schwerpunkt auf die theologischen und religionswissenschaftlichen Aspekte der Forschungsarbeit. Die theologischen Mitarbeiter an der interdisziplinären Forschungsgruppe waren: Prof. Dr. Albrecht Grözinger, Prof. für Praktische Theologie an der Universität Basel; David Plüss, Assistent für Praktische Theologie an der Universität Basel; Dominik Schenker, Assistent am katholischen Lehrstuhl für Praktische Theologie an der Universität Fribourg und Adrian Portmann, Doktorand an der Theologischen Fakultät der Universität Basel.

Die Bedeutung empirischer Studien ist innerhalb der deutschsprachigen Theologie immer noch umstritten. Im angelsächsischen Raum ist die empirische Erforschung religionssoziologischer und frömmigkeitsgeschichtlicher Daten schon seit langem selbstverständlich. Im deutschsprachigen Raum gibt es solche Umfragen erst seit nunmehr dreissig Jahren. Dies hat spezifische wissenschaftshistorische Gründe, die vor allem in der geisteswissenschaftlichen Ausrichtung der deutschsprachigen Theologie begründet liegen, während die angelsächsische Theologie im 20. Jahrhundert ganz unter dem Eindruck der von William James im Jahre 1901/02 gehaltenen Gifford Lectures in Edinburgh steht, die unter dem Titel „The Varieties of Religious Experience“ veröffentlicht wurden. James entwickelte darin einen Ansatz erfahrungsorientierter Religionspsychologie, der die angelsächsische Theologie auf den Weg der Empirie wies, den sie bis heute nicht verlassen hat.

So zeigen auch die Ergebnisse der Basler Umfrage, dass empirische Erhebungen zu Fragen der Religion sehr wohl theologische Bedeutung haben. Wir können nun sehr detailliert und begründet Auskunft auf die Frage geben, wie es die Baslerinnen und Basler mit der Religion halten. Was sind die Ergebnisse der Umfrage und ihrer theologischen Auswertung? Es lassen sich zusammenfassend folgende Aussagen machen:

Säkularisierung nicht erwiesen

Die Ergebnisse hinsichtlich der religiösen Erfahrungsstrukturen und religiösen Äusserungsformen gleichen denen anderer empirischer Studien in der Schweiz und in Deutschland. Allerdings lässt sich erkennen, dass die Ergebnisse in Basel besonders profiliert ausfallen. Man kann also durchaus sagen: Basel steht hinsichtlich der Religion an der Spitze einer Entwicklung, die sich gegenwärtig in allen westlich-pluralistischen Gesellschaften abzeichnet.

Die These, dass die Religion in modernen Gesellschaften auf einem ständigen Rückzug ist (sogenannte Säkularisierungsthese!), lässt sich empirisch nicht halten. Mehr als zwei Drittel der Basler Bevölkerung (71,2%) bezeichnen sich selbst „als im weitesten Sinne religiös“. Und noch beinahe die Hälfte (44,1%) stimmt der Aussage „Gott ist in meinem Leben wirksam“ voll und ganz zu. Diesen Selbstbezeichnungen entspricht auch ein bemerkenswerter Sachverhalt lebensweltlichen Verhaltens: Eine knappe Hälfte der Menschen in Basel (45,4%) gibt an, mindestens einmal in der Woche zu beten, während nur ein Viertel (24,5%) von sich sagt, niemals zu beten.

Neben der Säkularisierungsthese ist eine weitere gegenwärtig gängige These durch die Umfrage widerlegt worden. Diese These lautet: Die Menschen bezeichnen sich selbst zwar als religiös, tun dies jedoch nicht mehr in einem christlichen Sinne. Dem stehen die Ergebnisse der Umfrage entgegen: 73% der Basler Bevölkerung bezeichnet sich selbst als Christin oder Christ. In einem jedoch hat diese These etwas Richtiges im Blick. Das, was die Menschen als christlich empfinden, ist nicht mehr ohne weiteres identisch mit den traditionellen dogmatischen Gehalten der christlichen Religion: So glaubt ein Viertel der Menschen in Basel an die Auferstehung im traditionellen christlichen Sinne, ein anderes Viertel hängt östlichen Reinkarnationsvorstellungen an, während ein weiteres Viertel sowohl an die Auferstehung wie an die Reinkarnation glaubt. Wir haben es hier also mit einem religiösen Synkretismus zu tun, der sich selbst jedoch als durchaus durch die christlich-abendländische Kultur getragen versteht.

Weitere Forschungen zu aktuellen Fragen geplant

Die empirischen Forschungsergebnisse, die hier nur in einigen wenigen markanten Punkten benannt werden konnten, stellen nun aber nicht das Ende der theologischen Forschungsaufgabe dar. In gewisser Hinsicht markieren sie vielmehr erst den Ausgangspunkt für weitere Forschungen, denen sich die Praktische Theologie an der Universität Basel in den nächsten Jahren verstärkt zuwenden wird. Dazu werden vor allem gehören:

Fragen des religiösen Pluralismus und seine Auswirkungen für das persönliche und gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen im Kanton Basel-Stadt

Fragen der Genese eines religiösen Fundamentalismus und Wege zu seiner Überwindung

Fragen einer pluralistischen Kultur, die individuelle Orientierungen zulässt, ohne dass damit ein Verlust von Gemeinschaftsorientierung in Kauf genommen werden muss

Fragen der Bedeutung kultureller Überlieferungen für die Ausbildung individueller wie gemeinschaftsorientierter Identität.



Prof. Dr. Albrecht Grözinger ist Ordinarius für Praktische Theologie

**Gender Law:
Die Frage der Quotenregelung**
Christa Tobler

„Gender Law“ stellt die Frage nach der Rolle des „Geschlechtes als soziales Konstrukt“ im Recht (Carole Smart: “How does gender work in law and how does law work to produce gender?”). Dabei geht es neben der Ausgestaltung und Anwendung der Rechtsordnung auch um rechtstheoretische und rechtshistorische Fragen sowie um den Vergleich mit anderen Rechtsordnungen. In der wissenschaftlichen Arbeit nehmen die Analyse und kritische Kommentierung von Gerichtsentscheiden einen wichtigen Platz ein. Dies hängt damit zusammen, dass die Rechtsordnung als wichtigstes Forschungsobjekt der Rechtswissenschaft von Menschen gemacht und damit jederzeit veränderbar ist. Angesichts ihrer Auslegungsbedürftigkeit erhält sie ihre nähere Gestalt durch Gerichtsentscheide. Da sich die hiesigen Gerichte nicht selten ausdrücklich auf die Lehre beziehen, besteht in dieser Hinsicht eine eigentliche Wechselwirkung zwischen Forschung und Praxis. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Entscheiden beschränkt sich daher bewusst nicht auf die rein beschreibende Analyse.

Die ersten zwei Entscheide des Bundesgerichtes über politische Quoten stehen im Zentrum des Interesses von „Gender Law“ und veranschaulichen sowohl die genannte Wechselwirkung zwischen Forschung und Praxis wie auch die Relevanz der Rechtsvergleichung. Im Zusammenhang mit meiner Habilitationsarbeit habe ich die Entscheide untersucht und zum ersten eine rechtsvergleichende Besprechung publiziert. Eine Publikation zum zweiten ist in Arbeit.

Quotenregelungen: eine indirekte Diskriminierung der Männer?

Im seinem ersten Quotenentscheid von 1997 (Solothurner Quotenentscheid) musste sich das Bundesgericht zum ersten Mal mit der Verfassungsmässigkeit einer Quotenregelung befassen. Der Entscheid betraf eine Initiative, welche vorsah, dass Frauen und Männer in der kantonalen Regierung und in den juristischen Behörden entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten sein sollten (Wahlquoten).

Die Initiative war ergriffen worden, weil die Frauen in den genannten Behörden untervertreten sind und weil dadurch nach der Auffassung der Initiantinnen ihre Anliegen in Gesetzgebung und Verwaltung zu wenig beachtet werden (faktische Frauenförderungsmassnahme). Der Solothurner Kantonsrat erklärte die Initiative für ungültig. Gegen diesen Entscheid gelangten neun Frauen ans Bundesgericht. Das Bundesgericht entschied, dass die Initiative verfassungswidrig sei (Verletzung des freien und gleichen Stimm- und Wahlrechtes und der Rechtsgleichheit der Geschlechter nach Art. 4 Abs. 2 der schweizerischen Bundesverfassung, BV). Das Bundesgericht befand, dass die Quotenregelung die Männer diskriminiere (Verletzung des Diskriminierungsverbotes, Art. 4 Abs. 2 Satz 1).

Hier stellt sich die Frage, wie das Bundesgericht zu dieser Qualifizierung von Frauenförderungsmassnahmen als Diskriminierung der Männer kommt, ob und wie sie in die bisherige Rechtsprechung zur Rechtsgleichheit der Geschlechter passt und ob sie sachgerecht ist. Eine Analyse der bisherigen Rechtsprechung zeigt, dass die Qualifizierung als Diskriminierung keineswegs zwingend ist. Abgesehen vom Bereich der Lohngleichheit prüft das Bundesgericht eine Diskriminierung praktisch immer nur danach, ob eine ohne weiteres erkennbare ungleiche Behandlung der Geschlechter vorliegt (direkte Diskriminierung). Nun war die Solothurner Initiative geschlechtsneutral formuliert und sah somit die geforderte äusserliche Gleichbehandlung vor. Wenn das Bundesgericht dennoch zum Schluss kommt, sie sei diskriminierend, so kann das nur im Sinne einer indirekten Diskriminierung verstanden werden.

Der Einfluss von internationalen und ausländischen Rechtsordnungen

Dieser Begriff (der im Entscheid nicht erwähnt wird) bezeichnet eine versteckte Form der Diskriminierung, welche nicht auf die äusserliche Form der fraglichen Behandlung abstellt, sondern auf ihr faktisches Ergebnis. Das Bundesgericht konnte die Initiative meines Erachtens nur darum als diskriminierend qualifizieren, weil es nicht auf ihre äusserliche Erscheinung abstellte, sondern vielmehr auf ihre Wirkungen unter den gegebenen Umständen (faktische Frauenförderungsmassnahme).

Bisher hat das Bundesgericht das Verbot der indirekten Diskriminierung im Bereich der Lohngleichheit anerkannt, im übrigen aber weitgehend vernachlässigt (für das Arbeitsrecht ist es inzwischen im Gleichstellungsgesetz verankert). Damit entsteht der Eindruck, dass es die bisher verschmähte Rechtsfigur ausgerechnet dann (implizit) anerkennt, wenn es um die Abwehr von Frauenförderungsmassnahmen und damit um den Schutz der Position der Männer geht. Dabei verkennt es den Ausgleichscharakter von Frauenförderungsmassnahmen (Korrektur einer die Frauen diskriminierenden Situation), der zur Folge hat, dass die Qualifikation als Diskriminierung grundsätzlich verfehlt ist. Die ans Bundesgericht in diesem Zusammenhang zu stellende Forderung ist deshalb die nach einer Auslegung des Rechtsgleichheitsgrundsatzes, die solch verfehltete Schlüsse nicht zulässt.

Die Qualifizierung von Frauenförderungsmassnahmen als Diskriminierung der Männer zeigt sich auch in anderen Rechtsordnungen. Im Solothurner Quotenentscheid bezieht sich das Bundesgericht ausdrücklich auf Gerichtsentscheide aus Frankreich, Italien und der EU. Da keine der entsprechenden Rechtsordnungen für die Schweiz verbindlich ist, kann ihre Heranziehung nur dann sinnvoll sein, wenn sie in den relevanten Punkten mit der schweizerischen übereinstimmen oder zumindest mit ihr vergleichbar sind. Die Beurteilung dieser Frage im Rahmen der Entscheidkommentierung setzt eine sorgfältige Analyse der betroffenen Rechtsordnungen voraus. Im vorliegenden Fall ist diese Vergleichbarkeit im Zusammenhang mit der Feststellung der Diskriminierung der Männer meines Erachtens zwar festzustellen; indessen ist die Qualifizierung als Diskriminierung im ausländischen Recht sachlich ebenso verfehlt wie im schweizerischen Recht.

Im Rahmen der Abklärung der weiteren Frage, ob die Quotenregelung allenfalls im Rahmen des Gebotes der Gleichstellung beziehungsweise der Chancengleichheit der Geschlechter (Art. 4 Abs. 2 Satz 2 BV) zulässig sei, stützt sich das Bundesgericht entscheidend auf den Entscheid „Kalanke“ des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften (EuGH). Von dort leitet es die Aussage her, Chancengleichheit bedeute lediglich die Gleichheit der Startbedingungen und nicht die des Ergebnisses, wie sie die Initiative vorsehe. Darüber, ob hier die erforderliche Vergleichbarkeit von EU-Recht und schweizerischem Recht gegeben sei, sind in der Lehre unterschiedliche Meinungen geäussert worden. Als EU-Rechtlerin drängt sich mir der Schluss auf, dass wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Rechtsordnungen vorliegen. Sie betreffen unter anderem die Zielsetzung der relevanten Bestimmung und ihre Kernbegriffe und verbieten es, Aussagen in „Kalanke“ unbesehen auf das schweizerische Recht zu übertragen.

Wechselwirkung zwischen Forschung und Praxis

Der Solothurner Quotenentscheid ist von der Lehre mehrheitlich stark kritisiert worden. Dass diese Kritik beim Bundesgericht nicht ungehört verhallt ist, zeigt sich deutlich im zweiten Quotenentscheid des Bundesgerichtes von 1998 (Urner Quotenentscheid). Auch dieser Fall betraf politische Quoten, die indessen weniger hart formuliert waren als in der Solothurner Initiative. Insbesondere wurde nur eine annähernd gleiche Vertretung der Geschlechter beziehungsweise eine Mindestvertretung von einem Drittel verlangt.

Zwar hält das Bundesgericht an seiner früheren Aussage fest, dass Quotenregelungen im Bereich der direkten Volkswahlen in keinem Fall zulässig sind (Verletzung des freien und gleichen Stimm- und Wahlrechtes). Im übrigen aber (Art. 4 Abs. 2 BV) ist der Unterschied zum Solothurner Entscheid in Argumentation und Ergebnis frappant. Das Bundesgericht setzt sich einlässlich mit der Lehre auseinander, insbesondere mit der Kritik am Solothurner Entscheid. Es nimmt in seiner Argumentation verschiedene Punkte auf, die von der Lehre unterstrichen worden waren. So finden sich im Gegensatz zum Solothurner Quotenentscheid inhaltliche und sinnvolle Aussagen zur Problematik der Untervertretung der Frau sowie zur Notwendigkeit, dagegen vorzugehen. Das Bundesgericht hält nun fest, Quotenregelungen könnten durchaus mit Art. 4 Abs. 2 BV vereinbar sein, sofern sie nicht paritätisch ausgestaltet sind. Rechtsvergleichende Verweise fehlen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass auch dies mindestens zum Teil eine Folge der Kommentare der Lehre sein dürfte. Dort wurde insbesondere auf das EuGH-Urteil „Marschall“ verwiesen, das ein halbes Jahr nach dem Solothurner Quotenentscheid ergangen war, und den Entscheid „Kalanke“ relativierte. Auch hier bestehen meines Erachtens Hinweise darauf, dass das Bundesgericht diesen Entscheid inhaltlich nachvollziehen wollte, angesichts der nun noch offensichtlicheren Unterschiede zwischen den beiden Rechtsordnungen aber nicht mehr auf das EU-Recht Bezug nahm.

Politische Quoten in der Zukunft

Die Entwicklung vom Solothurner zum Urner Quotenentscheid ist in meiner Sicht zu begrüßen. Es bleibt allerdings die Frage der Quotenregelungen für Fälle der direkten Volkswahlen. Die Tatsache, dass sie nach der jetzigen Rechtsprechung verfassungswidrig sind, könnte die politischen Meinungen über die „Initiative 3. März“ negativ beeinflussen. Hier gilt es, alternative juristische Argumentationen zu finden. Eine Möglichkeit ist die Qualifizierung einer entsprechenden Verfassungsbestimmung als Spezialbestimmung zum allgemeineren Grundsatz des freien und gleichen Stimm- und Wahlrechtes, welche diesem deshalb vorgeht. Eine inhaltliche Begründung könnte die politische Theorie der „parité“ mit ihrer Auffassung bieten, dass die Demokratie definitionsgemäss paritär sein muss.



Dr. Christa Tobler, LL.M., ist EG-Rechtlerin mit dem Forschungsschwerpunkt der Rechtsgleichheit der Geschlechter. Sie hat seit März 1998 an der Universität Basel einen Lehrauftrag an der Juristischen Fakultät im Bereich „Gender Law“ inne. Sie arbeitet zur Zeit an einer Habilitation über indirekte Diskriminierung im EU-Recht und im schweizerischen Recht.

Völkerstrafrecht im Wandel Hans Vest

Dass der frühere Chef der chilenischen Militärjunta und nachmalige Staatspräsident, Augusto Pinochet, gestützt auf ein spanisches Rechtshilfesuch festgenommen und unter Hausarrest gestellt werden würde, als er sich zu einer medizinischen Behandlung in Grossbritannien aufhielt, wäre noch vor einigen Jahren kaum denkbar gewesen.

Der Richterausschuss des House Of Lords hat Pinochet mit Entscheid vom 24. März 1999 wegen seines Status als früheres Staatsoberhaupt nur teilweise Immunität vor nationaler Strafverfolgung gewährt und seine Auslieferung bewilligt. Völkerstrafrechtliche Grundlage dieser Entscheidung ist das internationale Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984. Dieses Abkommen ermöglicht eine Auslieferung, weil die Pinochet angelasteten Verbrechen der Folter und der Verabredung („conspiracy“) dazu sowohl im Landesrecht Spaniens wie Grossbritanniens verfolgt werden können. Von Bedeutung war dabei unter anderem, dass die Pinochet vorgeworfenen Taten Teil eines systematischen Angriffs gegen bestimmte Teile der chilenischen Bevölkerung bildeten und deshalb als Verbrechen gegen die Menschlichkeit qualifiziert werden müssen.

Auch die Schweiz ist Mitgliedstaat der Folterkonvention und prüft einen Beitritt zur Völkermord-Konvention. Der Fall Pinochet gibt deshalb Anlass, auf aktuelle völkerstrafrechtliche Entwicklungen hinzuweisen, einige rechtswissenschaftliche Forschungsfragen aufzuwerfen und erste Antworten zu skizzieren.

Nationale oder internationale Strafgerichtsbarkeit?

Die Frage, ob völkerrechtliche Verbrechen Gegenstand der nationalen oder internationalen Gerichtsbarkeit sind, enthält keine Alternative. Beide Wege werden heutzutage beschritten.

Verbrecher vom Kaliber des inzwischen gestorbenen, einstigen kambodschanischen Staatschefs Pol Pot finden regelmässig auch nach Ende ihrer (Schreckens-)Herrschaft, unter der eine Strafverfolgung zumindest faktisch unmöglich ist, einen sicheren Hort. Auch das Beispiel des politischen und des militärischen Führers der bosnischen Serben, Karadzic und Mladic, die beide vom Jugoslawientribunal in Den Haag unter anderem wegen Völkermords zur Verhaftung ausgeschrieben sind, bisher aber trotz Präsenz der multinationalen IFOR/SFOR-Truppen nicht festgenommen werden konnten, zeigt das sehr gut. Der eingangs erwähnte Fall Pinochet wird die früheren und zukünftigen Menschheitsverbrecher zu noch grösserer Vorsicht veranlassen.

Dieser Fall macht auch deutlich, dass sich einer nationalen Strafverfolgung trotz der bestehenden Rechts-hilfeabkommen einschneidende Beschränkungen in den Weg stellen. Nur internationale Gerichte können eine einheitliche Rechtspraxis garantieren, welche auch die Haupttäter zu erfassen sucht, da die nationalen Gesetzgebungen auch rechtlich noch allzuvielen Schlupfwinkel aufweisen. Solange diese Gerichte jedoch über keine internationalen Strafverfolgungsorgane verfügen, werden auch sie noch ausschliesslich auf die Zusammenarbeit der einzelnen Staaten angewiesen sein. Zwar verfügt etwa der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nach der UNO-Charta durchaus über umfangreiche Kompetenzen und Druckmittel, um Mitgliedstaaten erforderlichenfalls zu einer Kooperation zu zwingen. Die gemachten Erfahrungen lehren allerdings, dass die Möglichkeiten selbst des Sicherheitsrates beschränkt sind, ganz zu schweigen vom Problem, dass ein ständiges Mitglied mit Vetorecht betroffen wäre.

Ein ständiger internationaler Strafgerichtshof

Die vom Sicherheitsrat geschaffenen ad-hoc-Tribunale für die Beurteilung der auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien seit 1991 und beim Völkermord in Ruanda 1994 verübten Verbrechen sind die ersten seit den Kriegsverbrecherprozessen von Nürnberg und Tokyo geschaffenen internationalen Strafgerichtshöfe. Auch bei kritischster Betrachtung können sie die Anwendung des nach dem 2. Weltkrieg noch erhobenen Vorwurfs der Siegerjustiz unter keinem Aspekt mehr rechtfertigen. Es bleibt jedoch das Problem, dass über die Einsetzung weiterer ad-hoc-Gerichte von Fall zu Fall und damit unweigerlich nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden muss.

Im Juli 1998 wurde nach jahrelangen Vorarbeiten der UNO an einer Staatenkonferenz in Rom das Statut für einen ständigen internationalen Strafgerichtshof geschaffen. Rechtsgültig wird dieser Vertrag, wenn ihm 60 Staaten beigetreten sein werden, und auch dann wird das zu schaffende ständige internationale Strafgericht nur die nach dem Inkrafttreten des Statuts verübten Verbrechen beurteilen können. Weit bedeutsamer ist die Einschränkung, dass die Kompetenz des Gerichtshofes beschnitten ist: Er kann nur tätig werden, wenn belegt ist, dass der nach dem Territorialitätsprinzip primär zuständige Staat nicht fähig oder nicht willens ist, die Strafverfolgung selbst durchzuführen. Das dadurch verankerte Subsidiaritätsprinzip des ständigen internationalen Strafgerichtes bildet eine gravierende Schwachstelle, die weit hinter den Satzungen der ad-hoc-Tribunale, die jeden Fall an sich ziehen können, zurückbleibt.

Bis zum Inkrafttreten des Abkommens über einen ständigen internationalen Gerichtshof wird die Tätigkeit nationaler Gerichte, zu der auch die in Absprache mit den Tribunalen für Jugoslawien und Ruanda erfolgte Aburteilung weniger wichtiger Angeklagter durch die schweizerische Militärjustiz gehört, weiterhin bedeutsam bleiben.

Die Rolle der Rechtswissenschaft

All die geschilderten Entwicklungen, seien sie internationaler oder nationaler Natur, sind von Jurist/innen vorbereitet, begleitet und teilweise auch entschieden worden. Das wird auch in Zukunft nicht anders sein. Angesichts des Wachstums des Völkerrechts im allgemeinen und des Völkerstrafrechts im besonderen dürfte ihnen sogar zunehmende Wichtigkeit zukommen.

Im Rahmen der Ausarbeitung des erwähnten Statuts von Rom für einen ständigen internationalen Strafgerichtshof waren zum Beispiel Jurist/innen aus zahlreichen Ländern damit beschäftigt, aus völkerrechtlichen Rechtsquellen, wie etwa internationalen Verträgen und Urteilen, sowie mit Hilfe der Rechtsvergleichung der wichtigsten Rechtssysteme (anglo-amerikanisches, kontinental-europäisches etc.) weltweit gültige Strafnormen zu schaffen. Diese sollen nicht nur Straftatbestände regeln, sondern auch die Definition von Begriffen wie zum Beispiel „Schuld“, „Beteiligung“, „Vorsatz“ oder „Notwehr.“

Die Wissenschaft versucht aber im Hinblick auf das Völkerstrafrecht nicht, einfach den gerade noch akzeptierbaren kleinsten gemeinsamen Nenner unterschiedlichster Rechtssysteme zu finden. Vielmehr will sie kreativ weiterdenken. Das Strafrecht, das an Delikten im sozialen Nahbereich entwickelt worden ist, bei denen sich wie beim Diebstahl, Betrug oder Mord typischerweise zwei Personen – nämlich Täter und Opfer – gegenüberstehen, sieht sich im Bereich kollektiver Grossverbrechen vor neuen Herausforderungen. Historische Untersuchungen zeigen, dass es stets (para-)staatliche Organe sind, die diese Verbrechen planen, befehlen und organisieren, unterstützen oder dulden. Der Staatsapparat ist also nicht länger Garant für Ordnung und Sicherheit, sondern selbst deren grösste Bedrohung. Entsprechend ist auch die Zahl der Opfer regelmässig erschreckend hoch.

Die Beteiligung an „Makroverbrechen“

Das durch individualstrafrechtliche Zurechnungsprinzipien geprägte Strafrechtsdenken gerät angesichts dieser Entwicklungen an seine Grenzen: Verbrechensbegriff und Straftataufbau stehen in Frage. Dass sämtliche Regeln neu zu definieren sind, ist damit natürlich nicht gesagt. Notwendig ist jedoch, sie allesamt kritisch zu hinterfragen. „Makroverbrechen“ wie Völkermord und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden von kollektiv vorgehenden und in Organisationen zusammengefassten Tätern begangen, welche die Existenz ganzer gesellschaftlicher Gruppen bedrohen. Anders als im herkömmlichen Individualstrafrecht sind die ausführenden Täter nicht länger die „Zentralgestalt“, die das Tatgeschehen in Händen hält. Hauptverantwortliche sind vielmehr die entscheidenden Führungsmglieder, die Planstrategen und die Organisatoren, die im herkömmlichen Strafrechtssystem grundsätzlich als bloße Teilnehmer erscheinen. Ob sie als solche richtig erfasst werden und ob das tradierte Modell der Beteiligung an der Haupttat weiterhin funktioniert, ist eine der in der Wissenschaft derzeit offenen Fragen.

Die Antwort kann bei der Feststellung ansetzen, dass die Hauptverantwortlichen von kollektiven „Makroverbrechen“, die ihre Untergebenen ausführen, nicht bloss als Beteiligte im Sinne herkömmlicher Individualstrafataen beschrieben werden können. Ihr Tatbeitrag ist nicht im üblichen Sinn von einer (oder mehreren) fremden Haupttat(en) abhängig. Diesem sogenannten Akzessorietätsproblem entgeht die deutsche Strafrechtslehre, indem sie die Hauptverantwortlichen als mittelbare Täter kraft organisatorischen Machtapparates erfasst. Als Begründung dient der Befund, dass die Ausführenden austauschbare Rädchen des Unrechtssystems bilden, welches von ihrem wechselnden Bestand unabhängig, gleichsam automatisch funktioniere. Die Annahme einer mittelbaren Täterschaft kraft organisatorischen Machtapparates ist zumindest insoweit überzeugend, als sie die überlegene Tatherrschaft der Hauptverantwortlichen betont, die den Apparat steuern.

Im internationalen Vergleich steht Deutschland mit dieser Konstruktion allerdings in einer isolierten Position. Im anglo-amerikanischen Rechtskreis ist man nie auf die Idee gekommen, die Figur des „innocent or irresponsible agent“ auf solche Fälle auszudehnen. Da den unmittelbar (selbst) handelnden Helfern und Helfershelfern auch kein Erkenntnis- oder Willensdefekt zugestanden werden kann, ist das Prinzip „der mittelbaren Täterschaft kraft organisatorischen Machtapparates“ im Völkerstrafrecht kaum denkbar.

Der Gedanke, die Hauptverantwortlichen als Täter zu erfassen, braucht deshalb aber nicht fallengelassen zu werden. Die Konsequenzen ihres Tuns sind nämlich nicht bloss diejenigen beispielsweise eines normalen Auftragsmordes. Im Gefolge der an der Spitze gegebenen Befehle kommt es vielmehr zu hunderten oder gar tausenden von Straftaten. Anstatt diese in der herrschenden Terminologie als ebensovielen individuelle Haupttaten zu begreifen, spräche man mit Bezug auf die Haupttäter in Weiterentwicklung des Begriffs der mittäterschaftlichen Gesamttat besser von Gesamtgeschehen. In funktionaler Betrachtung steuern nämlich die Hauptverantwortlichen das kriminelle Gesamtgeschehen. Gerade weil sie positionsbedingt den Gesamtprozess kontrollieren, erweisen sie sich bei Makroverbrechen trotz ihrer Tatferne als die wahren Zentralgestalten des Tatgeschehens.



Hans Vest hat 1975–1980 in Basel und Berlin (West) Jurisprudenz studiert. 1985 Promotion zum Dr. iur. in Basel. 1987/88 Untersuchungsrichter im Kanton Zug. Von 1987–1995 als Rechtsanwalt in der Rechtsschutzstelle des Schweiz. Invalidenverbandes tätig. Seit 1989 Mitinhaber eines Advokaturbüros in Aesch/BL. Ab 1991 freier wissenschaftlicher Mitarbeiter im Max-Planck-Institut für internationales und ausländisches Strafrecht (MPI). 1995/1996 Übernahme des Referates Schweiz am MPI. Seit Frühjahr 1996 Forschungsbeitrag des Schweiz. Nationalfonds für Habilitationsschrift „Genozid durch organisatorische Machtapparate“.

Ein neuropsychologisches Untersuchungsinstrument zur Abklärung von Hirnleistungs- störungen im Alter

Andreas U. Monsch

Die Messung der kognitiven Leistungen (Aufmerksamkeit, Gedächtnis, Sprache, Rechnen, Problemlösen etc.) spielt bei der Frage nach dem Vorliegen einer Demenz, beispielsweise aufgrund der Alzheimer-Krankheit, eine zentrale Rolle. Speziell bei Patientinnen und Patienten, die sich in einer frühen Phase ihres Krankheitsprozesses befinden, ist die korrekte Beurteilung der erbrachten Testleistungen anspruchsvoll und braucht viel Erfahrung. Es geht darum, zu entscheiden, ob die Resultate alters- und bildungsentsprechend normal sind oder ob sie bereits als erste Zeichen eines Krankheitsprozesses gewertet werden müssen. Aufgrund der Komplexität der Fragestellung bei Demenzproblemen wurden in den letzten 10–15 Jahren sogenannte Memory Clinics eingerichtet. Dort werden die von Hausärzten überwiesenen Patienten von verschiedenen Fachpersonen (Arzt, Neuropsychologe, Sozialberater) untersucht. Für die Therapie steht heute eine ganze Palette von Möglichkeiten zur Verfügung, die jeweils individuell angepasst wird. Der Frage nach dem Vorliegen kognitiver Beeinträchtigungen wird in der Regel von speziell ausgebildeten Neuropsychologen nachgegangen.

Vielfalt der Untersuchungsverfahren

Leider gibt es im deutschsprachigen Europa jedoch fast soviele verschiedene Untersuchungsverfahren wie Memory Clinics, nämlich ca. 50! Die Tatsache, dass fast jede Neuropsychologin und jeder Neuropsychologe ein anderes Testverfahren verwendet, führt dazu, dass die Kommunikation sehr schwierig, gemeinsame Forschungsprojekte oder internationale Vergleiche praktisch unmöglich sind.

Im Juni 1995, bei einem ersten Treffen der deutschsprachigen Memory Clinics in Basel, wurde deshalb versucht, ein minimales gemeinsames neuropsychologisches Untersuchungsinstrumentarium zu finden. Obwohl die sich dadurch ergebenden Vorteile allen klar waren, gelang es damals nicht, eine Einigung zu erzielen. Ein Blick nach Amerika zeigte, dass dort, allerdings zu einem viel früheren Zeitpunkt, dieses Problem ebenfalls aufgetaucht war. Es lag deshalb nahe und im Interesse der internationalen Vergleichbarkeit, das in den USA bereits 1986 eingeführte und bestens etablierte Untersuchungsinstrument zu verwenden. Dabei handelt es sich um die neuropsychologische Testbatterie von CERAD (Consortium to Establish a Registry for Alzheimer's Disease). Nach eingehenden Gesprächen mit den leitenden Wissenschaftlern von CERAD an der Duke University in North Carolina erhielten wir die Erlaubnis zur Übersetzung und zum Gebrauch einer deutschen Version ihrer CERAD-Neuropsychologischen Testbatterie (CERAD-NT).

Eine gemeinsame Basis dank CERAD

Bereits 1997, am dritten Treffen der deutschsprachigen Memory Clinics in Zürich, wurde dem Vorschlag, die CERAD-NT als gemeinsames Instrument zu verwenden, von allen ca. 30 teilnehmenden Institutionen aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz begeistert zugestimmt. Als die „treibende Kraft“ hatten wir nun in Basel die Aufgabe, für diese Testbatterie Normdaten zu erheben, da die Resultate aus Amerika und Europa nur bedingt vergleichbar sind. Hier kam uns ein glücklicher Umstand zu Hilfe: Just zu dieser Zeit begann an der Geriatriischen Universitätsklinik unser Nationalfonds-Projekt BASEL (Basel Study on the Elderly), gewissermassen eine Fortsetzung der im Jahre 1959 begonnenen Basler-Studie. Unser Ziel im Projekt BASEL ist es, bei einem Teil der ursprünglich 6500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Gründen für ein „erfolgreiches Altern“, aber auch nach präklinischen Merkmalen der Alzheimer Krankheit zu suchen. Die glückliche Kombination der notwendigen Normierung der CERAD-Testbatterie mit dem Projekt BASEL führte mit der Hilfe der engagierten Teilnehmenden an der Basler Studie und zwölf hochmotivierten Psychologiestudentinnen und -studenten innert weniger Monate zu Daten von 825 (!) Personen.

Normierung als Hauptaufgabe

Eine wichtige Aufgabe war die Erstellung einer Datenbank. Hier konnten wir eine äusserst kompetente und erfahrene Spezialistin gewinnen. Nun stellte sich die Frage, welche dieser Personen in das CERAD-Testbatterie-Normenkollektiv aufgenommen werden können. Ein ausgeklügeltes System, die Hilfe einer Ärztin und einer Gerontologin sowie des für die Normierung der CERAD-Testbatterie verantwortlichen, unermüdlichen Doktoranden lösten auch dieses Problem. Somit konnte anfangs Dezember 1998 in München die vollendete Normierung der CERAD-NT bei 617 ihrem Alter entsprechend als gesund zu bezeichnenden Personen vorgestellt werden.

Da wir heute in der Zeit des Internets leben, lag es auf der Hand, die CERAD-Testbatterie dem ganzen deutschsprachigen Europa auch auf diesem Weg anzubieten. Auch dafür erhielten wir das Einverständnis der „Väter“ an der Duke University in Amerika. Bereits heute können sich Spezialisten im Internet (www.healthandage.com) für den Zugang zur CERAD-neuropsychologischen Testbatterie, zu den Normdaten und einem raffinierten Auswertungsprogramm anmelden. Die Novartis Stiftung für Altersforschung hat diesen Internet-Auftritt möglich gemacht.

Gemeinsame Untersuchung möglich gemacht

Wir stehen heute, also dreieinhalb Jahre nach dem ersten Versuch, einen gemeinsamen Weg in der neuropsychologischen Untersuchung zu gehen, vor einem Resultat, auf das wir stolz sein dürfen. In Zukunft wird es viel einfacher möglich sein, miteinander zu kommunizieren. Zum ersten Mal sind wir in der Lage, im deutschsprachigen Europa Daten von Patienten mit seltenen Ursachen einer Demenz zu kombinieren. Mehr noch, durch die gemeinsame Verwendung der CERAD-neuropsychologischen Testbatterie hat sozusagen ein Schulterschluss zwischen den USA und uns stattgefunden, und wir dürfen auf erste internationale Vergleiche gespannt sein. Nun können wir mit vereinten Kräften unser Wissen vergrössern und damit den Patienten und ihren Angehörigen besser und schneller helfen.



Dr. phil. Andreas U. Monsch hat in Zürich Psychologie studiert und mit einer Doktorarbeit an der Memory Clinic Basel promoviert. Nach dreijährigem Forschungsaufenthalt in den USA arbeitet er seit 1994 als Forschungsleiter an der Memory Clinic der Geriatriischen Universitätsklinik. Andreas Monsch ist seit 1997 Lehrbeauftragter für Neuropsychologie an unserer Universität. Zur Zeit arbeitet er an seiner Habilitation.

Nabelschnurblut wird im Gebärsaal nicht mehr routinemässig entsorgt – Therapeutischer Nutzen für Transfusion und Transplantation

OA Dr. Daniel V. Surbek und Prof.Dr.Dr. Wolfgang Holzgreve

Für die Universitäts-Frauenklinik Basel hat sich durch die hervorragende interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Medizinischen Fakultät mit der Abteilung Hämatologie des Departementes Innere Medizin (Prof.Dr. Alois Gratwohl), dem Zentrallaboratorium (PD Dr. André Tichelli), dem Departement Forschung (PD Dr. Aleksandra Wodnar-Filipowicz, Prof.Dr. Catherine Nissen) und der Universitäts-Kinderklinik beider Basel (Prof.Dr. Paul Imbach) die Erforschung der Stammzellgewinnung aus Nabelschnurblut zu einem Forschungsschwerpunkt entwickelt. Die intensiven Bemühungen um die Errichtung einer nationalen Nabelschnurblutbank werden auf unsere Initiative hin inzwischen grosszügig vom Schweizerischen Nationalfonds, der Novartis Stiftung und der Schweizerischen Krebsliga unterstützt. Auch die Professor Holzgreve von den National Institutes of Health (NIH) über fünf Jahre zur Verfügung gestellten Forschungsmittel sind teilweise in dieses Projekt eingebunden. An dieser Stelle sollen die Bedeutung und der Stand des Projektes allgemeinverständlich zusammengefasst werden.

Stammzellen im Nabelschnurblut

Nach der Abnabelung des Kindes während der Geburt bleibt eine gewisse Menge Blut in der Plazenta und in der daran befindlichen Rest-Nabelschnur zurück. Ein sehr kleiner Teil dieses sogenannten Nabelschnurblutes wird seit Jahrzehnten diagnostisch verwendet, um den Zustand des Kindes durch Bestimmung des sog. Säure-Basen-Status zum Zeitpunkt der Geburt zu überprüfen. Das restliche Nabelschnurblut wird üblicherweise mit der Plazenta entsorgt. Inzwischen ist jedoch bekannt, dass Nabelschnurblut reich an blutbildenden Stammzellen ist. Diese Zellen sind befähigt, sich in die verschiedenen Arten von Blutzellen zu differenzieren, und besitzen gleichzeitig das Potential, sich selbst bei Bedarf fast beliebig zu vermehren. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass am Ende der Schwangerschaft das Knochenmark Hauptorgan der

Blutbildung wird, nachdem die Leber während der Fetalzeit diese Funktion vorübergehend übernommen hat. Man geht davon aus, dass diese genetisch programmierte Entwicklung der Blutbildung beim Menschen durch eine Migration blutbildender Stammzellen von der Leber in das Knochenmark über den Blutstrom abläuft, was ein Teil der Erklärung dafür ist, dass sich zum Zeitpunkt der Geburt eine grosse Menge dieser undifferenzierten Zellen im Nabelschnurblut befindet.

Nabelschnurbluttransplantation

Die Knochenmarktransplantation ist inzwischen ein etabliertes Verfahren zur Behandlung von bösartigen und gewissen nicht-bösartigen schweren Erkrankungen, welche vorwiegend das blutbildende System und das Immunsystem betreffen. An den Universitätskliniken Basel besteht seit Jahren ein sehr renommiertes Knochenmarktransplantationsprogramm. Seit einigen Jahren wird postuliert, dass Nabelschnurblut anstelle von Knochenmark als Quelle für Stammzelltransplantationen dienen könne. Bereits 1988 wurde im Rahmen einer internationalen Zusammenarbeit die erste Transplantation von Nabelschnurblut eines Geschwisters bei einem Kind mit einer schweren angeborenen Knochenmarksstörung erfolgreich durchgeführt. Es konnte in darauf folgenden klinischen Versuchen gezeigt werden, dass die Menge der blutbildenden Stammzellen, aus der Nabelschnur einer Termingeburt gewonnen, ausreicht, um das gesamte Knochenmark eines Kindes und möglicherweise eines Erwachsenen zu ersetzen. In verschiedenen Forschungsprojekten wird zur Zeit weltweit untersucht, inwiefern die Transplantation von Nabelschnurblut derjenigen von Knochenmark ebenbürtig ist oder sogar Vorteile bei verschiedenen Indikationen zu bieten im Stande ist. Bis heute sind weltweit einige hundert Nabelschnurbluttransplantationen zwischen Geschwistern und nicht-verwandten Spender-Empfänger-Paaren durchgeführt worden. Die bisherigen Erfahrungen sind dabei äusserst vielversprechend.

Vorteile gegenüber der Knochenmarktransplantation

Die Verwendung von Nabelschnurblut als Quelle blutbildender Stammzellen hat gegenüber dem Knochenmark mehrere Vorteile. Die Anzahl potentieller Spender ist sehr gross. Es können auch Bevölkerungsgruppen mit seltenen Gewebstypen, welche in Knochenmarkspenderregistern untervertreten sind, als Spender eingeschlossen werden. Dies ist besonders wichtig, da heute trotz internationaler Koordination der Spendersuche für lediglich ein Drittel der Patienten, welche eine Stammzelltransplantation benötigen, rechtzeitig ein passendes Knochenmark eines freiwilligen Spenders zur Verfügung steht. Nabelschnurblut kann nach der Geburt und nach der Abnabelung schmerzfrei und ohne Risiko für Mutter und Kind gewonnen werden. Nach Überprüfung von Qualität, Keimfreiheit und Gewebstyp des Nabelschnurblutes kann dieses tiefgefroren und in flüssigem Stickstoff über Jahre gelagert werden. Bei der Knochenmarktransplantation von einem Fremdspender entsteht in der Regel eine erhebliche zeitliche Verzögerung (Wochen bis Monate), bis die Suche, die Vorabklärungen und die eigentliche Knochenmarkspende abgeschlossen sind. Im Gegensatz dazu ist das Nabelschnurblut-Transplantat aus einer Nabelschnurblutbank jederzeit abrufbar. Das Risiko einer Infektion beim Empfänger nach der Transplantation ist kleiner als bei Knochenmark, da beispielsweise das bei Transplantationen besonders gefürchtete Cytomegalievirus beim Neugeborenen um ein Vielfaches seltener vorkommt als beim erwachsenen (Knochenmark-)Spender. Abstossungsreaktionen, insbesondere die „Abstossung“ des Empfängers durch immunologisch aktive Zellen des Spenders im Transplantat, kommen im Gegensatz zur Situation nach Knochenmarktransplantationen bei Verwendung von Nabelschnurblut wahrscheinlich seltener und in geringerem Schweregrad vor. Man nimmt an, dass dies auf die geringere immunologische Reife der Blutzellen im Nabelschnurblut zurückzuführen ist. Als Nachteil des

Nabelschnurblutes als Quelle für Stammzelltransplantationen gilt die begrenzte Menge einer Nabelschnurblutspende, weshalb die meisten der bis heute transplantierten Patienten Kinder sind.

Die Verwendung von Nabelschnurblut als Stammzelltransplantat wird insbesondere bezüglich der präklinischen und klinischen Immunologie zunehmend erforscht. Neue Techniken zur Gewinnung, Verarbeitung und Kryokonservierung werden entwickelt. Einflüsse von Schwangerschaft und Geburt auf die Qualität des Nabelschnurblutes hinsichtlich einer Transplantation werden untersucht, wie beispielsweise das Gestationsalter. Möglichkeiten der Vermehrung der im Nabelschnurblut enthaltenen Stammzellen werden geprüft. Potentielle klinische Anwendungsmöglichkeiten von Nabelschnurblut liegen im gesamten Bereich der Stammzelltransplantation. Dieser umfasst in erster Linie die Behandlung bösartiger Blutkrankheiten, im weiteren jedoch auch genetischer Krankheiten und spezieller erworbener autoimmuner oder infektiöser Erkrankungen. Auch für gentherapeutische Ansätze scheinen sich die Nabelschnurblutstammzellen gut zu eignen.

Nabelschnurblutbanken

Aufgrund der vielversprechenden Ergebnisse der bisherigen klinischen Anwendung sind weltweit Zentren daran, Nabelschnurblutbanken einzurichten. Die bisher grösste befindet sich in der Blutbank New York, wo inzwischen mehr als 10 000 Nabelschnurblutspenden gelagert sind. Das Ziel des Aufbaus der Banken ist die Versorgung der Transplantationszentren mit geeigneten Transplantaten, wobei auch familiäre, sogenannte gerichtete Spenden in den Banken gelagert werden, wenn ein Geschwister oder Elternteil von einer Krankheit betroffen ist, die möglicherweise durch eine Stammzelltransplantation behandelt werden kann. Das Fernziel der Nabelschnurblutbanken ist es, mittels internationaler, weltweiter Vernetzung einen

„Spenderpool“ aufzubauen, der das Knochenmarkspendernetz ergänzen, vielleicht in der Zukunft sogar grossenteils ersetzen wird. Die Anzahl der für solche Banken notwendigen Nabelschnurblutproben ergibt sich aus der HLA-Vielfalt in der Bevölkerung und der Möglichkeit, eine oder zwei HLA-Fehlkombinationen in Kauf nehmen zu können. Theoretische Überlegungen führen zu einer erwünschten Gesamtgrösse von 30–50 000 Einheiten.

In der Schweiz wurde von der STABMT (Swisstransplant Working Group for Blood and Marrow Transplantation) die Kommission SWISSCORD ins Leben gerufen, die mit unserer Beteiligung Richtlinien für die Erstellung und den Betrieb von Nabelschnurblutbanken erstellt hat. An der Universitätsklinik Basel ist eine Nabelschnurblutbank als Grundstein für eine nationale Bank bereits im Aufbau begriffen. Nabelschnurblutspenden für familiäre (bei betroffenen Geschwistern) und ungerichtete (Fremdspender-) Transplantationen werden entnommen, getestet und gefroren. Eine Studie im Vorfeld hat die insgesamt erstaunlich grosse Akzeptanz der Nabelschnurblutspende bei Schwangeren, auch unterschiedlicher ethnischer Herkunft, gezeigt; über 90% der Befragten wären demnach mit einer Nabelschnurblutspende zum Zwecke der Transplantation einverstanden. Viel Wert wird auf die eingehende, vor der Geburt zu erfolgende Aufklärung der zukünftigen Eltern gelegt. Fernziel in der Schweiz ist das Erstellen einer zentral koordinierten schweizerischen Nabelschnurblutbank.

Die Sammlung, Verarbeitung, Kryopräservierung und Transplantation von Nabelschnurblut bedeutet einen grossen Fortschritt in der Behandlung hämatologisch-onkologischer Erkrankungen. Noch nicht absehbar ist, ob sich die Indikationen der Nabelschnurbluttransplantation ausweiten werden. An der Universitäts-Frauenklinik Basel wird auch systematisch untersucht, ob nach vorgeburtlicher Diagnostik bestimmter Erbkrankheiten wie der schweren

Flüssigstickstoff-Tank zur Aufbewahrung des Nabelschnurblutes bei -196° Celsius.

Bild: Hämatologielabor, Universitätskliniken Basel



kombinierten Immundefizienz die Krankheit bereits im Mutterleib definitiv und bleibend therapiert werden kann durch Stammzellengabe in utero, solange das Knochenmark des ungeborenen Kindes noch „leer“ ist. Schon jetzt ist es aber eine wichtige Aufgabe, den „Spenderpool“ von blutbildenden Stammzellen für Transplantationen mittels Nabelschnurblutbanken zu erweitern, damit mehr betroffene Patienten mit dieser vielversprechenden Therapie behandelt werden können.



Dr. med. Daniel V. Surbek hat das Studium für Humanmedizin an der Universität Basel absolviert und mit dem Staatsexamen 1988 abgeschlossen. Nach Promotion und ECFMG 1989 hat er die Assistenzarztzeit in Interlaken, Olten und Basel verbracht und mit der Ausbildung zum Facharzt FMH für Gynäkologie und Geburtshilfe an der Universitäts-Frauenklinik abgeschlossen. Seit 1996 ist er klinisch-wissenschaftlicher Oberarzt an der Universitäts-Frauenklinik Basel.



Prof. Dr. Dr. Wolfgang Holzgreve, Ordinarius für Gynäkologie und Geburtshilfe

Code Switching als soziales
und theoretisches Phänomen

Rita Franceschini

„io raclettechäs lo prendo sempre
fresco“

Wer hat nicht schon die Erfahrung gemacht, etwa bei einer Tramfahrt durch Basel, dass Jugendliche mitten im Gespräch plötzlich vom Schweizerdeutschen ins Italienische wechseln? In jüngster Zeit kann man dieses „Sprachwechseln“ auch zwischen Türkisch und Schweizerdeutsch hören. Das Phänomen ist weitverbreitet und weder auf Städte beschränkt noch auf die Schweiz. Es wird weltweit überall dort gefunden, wo mehrsprachige Personen aufeinandertreffen. Mit einem Fachbegriff wird diese Verwendung von mehr als einer Sprache im Gespräch „Code Switching“ genannt. In Basel kann man leicht *Code Switching* zwischen Französisch und Elsässerdeutsch hören.

Für das *Code Switching* interessieren sich Psycholinguisten ebenso wie Soziolinguisten, und für die allgemeine Sprachtheorie hält dieses „Mischen von Sprachen“ einige Knacknüsse bereit. Fragen, die in diesem Zusammenhang oft gestellt werden, sind etwa folgende:

1. Ist das *Code Switching* Ausdruck von mangelnder Kompetenz in beiden Sprachen?
2. Hat das *Code Switching* eine besondere Funktion, vermittelt es etwa eine besondere „Misch“-Identität?
3. Ist das *Code Switching* auf Immigrantengruppen beschränkt?
4. Gibt es verschiedene Formen des *Code Switching*?
5. Ist das *Code Switching* in unserem Jahrhundert entstanden oder ist es in früheren Zeiten lediglich der Beobachtung entgangen?

Antworten zu diesen Fragen kann ein Kommentar des nachfolgenden Beispiels geben. Bei einem Abendessen diskutieren zwei Paare über den Geschmack verschiedener Fondue- und Raclettearten. Die Personen sind zwischen 20 und 30 Jahre alt und gehören der zweiten italienischen Ausländergeneration an:

Beispiel: „se tu mangi emmentaler“

- 1 A: *perché* meinsch *che se tu ti mangi emmentaler o se tu ti mangi una fontina* isch au en unterschied, oder? schlussendlich *è sempre dentro li però il gusto* isch andersch.
B: *è vero!*
- 5 A: du chasch... ich han so näs büächli...
B: *sì e poi qui c'è scritto quello che c'è dentro*
C: ja aber ebä, schlussendlich chunts nöd druffaa *uno gli piace forse di più* mitem appäzäller und der ander meh mitem tilsiter so meini
D: ja, ja
- 10 A: es git verschiedeneni fondue aso die heisset verschiedä, aso ja das isch en himmelwiitä unterschied *se prendi questo o se prendi il chäs normal*.
B: ehrlich! bäh, zum biispil *io raclettechäs lo prendo sempre fresco*. raclettechäs hol ich immer im dings... äs git au im migros *così implasticato* gits au.
A: ja guät *implasticato* machts nüüt, aber das isch ebä scho, s'gmisch isch ebä
15 ich meinä das isch *congelato*.
B: ja im prinzip
C: ah, isch das scho *congelato!*

(Bsp. Corpus Preziosa Di Quinzio 1992: X)



Das *Code Switching* zwischen Italienisch und Schweizerdeutsch ist sehr dicht verwoben: Der Wechsel findet nicht nur zwischen einzelnen Personen statt, sondern vornehmlich innerhalb des eigenen Gesprächsbeitrages, und dort sogar zwischen eng verbundenen Elementen wie beispielsweise Artikel und Nomen (s. Zeile 11: „il chäs normal“).

Das Beispiel illustriert ein sehr verbreitetes, als normal empfundenes Sprechverhalten dieser Personen in informellen Gesprächen. Es kann als typisches Beispiel für viele Jugendliche gelten, die in der Schweiz zweisprachig aufgewachsen sind und fließend Italienisch und Deutsch sprechen.

Soziale Funktionen des *Code Switching*

Das *Code Switching* erfüllt einerseits Textfunktionen (beispielsweise wenn für die Wiedergabe einer direkten Rede die Sprache gewechselt wird, wenn ein Kommentar in einer anderen Sprache erfolgt, wenn ein wichtiger Textteil hervorgehoben werden soll und anderes mehr), andererseits vermittelt es identitäre und soziale Funktionen. In der Folge soll nur auf letztere eingegangen werden.



Es ist offensichtlich, dass das *Code Switching* im zitierten Beispiel nur Sinn macht, wenn die Beteiligten Italienisch und Schweizerdeutsch sprechen oder zumindest verstehen. Eine Person, die solche Kompetenzen nicht teilt, wäre aus der Gesprächsrunde ausgeschlossen. Da Sprachkompetenzen in sozialen Kontexten erworben werden, wird durch die Praxis des *Code Switching* unter anderem auf einen ähnlichen Lebenslauf verwiesen. Das *Code Switching* dient hier dazu, eine soziale Identität auszudrücken und ein WIR-Gefühl aufzubauen. Aus zwei Sprach- und Kulturkontexten wird ein eigenes, sozial geteiltes Verhalten kreiert: Etwas Neues, Drittes entsteht.

Dieselben Personen im obigen Beispiel haben indes keinerlei Mühe, sich gänzlich auf Schweizerdeutsch oder Italienisch auszudrücken. Trotzdem wird oft die Frage gestellt, ob das *Code Switching* Ausdruck mangelnder Kompetenz sei.

Mangelnde Kompetenz?

Das *Code Switching* hat sich in den letzten zwanzig Jahren weltweit zu einem der besterforschten Gebiete rund um den Spracherwerb entwickelt. Aus den vielen Vergleichen wurde klar, dass das *Code Switching* nicht einfach chaotisch erfolgt, sondern komplexen Regeln folgt (gerade Elsässer Beispiele haben Wesentliches zur theoretischen Diskussion beigetragen). Ebenso stellte sich mit überraschender Übereinstimmung heraus, dass, um ein fließendes *Code Switching*-Sprecher zu sein, es gute Kompetenzen in beiden Sprachen braucht. Sieht man sich nochmals die Virtuosität an, mit der im obigen Beispiel schnell zwischen Italienisch und Schweizerdeutsch gewechselt wird, scheint dies durchaus nachvollziehbar.



Postmoderner Habitus?

Wenn man bei Migrierenden davon spricht, dass sie in einem Spannungsfeld zwischen Integration (oder gar Assimilation) und Desintegration (oder gar Ghettoisierung) leben, dann bietet das *Code Switching* eine Lösung der dritten Art an: Es führt symbolisch vor Augen (eher: ans Ohr!), dass zwei Kulturen und Sprachen zu etwas kreativ Neuem heranwachsen können. Im schweizerischen Kontext kann man zur Zeit nicht von einem Verschwinden des *Code Switching* sprechen, ganz im Gegenteil kreieren es neuere Immigrantengruppen ebenfalls (*Code Switching* von Türkisch und Schweizerdeutsch).

Ist *Code Switching* auf jene Gesellschaften beschränkt, die dem postmodernen Sprachmixverhalten frönen? Dagegen spricht, dass *Code Switching* in sehr unterschiedlichen Gesellschaften „entdeckt“ wurde; so ist es beispielsweise ein gebräuchliches Verhalten in vielen afrikanischen Kontexten. Auch das angrenzende Elsass ist dafür Beweis genug! *Code Switching* tritt also nicht nur bei Migrantengruppen auf, es ist beispielsweise auch in der wissenschaftlichen Konversation nicht unüblich.

Mit *Code Switching* wird die alternierende Verwendung von mehr als einer Sprache (Code) innerhalb einer konversationellen Episode bezeichnet.

Abzugrenzen sind davon einerseits der graduelle Übergang von einer Varietät zur anderen über Zwischenstufen (beispielsweise Ortsdialekt-Regionaldialekt-Standard) – auch *Code Shifting* genannt – und andererseits das nur punktuelle Einfügen von einzelnen Wörtern innerhalb eines Gesprächs, das in einer klar überwiegenden Sprache gehalten wird (*Transfer*).

Das *Code Switching* gehört zu jenen Phänomenen, die in Sprachkontaktsituationen spontan entstehen und weltweit verbreitet sind. Es dient zur Hervorhebung von gewissen Sequenzen und Elementen gegenüber anderen (beispielsweise bei einer Redewiedergabe, bei einem Kommentar gegenüber einer Erzählung, der Vordergrund vor dem Hintergrund etc.). Das Alternieren von Sprachen kann stilistische Nuancen einbringen oder frei ohne sehr spezifische Funktionen verwendet werden (*Code Mixing*). Als globales Verhalten wird es oft zur Markierung einer besonderen (Gruppen-)Identität verwendet.

Code Switching entsteht gleichzeitig an mehreren Orten, und so wird es wohl auch in früheren Jahrhunderten gewesen sein. Dass wir über die Geschichte des *Code Switching* noch wenig wissen, liegt vornehmlich in der Wissenschaftsgeschichte der Linguistik begründet: Deren vorherrschende Perspektive fokussiert auf Einzelsprachen und (National-)Kulturen, Mischformen gelten als Ausnahme. Einsprachigkeit sowie Sesshaftigkeit sind jedoch heute mehr denn je Denkfolien, auf denen nur unzureichende Interpretationen von komplexen Gesellschaften entstehen.

Flexible Sprecher

Man wird sich vorstellen können, dass das *Code Switching* für die allgemeine Sprachtheorie äusserst interessant ist. Was bedeutet es beispielsweise für eine „Grammatik“, wenn viele Personen keine Mühe haben, mehrere Sprachen nebeneinander zu verwenden und ineinanderfließen zu lassen? Man kann sich beispielsweise fragen, ob auf neuronaler Ebene das Separieren von Sprachen wirklich so „natürlich“ ist, wie dies oft in unseren Breitengraden stillschweigend angenommen wird. Das Gehirn scheint auf jeden Fall flexibel genug zu sein und keine Schwierigkeiten mit mehreren Sprachen zu haben. So ist die Hypothese berechtigt, dass die Mischung nicht das Ursprünglichere, die Einzelsprachen kognitive und kulturelle Hervorbringungen sind, die nachträglich durch Sozialisation vermittelt werden. An solchen und ähnlichen Fragestellungen wird in Zukunft in interdisziplinärer Weise gearbeitet werden müssen.



Rita Franceschini, PD Dr. phil. I, Dozentin am Romanischen Seminar der Universität Basel, habilitiert im Bereich der romanischen Sprachwissenschaft. Sie interessiert sich für Sprachkontakt, Interaktion und hat ein Sprachmodell anhand des *Code Switching* vorgeschlagen (siehe „Code-switching and the notion of Code in linguistics ‚Code Switching‘: proposals for a dual focus model“, in: Auer (ed.), *Code Switching in Conversation. Language, interaction and identity*, Routledge, London 1998, 51–74).

**„Die ‚letzte‘ Seite des Teppichs“ –
Zur Neuedition von Jacob
Burckhardts Vorlesung über
„Griechische Culturgeschichte“**

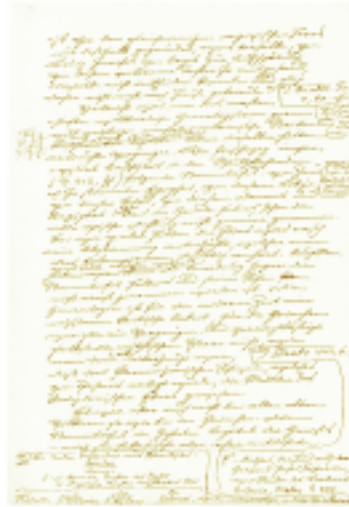
Barbara von Reibnitz

Jacob Burckhardts Vorlesung über „Griechische Culturgeschichte“, von 1872 bis 1886 an der Universität Basel gehalten, gehört zu den bedeutenden Werken der Altertumswissenschaft. Als Versuch einer die Grenzen der politischen Geschichtsschreibung überschreitenden „Mentalitätsgeschichte“ der Griechen hat sie forschungsgeschichtlich wichtige Perspektiven entwickelt und das moderne Griechenbild in grundlegenden Aspekten mitbestimmt.

Für die Burckhardt-Forschung ist diese Vorlesung von grosser Bedeutung, weil sie am Beispiel der Griechen die Summe aus Burckhardts Überlegungen zu Gegenstand und Verfahren der Kulturgeschichtsschreibung realisiert.

Burckhardt hat das idealisierende Antikenbild des 19. Jahrhunderts verabschiedet und die historische Differenz zwischen Antike und Moderne betont – dies durchaus in gegenwartskritischer Absicht: seine Darstellung der griechischen Kultur ist profiliert durch die politischen Erfahrungen, die er seiner Vaterstadt Basel abgewonnen hat. Burckhardts Vorlesung ist daher auch als Beitrag zur sogenannten Basler Kritik der Moderne zu lesen, die durch die Namen Nietzsche, Bachofen und Overbeck gekennzeichnet wird. Damit ist sie zugleich ein Grundlagentext für die Diskussion über den Standort Basels in der Wissenschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts.

Die Vorlesung kann jedoch nicht nur wissenschaftsgeschichtliches Interesse beanspruchen, sondern nach wie vor neuen Erkenntnisgewinn, dies nicht zuletzt wegen der Vielfalt der antiken Quellen, die Burckhardt in kulturhistorisch-systematischer Lektüre ausgewertet hat.



Manuskript und frühe Editionen

Bis heute basieren sämtliche Editionen auf der Ausgabe, die Jacob Oeri 1898 bis 1902 aus dem Nachlass herausgegeben hat. Diese Ausgabe, der auch Felix Staehelin im wesentlichen gefolgt ist, kann heutigen editorischen und wissenschaftsgeschichtlichen Ansprüchen nicht mehr genügen. Weder bietet sie eine kritische Edition noch den vollständigen und originalen Wortlaut des Burckhardtschen Vorlesungstextes. Oeris Absicht war es, zum geschlossenen Werk zu vollenden, was im Nachlass nur als komplexer Bestand heterogener Manuskripte erhalten ist.

Dabei handelt es sich um das vollständige Vorlesungsmanuskript und um ein Buchmanuskript, das die überarbeitete Version des ersten Teils der Vorlesungen enthält. Keines dieser Manuskripte bietet einen druckfertigen Text.

Das Buchmanuskript hat Burckhardt 1880 begonnen, nachdem er das Kolleg fünfmal gehalten hatte. Es bietet in der Grundschrift einen durchlaufenden Text, der mit Anmerkungen versehen ist. An dieser Textfassung hat Burckhardt nachträglich weitergearbeitet und umfangreiche Ergänzungen auf Zusatzblättern in das Manuskript eingelegt, ohne sie dem Haupttext immer eindeutig zuzuweisen. In den späten achtziger Jahren gab er den Gedanken einer Veröffentlichung auf und brach die Ausarbeitung des Buchmanuskripts ab. Oeri hat auf der Grundlage dieses Manuskripts die Bände 1 und 2 der „Griechischen Culturgeschichte“ ediert.

Ein mehrschichtiger Text

Das Vorlesungsmanuskript, das den Bänden 3 und 4 der Oerischen Edition zugrundeliegt, ist noch viel wesentlicher als das Buchmanuskript Dokument eines fortlaufenden Arbeitsprozesses. Der Haupttext, den Burckhardt im wesentlichen konzipiert hatte, als er die Vorlesung 1872 zum erstenmal vortrug, wird ergänzt durch zahlreiche Randzusätze. Diese Zusätze geben Quellenbelege, Stellenvermerke aus der Sekundärliteratur etc., wie das bei einem Vorlesungsmanuskript üblich ist. Da Burckhardt das Kolleg bis 1886 insgesamt siebenmal gehalten hat, hat er an dem Grundkonzept weitergearbeitet, und zwar immer im gleichen Manuskript. Grundschrift und spätere Zusätze sind nicht durchgängig gegeneinander abzugrenzen. Ähnlich wie das Buchmanuskript enthält auch das Vorlesungsmanuskript zahlreiche Zusatzblätter mit Nachträgen und Ergänzungen. Dazu kommen Umstellungsvermerke, die auf eine veränderte Stoffdisposition schließen lassen. Das Vorlesungsmanuskript präsentiert also einen vorläufigen, mehrschichtigen, in der Anordnung variablen Text. Es bietet weder eine Fassung letzter Hand noch überhaupt einen durchgängig ausformulierten Text. Häufig hat Burckhardt nur wesentliche Gesichtspunkte, Fragestellungen und Thesen notiert, da er seine Vorlesungen stets frei zu halten pflegte. Das Manuskript benutzte er als Material- und Gedankensammlung für den Vortrag. Daher wollte er selbst seine Vorlesungen auch nicht gedruckt sehen, „weil sie nur durch den Vortrag entstehen und sich gedruckt ganz ‚letz‘, wie die Teppiche von der Kehrseite ausnehmen müssten“.

Die Kehrseite sichtbar machen

In wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive sind wir heute gerade an der „Kehrseite des Teppichs“ interessiert, an den nicht eingewobenen oder gar abgeschnittenen Fäden, an den Farb- und Musterkorrekturen. Wir wollen wissen, wie Burckhardt seine Fragestellungen entwickelt und verändert hat. Interessant ist für uns auch die Differenz im Ton, die zwischen dem sorgfältig geglätteten Buch- und dem unverhüllter formulierten Vorlesungsmanuskript besteht.

In editorischer Hinsicht besteht die eigentliche Aufgabe einer kritischen Nachlass-Edition darin, diese „Kehrseite“ des Teppichs lesbar zu machen. In heutiger Sicht kann sich der Editor nicht als Testamentsvollstrecker seines Autors verstehen. Er muss vielmehr das erhaltene handschriftliche Material vollständig und genau dokumentieren. Der Drucktext, den er erstellt, muss für den Leser in Relation zur Handschrift nachvollziehbar sein.

Wir edieren die „Griechische Culturgeschichte“ also nach den Manuskripten – und zwar das Buchmanuskript mit sämtlichen Ergänzungen und für den von Burckhardt nicht überarbeiteten Teil des Kollegs das Vorlesungsmanuskript.

Im Drucktext, der gleichwohl den Anforderungen eines lesbaren Textes soweit als möglich entsprechen soll, wird die Mehrschichtigkeit des Textes sichtbar gemacht. Ein philologischer Apparat präsentiert die Befunde des Manuskripts. So wird, anders als bei Oeri, gerade der Unterschied der Manuskriptvorlagen deutlich hervortreten.

Die Neuedition wird einen Sachkommentar erhalten, der sich an ein nicht altertumswissenschaftlich vorgebildetes Publikum wendet. Sie wird durch ein Namens-, Sach- und Stellenregister für die wissenschaftliche Forschung erschlossen. Die Edition wird seit 1994 unter der Leitung von Prof. Fritz Graf von PD Dr. Leonhard Burckhardt und Dr. Barbara von Reibnitz erarbeitet. Sie ist Teil der auf 27 Bände angelegten Gesamtausgabe von Werk und Nachlass Jacob Burckhardts, die von der Jacob-Burckhardt-Stiftung in Basel herausgegeben wird. Innerhalb dieses international abgestützten Unternehmens ist sie der wichtigste schweizerische Beitrag.



Barbara von Reibnitz hat in Bonn, Tübingen und Berlin klassische Philologie und Philosophie studiert. Mit einem Kommentar zu Friedrich Nietzsches „Geburt der Tragödie“ hat sie 1990 in Tübingen promoviert. Barbara von Reibnitz hat zudem eine Ausbildung als Buchhändlerin absolviert und diesen Beruf mehrere Jahre lang ausgeübt. Seit 1990 arbeitet sie an der Basler Overbeck-Ausgabe mit, wo sie zusammen mit Marianne Stauffacher-Schaub, die Bände 4 bis 6 (Kirchenlexicon) und den Band 7.2. (Autobiographisches: „Meine Freunde Treitschke, Nietzsche und Rohde“) herausgegeben hat. Seit 1994 ist sie im Rahmen eines Nationalfonds-Projekts am Seminar für Klassische Philologie Mitarbeiterin an der Jacob-Burckhardt-Ausgabe. Barbara von Reibnitz ist neben ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit auch als freiberufliche Publizistin und wissenschaftliche Übersetzerin tätig.

**Forscher als Unternehmer –
Malariakontrolle in Afrika**
Christian Lengeler

Die Malariastatistiken in Afrika sind erschreckend: Zwischen 300 und 500 Millionen Menschen erkranken jährlich, und mindestens eine Million Kinder sterben an den Folgen dieser Krankheit. Die ökonomischen Kosten sind verheerend infolge verlorengegangener Arbeits- und Schultage und infolge der hohen Behandlungskosten. Als in den 40er bis 60er Jahren diese Seuche durch grossangelegte Kontrollprogramme in Ländern wie Italien, Brasilien, Indien, Sri Lanka, Korea und der Sowjetunion erfolgreich vertrieben wurde, blieb Afrika von diesem Trend unberührt. Leider übertragen in Afrika die Mücken diese Krankheit besonders effizient, und zudem wird der Parasit selbst immer resistenter gegen gängige Medikamente.

Insektizidbehandelte Mückennetze (IBMN)

Dies erschwert beträchtlich die Aufgabe des öffentlichen Gesundheitswesens das schon ohnehin ressourcenarm ist. Hoffnung gibt es aber nun im Bereich der Malariaprävention durch die Einführung von Mückennetzen, die mit einem Insektizid behandelt sind. Das altbekannte Mückennetz ist durch diese Behandlung in eine extrem effektive Waffe gegen die Malariaübertragung umgewandelt worden. Mit Insektizid behandelte Mückennetze (IBMN) wirken dann, wenn die Malaria-mücken mit Vorliebe stechen, zwischen zehn Uhr abends und sechs Uhr morgens. Dank der Insektizidbehandlung wirken sogar Netze mit Löchern gut, und dadurch, dass die Mücken in grösserer Anzahl getötet werden, nimmt die Gesamtübertragung stark ab. Die verwendeten Insektizide gehören der Klasse der synthetischen Pyrethroide an, die hervorragende Anwendungs- und Sicherheitseigenschaften besitzen. Die Behandlung der Netze, die einfach durchzuführen ist, muss alle sechs bis zwölf Monate wiederholt werden.



In den 80er Jahren wurden die grundlegenden Arbeiten zu dieser Intervention durchgeführt. Vor kurzem wurden grossangelegte Versuche der Weltgesundheitsorganisation (WHO) abgeschlossen, die gezeigt haben, dass die Einführung solcher Mückennetze die Anzahl der Malariaerkrankungen um die Hälfte senken konnte und dass sich die Kindersterblichkeit in verschiedenen Ländern um 17 bis 33 % reduzierte. Für den afrikanischen Kontinent bedeutet das, dass man pro Jahr bis zu 400 000 Leben retten könnte. Diese riesige Zahl illustriert nicht nur, wie effektiv Mückennetze wirken, sondern auch, wie wichtig die Malaria als Todesursache ist. Das Schweizerische Tropeninstitut in Basel beteiligte sich auch an dieser wichtigen wissenschaftlichen Arbeit, und ein Doktorand aus Ghana konnte 1997 seine Dissertation dazu an der Universität Basel abschliessen.

Von der Forschung zur Anwendung

Es ist nun an der Zeit, diesen Ansatz zur Malariakontrolle weiter zu verbreiten. Dabei muss beachtet werden, dass Mückennetze nur in wenigen Ländern häufig in Gebrauch sind und dass somit der kommerzielle Markt noch nicht etabliert ist. Es ist daher nicht leicht, insbesondere in ländlichen Gegenden, sich ein kostengünstiges Netz zu beschaffen, und dies, obwohl ein enormes Bedürfnis für Netze besteht. Das notwendige Insektizid ist zur Zeit nirgendwo erhältlich in der Form, die sich für den Haushaltsgebrauch eignet.

Das Tropeninstitut ist an Projekten in Senegal, Burkina Faso, Tschad und Tansania beteiligt. In den drei Sahelländern wird mit Hilfe der Bevölkerung versucht, städtische Vertriebs- und Behandlungszentren zu etablieren. Schweizer und afrikanische Studierende auf Diplomstufe leisten dazu auch einen wesentlichen Beitrag. In Tansania, wo wir mit Unterstützung der Schweizerischen Entwicklungshilfe (DEZA) die Hauptarbeit durchführen, wird vornehmlich versucht, auch in abgelegenen Gegenden den Gebrauch der Mückennetze zu fördern.

Angewandte Forschung

Dieses Projekt mit dem Namen KINET („Kilombero Net Programme“) hat zum Ziel, ein effizientes Verteilungssystem zu entwickeln. Eine Bevölkerung von 350 000 Personen, die einen Raum von der Grösse der Schweiz besiedelt, soll sich so auf einfache Weise mit Moskitonetzen und Insektizid versorgen können. Da das Gesundheitssystem sehr schwach entwickelt ist, konzentrieren wir uns auf die Zusammenarbeit mit dem existierenden Netzwerk von Grossisten und Detaillisten, die auch die weitest entfernten Orte mit dem Nötigsten versorgen. Da Seife, Öl und Coca-Cola-Flaschen den Weg in die letzten Dörfer finden, nahmen wir an, dass auch unsere Moskitonetze so gut verteilt würden. Um die regelmässige Behandlung aller Netze zu fördern, beschäftigen wir auch ein bis zwei Helfer in jedem Dorf, die mit dem Fahrrad von Tür zu Tür unterwegs sind und alle Netze gegen eine kleine Gebühr behandeln.

Um unsere Aktivitäten besser in das kommerzielle Verteilungssystem zu integrieren, haben wir auch eine Marke kreiert. Die Produkte heissen „Zuia Mbu“, was soviel wie „Schütze Dich vor Moskitos“ bedeutet. Auch ein tansanischer Marketing Manager, der die geschäftliche Seite des Projekts abwickelt, ist Teil des Programms. Eine kleine finanzielle Unterstützung durch das Projekt macht Netze und Insektizid für die Bevölkerung erschwinglich. Schwangere Frauen und Kinder, welche die grössten Risikogruppen darstellen, werden bevorzugt behandelt. Auf diese Weise geschieht die Verteilung der Produkte auf privatwirtschaftlicher Ebene, während der öffentliche Bereich für die Qualitätssicherung, die Preiskontrolle und die Werbung zuständig ist. Für „Zuia Mbu“ wird nicht nur in den Gesundheitszentren, sondern auch kommerziell geworben. Diese Mischung aus öffentlicher und privater Verantwortung ist einmalig bei Gesundheitsaktionen in Afrika. Sie bietet deshalb auch Stoff für angewandte Forschung.

Forschung ist denn auch der zweite Schwerpunkt unserer Aktivitäten. Sieben Wissenschaftler/innen und ein Team von 30 Helfer/innen im Feld arbeiten im Projekt. Gegenstand unseres Hauptforschungsprogramms ist ein demographisches Überwachungssystem, mit dem eine Bevölkerung von rund 55 000 Personen begleitet und alle Geburten, Todesfälle und Wanderungen registriert werden. Mit Hilfe dieses Instruments kann die Wirkung der mit Insektizid behandelten Netze auf Kindersterblichkeit gemessen werden. Zu diesem Zweck haben wir eine Langzeitstudie zur Kindersterblichkeit initiiert, in der wir 2 000 Kinder von der Geburt an bis zu ihrem fünften Geburtstag erfassen und beobachten. Diese Arbeit wurde nötig, weil kürzlich eine Debatte darüber entstand, ob die behandelten Netze nicht die Entwicklung natürlicher Abwehrmechanismen behinderten und damit einen negativen Einfluss auf das langfristige Überleben der Kinder hätten. Zu diesem Thema gab es bis anhin nur sehr indirekte und konträre Hinweise, und unsere Studie sollte dazu einen wesentlichen Beitrag leisten können. In diesem Zusammenhang überprüfen wir auch die Wirkung von IBMN auf Krankheitsfälle und Anämie bei Kindern und schwangeren Frauen. Zwei Doktorarbeiten entstehen zur Zeit in diesem Umfeld an der Universität Basel. Zusätzlich führt eine tansanische Soziologin in Zusammenarbeit mit dem Ethnologischen Seminar der Universität Basel verschiedene qualitative und quantitative Untersuchungen zur Wahrnehmung der Malaria als Krankheit in der Bevölkerung durch. Über diese Untersuchungen erhalten wir auch regelmässige Rückmeldungen zur Wahrnehmung der KINET-Kampagne. Ein Doktorand der Gesundheitsökonomie untersucht schliesslich das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Programms. Aufgrund seiner detaillierten Untersuchungen auf der Ebene einzelner Haushalte verstehen wir die Einkommensstrukturen und die Bereitschaft der Bevölkerung, für Netze und Insektizide zu bezahlen, wesentlich besser.

Forscher übernehmen Verantwortung

Das KINET-Programm hat uns erlaubt, mit einem sehr angewandten und stark interdisziplinären Ansatz zu arbeiten. Es hat uns gleichzeitig dazu gezwungen, uns mit unternehmerischen Aspekten auseinanderzusetzen. Von Forschern sind wir zu Lobbyisten und Unternehmern geworden. Wir glauben, dass derartige pragmatische Ansätze unumgänglich sind, um in Afrika bedrohliche Gesundheitsprobleme wie die Malaria angehen zu können, und dass Forscher Verantwortung übernehmen sollten für ihre Entwicklungen.



PD Dr. phil. Christian Lengeler hat von 1978-1979 in Zürich und von 1980-1985 in Neuchâtel Biologie studiert. Ab 1985 arbeitete er vier Jahre lang für das Schweizerische Tropeninstitut in Tansania über die Epidemiologie und Kontrolle von verschiedenen Tropenkrankheiten. Diese Arbeit schloss er mit einer Dissertation 1989 an der Universität Basel ab. Nach zwei Jahren als Konsulent für die Weltgesundheitsorganisation studierte er mit einem Stipendium für fortgeschrittene Forscher des Schweizerischen Nationalfonds für ein Jahr Epidemiologie an der London School of Hygiene and Tropical Medicine. Er arbeitete dann für weitere drei Jahre an dieser Institution als wissenschaftlicher Koordinator für vier von der Weltgesundheitsorganisation unterstützte Malaria-kontrollprojekte in Afrika. Seit 1995 ist er Project Leader am Schweizerischen Tropeninstitut und Empfänger eines PROSPER Beitrages des Schweizerischen Nationalfonds. 1998 habilitierte er an der Universität Basel.

Das durchsichtige Gehirn Neue Methoden in der klinischen Magnetresonanztomographie

Reta Haselhorst

Die bildgebenden Methoden der Magnetresonanz (genannt MR oder MRI für *magnetic resonance imaging*) werden seit über zehn Jahren für die klinische Diagnostik und Forschung verwendet. Im Gegensatz zur Computertomographie (CT) basiert die MRI-Technik nicht auf Röntgenstrahlen, sondern auf den magnetischen Eigenschaften der körpereigenen Wassermoleküle. Die im Wasser enthaltenen Wasserstoffkerne richten sich in einem Magnetfeld wie kleine Stabmagneten aus und können dann elektromagnetische Strahlung einer bestimmten Frequenz absorbieren und anschliessend wieder abgeben. Da die Frequenz dabei von der Höhe des Magnetfeldes abhängt, kann das empfangene Signal durch zusätzlich angelegte Magnetfelder geortet werden. Bei den in klinischen MR-Tomographen verwendeten Feldstärken von 1–2 Tesla, welche ca. 70 000mal grösser sind als das Erdmagnetfeld, liegt die Frequenz der für die Anregung verwendeten elektromagnetischen Strahlung in der Grössenordnung von UKW-Radiowellen. Dies erklärt auch, warum bisher keinerlei gesundheitsschädigende Effekte des MRI entdeckt worden sind.

Eine routinemässige MRI-Untersuchung am Kopf wird zum Beispiel bei Verdacht auf Tumor, Schlaganfall oder entzündliche Prozesse durchgeführt. Die hierfür verwendeten Bildgebungsverfahren liefern eine komplette Aufnahme des Gehirns mit einer räumlichen Auflösung von bis zu $1 \times 1 \times 1 \text{ mm}^3$ in etwa fünf bis zehn Minuten (Abb. 1). Mit modernen Geräten ist es jedoch inzwischen möglich, eine einzelne Schicht des Gehirns in nur 0,2 Sekunden aufzunehmen. Diese schnellen Bildgebungsverfahren eröffnen ganz neue Möglichkeiten für die Messung physiologischer Vorgänge im Gehirn, insbesondere die Darstellung von Durchblutung und Hirnaktivität. Des Weiteren ist es auch möglich, mit der Magnetresonanztomographie die chemische Zusammensetzung des Gewebes zu untersuchen, wobei zusätzliche auf dem normalen MR-Bild nicht ersichtliche Informationen verfügbar wird.

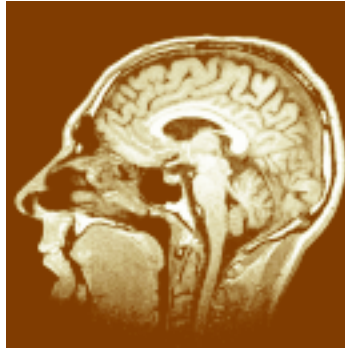
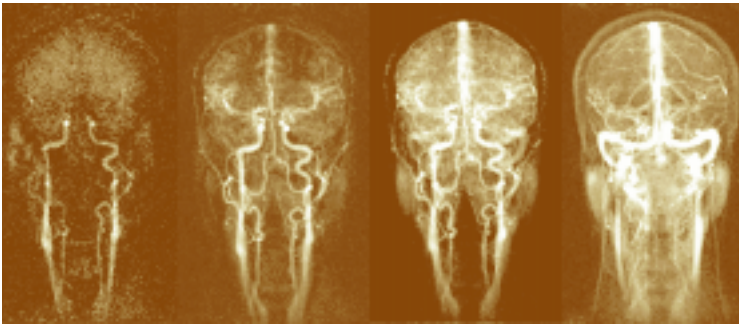


Abbildung 1: MR-Bild des menschlichen Gehirns, aufgenommen mit einer Auflösung von $2 \times 1 \times 1 \text{ mm}^3$.



Abbildung 2: Die aktiven Areale der Hörrinde (rot) bei einseitiger akustischer Stimulation bei einer Patientin, die durch eine Operation plötzlich auf dem rechten Ohr ertaubt ist. Die Messungen eine Woche, fünf Wochen und ein Jahr nach dem Hörverlust demonstrieren, wie mit der Zeit nicht nur die dem stimulierte Ohr gegenüberliegende, sondern beide Hirnhälften aktiviert werden.

Abbildung 3a: Vier Projektionsbilder aus einer Serie von 60 Bildern, die während einer Kontrastmittelinjektion aufgenommen wurden. Die arterielle Phase ist auf den ersten zwei Bildern, die venöse Phase auf dem letzten Bild zu erkennen.



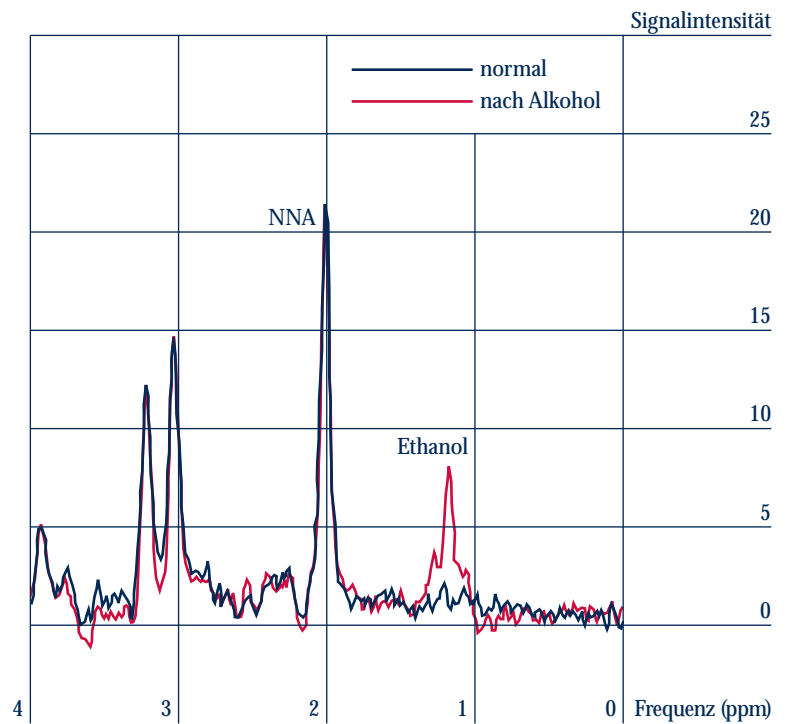
Hirnfunktionen erkennen

Wenn eine Gruppe von Nervenzellen angeregt wird, so verbrennen sie Sauerstoff. In dieser Region steigt der lokale Blutfluss, um den verstärkten Sauerstoffverbrauch auszugleichen. Dies macht sich auf ultraschnell aufgenommenen MR-Bildern in einem leichten, lokalisierten Intensitätsanstieg bemerkbar. Man kann also auf nicht-invasive Weise herausfinden, welche Hirnareale durch eine bestimmte Stimulation aktiviert werden. Die grobe Lokalisierung der wichtigsten Hirnfunktionen ist zwar bereits bekannt, über die genauen Vorgänge und das Zusammenwirken verschiedener Hirnareale bei der Verarbeitung eines Reizes sind jedoch noch viele Fragen offen. In Basel wurde vor allem mit akustischen Reizen gearbeitet, die den Versuchspersonen während der MRI-Messung über Kopfhörer präsentiert wurden. Dabei wurden entweder beide oder nur jeweils ein Ohr zur Zeit stimuliert. Bei gesunden Menschen wird bei einseitiger Stimulation nur die für die Verarbeitung akustischer Information zuständige Hirnregion (Hörrinde) auf der gegenüberliegenden Seite aktiviert. Bei einseitig tauben Patienten hingegen werden bei einseitiger Stimulation auf dem hörenden Ohr die Hörrinden in beiden Hirnhälften angeregt. Wie in Abb. 2 ersichtlich, entwickelt sich dieser neuronale Kompensationsmechanismus bereits wenige Wochen nach dem Gehörverlust.

Durchfluss in Blutgefäßen dynamisch darstellen

Angiographien sind Darstellungen von Blutgefäßen mit dem Zweck, Verschlüsse und Verengungen sichtbar zu machen. Dies kann entweder durch Röntgenaufnahmen während der Injektion eines jodhaltigen Kontrastmittels erreicht werden oder durch spezielle MRI-Methoden, die mit weniger Risiko für den Patienten verbunden sind. Eine dieser Methoden, die erstmals im MR-Zentrum der Universität Basel getestet wurde, beinhaltet die intravenöse Injektion eines MRI-Kontrastmittels und die gleichzeitige Aufnahme einer Serie von MR-Projektionsbildern mit einer Zeitauflösung von unter einer Sekunde. Wie in Abb. 3 gezeigt, erscheinen Gefäße auf diesen Bildern während des Durchflusses des Kontrastmittels hell. Mit dieser dynamischen Methode kann man nicht nur feststellen, ob ein Verschluss vorliegt, sondern auch, ob dies tatsächlich zu einem verspäteten Anfluten des Kontrastmittels im Gewebe führt oder ob eine Kompensation der Blutversorgung über andere Gefäße stattfindet. Erst daran lässt sich entscheiden, ob ein chirurgischer Eingriff wirklich notwendig ist.

Abbildung 4: Zwei übereinandergelegte MR-Spektren einer Region im Frontalhirn, aufgenommen bei einer Versuchsperson vor und nach dem Konsum einer Flasche Wein. Im zweiten Spektrum ist das Signal für Alkohol als sogenanntes Triplet bei 1.2 ppm deutlich zu erkennen.



Chemische Zusammensetzung im Gehirn untersuchen

Mit MR-Spektroskopie ist es möglich, die chemische Zusammensetzung eines lokalisierten Areals im Gehirn zu untersuchen. Dies kann Aufschluss über pathologische Veränderungen im Gewebe geben, zum Beispiel deutet eine verminderte Konzentration des Stoffes N-Azetyl-Aspartat (NAA), der nur in Nervenzellen vorkommt, auf neuronale Schädigung hin. Reduzierte NAA-Spiegel lassen sich zum Beispiel bei Alzheimer-, Schizophrenie- und Schlaganfall-Patienten nachweisen. Auch die Kurz- und Langzeitwirkungen von Pharmaka und Drogen auf den Gehirnstoffwechsel lassen sich auf diese Weise untersuchen.

Alkohol nachweisen

Die MR-Spektroskopie erlaubt, den Abbau von Medikamenten und anderen Stoffen im Körper direkt zu verfolgen. Besonders gut messbar ist zum Beispiel das Signal für Alkohol. Die in Abb. 4 gezeigten MR-Spektren wurden bei einer gesunden Versuchsperson vor und nach dem Konsum einer Flasche Wein aufgenommen. Die Höhe des Alkoholsignals in verschiedenen Hirnregionen im Vergleich zum Blutalkoholspiegel kann Aufschluss geben sowohl über die Verteilung im Gehirn als auch über die Einlagerung von Ethanol in Membranen und damit über die biochemischen Effekte des Alkoholkonsums.

Fazit

MR-Techniken sind sowohl für die Neurowissenschaften als auch für die klinische Diagnostik von grosser Bedeutung. Durch die stetige Weiterentwicklung der Methoden können auch noch weitere Anwendungsfelder entdeckt und in Kooperation zwischen Ärzten und Physikern evaluiert werden. Am MR-Zentrum der Universität Basel haben Mitglieder der Forschungsgruppe um Prof. J. Seelig vom Biozentrum, Dr. K. Scheffler und R. Haselhorst, in zahlreichen Projekten mit Ärzten des Departements für Radiologie/Neuroradiologie des Kantonsospitals Basel und der psychiatrischen Universitätsklinik, insbesondere mit Dr. D. Bilecen, Dr. S. Wetzel und Dr. E. Seifritz, zusammengearbeitet. Einige Ergebnisse dieser Arbeiten wurden hier vorgestellt.



Reta Haselhorst hat Ihr Physikstudium 1995 in Cambridge, England, mit dem B.A. (Bachelor of Arts) abgeschlossen und ist seit August 1996 als Doktorandin bei Prof. J. Seelig am Biozentrum beschäftigt. Seither untersuchte sie unter anderem eine neue Magnetresonanz-Bildgebungsmethode für Silikon-Brustimplantate. Zur Zeit arbeitet sie in Zusammenarbeit mit der psychiatrischen Universitätsklinik an einer Studie über die Wirkung von Opioiden auf den Gehirnstoffwechsel.

Asymmetrische Auswirkungen der Geldpolitik im Fall der Schweiz

Annette Conzelmann

*'Greenspan's limousine – perfect brakes but no accelerator ...'*¹

Aufgrund theoretischer Modelle und empirischer Beobachtungen ist anzunehmen, dass geldpolitische Massnahmen nicht symmetrisch auf Wachstum und Preise wirken, sondern vielmehr ein asymmetrischer Zusammenhang besteht. Mittels neuer Verfahren der nichtlinearen Zeitreihenökonomie wird diese Hypothese zur Zeit in einem Forschungsprojekt anhand schweizerischer Daten untersucht. Dabei soll herausgefunden werden, wie sich die Geldpolitik auf die schweizerische Volkswirtschaft auswirkt.

Theoretische Motivation der Studie

Traditionelle keynesianische Modelle erklären die asymmetrische Wirkung geldpolitischer Massnahmen durch einseitige und starre Gestaltung von Preisen und Löhnen. Gemäss dieser Modellfamilie wirkt sich expansive Geldpolitik nur wenig auf Produktion und Beschäftigung, jedoch hauptsächlich auf das Preisniveau aus. Restriktive Geldpolitik hingegen führt aufgrund mangelnder Anpassung der relativen Preise zu einem starken Rückgang der ökonomischen Aktivität. Da dieser traditionelle Ansatz keinerlei Erklärung für starre Preise beziehungsweise Löhne bietet, wurde mit neoklassischen Modellen, wie zum Beispiel dem Menu-Cost-Ansatz von Mankiw (1985) eine Grundlage für die nichtlineare Preisanpassung geliefert. Da eine Preis- oder Lohnanpassung in diesen Ansätzen mit Fixkosten verbunden ist, unterscheidet sich die Wirksamkeit der Geldpolitik in diesem Fall aufgrund des Ausmasses der vorgenommenen geldpolitischen Massnahme, nicht jedoch aufgrund ihres Vorzeichens. Eine Kombination dieser beiden Formen der Asymmetrie finden wir in neueren keynesianischen Modellen.

Die eben genannten Modelle implizieren eine nichtlineare Anpassung von Preisen oder Löhnen. Dies unterscheidet letztere von den Modellen, in denen asymmetrische Auswirkungen der Geldpolitik über den Kreditkanal modelliert werden. Asymmetrische Effekte der Geldpolitik entstehen hier, wenn davon ausgegangen werden kann, dass Kreditrationierung die Auswirkungen restriktiver Geldpolitik verstärkt und zu einem signifikanten Einbruch in Produktion und Beschäftigung führt, dem jedoch bei expansiver Geldpolitik kein entsprechender Verstärkungseffekt gegenübersteht.

Um die relative Bedeutung der beiden Transmissionsmechanismen für die Schweiz zu überprüfen, lassen sich folgende Arbeitshypothesen aufstellen: Die Modelle der Kreditrationierung bedingen keine asymmetrische Preis- und/oder Lohnanpassung. Modelle, die auf dem Menu-Cost-Ansatz beruhen, gehen hingegen mit einer nichtlinearen Preis- oder Lohnanpassung einher und prognostizieren eine mit der Inflationsrate wachsende Asymmetrie bezüglich der Wirksamkeit restriktiver und expansiver Geldpolitik. Diese Implikationen wurden anhand empirischer Schätzungen getestet.

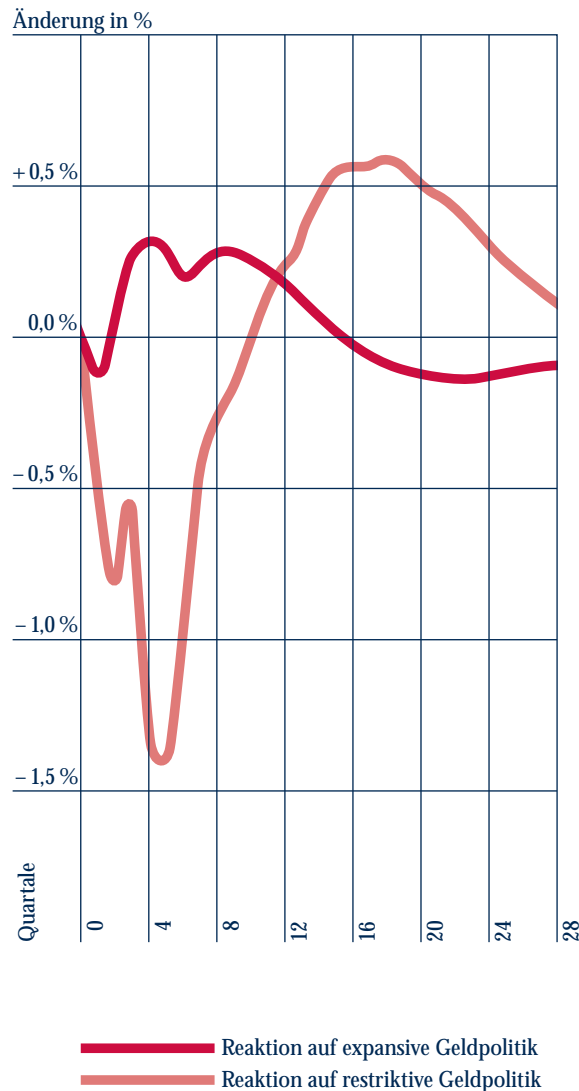
¹ Alan Greenspan ist gegenwärtig Vorsitzender des Federal Reserve Boards

Auswirkungen geldpolitischer Innovationen auf die schweizerische Volkswirtschaft

Bisherige Untersuchungen zu diesem Thema tragen bei der Ermittlung monetärer Schocks weder den Anforderungen der Exogenität geldpolitischer Innovationen noch einer möglichen Asymmetrie der Geldpolitik Rechnung. Da die Auswirkungen der geldpolitischen Schocks andererseits nur anhand univariater Gleichungen ermittelt werden, ermöglichen die Ergebnisse keine genauen Rückschlüsse auf den Transmissionsmechanismus der Geldpolitik. Aufgrund der Schwächen bisheriger Studien haben wir einen eigenen Untersuchungsansatz gewählt. Dieser unterscheidet sich sowohl in der Bestimmung exogener, geldpolitischer Schocks als auch in der Untersuchung der Auswirkungen geldpolitischer Massnahmen auf die schweizerische Volkswirtschaft. Um die Robustheit der Ergebnisse zu garantieren, kommen dabei drei verschiedene Methoden zur Anwendung.

Erste Ergebnisse ergeben signifikante Unterschiede bezüglich der Auswirkungen expansiver und restriktiver beziehungsweise grosser und kleiner Geldangebotsveränderungen auf Output, Preise und Wechselkurs. Wie gemäss Theorie zu erwarten, führen vor allem geringe Änderungen des Geldangebotes zu einer asymmetrischen Anpassung bei Wachstum und Preisen. Hauptursache ist in diesem Fall die überproportionale Reduktion der Investitionen infolge restriktiver Geldpolitik (siehe nebenstehende Grafik).

Diese Beobachtung kann als Evidenz für die Theorie des Kreditkanals gewertet werden. Die gleichzeitig asymmetrische Preis Anpassung legt jedoch nahe, dass Kreditrationierung nicht ausschliessliche Ursache asymmetrischer Auswirkungen der Geldpolitik ist, sondern die Gegenwart sog. Menu-Costs zu nicht-linearen Anpassungen bei Löhnen und Preisen beiträgt. Da jedoch die Reaktion der Preise vorwiegend durch den Wechselkurs bedingt sein könnte, müssen weitere Untersuchungen angestellt werden. Hinweis für diese These liefert die Beobachtung, dass die Preis Anpassung nicht gemäss traditioneller keynesianischer Theorie vor allem bei expansiver Politik schneller und stärker vorgenommen wird, sondern laut unseren Ergebnissen eher die umgekehrte Aussage zutrifft. Um jedoch endgültige Aussagen über den Stellenwert des Kreditkanals in der Schweiz machen zu können, werden weitere Untersuchungen bezüglich des Verhaltens des Bankensektors vonnöten sein.



Annette Conzelmann studierte von 1990-1995 Wirtschaftswissenschaften mit Vertiefung Volkswirtschaft an der Universität St. Gallen. 1996-1997 war sie in der volkswirtschaftlichen Abteilung des Schweizerischen Bankvereins tätig. Seit 1998 arbeitet sie als Projektassistentin und Doktorandin an der Abteilung für Monetäre Makroökonomie am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum. In dieser Zeit hat sie auch das Doktorandenstudium des Studienzentrums Gerzensee absolviert.

Zur Rolle des Finanz-Controllings für die wertorientierte Unternehmensführung

Mit der Konzeption des Shareholder-Value-Managements beziehungsweise des wertorientierten Managements hat sich eine neue Unternehmensphilosophie durchgesetzt. Aus wissenschaftlicher Sicht ist diesbezüglich für alle betriebswirtschaftlichen Teilbereiche, vor allem aber für das Controlling zu prüfen, welcher Beitrag zur Unterstützung einer wertorientierten Unternehmensführung geleistet werden kann.

Grundsätzlich steht Controlling für ein umfassendes Konzept der Unternehmenssteuerung, das die Planung, Steuerung und Kontrolle der Unternehmenstätigkeit vom Einzelgeschäft bis hin zur Gesamtunternehmung umfasst. Kernfunktionen des Controllings sind die Planungs- und Kontroll-, die Informations- und die Koordinationsfunktion. Diese sind auf das oberste Unternehmensziel, das in der Erwirtschaftung angemessener Gewinne besteht, auszurichten.

Allerdings ist dies nicht mit der Erzielung möglichst hoher Jahresüberschüsse gleichzusetzen. Vielmehr verlangen die Anteilseigner adäquate Ausschüttungen. Dieses Ausschüttungspotential lässt sich aber eher mit Hilfe der erwirtschafteten finanziellen Mittel, dem sogenannten Cash-flow, ausdrücken. Die damit einhergehende Fokussierung auf die Finanzprozesse der Unternehmung führt dazu, dass die Sicherung und Optimierung des finanziellen Gleichgewichts zum übergreifenden Steuerungsgegenstand des Controllings wird. Ein solchermassen dimensioniertes Controlling kann daher auch als Finanz-Controlling bezeichnet werden.

Erweitertes ROI-Schema: mit dem Marktwert des Eigenkapitals als oberste Bezugs- und Steuerungsgröße

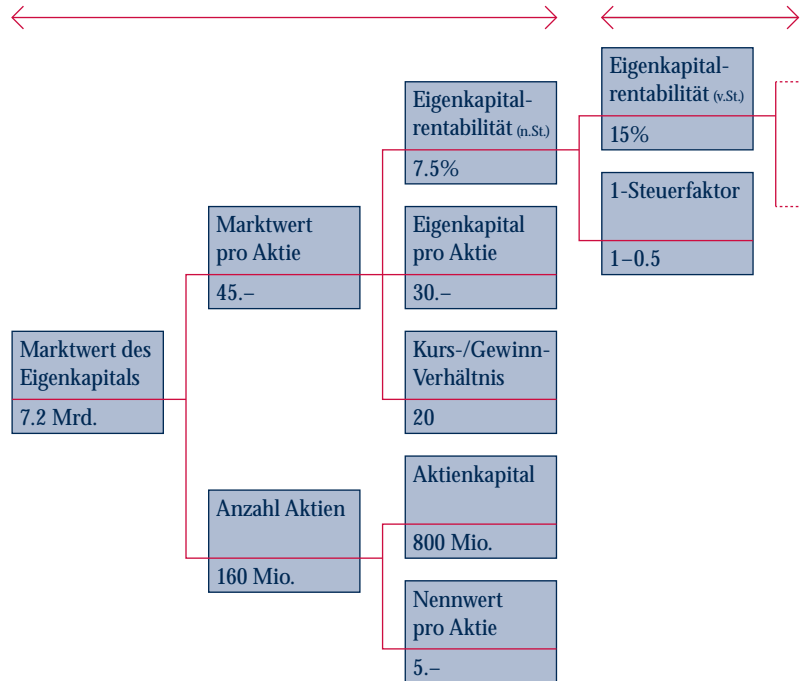


Abbildung 1: Integration des Shareholder-Value-Ansatzes in das erweiterte ROI-Schema

Der ebenfalls vor allem auf die Finanzprozesse ausgerichtete Shareholder-Value-Ansatz basiert auf dem Konzept des wertorientierten Managements. Er umfasst ein stark angelsächsisch geprägtes und auf ein einheitliches Ziel hin fokussiertes Konzept der Unternehmensführung. Im Mittelpunkt dieses Konzepts steht die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts (= Value) beziehungsweise der Anlegerrendite (= Performance) für die Aktionäre (= Shareholder).

Die Kernfunktionen des Finanz-Controllings sind nunmehr auf die Prozesse des Wertmanagements zu übertragen. Gleichzeitig sind zur Prozessunterstützung geeignete Modelle und Instrumente zu entwickeln. Neben der Ermittlung des aktuellen Unternehmenswertes und der Planung von Wertsteigerungspotentialen soll dabei das Finanz-Controlling vor allem der Unterstützung aller Unternehmensbereiche bei der Umsetzung von Wertsteigerungsstrategien dienen.

Unternehmensbewertung im Shareholder-Value-Konzept

Um überhaupt Shareholder-Value-Strategien anwenden zu können, müssen zunächst geeignete Verfahren zur Unternehmensbewertung herangezogen werden. Die im Zusammenhang mit dem Shareholder-Value-Konzept häufig genannten Discounted-Cash-flow-Methoden stellen Modifikationen eines von Rappaport vorgeschlagenen Bewertungsverfahrens dar.

Ein stark vereinfachtes Beispiel soll deren generelle Vorgehensweise verdeutlichen: Unterstellt sei ein Käufer einer Unternehmung, der damit rechnet, dass ihm aus dem Unternehmenskauf Jahr für Jahr 1 Mio. CHF Nettoertrag zufließen wird und er nach drei Jahren die Unternehmung für 10 Mio. CHF verkaufen kann. Der Investor würde für vergleichbare Anlagen am schweizerischen Geld- und Kapitalmarkt eine Rendite von 5 % erzielen. Daraus ergibt sich unter Abzinsung der Nettoerträge ein aktueller Unternehmenswert von 11,36 Mio. CHF [= 1 Mio. CHF / (1 + 0,05)¹ + 1 Mio. CHF / (1 + 0,05)² + (10 Mio. CHF + 1 Mio. CHF) / (1 + 0,05)³].

Zentrales Element ist demnach die Bestimmung des von einer Unternehmung erwirtschafteten Überschusses an liquiden Mitteln, der prinzipiell für Zahlungen an die Eigen- und Fremdkapitalgeber zur Verfügung steht. Determinanten dieses sogenannten Free-Cash-flows sind insbesondere:

- die Umsätze beziehungsweise das Umsatzwachstum,
- die Gewinnmarge,
- der Gewinnsteuersatz,
- die Dauer einer erzielbaren Wertsteigerung,
- der Restwert der Unternehmung am Ende des Planungshorizontes,
- die den Cash-flow reduzierenden Investitionen ins Umlauf- beziehungsweise Anlagevermögen und
- die Art und Weise der Berücksichtigung des Fremdkapitals beziehungsweise der Fremdkapitalzahlungen. Mit entsprechenden Modellrechnungen ist zu analysieren, welche Einflussfaktoren sich wie auf die Höhe und den zeitlichen Anfall der Free-Cash-flows auswirken.

Darüber hinaus stellt der Diskontsatz einen Ausdruck für die Renditeerwartungen der Investoren dar. Die Renditeerwartungen sind umso grösser, je höher das mit der Unternehmung beziehungsweise der Investition verbundene Risiko ist. Dieser funktionale Zusammenhang erfordert sowohl aus empirischer als auch aus theoretischer Sicht eine weitergehende Analyse, um den objektiv richtigen Diskontsatz bestimmen zu können.

Die bisherigen Untersuchungen zeigen, dass die Praxis die Vielfalt der bereits in der wissenschaftlichen Theorie entwickelten Unternehmenswertverfahren nutzen sollte, indem alternative Verfahren im Rahmen von Kontrollrechnungen gleichzeitig angewendet werden. Dadurch kann einerseits die Korrektheit der ermittelten Unternehmenswerte durch entsprechende Vergleichsrechnungen überprüft werden. Andererseits lassen sich die potentiellen Veränderungen, die nach der Einleitung bestimmter geschäftspolitischer Massnahmen zu erwarten sind, besser abschätzen.

Kennzahlengestützte Analyse und Steuerung des Shareholder-Values

Auf den Ergebnissen der Unternehmensbewertung baut die kennzahlengestützte Analyse und Steuerung des Shareholder-Values auf. In diesem Zusammenhang dient das in den USA entwickelte Konzept des Economic Value Added als Grundlage der Abgrenzung von wertverrichtenden und wertgenerierenden Geschäftsfeldern. Danach wird Shareholder-Value immer dann generiert, wenn die Gewinne aus dem laufenden Geschäft grösser als die Kosten des eingesetzten Eigenkapitals sind. Für Wertsteigerungen müssen demnach entweder die Gewinne erhöht oder die Eigenkapitalkosten gesenkt werden.

Zur Unterstützung derartiger Strategien liefert das Finanz-Controlling mit dem ROI-Kennzahlensystem (= Return on Investment) ein besonders geeignetes Instrumentarium. Mit Hilfe der ROI-Kennzahlenhierarchie können die sachlogischen Zusammenhänge zwischen der obersten Ziel- und Steuerungsgrösse und deren Einflussgrössen transparent gemacht werden. Dabei werden Relationen zwischen zentralen bankbetrieblichen Erfolgsgrössen und dem Geschäftsvolumen, den Eigenmitteln oder den Umsätzen gebildet und systematisch in einer Kennzahlenhierarchie miteinander verknüpft.

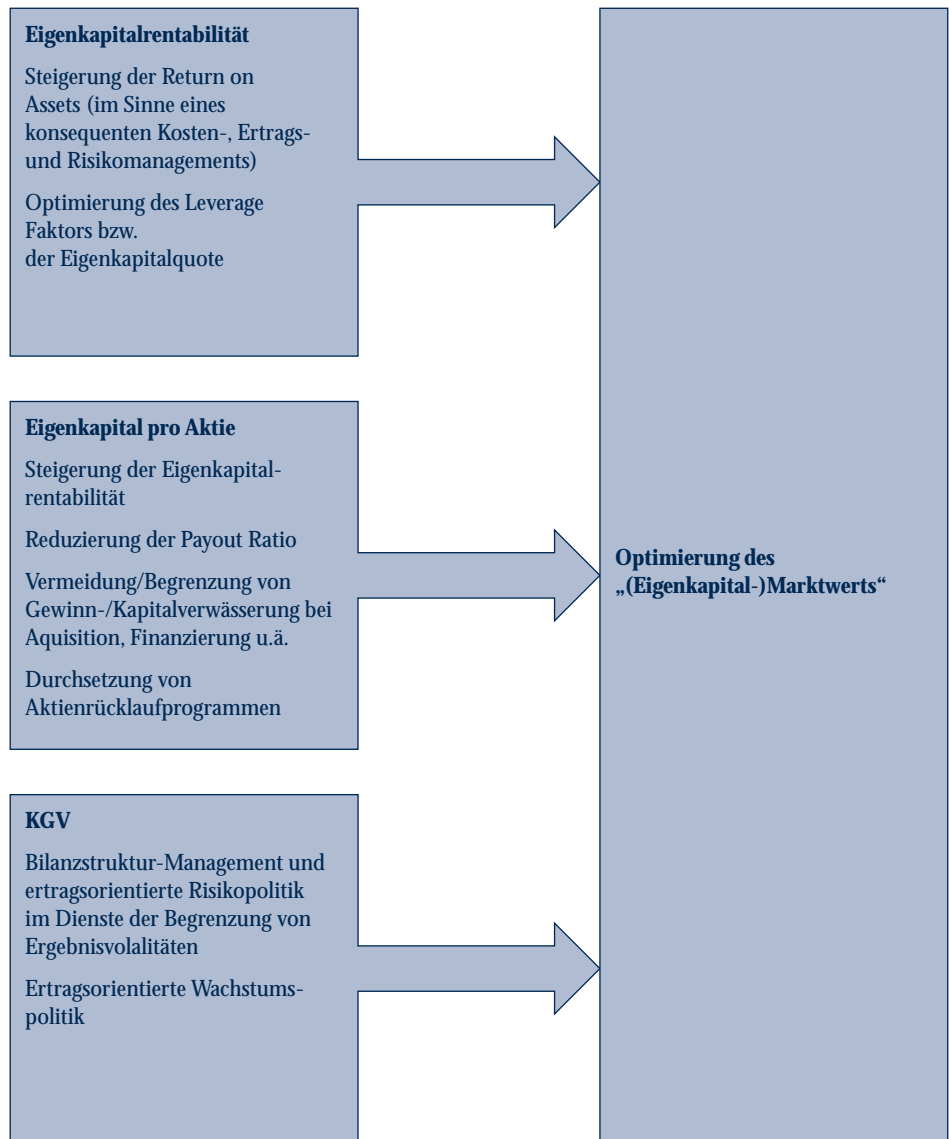
Oberste Zielgrösse im Grundkonzept der ROI-Analyse ist die Eigenkapitalrentabilität, welche die Verzinsung des eingesetzten Kapitals ausdrückt. Für die Unternehmenssteuerung im Sinne des Shareholder-Value-Konzepts ist diese Kennzahlensystematik zu erweitern, so dass der Marktwert des Eigenkapitals, wie in Abb. 1 skizziert, als massgebliche Grösse an der Spitze der Kennzahlenhierarchie steht.

Abbildung 2: Geschäftspolitische Ansatzpunkte zur Optimierung des Marktwertes des Eigenkapitals

Finanzanalytiker verwenden darüber hinaus eine Vielzahl ergänzender Kennzahlen, aus denen sich weitere Impulse für die Beurteilung und Steuerung des Shareholder-Values ableiten lassen. Dazu werden die unternehmensspezifischen Kennzahlenwerte mit Durchschnittskennzahlen verglichen. Solche Kennzahlen sind bspw. das Kurs-/Gewinn-Verhältnis oder das Marktwert-zu-Buchwert-Verhältnis. Die Überprüfung der Aussagefähigkeit solcher Kennzahlen stellt ein weiteres Aufgabenfeld des Finanz-Controllings dar.

Mit Hilfe zentraler Kennzahlen des ROI-Analyse-Konzepts lässt sich aufzeigen, wie die Optimierung des Marktwertes des Eigenkapitals zu erreichen ist. Ausgehend von der Eigenkapitalrentabilität, dem Eigenkapital pro Aktie und dem Kurs-/Gewinn-Verhältnis lassen sich vor dem Hintergrund der Abb. 1 bspw. die in Abb. 2 zusammenfassend skizzierten geschäftspolitischen Ansatzpunkte ableiten, zwischen denen teilweise Interdependenzen bestehen.

Einem Unternehmen, das das Shareholder-Value-Konzept konsequent in seine Unternehmenspolitik einbetten möchte, bietet sich somit eine Vielzahl von Möglichkeiten zur gezielten Beeinflussung des eigenen Unternehmenswertes beziehungsweise des Shareholder-Values. In diesem Zusammenhang muss das Management bei der Quantifizierung, Planung und Steuerung des Shareholder-Values insbesondere durch das auf die Finanzprozesse ausgerichtete Finanz-Controlling grosse Unterstützung erfahren. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema dient dabei der Weiterentwicklung aller mit dem Finanz-Controlling im Zusammenhang stehenden Modelle und Instrumente.



Dr. Michael Lister, geb. 1964, ist seit 1996 Habilitand von Prof. Dr. Henner Schierenbeck und seit 1998 Assistenzprofessor der Abteilung Bankmanagement und Controlling am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel. Er studierte von 1987 bis 1992 Betriebswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. 1996 promovierte er an der Universität Basel und

wurde für seine Dissertation mit dem Förderpreis der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ausgezeichnet. In seiner Forschungstätigkeit beschäftigt er sich mit dem Risikomanagement im Bankwesen und in der Finanzierungstheorie. Derzeit arbeitet er gemeinsam mit Prof. Dr. Henner Schierenbeck an einem Buch zum Thema „Value Controlling: Grundlagen wertorientierter Unternehmensführung“.

Fließgewässer im Spannungsfeld von Gesellschaft und Natur – ein interdisziplinäres Forschungsthema

Daniel Kürty

Die Einstellung der Bevölkerung zu Fließgewässern hat sich in den letzten 150 Jahren radikal verändert. Wurden Flüsse und Bäche im 19. Jahrhundert noch mit den wilden und unberechenbaren Kräften der Natur gleichgesetzt und mit Hilfe von baulichen Massnahmen gebändigt, so wird die Revitalisierung von Fließgewässern heute durch das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer von 1991 gefördert. Damit hat im Laufe der Jahre ein Wandel in der Bewertung der Gewässer durch die Bevölkerung stattgefunden. Gleichzeitig zeigen Beobachtungen, dass auch die aktuellen Vorstellungen von dem, was Natur ist, je nach Kulturkreis, sozialer Gruppierung oder Nutzungsabsicht beträchtlich variieren können. Dies bedeutet, dass eine umfassende Beurteilung von Revitalisierungen von Gewässern nicht nur die Auswirkungen auf die Lebensgemeinschaften von Pflanzen und Tieren untersuchen muss, sondern dass auch die Bevölkerung als Forschungsgegenstand einzuschliessen ist. Diese Feststellung betrifft auch Naturschutzmassnahmen in anderen Lebensraumtypen.

Das interdisziplinäre Projekt „Gesellschaftliche Wahrnehmung und ökologische Auswirkungen von Gewässerrevitalisierungen im Siedlungsraum“ im Forschungsprogramm der Stiftung Mensch–Gesellschaft–Umwelt (MGU) ist auf eine umfassende Beurteilung hin angelegt. Es untersucht sowohl die Wahrnehmung der ökologischen Aufwertungsmassnahmen in der Bevölkerung als auch die Auswirkungen auf die Lebensgemeinschaft der Tiere und Pflanzen am Fallbeispiel der Birs in Münchenstein.



Ursprünge der Revitalisierungen

Bestrebungen zur Wiederherstellung naturnaher Gewässerabschnitte datieren bereits aus der Zeit der 30er und 50er Jahre. Die konkreten Vorstellungen waren jedoch noch anders als heute. Die Bachregelungen hatten zum Ziel, die zur Verwilderung neigenden Landschaften in eine damals ästhetisch ansprechende und klar strukturierte Form zu bringen. Der Ausbau der Gewässer zum Beispiel mit landwirtschaftlich genutzten Vorländern und einem zurückversetzten Hochwasserdamm oder eine Bepflanzung der Bachufer mit einer Baumreihe entsprachen somit den Vorstellungen und dem ästhetischen Empfinden der Bevölkerung. Erst seit etwa 1980 ist mit Revitalisierung in Naturschutzkreisen explizit eine ökologische Aufwertung gemeint.

Region Basel

In der Region Basel bestehen im Moment einige kleinere Revitalisierungsvorhaben an Fließgewässern, die im Rahmen des ordentlichen Unterhalts realisiert werden. Das von der Internationalen Kommission zum Schutze des Rheins initiierte Programm „Lachs 2000“ bringt jedoch die Schweiz in Zugzwang. Wenn der Lachs aufgrund der Bemühungen der übrigen Rheinanliegerstaaten wirklich bis in die Schweiz hochwandert, dann muss er auch geeignete Laichgebiete in den Rheinseitengewässern finden. Die Naturschutz- und Fischereiorganisationen sowie die Tiefbauämter der beiden Basler Kantone versuchen deshalb, eine Sanierung der am stärksten beeinträchtigten Gewässerabschnitte zu veranlassen.

Fallbeispiel Birs in Münchenstein

An der Birs in Münchenstein hat das Tiefbauamt des Kantons Basel-Landschaft im ersten Halbjahr 1997 eine Strecke von 500 m nach ingenieurbioologischen Methoden revitalisiert. Die Soziologinnen Daniela Gloor und Hanna Meier vom Büro „Social Insight“ in Zürich erhoben mit Hilfe eines Fragebogens die Meinung der Bevölkerung zum ökologisch aufgewerteten Birsabschnitt. Die anderen Vertreter des Projektteams, Ökologen der Beratungsfirma „Life Science“ und des Instituts für Natur-, Landschafts- und Umweltschutz (NLU) der Universität, untersuchten die Lebensgemeinschaft im Fluss und am Ufer.

Eine erste provisorische Auswertung der naturwissenschaftlichen Untersuchungen der Revitalisierungsstrecke mit je einer oben- und untenliegenden Referenzstrecke ergaben keine einschneidenden Veränderungen der Lebensgemeinschaften auf der Flusssohle. Gesamthaft betrachtet erwies sich die revitalisierte Strecke von 500 Metern aber als zu kurz, um die Lebensgemeinschaft nachhaltig zu verändern.

Wie werden Fließgewässerrevitalisierungen beurteilt?

Die wichtigsten soziologischen Resultate lassen sich folgendermassen zusammenfassen: Der überwiegende Teil der befragten Passant/innen, nämlich 76 %, war zur Revitalisierung positiv eingestellt. Der Beweggrund hinter dieser positiven Beurteilung ist nur in den wenigsten Fällen ein Bewusstsein dafür, dass dadurch die Lebensbedingungen für die Tiere und Pflanzen verbessert wurden. Die umfangreichen Befragungsdaten zeigten als Begründung der Zustimmung nur in vergleichsweise wenigen Fällen eine ökologische Motivation. Hingegen wurde die positive Beurteilung mehrheitlich mit einer Aufwertung dieses Gebiets für die Naherholung in Zusammenhang gebracht. Die ausschlaggebenden Kriterien bei der Beurteilung der Flusslandschaften durch die Bevölkerung sind also in erster Linie die ästhetischen Eigenschaften der Landschaft.

Die offensichtlichen Differenzen der Begründung einer Zustimmung zu Revitalisierungen führen aber auch zu grundlegenden Fragen für den Naturschutz: Sind aus den unterschiedlichen Naturvorstellungen, die der Beurteilung von Naturschutzexpert/innen und Laien zugrunde liegen, Konflikte zu erwarten? Wie lässt sich die Umsetzung von Naturschutzmassnahmen am besten begründen? Welche gesellschaftlichen und kulturellen Werte sind mit dem Naturbegriff verbunden? Was ist überhaupt Natur?

Schritte Richtung Umsetzung

Beobachtungen der Naturschutzaktivitäten zeigen, dass die Naturschutzaufgaben praktisch ausschliesslich mit naturwissenschaftlichen Methoden angegangen werden. Dies betrifft sowohl den behördlichen Naturschutz beim Vollzug der Gesetzgebung als auch die privaten Naturschutzorganisationen.

Die weiteren Schritte des Projekts sind darauf ausgerichtet, die Problematik der Naturwahrnehmung und die daraus potentiell entstehenden Konflikte besser zu verstehen und in einer geeigneten Form konkret umzusetzen. Das Ziel besteht darin, den kantonalen Behörden, die sich mit Gewässern beschäftigen (Tiefbauamt, Fischereiverwaltung, Planungsamt, Naturschutzfachstelle, Gemeinden etc.), eine Unterstützung in Form von Weiterbildungsveranstaltungen anzubieten. Diese sollen auf die möglichen Konflikte zwischen Expert/innen- und Laiensicht hinweisen und inhaltlich zeigen, dass nicht nur naturwissenschaftliche oder ingenieurwissenschaftliche Zugänge, sondern auch ästhetische und umweltpsychologische Aspekte hinsichtlich Wahrnehmung und Beurteilung von Gewässern und Landschaft durch die Bevölkerung eine wesentliche Rolle spielen. Die Umsetzungsaktivitäten als Teil des Projekts sollen die Mitarbeiter/innen in den Ämtern dazu motivieren, neue Überlegungen und Betrachtungsebenen in ihre alltägliche Arbeit aufzunehmen.



Daniel Küry hat 1983 an der Universität Basel das Studium der Biologie I und 1989 seine Dissertation über Naturschutzfragen in Kleingewässern abgeschlossen. Von 1989 - 1996 war er freiberuflich als Berater in den Fachgebieten Gewässerökologie sowie Natur- und Umweltschutz tätig. Seit 1996 ist er Teilhaber der Beratungsfirma „Life Science AG“. Von 1997 - 1999 leitete er das interdisziplinäre MGU-Projekt „Gesellschaftliche Wahrnehmung und ökologische Auswirkungen von Gewässerrevitalisierungen im Siedlungsraum“. Seit 1998 führt er zusammen mit PD Dr. P. Huggenberger (Geologisch Paläontologisches Institut der Universität Basel) und R. Wülser (Industrielle Werke Basel) das auf zwei Jahre angelegte Pilotprojekt „Wieserevitalisierung“ (Interaktionen Flusswasser – Grundwasser) durch. Daniel Küry hat einen Lehrauftrag für Gewässerökologie am Institut für Natur-, Landschafts- und Umweltschutz (NLU) der Universität Basel inne.

Wissens- und Technologietransfer

Die Förderung des Transfers von Erkenntnissen und Fähigkeiten zwischen den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft und der Universität wird heute als eine wichtige Aufgabe angesehen. Aus der Sicht der Universität hat dabei Priorität, jungen Wissenschaftler/innen – wo sinnvoll – die wirtschaftliche Verwertung ihres in der Forschung erworbenen Wissens zu ermöglichen oder zu erleichtern. Vor gut zwei Jahren wurde zu diesem Zweck an der Universität die Stelle für Wissens- und Technologietransfer (WTT) eingerichtet, deren Aufgabe es ist, den Austausch von Wissen zu fördern und zu unterstützen.

Nach einer Aufbauphase beginnt die Arbeit Früchte zu tragen. Rund 40 Projekte wurden im Jahre 1998 betreut – von der Beantwortung einfacher Anfragen bis hin zur Unterstützung beim Erstellen von Businessplänen oder bei Unternehmensgründungen. Die Anfragen betrafen meist die Patentierbarkeit oder die Kommerzialisierbarkeit von Forschungsergebnissen.

Firmengründungen

Eine der verschiedenen Transferformen ist die Gründung von sogenannten Spin-off-Firmen, in denen Ergebnisse aus der Wissenschaft wirtschaftlich verwertet werden. Die Unternehmer/innen sind junge Wissenschaftler/innen, die bei der Verwertung ihrer Forschungsergebnisse in vielen Fällen anfänglich auch noch von ihren angestammten Universitätsinstituten oder Forschungsgruppen unterstützt werden.

Insgesamt sind seit der Einrichtung der WTT-Stelle sieben solcher Unternehmen mit mehr als einem Dutzend Arbeitsplätzen entstanden, drei allein im Jahre 1998. Die Firmen stammen ausschliesslich aus dem naturwissenschaftlichen Bereich, vornehmlich aus Biologie, Pharmazie, Physik und Meteorologie. Die Tätigkeitsbereiche dieser Firmen sind vielfältig und reichen von der Restaurierung und Digitalisierung von Fotografien, dem Bau und Vertrieb von Rasterkraftmikroskopen, der Entwicklung neuer pharmakologisch wirksamer Substanzen oder der Produktion massgeschneiderter Arzneipflanzen bis hin zur Verarbeitung und Gestaltung von Geoinformationen im Bereich der Meteorologie und Klimatologie.

Patente und Lizenzverträge

Eine weitere Komponente des Wissens- und Technologietransfers ist die wirtschaftliche Nutzung von wissenschaftlichen Entdeckungen oder Erfindungen über Patente und Lizenzverträge. Es ist eine Aufgabe der WTT-Stelle, Wissenschaftler/innen in den oft komplizierten und auch kostspieligen Verfahren zu unterstützen. Im Jahre 1998 wurden zwei Patente im Namen der Universität eingereicht, eines davon zusammen mit der University of California in den USA. Die Rechte an einem der Patente wurden in einem Optionsvertrag an eine kleine Firma in der Region abgetreten. Es handelt sich um ein neuartiges Untersuchungsverfahren, bei dem biologische Zellen auf das Vorhandensein gewisser Bedingungen untersucht werden können. Zusätzlich konnten in fünf weiteren Fällen Zusammenarbeitsverträge zwischen Forschungsgruppen und Industrieunternehmen abgeschlossen werden.

Richtlinien, Zusammenarbeit mit anderen Transferstellen

Um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den universitären Grundaufgaben der Lehre, Forschung und Dienstleistung und wirtschaftlichen Überlegungen zu gewährleisten, wurde im Laufe des Jahres 1998 eine „Ordnung betreffend Zusammenarbeit mit Dritten“ entworfen, die Grundprinzipien und Leitlinien für den Wissenstransfer enthält. Der Entwurf soll 1999 bereinigt und verabschiedet werden. Allzu restriktive Bestimmungen kantonaler Gesetze, die bisher auch für die Universitätsangehörigen galten, werden dadurch gelockert und die Zusammenarbeit mit ausseruniversitären Bereichen vereinfacht.

Die Zusammenarbeit mit Dritten soll auch durch eine enge Kooperation mit der Fachhochschule beider Basel (FHBB) gefördert werden. Schon bei der Einrichtung der WTT-Stelle waren entsprechende Vereinbarungen getroffen worden. Im August 1998 konnte nun ein Zusammenarbeitsvertrag unterschrieben werden. Die beiden Partner werden ab Sommersemester 1999 zusammen mit dem Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität (WWZ) und der universitären Weiterbildungsstelle verschiedene im Modulsystem aufgebaute Kurse zur Vermittlung von unternehmerischem Wissen anbieten.

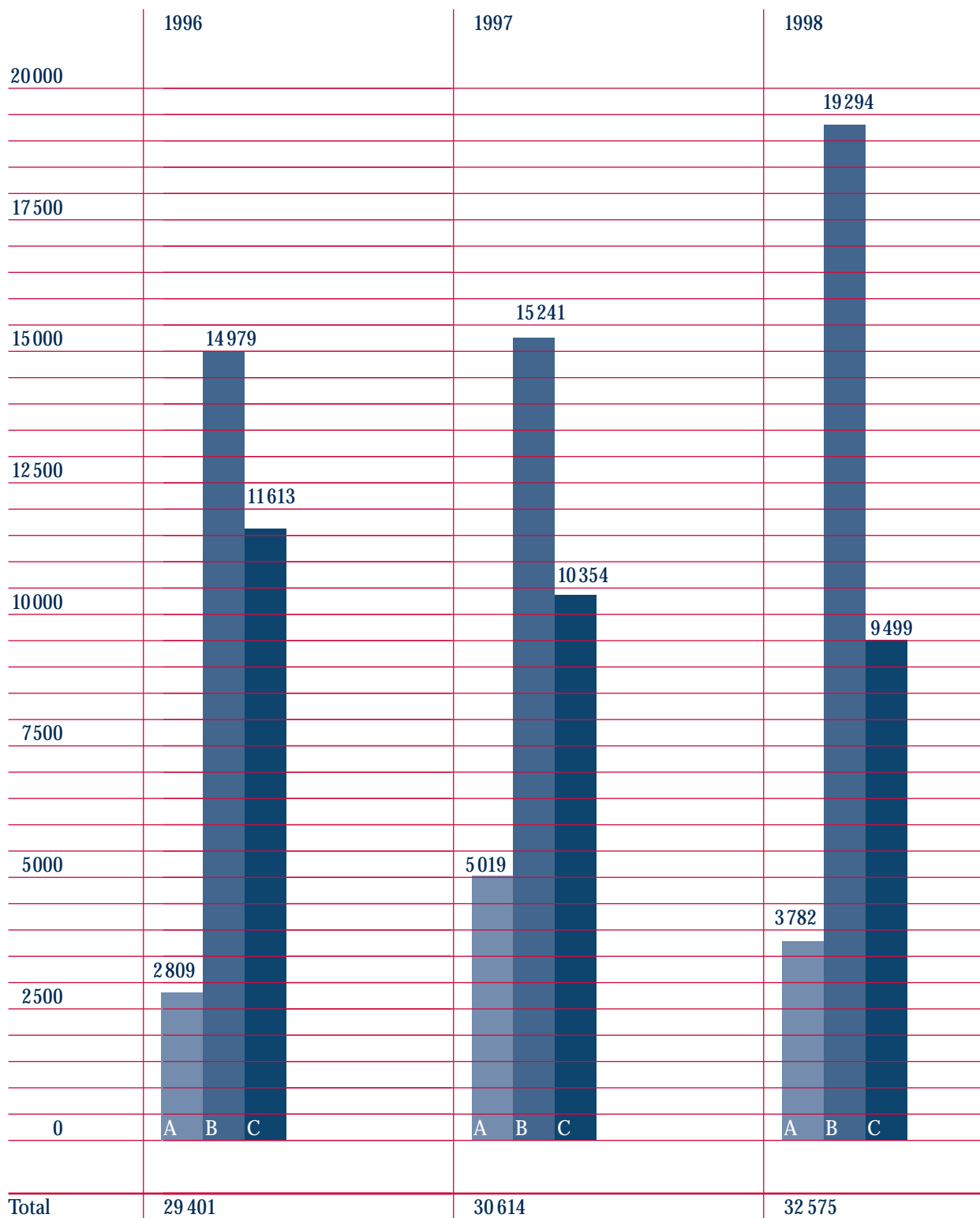
Vom Schweizerischen Nationalfonds bewilligte Forschungsmittel *

in 1000 Franken

Hauptdisziplingruppen	1996	1997	1998
A) Geistes- und Sozialwissenschaften			
Allgemeine und Schweizergeschichte	226	1475	1153
Archäologie, Ethnologie und Kunstwissenschaften	203	372	569
Erziehungs- und Religionswissenschaften, Philosophie	241	1013	979
Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften	1704	630	304
Sprach- und Literaturwissenschaften	435	1529	777
Summe	2809	5019	3782
B) Biologie und Medizin			
Allgemeine Biologie	2190	1493	2962
Biologische Grundlagenwissenschaften	5391	5834	5639
Experimentelle Medizin	2425	1386	2173
Klinische Medizin	1681	3898	3776
Medizinische Grundlagenwissenschaften	2339	1812	2831
Sozial- und Präventivmedizin	953	818	1860
Summe	14979	15241	19294
C) Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften			
Astronomie, Astrophysik	1176	733	854
Chemie	3178	3610	2838
Erdwissenschaften	1336	1510	466
Ingenieurwissenschaften (inkl. Informatik)	763	426	154
Mathematik	529	530	359
Physik	3499	3146	3746
Sozialmedizin	933	228	845
Umweltwissenschaften	199	171	237
Summe	11613	10354	9499
Total	29401	30614	32575

* Die vom Nationalfonds bewilligten Mittel verteilen sich in der Regel auf mehrjährige Projekte. Bei den in der Rechnung erscheinenden Beträgen handelt es sich um die in den Jahren 1996, 1997 und 1998 getätigten Ausgaben.

Quelle: Schweizerischer Nationalfonds



- A) Geistes- und Sozialwissenschaften
- B) Biologie und Medizin
- C) Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften

Europäische Drittmittel
(in Schweizer Franken)

4. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union

BIOMED	Departement Medizinische Radiologie	55 000	
	Zentrum für Lehre und Forschung	98 000	
	Biozentrum, Abteilung Mikrobiologie	107 964	
	Total	260 964	
BIOTECH	Biozentrum	Abteilung Mikrobiologie	364 000
		Angewandte Mikrobiologie	28 693
		Angewandte Mikrobiologie	14 700
		Abteilung Zellbiologie	69 000
		Abteilung Biophysikalische Chemie	60 000
		Abteilung Biophysikalische Chemie	87 500
		Abteilung Pharmakologie	248 000
		Abteilung Mikrobiologie	245 000
		Abteilung Biochemie	87 300
		Abteilung Strukturbiologie	28 075
		Abteilung Mikrobiologie	304 320
		Abteilung Biochemie	7 890
		Abteilung Strukturbiologie	95 188
	Zoologisches Institut	94 800	
Total	1 794 898		
ENVIRONMENT	Institut Organische Analytische Chemie	89 487	
	Institut für Sozial- und Präventivmedizin	24 655	
	Geografisches Institut	50 000	
	Europainstitut	2 000	
	Institut für Sozial- und Präventivmedizin	83 104	
	Total	249 246	
ESPRIT	Institut für Informatik	135 239	
FAIR	Botanisches Institut	54 000	
	Botanisches Institut	214 735	
	Total	268 735	
FISSION	Departement Medizinische Radiologie	4 000	
FUSION	Institut für Physik	140 000	
TELEMATICS	Universitätsrechenzentrum	50 000	
	Institut für Pathologie	39 875	
	Total	89 875	
TMR	Institut für Physik	90 000	
	Biozentrum, Abteilung Biochemie	90 000	
	Geologisch-Paläontologisches Institut	114 750	
	Total	294 750	
Total im 4. Rahmenprogramm 1998 verpflichtete Beiträge		3 237 707	

COST	Deutsches Seminar	15 000
	Botanisches Institut	79 000
	Institut für Anorganische Chemie	9 915
	Institut für Anorganische Chemie	12 043
	Institut für Physik	12 000
	Institut für Anorganische Chemie	11 500
	Pharmazeutisches Institut	60 000
	Total	199 458
EUREKA	Institut für Physik	350 000
	Human Frontier Science Programme Biozentrum, Abteilung Biochemie	87 160
	Biozentrum, Abteilung Biochemie	74 841
	Biozentrum, Abteilung Strukturbiologie mit Maurice E. Müller Institut	18 681
	Total	180 682
INTAS		
(International Association for the Promotion of Cooperation with Scientists from the New Independent States of the Former Soviet Union)		
	Zoologisches Institut	4 790
	Zentrum für Lehre und Forschung	7 812
	Institut für Medizinische Mikrobiologie	1 606
	Romanisches Seminar	21 000
	Total	35 208
Wissenschaftliches Kooperationsprogramm des Schweizerischen Nationalfonds mit Osteuropa – Forschungsprojekte		
	Mineralogisch-Petrographisches Institut	18 276
	Departement Forschung	90 000
	Geologisch-Paläontologisches Institut	16 000
	Institut für Anorganische Chemie	6 000
	Historisches Seminar	16 666
	Psychiatrische Universitätsklinik	2 166
	Total	149 108
Wissenschaftliches Kooperationsprogramm des Schweizerischen Nationalfonds mit Osteuropa – Institutspartnerschaften		
	Biozentrum, Abteilung Biochemie	25 000
	Historisches Seminar	88 000
	Universitätsklinik	43 490
	Total	156 490
Total Europäische Drittmittel		4 308 653

EURO-Beratungsstelle der Universität Basel

Die EURO-Beratung der Universität Basel informiert im Auftrag des Bundes Forschungsinstitutionen und Firmen der Region (Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Solothurn) über die Möglichkeiten der europäischen Forschungsprogramme.

Im Jahre 1997 hat sie 157 Anfragen bearbeitet und 42 Ausschreibungen zu Forschungsprogrammen, -stipendien und -workshops publiziert. Knapp ein Drittel der Kundschaft waren Universitätsexterne.

Ein gesonderter Bericht über die Tätigkeit der EURO-Beratung kann bei der Stelle bezogen werden (Tel. 061 267 28 33, E-Mail euroberatung@ubaclu.unibas.ch).



Bernoullianum



Zwischen zwei Vorlesungen

Universitätsrat

Im Berichtsjahr hat der Universitätsrat insgesamt 14 reich befrachtete Sitzungen abgehalten. Dabei hatte er sich neben den regelmässig vorzunehmenden Wahlen und Bestätigungen mit einer ganzen Reihe von Entscheiden mit strukturellen oder langfristigen Auswirkungen zu beschäftigen. Im März 1998 beschloss er nach sorgfältiger Vorbereitung mit den inneruniversitären Instanzen eine Änderung der Rektoratsorganisation. Das Rektorat soll damit in die Lage versetzt werden, seine Führungsaufgaben innerhalb der Universität in angemessener Weise wahrnehmen zu können.

Die Universität ist auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Der Implementierung der im Jahre 1997 beschlossenen langfristigen Ausrichtung galten mehrere Geschäfte, die im Verlaufe des Jahres 1998 entschieden wurden. So konnte die Neuausrichtung der Chemie mit der Rückberufung von Prof. Andreas Pfaltz in die Wege geleitet werden. Die grosszügige Unterstützung Basler Pharmakonzerne schuf dabei eine günstige Ausgangslage. Ein Konzept für die Einführung von „Computational Sciences“ an der Universität wurde verabschiedet, mit dem die unbefriedigende Situation der Informatik an der Universität Basel überwunden werden soll. Seine Umsetzung ist zur Zeit im Gange. Erfreulich ist auch, dass es gelungen ist, die Konkretisierung der Planungsvorgaben für das Departement Zahnmedizin mit entsprechenden Reorganisationsmassnahmen in die Wege zu leiten. Universitätsrat und Rektorat arbeiten mit dem Departement in konstruktiver Atmosphäre zusammen. Mit der Schaffung einer Stelle für Chancengleichheit im Mai 1998 konnte auch ein wichtiger Schritt zur Erreichung eines der erklärten Ziele der langfristigen Ausrichtung getan werden: die wirksame Frauenförderung an der Universität.

Eine Überprüfung der Planungsvorgaben ergab nach einem Jahr eine gesamthaft erfreuliche Bilanz. Die Arbeiten waren überall in Gang gekommen, und in manchen Fällen konnte das fristgerechte Erreichen des Ziels festgestellt werden. Der Universitätsrat wird der weiteren Umsetzung der langfristigen Ausrichtung auch im Jahre 1999 seine volle Aufmerksamkeit widmen.

Budget und Leistungsauftrag

In intensiver Zusammenarbeit mit Rektorat und Verwaltung wurde der Budgetbericht 1999 zuhänden des Grossen Rats verabschiedet.

Der ebenfalls vom Rektorat vorbereitete Entwurf für einen Leistungsauftrag für die Universität beziehungsweise die Leistungsvereinbarung konnte noch im Dezember 1998 vor der Budgetdebatte im Grossen Rat der Regierung übergeben werden.

Der Universitätsrat hat ferner Weichen für die Vermögensverwaltung der Universität sowie für die mittel- und langfristige Planung der Bauinvestitionen in die Universität gestellt.

Führungswerkstatt

Der Universitätsrat hat an der ersten „Führungswerkstatt“ (Januar 1998) der Universität in Balsthal teilgenommen. Die Arbeit in den Workshops und die Gespräche mit den Verantwortlichen aus fast allen Bereichen der Universität waren sehr befruchtend. Die Führungswerkstatt hilft mit, die Zusammenarbeit von Universitätsrat und Universität weiter zu verbessern.

Die Hochschulpolitik mitgestalten

Ein wichtiges Ereignis war eine mehrstündige Begegnung mit dem Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Charles Kleiber. Die Gelegenheit für eine Aussprache über die Hochschulpolitik des Bundes wurde gut genutzt. Es konnte dabei ein Dialog eingeleitet werden, der anhält. Der Universitätsrat hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass die in Basel in die Wege geleiteten Reformen auch für den Bund von Interesse sind und in die Diskussion um das neue Universitätsförderungsgesetz einfließen.

Abschied von Markus Lusser

Im April 1998 hatte der Universitätsrat den plötzlichen Hinschied von Markus Lusser zu beklagen. Der ehemalige Nationalbankpräsident hat sich mit seiner langen Erfahrung im Universitätsrat stark engagiert. Wissen und Erfahrung machten ihn zum kompetenten Gesprächspartner. Er trug zur Lösung von vielen Problemen bei. Universitätsrat und Universität haben einen Freund verloren. Sie werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

An die Stelle von Markus Lusser hat die Regierung des Kantons Basel-Landschaft Franz Blankart gewählt, der bis Ende November als Staatssekretär im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement amtierte.

Universitätsrat

Dr. phil.I Rolf Soiron, Präsident

Prof. Dr. phil.I Franz Blankart

lic.iur. Jacqueline Guggenbühl-Hertner MAES, Vizepräsidentin

Regierungsrat lic.phil.I Stefan Cornaz

Dr. rer.pol. Alex Krauer

Prof. Dr. rer.nat. Georg Friedrich Melchers

Regierungsrätin lic.phil.I Veronica Schaller

Regierungsrat Peter Schmid

Dr. phil.I Hortensia von Roda

Rektorat, Planungskommission

Rektorat

Im Jahre 1998 fand ein Rektoratswechsel statt. Am 30. September 1998 endete die Rektoratszeit von Prof. Dr. René L. Frey, der die Amtsgeschäfte Prof. Dr. Ulrich Gäbler übergab. Die Amtsübergabe bedeutete gleichzeitig eine institutionelle Zäsur. Das seit rund 20 Jahren gültige Rotationsmodell wurde durch einen am 26.3.98 gefassten Beschluss des Universitätsrats abgelöst. Künftig werden nicht mehr ein Rector designatus, ein amtierender Rektor sowie ein Prorektor zusammen mit dem Verwaltungsdirektor das Rektorat bilden (die Ämter wurden bisher nur von Männern bekleidet), sondern ein/e Rektor/in mit zwei oder drei Vizerektor/innen sowie der oder die Verwaltungsdirektor/in. Alle Mitglieder des Rektorats werden von der Regenz auf zwei Jahre gewählt und sind wiederwählbar; der oder die Verwaltungsdirektor/in wird vom Universitätsrat auf unbestimmte Zeit gewählt und gehört dem Rektorat ex officio an.

Da der Rektor bereits 1996 von der Regenz gewählt wurde, mussten für das neue Rektorat noch Vizerektor/innen bestellt werden. Dazu wurde eine Findungskommission, die im wesentlichen mit dem Regenzausschuss identisch war, unter der Leitung von Professor Kramer von der Juristischen Fakultät bestimmt. Diese entschied sich, drei Vizerektor/innen zur Wahl vorzuschlagen, was mit den grossen anstehenden Aufgaben begründet wurde. Gewählt wurde mit Prof. Dr. Annetrudi Kress, ehemalige Präsidentin der Koordinationskommission, erstmals eine Frau. Sie ist im neuen Rektorat für die Belange der Lehre und der Weiterbildung zuständig. Weiter gewählt wurden Prof. Dr. Thomas Boller, der das Ressort Forschung betreut, sowie Prof. Dr. Paul Richli, der die Ressorts Studierende und Nachwuchsförderung übernahm.

Die neue Rektoratsorganisation wird mit den hohen Anforderungen an die operative Leitung der Universität begründet, die eine grössere Kontinuität in der Wahrnehmung der damit verbundenen Führungsaufgaben wünschbar macht. Um den Übergang ins neue System zu erleichtern, ist Professor Frey nach dem Ende seiner Amtszeit aus dem Rektorat ausgeschieden. Mit ihm ist auch Prorektor Prof. Dr. Hans-Joachim Güntherodt am Ende seiner regulären Amtszeit angelangt. Beide haben sich grosse Verdienste erworben. Sie haben die Universität in die Autonomie geführt, und es ist ihnen gelungen, die organisatorischen Neuerungen zu bewältigen. Unterstützt wurden sie dabei von den Mitarbeitenden der Universität auf allen Stufen, die grosse Anstrengungen auf sich genommen und zum Gelingen des Schrittes in die Selbständigkeit wesentlich beigetragen haben. Hervorzuheben ist die Anstrengung der Rektorate Güntherodt und Frey in Bezug auf den Wissens- und Technologietransfer, der durch sie wesentliche Impulse erhalten hat. Im weiteren haben sie den Prozess einer erstmaligen langfristigen Planung, der im Oktober 1997 mit dem Bericht „Die Universität Basel auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“ in die Umsetzungsphase trat, in Gang gebracht und begleitet. Die Erarbeitung eines Entwurfs für einen Leistungsauftrag beziehungsweise einer Leistungsvereinbarung ist dem persönlichen Einsatz von Rektor Frey zu verdanken.

Absatz 1–3 des am 26.3.1998 beschlossenen Paragraphen 8 des Statuts im Wortlaut:

§ 8

Das Rektorat setzt sich zusammen aus der Rektorin beziehungsweise dem Rektor, zwei oder drei Vizerektorinnen beziehungsweise Vizerektoren sowie der Verwaltungsdirektorin beziehungsweise dem Verwaltungsdirektor.

² Die Regenz wählt die Rektorin beziehungsweise den Rektor und die Vizerektorinnen beziehungsweise Vizerektoren aus dem Kreis der Inhaberinnen und Inhaber hauptamtlicher Professuren für eine Amtsdauer von zwei Jahren. Wiederwahl ist möglich.

³ Das Rektorat wird von der Rektorin beziehungsweise vom Rektor geleitet. Im übrigen konstituiert es sich selbst und entscheidet über die Zuordnung der einzelnen Rektoratsbereiche.

Unter der Verantwortung des damaligen Rector designatus Prof. Dr. Ulrich Gäbler wurde im Rektorat Frey auch die längerfristige Qualitätssicherung der Lehre an der Universität Basel in Angriff genommen und ein entsprechendes Ressort am Rektorat eingerichtet.

Erste „Führungswerkstatt“ in Balsthal

Um den gestiegenen Anforderungen an alle Leitungskräfte an der Universität gerecht zu werden, hat das Rektorat im Januar 1998 in Balsthal erstmals eine zweitägige „Führungswerkstatt“ durchgeführt. An ihr haben rund 100 Personen teilgenommen und in Workshops und Plenarveranstaltungen über anstehende Fragen in Führung und Organisation diskutiert. Die Veranstaltung wurde durch einen von der Stelle für Öffentlichkeitsarbeit und dem Videostudio der Phil.-Hist. Fakultät erstellten Videofilm eingeleitet, in dem Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Politik ihr Bild von der neuen Universität zeichneten. Die Veranstaltung brachte viele konkrete Anregungen, die teilweise umgesetzt worden sind.

Rektorat 1.10.1996 – 30.9.1998

Rektor

Prof. Dr. rer.pol. René L. Frey

Prorektor

Prof. Dr. sc.nat. Hans-Joachim Güntherodt

Rector designatus

Prof. Dr. theol. Dr.h.c. Ulrich Gäbler

Verwaltungsdirektor

Dr. phil.I Mathias Stauffacher

Rektorat 1998 – 2000

Rektor

Prof. Dr.theol. Dr.h.c. Ulrich Gäbler

Vizektor/innen

Prof. Dr.sc.nat. Thomas Boller (Forschung)

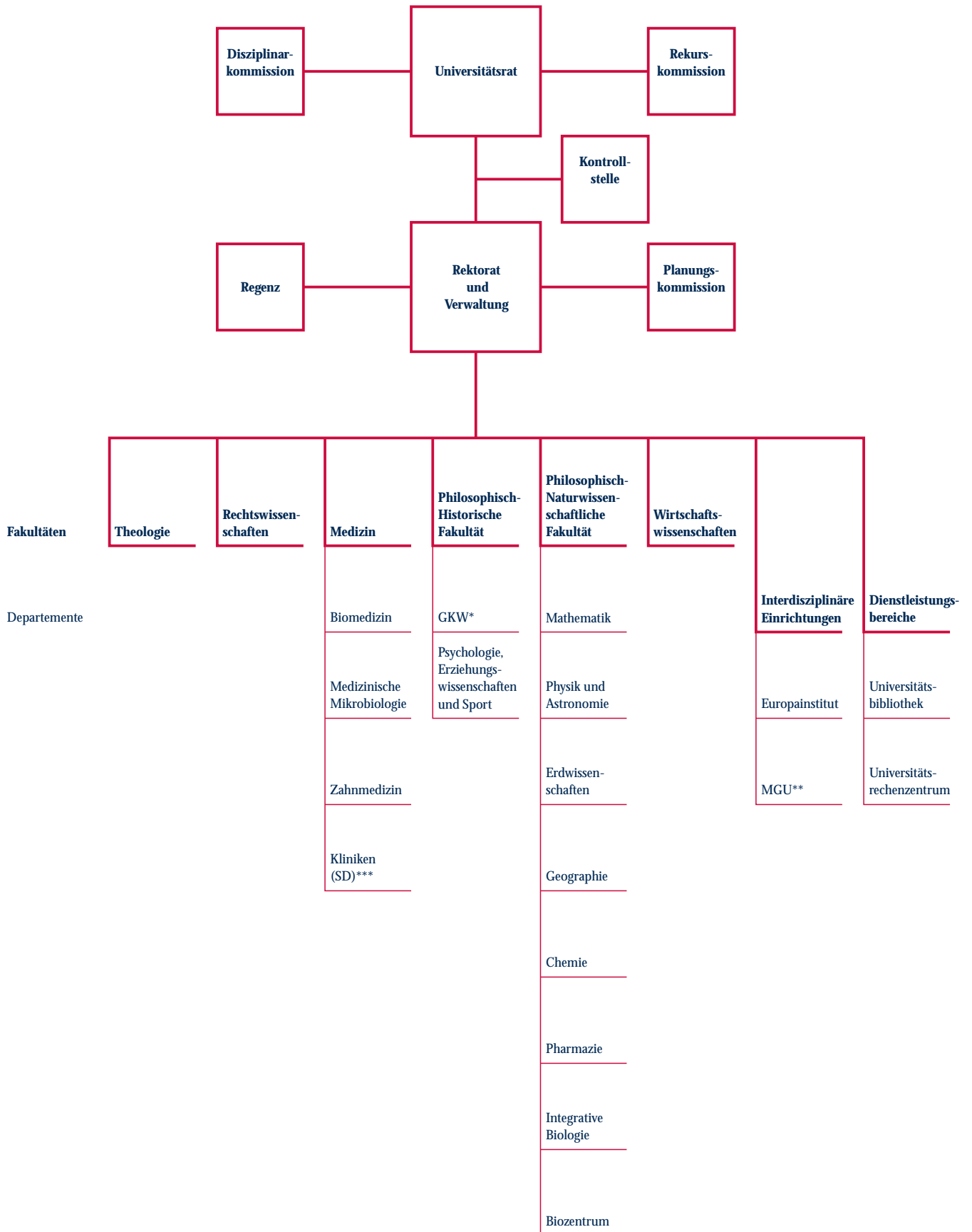
Prof. Dr.phil.II Annetrudi Kress (Lehre und Weiterbildung)

Prof. Dr.iur. Paul Richli (Studierende und Nachwuchsförderung)

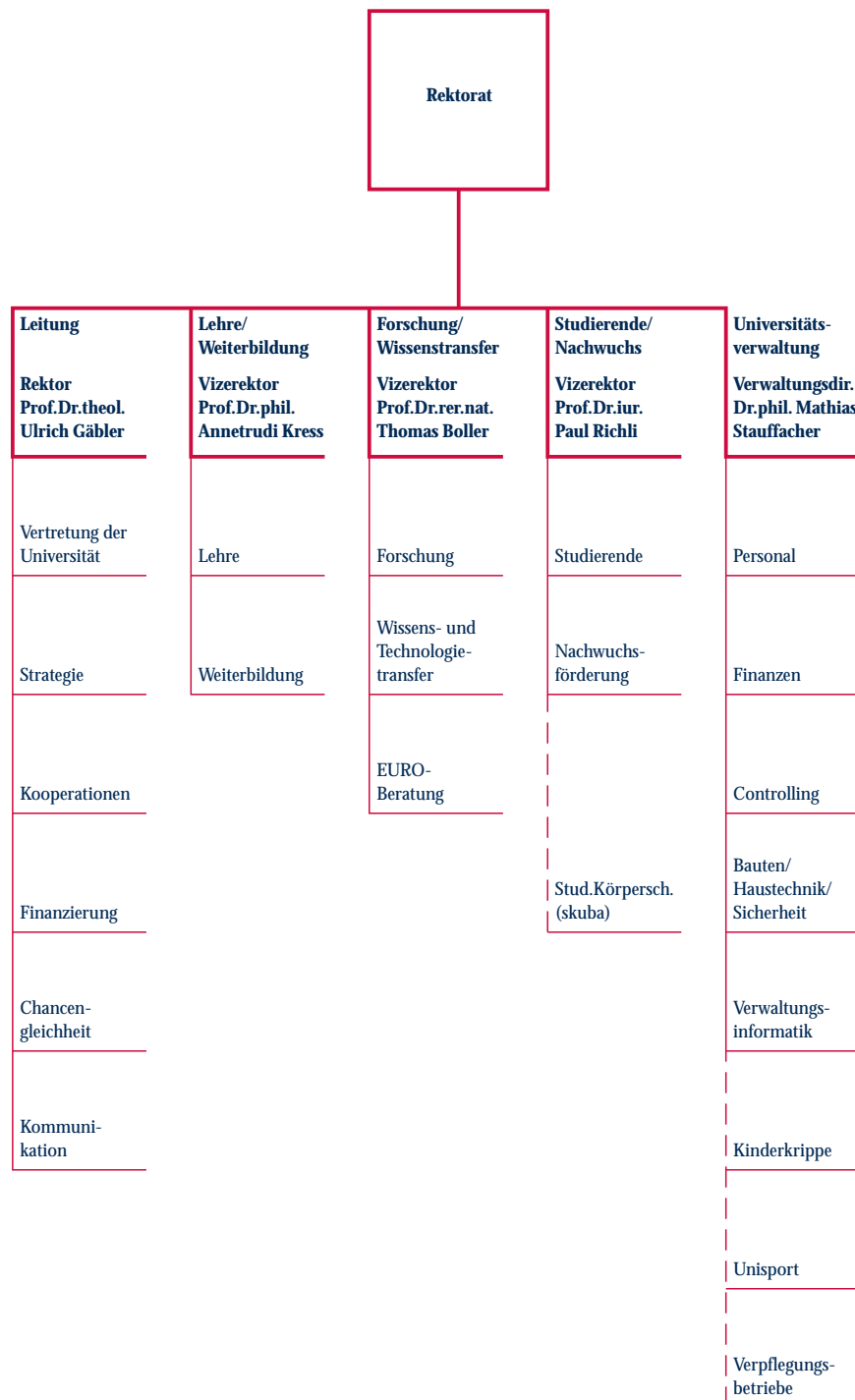
Verwaltungsdirektor

Dr.phil.I Mathias Stauffacher

Organigramm der Universität und ihrer Gliederungseinheiten



Aufgabenorganigramm von Rektorat und Verwaltung



Planungskommission

Die Zusammenarbeit zwischen Rektorat und Planungskommission hat sich weitgehend eingespielt und vertieft sich weiter. Die Planungskommission ist ein beratendes Organ, das Entscheidungen mit finanziellen Konsequenzen zuhanden des Rektorats vorbereitet. Die Kommission hat sich eine eigene Geschäftsordnung gegeben.

Besondere Anstrengungen hat die Planungskommission im Berichtsjahr neben der Budgetierung 1999 unter anderem für die Erarbeitung eines Konzepts für „Computational Sciences“ (dessen Implementierung bereits begonnen hat) unternommen. Die Diskussionen um eine effiziente Koordination im Bibliothekswesen und die Erarbeitung eines „Sprachenkonzepts“ für die Studierenden aller Fakultäten sowie von Instrumenten für eine Studienplatzplanung waren weitere Arbeitsschwerpunkte.

Die Planungskommission hat zudem die Aufgabe, die in der langfristigen Ausrichtung angelegten Prioritäten und Posterioritäten der Departemente zu konkretisieren. Dies konnte allerdings erst ansatzweise geschehen. Priorität hatte zunächst der noch immer grosse Nachholbedarf von Rektorat und Verwaltung im Aufbau der Instrumente und Mechanismen der Selbstverwaltung. In diesem Zusammenhang muss die Planungskommission mit-helfen, die zentralen Dienstleistungen für die Universität sicherzustellen, ohne dass dies Mittel von Lehre und Forschung abzieht.

Die Planungskommission sieht sich auch mit dem Problem konfrontiert, Lösungen für die Überführung von drittmittelfinanzierten Projekten ins ordentliche Budget zu finden. Dies ist namentlich dort der Fall, wo zulasten des Erneuerungsfonds, wie etwa für die Studienreform der Medizin sowie für die Kinderkrippe, Überbrückungsfinanzierungen mit Folgekosten gesprochen wurden. Das Problem stellt sich aber auch für langfristige Projekte, die mit Anschubfinanzierungen aus Bundesgeldern lanciert wurden.

Im Bereich Bauten entstanden in Zusammenarbeit mit Vertretern des Baudepartements eine Prioritätenliste für die langfristige Investitionsplanung sowie ein Bau- und Raumkonzept für die Universität. Erfreulicherweise lassen sich dabei die Bedürfnisse der Benutzer weitgehend berücksichtigen.

EUCOR

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit steht seit Anfang 1998 unter dem Präsidium der Universität Basel. Alt Rektor Prof. Dr. René L. Frey wird dieses vereinbarungsgemäss auch nach seinem Ausscheiden aus dem Rektorat bis zum Ende seiner Mandatszeit (Ende 1999) führen. Es war das erklärte Ziel der Basler Präsidentschaft, der wissenschaftlichen Zusammenarbeit am Oberrhein nach dem Auslaufen des Grossforschungsprojektes REKLIP neue Impulse zu geben. Diesem Bestreben kamen erfreulicherweise mehrere „bottom-up“-Initiativen entgegen, die meist von Instituten der Universität Basel ausgingen.

Das ehrgeizigste Vorhaben ist ohne Zweifel das von den Erdwissenschaften lancierte Projekt URGENT. Das Akronym steht für „Upper Rhine Graben: Evolution and Neotectonics“. Es ist die Absicht des auf mehrere Jahre angelegten Forschungsprojektes, die Entwicklung der Plattentektonik im Oberrheingraben mit modernen Forschungsmethoden zu analysieren. Der Oberrhein gilt unter Fachleuten als eine tektonisch hochaktive Zone mit erhöhtem Erdbebenrisiko. Das Projekt will zum einen die in den einzelnen Ländern vorhandenen Daten in gemeinsamen Computermodellen zusammenführen, zum anderen sollen aber auch die jüngeren Plattenbewegungen analysiert werden. Die Forschungen sollen vor allem in Form von Doktorarbeiten vorangetrieben werden. URGENT hat somit auch einen starken Akzent in der Nachwuchsförderung. Das Projekt beschränkt sich nicht nur auf eine Kooperation der sieben EUCOR-Universitäten, sondern hat Partner in ganz Europa, unter anderem die ETH-Zürich, mehrere deutsche Universitäten sowie die Universität Amsterdam.

Das Unternehmen ist im Januar 1999 mit einem Symposium in Basel erfolgreich lanciert worden.

Ende 1998 hielt auch das „Collegium Beatus Rhenanus“ sein Eröffnungssymposium in Basel ab. Unter dem Namen des Oberrheinischen Humanisten Beatus Rhenanus (1485–1547) haben sich die Institute für Alte Geschichte und Provinzialrömische Archäologie der EUCOR-Universitäten zu einem Forschungsverbund zusammengeschlossen. Auch hier besteht mit der Ausgrabung der römischen Militärstadt in Bisheim-Kühnheim (Elsass) ein auf längere Frist angelegtes Forschungsprojekt. Neben den archäologischen Vorhaben arbeiten verschiedene Gruppen des „Collegiums“ an einer Studie über die „Grossen Männer im alten Rom“. Zu diesem Thema wird im Jahr 1999 ein Symposium auf Castlelen in Augst stattfinden.

Im Dezember 1998 wurde zudem – wiederum auf Basler Initiative – ein Forschungsverbund „Interkulturalität in Sprache, Literatur und Gesellschaft“ ins Leben gerufen. Ziel dieses Verbundes ist es, das Kommunikationsverhalten in Abhängigkeit von der Sprache vor allem im Bereich des Oberrheins zu untersuchen.

Seit mehreren Jahren besteht unter dem Namen Regio-NEUREX eine lose Vereinigung der Neurowissenschaftler/innen der Region. Auf Betreiben von EUCOR wird zur Zeit versucht, diese Kontakte in Zusammenarbeit mit BioValley zu intensivieren und die grenzüberschreitende Forschungszusammenarbeit zu fördern. Mit rund 100 Labortarieren und 1000 Wissenschaftlern an Universitäten, Forschungseinrichtungen und Industrie findet sich im Oberrhein eine hohe Dichte, die synergetisch genutzt ein weit über die Region ausstrahlendes Zentrum bilden kann. Auch hier ist Ende 1999 ein regionales Symposium geplant, dass nicht zuletzt auch die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft in diesem Bereich fördern soll.



Regenzimmer im Kollegienhaus



Die Regenz tagt

Fakultäten, Interdisziplinäre Einrichtungen

Fakultäten

Die curricularen Reformen waren das zentrale Thema der Fakultäten im Berichtsjahr (siehe „3. Lehre“). Hier sei nochmals auf strukturelle Aspekte der mit den Reformen einhergehenden Umwälzungen an den Fakultäten eingegangen.

Theologische Fakultät: Neue Akzente setzen

An der Theologischen Fakultät wurde im Hinblick auf die längerfristige Entwicklung 1998 die Arbeit an einer neuen Studienordnung aufgenommen und Überlegungen zu möglichen neuen Akzenten in der inhaltlichen Ausrichtung der Fakultät gemacht. Diese gehen unter anderem von der Tatsache aus, dass die Zahl der Hauptfachstudierenden in der Theologie zurückgeht und diejenige der Nebenfachstudierenden zunimmt.

Juristische Fakultät: Neue Studien- und Prüfungsordnung

In der Juristischen Fakultät wurde nach den schon im Vorjahr in Angriff genommenen Analysen und Evaluationen die neue Studien- und Prüfungsordnung erarbeitet. Die Ordnung ist am 11.3.99 vom Universitätsrat genehmigt worden und wird auf das Wintersemester 1999/2000 in Kraft treten.

**Medizinische Fakultät:
Studienreform, Pflegewissenschaften und
Neukonzeption der Vorklinik**

In der Medizinischen Fakultät konnte erstmals der dritte Jahreskurs nach dem reformierten Curriculum aufgenommen werden. Gleichzeitig erteilte das Eidgenössische Departement des Inneren eine Derogation für den ersten Teil des Staatsexamens, so dass der erste Teil dieser Prüfung nicht am Ende des dritten Jahres durchgeführt werden muss, sondern für die einzelnen Fächer über zwei Jahre verteilt werden kann. Mit der Derogation erging aber die Auflage, dass bereits im Wintersemester 1999/2000 das Credit-Point-System anstelle des ersten Teils des Staatsexamens treten müsse.

Im Hinblick auf die wesentlich intensivere Betreuung der Studierenden hat die Medizinische Fakultät zusammen mit dem Rektorat als qualitätssichernde Massnahme eine Reduktion der Klinikplätze von heute 120 auf 95 vorgeschlagen. Entsprechend wurde auch die Zahl der Studienanfänger/innen für Humanmedizin auf 128 reduziert. Die Kapazitäten im Bereich Zahnmedizin bleiben unverändert: Für 40 Studienanfänger/innen stehen rund 30 Klinikplätze zur Verfügung.

Der Schwerpunkt der künftigen Arbeit der Fakultät wird weiterhin bei der Studienreform liegen, wobei der erste und zweite Jahreskurs im Zentrum stehen werden. In diesem Zusammenhang kommt der Neukonzeption der Vorklinik grosses Gewicht zu. Ziel ist es, eine wesentlich grössere Durchdringung mit der Klinik zu erreichen. Die heute scharfe Trennung soll in Zukunft nicht mehr bestehen. Klinische Bezüge sollen bereits früher im Studium aufgezeigt werden und spezifische grundlagenwissenschaftliche Aspekte themenbezogen bei der Darstellung der entsprechenden Schwerpunkte entwickelt werden.

Im Hinblick auf die Novellierung der Medizinalgesetzgebung beteiligt sich die Medizinische Fakultät auch intensiv an den gesamtschweizerischen Anstrengungen, die Ausbildungsziele für das Medizinstudium zu definieren. Auf eidgenössischer Ebene wurde auch eine Pilotakkreditierung der Medizinischen Fakultäten in Angriff genommen. Das Akkreditierungsverfahren soll für die fünf Schweizer Fakultäten modellhaft entwickelt und dann auch auf andere universitäre Einrichtungen ausgedehnt werden.

Neben der Studienreform schreiten die Vorbereitungen für den Studiengang „Pflegerwissenschaften“ voran. Erste Lehrgänge können im Jahre 2000 angeboten werden. Entsprechende Berufungsverfahren sind eingeleitet.

Philosophisch-Historische Fakultät: Schwerpunktbildungen

In der Philosophisch-Historischen Fakultät stand die interdisziplinäre Schwerpunktbildung in beiden Departementen im Zentrum der Arbeiten. Dies entspricht der längerfristigen Planung der Fakultät, welche eine interdisziplinäre Zusammenarbeit in Forschung und Lehre anstrebt. Ein Strukturbericht zur Neuordnung des Fächerbereiches Ethnologie, Volkskunde und Soziologie ist vom Universitätsrat verabschiedet worden. Ein weiterer Bericht zur Konsolidierung des Fächerverbundes Neue Philologien in Richtung auf eine stärkere Verzahnung der einzelnen Disziplinen, die auch einen Methodentransfer ermöglicht und fördert, ist Ende Jahr fertiggestellt und zur Genehmigung weitergeleitet worden. Der Fächerverbund Altertumswissenschaften hat zu Beginn des Wintersemesters sein Grundstudium aufgenommen.

Im weiteren wurde die Planung für die Ergänzung des bestehenden Lehr- und Forschungsangebotes durch die fächerübergreifenden Studiengänge vorangetrieben. Im Zentrum stehen hier Kommunikations- und Medienwissenschaften sowie „Gender Studies“ und Wissenschaftsgeschichte/Wissenschaftsforschung, die jedoch beide nicht auf die Fakultät beschränkt bleiben, sondern eine gesamtuniversitäre Dimension erhalten sollen.

Ende 1998 hat der Universitätsrat die Pläne für die Bildung eines Departementes Psychologie und Erziehungswissenschaften zur Kenntnis genommen. Dieses soll künftig das Institut für Psychologie und das Institut für Spezielle Pädagogik und Psychologie umfassen. Die Pläne der beiden Basel für die Einrichtung einer gemeinsamen Pädagogischen Hochschule machten eine Standortbestimmung im Bereich der Pädagogik nötig, für den eine Verstärkung angestrebt wird. Für das Selbstverständnis der Fakultät ist die Lehrkräftebildung wichtig. Kurzfristig muss ein Modus gefunden werden, damit die jetzt vom Pädagogischen Institut gesprochenen und für die Lehre entscheidenden Lehraufträge erhalten bleiben; mittelfristig wird es die Aufgabe der Fakultät sein, die enge Zusammenarbeit mit der künftigen Pädagogischen Hochschule zu planen und auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät: „Computational Sciences“

Die Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät hat sich neben der Entwicklung eines neuen umfassenden Biologie-Curriculums intensiv mit der Zukunft von „Computational Sciences“ und Informatik beschäftigt. Der Entwicklung dieses Fachbereichs misst die langfristige Ausrichtung vom Oktober 1997 hohe Priorität zu. Im Berichtsjahr wurden wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Gestützt auf einen Bericht der Fakultät, der von der Planungskommission ergänzt wurde, hat der Universitätsrat der Einrichtung eines Programms „Computational Sciences“ zugestimmt. Neben Theorie und Experiment nimmt die mathematische Modellierung des Verhaltens komplexer Systeme in naturwissenschaftlicher Forschung und Lehre eine immer wichtigere Stellung ein. Grundidee des neuen Konzeptes ist es, an unserer Universität weniger die Grundlagenforschung in Informatik im Sinne eines eigenständigen Fachs zu fördern, als vielmehr an den einzelnen Departementen beheimatete und fachspezifische computergestützte Forschung und Lehre zu betreiben. Das Programm sieht vor, entsprechende Professuren in den Fächern Biologie, Physik, Chemie und Mathematik einzurichten. Für die Koordination der verschiedenen Aktivitäten wird ein Steuerungsausschuss sorgen, der auch die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule beider Basel sowie der ETH Zürich suchen wird. Die Mittel für die Besetzung der entsprechenden Professuren werden durch Umwidmung frei gewordener Stellen gewonnen.

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Neue Studien- und Prüfungsordnung und Credit-Point-System

Die Fakultät hat sich auch intensiv mit der Frage der Evaluation von Lehre und Forschung an den einzelnen Departementen auseinandergesetzt und der Universitätsleitung diesbezügliche Vorschläge gemacht. Sie hält es für nötig, die Leistungen an den einzelnen Departementen durch externe Experten regelmässig evaluieren zu lassen, wie das zur Zeit an einigen Departementen auf freiwilliger Basis bereits durch sogenannte „Advisory Boards“ geschieht. Ein solches Beratungsgremium aus externen Experten ist in diesem Jahr neu im Fach Chemie berufen worden.

Eng mit der Evaluation von Leistungen verbunden ist auch die Frage der Einreihung und Beförderungsmöglichkeit von Dozierenden, mit der sich eine Kommission unter dem Vorsitz von Professor Stearns beschäftigte. Sie erarbeitete „Leitsätze für die Besetzung von Professuren“, die als Grundlage für die Zuordnung von Dozenturen zu den entsprechenden Personalkategorien und für die Handhabung von Beförderungen dienen sollen. Mit Unterstützung des Rektorats konnte mit der Einführung des Tenure-Track-Systems an allen Fakultäten ein erster Schritt gemacht werden. Bei diesem in Amerika gebräuchlichen Verfahren werden junge Wissenschaftler/innen zeitlich befristet auf Niveau Assistenzprofessur mit der Aussicht angestellt, bei entsprechenden Leistungen befördert und in eine feste Professur übernommen zu werden.

In der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät war das Jahr 1998 geprägt durch die Arbeiten an der Reform des Ökonomiestudiums. Die Kernpunkte dieser Reform sind die Neugliederung des Unter- und Oberstufenstudiums und die Einführung eines euro-kompatiblen Credit-Point-Systems, das für alle Beteiligten mehr Qualität und Flexibilität mit Eigenverantwortung bringen wird. Der reformierte Studiengang soll ab Herbst 1999 angeboten werden.

Die mittlerweile weit vorangeschrittene Neuordnung des Curriculums bedingt auch eine Reform der Prüfungsordnung, welche die Fakultät im Berichtsjahr beschäftigte. Die erfolgreiche Umsetzung der Reform erfordert nicht nur eine kritische Auseinandersetzung mit den Inhalten der Pflichtveranstaltungen und des Wahlfachangebots, sondern auch eine völlige Neugestaltung der Prüfungsmodalitäten.

Im Rahmen des einzuführenden Credit-Point-Systems werden alle Lehrveranstaltungen unmittelbar am Ende jedes Semesters geprüft; dies gewährleistet sowohl für die Dozierenden wie auch für die Studierenden eine regelmässige Leistungskontrolle. Das System ermöglicht dabei Vereinfachungen und Verbesserungen bezüglich Interdisziplinarität und Mobilität. Die Anrechnung von Leistungen, die an anderen Universitäten und Fakultäten erbracht werden, eröffnet den Studierenden vielfältige Möglichkeiten zur Gestaltung des Studiums.

Finanzielle Auswirkungen der Studienreformen

Grosse Sorgen bereiten allen Fakultäten die mit der Studienreform einhergehenden Kosten. Die Einführung des Credit-Point-Systems ist mit relativ hohen Kosten für die Einrichtung einer entsprechenden Infrastruktur verbunden. Speziell in der Medizinischen Fakultät erschweren die knappen Finanzmittel die Umsetzung der Reform, die nur durch eine grosszügige Unterstützung aus dem Erneuerungsfonds gewährleistet werden kann. Insbesondere ist die Ausscheidung der finanziellen Aufwendungen für Lehre, Forschung und Dienstleistung unbefriedigend und erschwert die Finanzierung der Erneuerung der Medizinischen Fakultät.

Stiftung Mensch – Gesellschaft – Umwelt MGU

Lehre

Im siebten Jahr ihrer Tätigkeit hat die Stiftung MGU nach umfassenden Vorbereitungen ihr Lehrkonzept in Übereinstimmung mit hochschulpolitischen Entwicklungen neu ausgerichtet und festgelegt. Die konsequente Anwendung verschiedener Instrumente zur curricularen Entwicklung und Qualitätssicherung des Lehrprogramms – wie zum Beispiel die obligatorische Semester- und Programmevaluation – haben sechs Jahre nach Programmbeginn zu einer inhaltlichen und strukturellen Änderung des Lehrkonzepts geführt. Dazu gehört die Einführung einer Grundkursprüfung nach Abschluss der vier Grundkurse als Zulassungsbedingung für die Zertifikats- beziehungsweise Schlussprüfung. Ebenso ist für die Teilnahme am abschliessenden C-Projektteil des MGU-Studiums der vorangehende Besuch von sogenannten Kompetenzkursen als Einführung in Projekt- und Teamprozesse obligatorisch.

Die mit dieser Reform verbundenen Änderungen der Studien- und Prüfungsordnung wurden mit aktiver Beteiligung von MGU-Studierenden in enger Absprache und mit Genehmigung durch die Fakultäten vorgenommen.

Mitarbeit bei „Werkstadt Basel“

Wissenschaftspartnerschaft zwischen Universität und Öffentlichkeit ist für das Programm der Stiftung MGU ein zentrales Thema. Als Mandat des Rektorats hat die Koordinationsstelle MGU die Projektleitung des Teilprojekts der „Werkstadt Basel“ mit dem Titel „Stärkung der Stärken“ 1997 übernommen und im Berichtsjahr abgeschlossen. Die Universität konnte in der zweiten Jahreshälfte zuhanden des Lenkungsausschusses „Werkstadt Basel“ und des Regierungsrates drei Beiträge vorlegen. Diese enthielten die studentische Berichterstattung über die Innovationswerkstätten und die Konsenskonferenzen und das von Assistierenden erstellte Inventar der an der Universität greifbaren Stadtforschung; und schliesslich ein handliches Papier, in dem eine aus Dozierenden unterschiedlicher Fachrichtungen zusammengesetzte Arbeitsgruppe zehn Stärken von Basel beschreibt und Massnahmen zu deren Verstärkung vorschlägt.

Die Stiftung MGU finanziert mit ihrem Forschungsprogramm seit 1994 Projekte, die sich mit der Analyse des individuellen und gesellschaftlichen Umgangs mit der Umwelt beschäftigen. Die damit verbundene Forschungsarbeit soll umsetzungs-, das heisst lösungs- und produktorientiert sein. Im Anschluss an die abgeschlossene erste Forschungsperiode 1994–1996 sind die Arbeiten an den dreizehn Projekten der zweiten Forschungsperiode 1997–1999 im Gange (siehe dazu auch den Beitrag von Daniel Küry, Seite 57ff). Diese befassen sich mit Fragen zu Nutzung und Schutz der Umwelt, Umweltökonomie und Umweltpolitik, Umwelt und Gesundheit, Bioethik und Naturphilosophie, Umweltbildung und Kommunikation.

Die Ausschreibung für Projekte der Forschungsperiode 2000–2002 wurde aus der Erfahrung der bereits laufenden Forschung und den Forderungen nach Interdisziplinarität, Praxisorientiertheit und Nachhaltigkeit neu konzipiert. Die von der Stiftung MGU geförderte Forschung soll gesellschaftsrelevante Themen aufgreifen. Dazu ist die Zusammenarbeit mit ausseruniversitären Akteuren und Betroffenen unumgänglich. MGU unterstützt darum prioritär umsetzungsorientierte Forschungsarbeiten in der Region, die mit ausseruniversitären Institutionen geplant sowie durchgeführt und deren Ergebnisse in die Gesellschaft eingebracht werden. Ziel dieser Ausschreibung ist es, angewandte partizipative Forschung im Bereich Mensch–Gesellschaft–Umwelt an der Universität Basel zu fördern und in der Universität zu verankern.

Studierende und Abschlüsse

Im Wintersemester 1998/99 waren 405 Studierende bei MGU eingeschrieben, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 40 Studierende bedeutet. Im Berichtsjahr konnte die Stiftung sieben Studierenden das Zertifikat MGU aushändigen, und weitere sieben Studierende haben die Neben- beziehungsweise Wahlfachprüfung MGU abgelegt.

Europainstitut

Am 1. Oktober 1998 ist das Europainstitut formell in die Universität integriert worden. Als interdisziplinäre Einrichtung ist das Institut direkt dem Rektorat unterstellt. Die Universität beteiligt sich seit Herbst 1998 an der Finanzierung des Instituts. Der Anteil der universitären Mittel wird in den nächsten Jahren sukzessive angehoben. Dem Institut bleibt aber weiter die Aufgabe, über direkte Selbstfinanzierung und über Sponsoring einen beträchtlichen Teil an das Budget beizutragen. Die Stiftung Europainstitut hat bis zum Jahr 2003 einen Finanzierungsbeitrag von rund 1.4 Millionen Franken zugesichert, muss dabei aber noch einen beträchtlichen Fehlbetrag durch Sponsoring aufbringen.

Der Stiftungsrat hat mit dem Übergang des Instituts in die Universität die Verantwortung für die Betriebsführung abgetreten, er bleibt aber wichtig als Bindeglied zur Öffentlichkeit und zur Berufswelt und ausserdem als ausseruniversitäre Institution zur Gewinnung zusätzlicher Betriebsmittel für das Institut.

Im Rahmen der langfristigen Planung war die Schaffung von je einer zusätzlichen Professur an der Juristischen und an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vorgesehen. Je 50% dieser Professuren sollten dabei dem Europainstitut und seinen speziellen Bedürfnissen zur Verfügung stehen. Diese Lösung sollte der wechselseitigen Verschränkung von Europainstitut und Fakultäten dienen und den Austausch fördern. Die Juristische Fakultät hat in der Folge die Professur entsprechend ausgeschrieben. Die Wirtschaftswissenschaften nahmen hingegen eine Aufteilung vor und stellen dem Europainstitut eine separate halbe Professur zur Verfügung. Für die Politikwissenschaften war von Anfang an nur eine halbe Professur vorgesehen. Sie wird von der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft finanziert.

Im Herbst 1997 haben 30 Studierende, im Herbst 1998 wieder 30 Studierende den Nachdiplomkurs begonnen. Davon wird ein Teil den Kurs berufs begleitend in zwei Jahren absolvieren. Die nationale Herkunft der Studierenden verteilte sich im Jahre 1998 auf zwölf Länder. Im Jahre 98 wurden insgesamt 23 Master-Diplome verliehen.

Verwaltung, Dienstleistung

Verwaltung

Der seit 1996 bestehende autonome Status der Universität stellt insbesondere die zentrale Universitätsverwaltung vor grosse Herausforderungen. Mehrere zentrale Aufgaben, die bisher von der kantonalen Verwaltung wahrgenommen wurden, müssen nun in der Universität selbst bewältigt werden. Dies machte eine Neustrukturierung der Verwaltung notwendig. Die bisherigen Verwaltungsressorts „Studierende“, „Nachwuchs“, „Weiterbildung“ und „Euroberatung“ wurden neu definierten Rektoratsbereichen zugeordnet, für die jeweils ein Rektoratsmitglied zuständig ist (vergleiche Organigramm Seite 71 und die Berichte Seite 68/69). Die eigentliche Universitätsverwaltung umfasst jetzt die vier Ressorts „Personalwesen“, „Finanz- und Rechnungswesen“, „Controlling“ sowie „Bauten/Haustechnik/Sicherheit“, die alle von Grund auf neu aufgebaut werden mussten. Zur Unterstützung der gesamten Verwaltungsinformatik (auch in den Rektoratsbereichen) wurde in Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum eine entsprechende Serverstruktur aufgebaut, die seit Anfang 1999 von einer eigenen Koordinatorin und einem intern neu zugeordneten Hardware- und Netzsupporter betreut wird.

Die Übernahme von bisher kantonalen sowie neuen Aufgaben bedingte einen personellen Ausbau. Teilweise konnten Stellen (anteile) aus dem Erziehungsdepartement übernommen, mehrheitlich mussten sie aber aus eigenen Mitteln geschaffen werden. Es ist eine der ständigen Sorgen, die Verwaltung nicht auf Kosten der Lehre und Forschung auszubauen, aber trotzdem eine gute Dienstleistungsqualität anzubieten.

Personalwesen

Im Personalwesen war das Berichtsjahr durch die Vorbereitung der neuen Personalordnung geprägt. Nach intensiven Beratungen in den universitären Gremien konnte die überall als beispielhaft gelobte Ordnung Anfang 1999 fristgerecht in Kraft gesetzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt im Ressort Personal lag im Aufbau einer eigenen Gehaltsadministration auf der Basis des „Human Resource“-Moduls von SAP. Für dieses Projekt wurde ein mit dem System vertrauter Spezialist eingestellt. Anfang 1999 konnten bereits die von der STG betreuten Nationalfonds- und Drittmittelstellen in das neue System übernommen werden. Die bisher noch über die staatliche Gehaltsadministration laufenden Stellen sollen per 1.1.2000 integriert werden, womit ein weiterer wichtiger Schritt in der Abkoppelung von der kantonalen Verwaltung vollzogen wird.

Im Bereich die Personal- und Organisationsentwicklung wurden die Dienstleistungen im Jahre 1998 ausgebaut. Es wurden insgesamt 42 Workshop-Tage angeboten, in denen Mitarbeiter/innen aller Stufen sich in den Bereichen Führung, Zusammenarbeit und Kommunikation weiterbilden konnten. Zudem werden Einzel- und Teambesprechungen angeboten und dezentrale Einheiten bei der Lösung betriebswirtschaftlicher und organisatorischer Fragen unterstützt.

Finanz- und Rechnungswesen

Auch im Finanz- und Rechnungswesen war 1998 ein Jahr der Ablösung von der kantonalen Verwaltung. Die Rechnung 1997 war die letzte, die durch die Finanzkontrolle des Kantons geprüft wurde. Ab dem Jahr 1998 wird die Prüfung neu durch Wirtschaftsprüfer der ATAG Ernst & Young vorgenommen (siehe Abschnitt „Rechnung“).

Bis zum Schritt in die Autonomie hatte die Universität kein eigenes Rechnungswesen, da dieses in die kantonale Verwaltung integriert war.

Per 1.1.1998 wurde SAP R/3 für das gesamte universitäre Rechnungswesen produktiv, wobei in den Instituten teilweise noch eine Weile mit den alten Systemen weitergearbeitet wird. Das Jahr 1998 war diesbezüglich reich befrachtet mit Konsolidierungs- und Schulungsarbeiten sowie dem Aufbau einer zentralen Buchhaltungsgruppe.

Controlling

Nach den unvermeidlichen Unzulänglichkeiten in der Anfangs- und Übergangsphase bildet das System SAP nun vor allem auch eine gute Basis für die für den Aufbau des Controlling. Der Budgetierungsprozess für das Jahr 2000 konnte erstmals zentral gesteuert und mit genauen Vorgaben auch für die Personalausgaben durchgeführt werden. Für die einzelnen Gliederungseinheiten ergibt sich der Vorteil, dass der Budgetprozess insgesamt weniger lang dauert und später im Jahr angesetzt werden kann.

Die Funktion Controlling ist seit Juni 1998 mit einem neuen Leiter besetzt und bildet in der Verwaltung ein eigenständiges Ressort.

Bauten/Haustechnik/Sicherheit

Auch im Bereich der Bauten ist auf das Jahr 1998 der Ablösungsprozess von der Bauabteilung des Erziehungsdepartements vollzogen worden. Die Verwaltung der universitären Gebäude und ihrer technischen Infrastruktur wird nun von dem dafür geschaffenen Ressort in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen im Baudepartement betreut.

Im Berichtsjahr lag das Schwergewicht der Tätigkeit in der Vorbereitung der Inbetriebnahme des Pharmazentrums an der Klingelbergstrasse; daneben wurden mehrere Übergangsmassnahmen für die Unterbringung universitärer Einheiten realisiert. Die Abläufe bei der Raumbedarfsplanung (in Zusammenarbeit mit dem Baudepartement) und der Raum- und Apparatebudgetierung konnten gestrafft und für alle Beteiligten auch technisch optimiert werden.

Universitätsbibliothek: Intensivierung der Kooperationen

Das Berichtsjahr war geprägt von einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bibliotheken der Universität sowie der näheren und weiteren Umgebung. Das Rektorat hat mit Beschluss vom 23.11.98 festgelegt, dass das zweischichtige System der Informationsversorgung (UB und Institutsbibliotheken) auch in Zukunft fortgeführt wird. Zudem wird der UB in dem auf einer internen Studie basierenden Papier eine weitgehende Führungs- und Koordinationsrolle innerhalb des dezentralen Bibliothekssystems zugeordnet: So ist sie künftig unter anderem zuständig für die fachliche Koordination und die Schulung der universitären Bibliothekar/innen und hat bei deren Auswahl ein Mitspracherecht. Die Aufsichtspflichten im Bibliothekswesen wird die Bibliothekskommission der Regenz wahrnehmen.

Das Ziel aller Koordinations- und Kooperationsbestrebungen ist die Abstimmung der Erwerbung auf der Basis eines gemeinsamen Nachweises, aber auch die Optimierung der Bibliotheksplanung und der fachlichen Arbeit sowie eine einheitliche Personalpolitik und Personalausbildung. Bibliotheken universitätsnaher Einrichtungen, wie zum Beispiel jene der Paul Sacher Stiftung, aber auch der Fachhochschule beider Basel, sollen eng in die Zusammenarbeit eingebunden werden. Die dafür notwendigen Vorarbeiten wurden in Angriff genommen und befinden sich auf bestem Wege.

Die Basis der Zusammenarbeit bietet die gemeinsame Erschliessung der Bibliotheksbestände im Verbundkatalog und die gemeinsame Anwendung eines einheitlichen, modernen Bibliothekssystems. Dieses Bibliothekssystem wurde gemeinsam im Kreise der Deutschschweizer Hochschulbibliotheken ausgewählt. Die UB Basel ist führend in den Vorarbeiten für den daraus resultierenden „Informationsverbund Deutschschweiz“, der die Benutzerschaft in etwa zwei Jahren in die Situation versetzen soll, eine virtuelle Grossbibliothek (aller Deutschschweizer Universitäten und Hochschulen) benutzen zu können.

Über die Landesgrenzen hinaus arbeitet die UB eng mit den EUCOR-Bibliotheken zusammen. Als ein erster sichtbarer Schritt einer regionalen Kooperation wurden die über Internet zugänglichen Kataloge der EUCOR-Bibliotheken gemeinsam abfragbar gemacht. Es gibt auch Überlegungen zur Bestellung von Dokumenten über Internet. Zudem möchte die UB in naher Zukunft die elektronischen Datenbestände der Nachbarländer zur Katalogisierung benutzen.

Neue Dienstleistungen

Mit der geplanten Ablösung des veralteten Bibliothekssystems SIBIL durch ALEPH im Sommer 1999 stehen sowohl Benutzerschaft wie Bibliothekare vor einem markanten Qualitätssprung. Die elektronisch vermittelbaren Dienste der UB werden dabei vollständig in das Internet integriert. Hinzu kommt die oben beschriebene Verbreiterung des Angebots durch lokale und regionale Verbände.

Im Bereich der elektronischen Fachinformation ist die UB Basel zu einem führenden Anbieter geworden: Über die „Virtuelle Bibliothek“ sind mittlerweile gegen 1500 elektronische Zeitschriften und die wichtigsten Datenbanken eines breiten Spektrums von Fachgebieten erreichbar. Auf der Grundlage von Campus-Lizenzen konnten elektronische Volltexte und Datenbankinformationen an allen vernetzten Arbeitsplätzen der Universität und teilweise des Kantonsspitals nutzbar gemacht werden.

Finanzierung

Die neuartigen Angebote im Bereich der elektronischen Medien stehen – bei gleichbleibendem Budget – in direkter finanzieller Konkurrenz zum konventionellen Angebot an gedruckter Literatur. Obwohl die Lizenzen für den Zugang zu elektronischen Zeitschriften und Datenbanken möglichst kostengünstig über Konsortien beschafft werden, mussten dafür ganz erhebliche Mehrausgaben getätigt werden. In den nächsten Jahren ist allein auf diesem Sektor mit jährlichen Mehraufwendungen in der Größenordnung von 500 000 – 1 000 000 Franken zu rechnen, was einem prozentuellen Anteil am gegenwärtigen Anschaffungsbudget von immerhin knapp 15 – 30% entspricht.

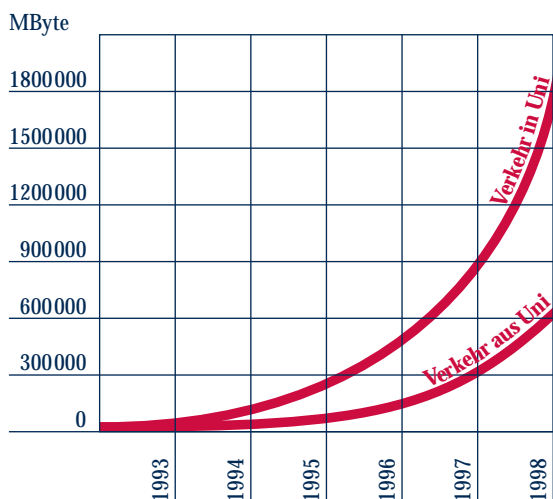
Ebenso drückend ist die extreme Preisentwicklung in Teilbereichen der konventionellen Literatur, zumal in den naturwissenschaftlichen und den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen. So hat die Universität Basel bekanntlich besondere Schwerpunkte in der Medizin und in der Biologie, in Fächern, in denen die UB mit exorbitanten Preissteigerungen zu kämpfen hat. Die daraus resultierenden enormen Belastungen blieben und bleiben nicht ohne Folgen für die gesamte Literaturversorgung der Universität. Es wird eine der Hauptaufgaben der nächsten Zukunft sein, hier strukturelle Lösungen zu finden.

Universitätsrechenzentrum

Eine der Hauptaufgaben des Rechenzentrums der letzten Jahre war der Ausbau des universitätsweiten Netzwerks, der elektronischen Kommunikation und der entsprechenden Kapazitäten. Diese Aufgabe stellt aufgrund der baulichen Situation der Universität mit ihren über die Stadt verteilten Instituten in zum Teil historischen Gebäuden hohe finanzielle und technische Anforderungen. Bis zum Jahresende waren aber mit wenigen Ausnahmen alle Institute ans Netz angeschlossen. Auf eine Vernetzung des Pharmazeutischen Instituts am Totengässlein wurde verzichtet, da hier der Umzug in den Neubau an der Klingelbergstrasse bevorsteht. Ausstehend ist die Vernetzung des Ethnologischen Seminars am Münsterplatz, des Kunsthistorischen Seminars im Kunstmuseum sowie des Seminars für Alte Geschichte am Heuberg. Damit verfügen im universitären Bereich rund 3 000 Rechner über einen direkten Internetzugang.

Zusätzlich sind noch einige Basler Schulen, das Europainstitut, die Ingenieurschule beider Basel, die Musikakademie und das Schweizerische Tropen Institut angeschlossen. Die Schulen werden im Rahmen der vom Erziehungsdepartement beschlossenen Projekte grösstenteils wieder abgekoppelt werden. Lediglich zwei Gymnasien sollen im Rahmen eines Pilotprojektes für Teleteaching am Uni-Netz verbleiben.

Um den modernen Ansprüchen der multimedialen Kommunikation unter anderem im Bereich der Lehre sowie erhöhten Sicherheitsanforderungen gerecht werden zu können, mussten im Bereich URZ und Biozentrum zusätzliche Investitionen getätigt werden.



Steigender Datenverkehr

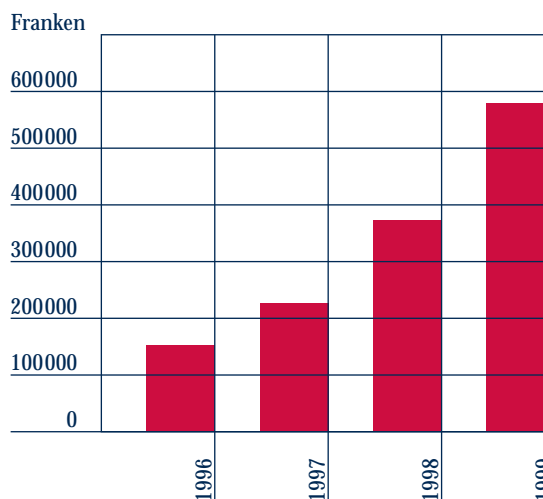
Die wachsende Anzahl von Arbeitsplatzstationen am Netz und vermehrte Informationsangebote führen dazu, dass der Datenverkehr, der in die Universität hineinfließt, exponentiell ansteigt (Abb. 1). Damit verbunden ist eine dramatische Erhöhung der finanziellen Beiträge, die an SWITCH für Dienstleistung und Übertragungskosten bezahlt werden müssen.

Die Kosten für SWITCH werden durch einen separaten Ratschlag finanziert, wobei für 1998 eine Finanzierungslücke in Höhe von 110 000 Franken aus Reserven des Computerpools finanziert werden musste.

Rechner- und Kommunikationsinfrastruktur und Arbeitsplätze für die Studierenden

Ein massiver Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur sowie die Beschaffung eines eigenen Servers erlaubten die Einführung eines allgemeinen Internet-Zugangs für die Studierenden. Das in Eigenregie entwickelte Managementsystem ermöglicht ein schweizweit einmaliges Anmeldeverfahren. Die Studierenden erhalten bei Vorweisen ihrer gültigen Legi im URZ-Sekretariat umgehend einen Account und Zugang zu Internetdiensten. Bis Ende 1998 profitierten rund 1850 Studierende von diesem kostenlosen Angebot.

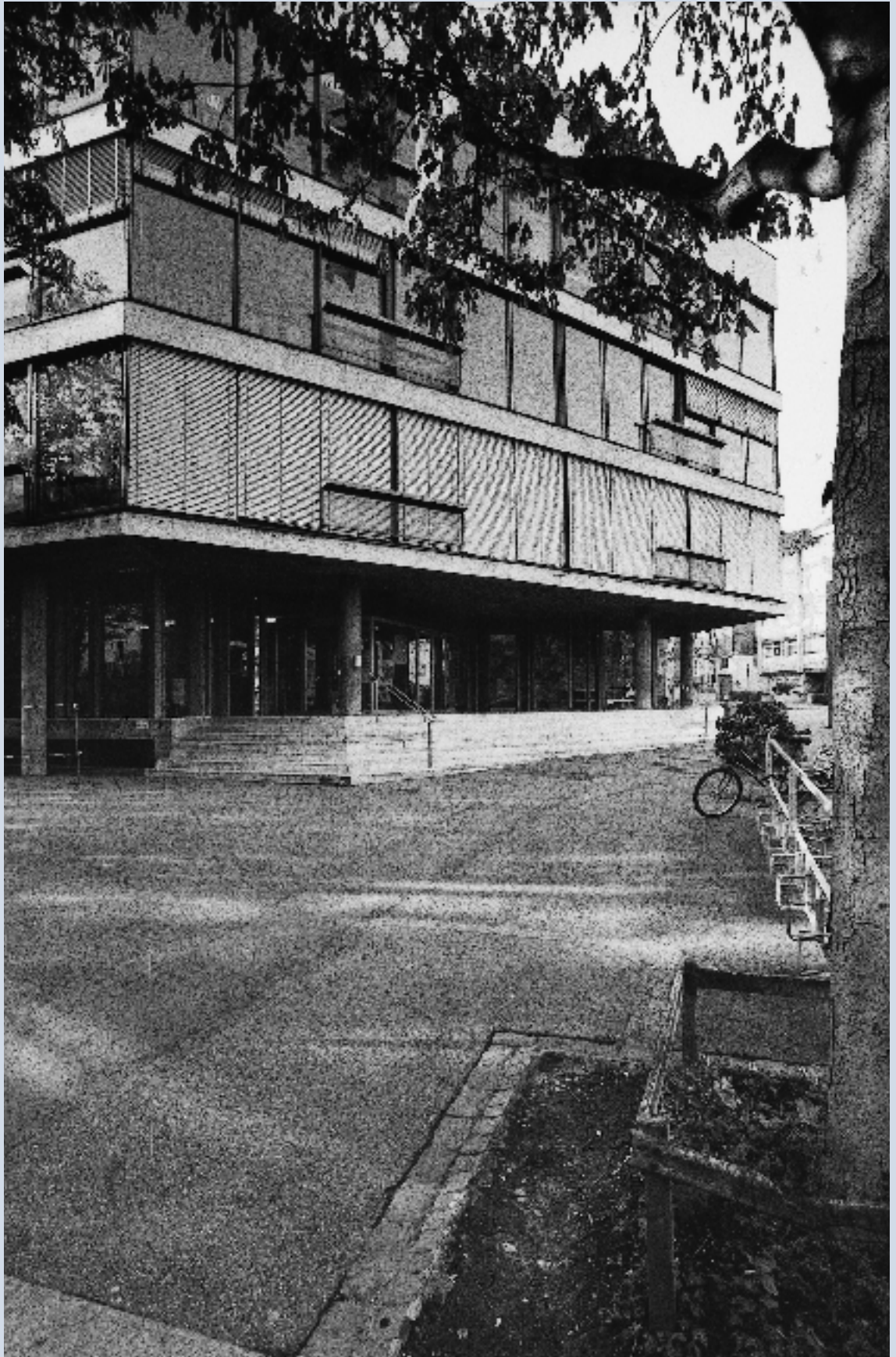
Das Rechenzentrum hat im Berichtsjahr die Anzahl der öffentlich zugänglichen Arbeitsplätze für Studierende rund verdoppelt. Ein Schulungsraum wurde mit einer Anlage ausgerüstet, die Unterricht und Übungen mit den Betriebssystemen Windows NT, MacOS sowie UNIX erlaubt. In einem weiteren Raum stehen rund um die Uhr zehn Windows-NT-Rechner zur freien Verfügung. Bereits im Vorjahr wurden in einem weiteren sechzehn Macintosh-Rechner zur Verfügung gestellt.



Pilotprojekt Telepoly

Im Rahmen der Errichtung des Kompetenzzentrums Pharmazie der Universität Basel und der ETH Zürich wurde ein Pilotprojekt in Teleteaching über das System „Telepoly“ der ETH lanciert. Studierende der ETH und der Universität Basel wurden so von Dozierenden der ETH und der Universität Basel im Wintersemester 98/99 erstmals gemeinsam über das Netz unterrichtet. Das Rechenzentrum hat auf der Seite Basels die Infrastruktur bereitgestellt und garantiert den Betrieb der komplexen Anlage. Die Universität Basel ist dank der Initiative des URZ die erste und einzige kantonale Universität der Schweiz, die am Projekt Telepoly der Eidgenössischen Technischen Hochschule teilnimmt.

Abbildung 1:
SWITCH-LAN-
Datenverkehr
und Kosten
von SWITCH



Universitätsbibliothek



Vielbesuchter Arbeitsort

Jahresrechnung 1998

Zum Geschäftsjahr 1998

Auf einen Blick

in Millionen Schweizer Franken

	Rechnung 1996	Rechnung 1997	Rechnung 1998	Budget 1999
Erfolgsrechnung				
Beiträge staatlicher Träger	209,2	208,6	207,8	206,5
Beiträge von Dritten inkl. Nationalfonds	62,3	73,4	61,9	80,2
Dienstleistungs- und Vermögensertrag	19,2	19,1	23,9	21,5
Periodenfremder Ertrag	–	–	3,3	–
Total Ertrag	290,7	301,1	296,9	308,2
Personalaufwand	195,8	198,8	195,7	204,7
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	95,0	101,4	100,3	103,5
Periodenfremder Aufwand	–	–	2,3	–
Total Aufwand	290,8	300,2	298,3	308,2
Jahresergebnis	– 0,1	0,9	– 1,3	–
Bilanz				
Umlaufvermögen	21,2	38,1	61,2	
Anlagevermögen	48,6	55,4	82,4	
Total Aktiven	69,8	93,5	143,5	
Fremdkapital	2,9	13,5	38,8	
Gebundene Mittel	65,0	71,8	97,9	
Freie Mittel	1,9	8,1	6,8	
Total Passiven	69,8	93,5	143,5	

In der Neufassung vom 27. November 1997 legt § 4 Abs. 2 des Universitätsstatuts fest: „Solange Lehre und Forschung nicht von der klinischen Dienstleistung abgegrenzt sind, liegt die gesamte Budget- und Rechnungsverantwortung bei den Sanitätsdepartementen.“ Deshalb sind in der vorliegenden Universitätsrechnung die Universitätskliniken (inkl. Departement Forschung) und das direkt dem Sanitätsdepartement unterstellte Institut für Sozial- und Präventivmedizin nicht erfasst. Deren Forschungskredite hingegen sind grossenteils in der universitären Nationalfonds- und Drittmittelverwaltung integriert und somit Bestandteil der Jahresrechnung der Universität.

Die folgende Zusammenfassung aus den statistischen Angaben soll die Gesamtleistungen der beiden Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft gegenüberstellen (Details siehe statistische Angaben).

in Millionen Schweizer Franken

	Rechnung 1997	Rechnung 1998
Gesamtbeiträge der Vertragskantone		
Gesamtbeitrag Kanton Basel-Landschaft	77,7	77,6
Gesamtbeitrag Kanton Basel-Stadt ohne Klinische Medizin	100,2	93,8
Gesamtbeitrag Kanton Basel-Stadt mit Klinischer Medizin	217,1	211,8

Kommentar

Mit dem finanziellen Bericht zum Rechnungsjahr 1998 hat die Universität einen weiteren grossen Schritt zur finanziellen Transparenz und vollen betriebswirtschaftlichen Aussagekraft von Erfolgsrechnung und Bilanz gemacht. Neu gestaltet wurde vor allem die Bilanz, aber auch in der Erfolgsrechnung waren diverse Systemumstellungen unerlässlich, die zur Folge haben, dass auch bei entsprechender Neugruppierung nicht alle Vorjahreszahlen mit denen von 1998 zu vergleichen sind. In den ausführlichen Anmerkungen werden dazu jeweils die nötigen Hinweise und Erklärungen geliefert.

Mit der neu gestalteten Rechnungslegung 1998 (Erfolgsrechnung, Bilanz und Anhang) unterzieht sich die Universität Basel auch erstmals dem für öffentliche Institutionen unüblichen Verfahren, ihre Rechnung nach den Prüfungskriterien einer privatrechtlichen Revisionsgesellschaft revidieren zu lassen.

Unter Berücksichtigung der periodenfremden Erträge und Aufwendungen wird in der konsolidierten Rechnung ein Jahresfehlbetrag von Fr. 1,3 Mio. ausgewiesen. Zum Fehlbetrag haben unter anderem geführt:

- Einnahmenreduktionen, die nicht zu beeinflussen waren
- Budgetüberschreitungen, insbesondere im Personalaufwand, welche erst mit funktionierenden Instrumenten eines voll ausgebauten Rechnungswesens und Controlling rechtzeitig aufgezeigt und durch entsprechende Massnahmen wirksam aufgefangen werden können
- Periodenfremde Aufwände und Erträge, die sich aus der Umstellung der Rechnungslegung nach betriebswirtschaftlichen Bewertungsgrundsätzen ergeben haben

Bilanz und Erfolgsrechnung zeigen den Jahresabschluss aus gesamtuniversitärer Sicht. Universitätsinterne Ansprüche, insbesondere bei den Eigenmitteln von Instituten, bei Berufungszusagen und noch nicht realisierten Apparate- und EDV-Investitionen einzelner Departemente und Institute, werden in dieser konsolidierten Darstellung nicht ausgewiesen, müssen aber grundsätzlich universitätsintern aufgefangen werden.

Generell ist darauf hinzuweisen, dass in der Erfolgsrechnung und Bilanz verschiedene Positionen von Rechnung 1997 und Budget 1998 mit denen der Jahresrechnung 1998 nur beschränkt vergleichbar sind.

Erfolgsrechnung Universität Basel 1998

in Schweizer Franken	Anmerkungen	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Ertrag				
Globalbeitrag Kanton Basel-Stadt	1	56.255.476	56.089.000	62.817.000
Beitrag Kanton Basel-Stadt für Kleininvestitionen	2	12.000.000	12.000.000	9.848.824
Unentgeltliche Leistungen Kanton Basel-Stadt	3	25.535.834	25.954.000	27.583.368
Beitrag Kanton Basel-Landschaft (Betrieb)	4	57.279.606	57.757.000	57.229.733
Beitrag Kanton Basel-Landschaft (Erneuerungsfonds)	5	7.543.520	350.000	1.639.969
Beiträge Bund gemäss Hochschulförderungsgesetz	6	30.870.716	32.300.000	31.754.805
Beiträge übrige Kantone gemäss Interkant. Vereinbarung	7	18.359.649	17.000.000	17.754.423
Beiträge staatlicher Träger		207.844.801	201.450.000	208.628.122
Beiträge Schweizerischer Nationalfonds	8	31.005.276	32.000.000	34.484.349
Beiträge von übrigen Dritten	9	30.932.784	36.650.000	38.868.219
Beiträge von Nationalfonds und Dritten		61.938.060	68.650.000	73.352.568
Ertrag aus Gebühren	10	8.722.994	6.990.000	6.712.489
Ertrag aus Dienstleistungen	11	10.330.147	10.800.000	9.937.621
Vermögenserträge	12	4.840.212	2.000.000	2.469.354
Übrige Erträge		23.893.354	19.790.000	19.119.464
Periodenfremder Ertrag	13	3.269.046	–	–
Periodenfremder Ertrag		3.269.046	–	–
Total Ertrag		296.945.260	289.890.000	301.100.154
Aufwand				
Personalaufwand	14	195.687.297	190.815.000	198.792.949
Betriebsaufwand	15	40.021.125	49.398.000	50.875.273
Raumaufwand	16	10.501.054	10.833.000	11.810.075
Kleininvestitionen	17	12.688.669	12.000.000	11.177.189
Unentgeltliche Aufwendungen Kanton Basel-Stadt	18	25.535.834	25.954.000	27.583.368
Zuweisung nicht verwendeter Projektmittel	19	11.581.798	–	–
Ordentlicher Aufwand		296.015.777	289.000.000	300.238.854
Periodenfremder Aufwand	20	2.270.650	–	–
Periodenfremder Aufwand		2.270.650	–	–
Total Aufwand		298.286.427	289.000.000	300.238.854
Jahresergebnis				
Jahresfehlbetrag	21	–1.341.167	890.000	861.300

Bilanz Universität Basel per 31. Dezember 1998

in Schweizer Franken	Anmerkungen	31.12.1998	31.12.1997
Aktiven			
Flüssige Mittel	22	35.534.763	12.720.897
Kurzfristige Finanzanlagen	23	19.979.926	18.406.729
Forderungen gegenüber Dritten	24	3.225.551	1.691.381
Betriebsvorräte	25	1	1
Aktive Rechnungsabgrenzungen	26	2.420.805	5.235.401
Total Umlaufvermögen		61.161.046	38.054.410
Langfristige Finanzanlagen	27	77.782.247	51.393.160
Aktivdarlehen	28	447.000	530.000
Immobilien	29	4.130.200	3.508.328
Einrichtungen	30	1	1
Total Anlagevermögen		82.359.448	55.431.489
Total Aktiven		143.520.494	93.485.898
Passiven			
Bankschulden	31	593.652	-
Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	32	9.939.997	5.871.837
Verbindlichkeiten gegenüber Nahestehenden	33	14.562.243	2.990.526
Hypotheken	34	1.210.000	1.210.000
Rückstellungen	35	8.880.911	2.342.949
Passive Rechnungsabgrenzungen	36	3.630.046	1.103.705
Total Fremdkapital		38.816.849	13.519.017
Projektmittel Schweizerischer Nationalfonds	37	20.747.119	21.921.019
Projektmittel Mensch-Gesellschaft-Umwelt (MGU)	38	575.952	489.081
Projektmittel Erneuerungsfonds Kanton Basel-Landschaft	39	17.593.662	13.488.531
Übrige Projektmittel (fach- oder zweckgebunden)	40	30.954.839	19.574.091
Gebundene Kapitalien Fonds und Stiftungen	41	28.052.978	16.373.898
Total Gebundene Mittel		97.924.549	71.846.619
Freie Kapitalien Fonds und Stiftungen	42	5.377.490	5.377.490
Freie Reserven und Rücklagen	43	2.742.772	1.881.472
Jahresfehlbetrag	44	-1.341.167	861.300
Total Freie Mittel		6.779.095	8.120.262
Total Passiven		143.520.494	93.485.898

Anhang zur Jahresrechnung 1998 der Universität Basel

Konsolidierungskreis

Die Jahresrechnung der Universität Basel umfasst – in Anlehnung an anerkannt kaufmännische Grundsätze für konsolidierungspflichtige Unternehmensgruppen oder unternehmensähnliche Organisationen – sämtliche Vermögens-, Kapital- und Erfolgswerte aller der Universität Basel als öffentlich-rechtlicher Körperschaft juristisch zugehörigen Departemente und Dienstleistungsbereiche sowie alle Werte der im wesentlichen Einflussbereich der Universität stehenden juristisch selbständigen Stiftungen und nicht selbständigen Fonds und Stiftungen.

Als Grundsatz für den Einbezug in die Jahresrechnung gilt eine eindeutige Zuordnung der anvertrauten Mittel zur Erfüllung des universitären Leistungsauftrages oder zu ergänzenden Projekten der Forschung und Lehre, die der Universität oder ihren Vertretern von Dritten ermöglicht werden. Dabei ist entscheidend, dass der Zweck des Auftrages beziehungsweise der anvertrauten Mittel eindeutig der Universität zuzuordnen ist oder dass die Universität massgeblichen Einfluss auf die Verwendung der anvertrauten Mittel hat. Die definitive Bestimmung des Konsolidierungskreises im Bereich von freien und gebundenen Mitteln hat nun mit dem Erlass des neuen Universitätsgutgesetzes die erforderliche Rechtsgrundlage erhalten.

Die *Departemente und Dienstleistungsbereiche* sind im Organigramm der Universität (vergleiche Seite 55) abschliessend aufgezählt. Bei den *juristisch nicht selbständigen Fonds und Stiftungen* handelt es sich um rund 50 verschiedene Schenkungen und Legate von Dritten zu Gunsten der Universität, einzelner Departemente oder Institute beziehungsweise zu Gunsten von Universitätskliniken und einzelnen kantonalen Museen. Die Universität verwaltet einen grossen Teil dieser Mittel im Sinne der Zuwender im Vereinigten Universitätsvermögen. Bei den *juristisch selbständigen Stiftungen* handelt es sich ebenfalls um Zuwendungen Dritter an die Universität, jedoch in Form einer als Ganzes integrierten zivilrechtlichen Stiftung, die entsprechend auch dem kantonalen Aufsichtsrecht untersteht. Sie werden ebenfalls von der Universität verwaltet, sind aber nicht Teil des Vereinigten Universitätsvermögens. Bei diesen hier erfassten zivilrechtlichen Stiftungen handelt es sich um:

- Nikolaus und Bertha Burckhardt-Bürgin-Stiftung
- Universitätsfonds des Rektorates
- Josef-Anton Häfliger-Stiftung
- Stiftung für theologische und philosophische Studien
- Fonds zur Förderung der Studien auf dem Gebiet der ägyptologischen, orientalischen und klassischen Altertumskunde
- Hermann und Lucie Stumm-Gerber-Fonds

Gemäss langjähriger Praxis sind die von Dritten zugewendeten Mittel für Lehre und Forschung der Universitätskliniken und einzelner Museen Bestandteil der Jahresrechnung, nicht aber die betrieblichen Vermögens-, Kapital- und Erfolgswerte der Universitätskliniken oder Museen. Der in Bezug auf Forschung und Lehre übergreifende Teil der Klinischen Medizin ist dem Kanton Basel-Stadt zuzuordnen und untersteht dem Aufsichtsrecht des Sanitätsdepartementes des Kantons Basel-Stadt.

Die Forderungen und Verpflichtungen gegenüber den beiden Vertragskantonen werden als „Forderungen/Verpflichtungen gegenüber Nahestehenden“ ausgewiesen. Die finanziellen Verflechtungen innerhalb der Universität sind eliminiert.

Rechnungslegungsgrundsätze

Mit der Verselbständigung und durch die neue Finanzierungsgrundlage mit Globalbeiträgen der beiden Vertragskantone haben sich auch neue Anforderungen an die Rechnungslegung ergeben. Im Bestreben, Nahestehenden wie Dritten offen und transparent Rechenschaft über die der Universität anvertrauten Mittel abzulegen, soll die Rechnungslegung der Universität mittelfristig an moderne und in der Schweiz anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze angepasst werden, wie sie beispielsweise in den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung (FER) festgelegt sind.

Die vorliegende Jahresrechnung basiert unter anderem auf folgenden Rechnungslegungsgrundsätzen, welche die Verwirklichung des Grundsatzes „true and fair“ anstreben:

- Klare Gliederung der Jahresrechnung bestehend aus ertrags- und aufwandsartengerechter Erfolgsrechnung, investitions- und finanzierungsgerechter Bilanz sowie Anhang mit ergänzenden Anmerkungen zur Jahresrechnung inkl. Neugruppierung der Fonds und Stiftungen der Universität hinsichtlich ihrer Zweckbindung und Verfügbarkeit
- Bewertung der Aktiven zu Marktwerten abzüglich einer angemessenen Kursschwankungsreserve
- Ausweis periodengerecht abgegrenzter Erträge und Aufwendungen

Die zum Vergleich angeführten Vorjahreszahlen entsprechen der genehmigten Jahresrechnung 1997. Die Vorjahreszahlen wurden dabei entsprechend der neuen Rechnungslegung umgruppiert. Die Anpassungen an die neue Rechnungslegung in quantitativer Hinsicht (Bewertungen, Abgrenzungen) wurden jedoch nicht bei den Werten für 1997 nachvollzogen, sondern werden – sofern sie erfolgswirksam sind – 1998 als periodenfremde Aufwendungen und Erträge ausgewiesen. Die Zuweisung gebundener Mittel wird dabei stichtagsbezogen vorgenommen und enthält auch periodenfremde Abgrenzungspositionen.

Einschränkung zur Jahresrechnung 1998

Im jetzigen Zeitpunkt der Neuorganisation mit zentralem Finanz- und Rechnungswesen besteht noch keine abschliessende Sicherheit über die Vollständigkeit der zu bilanzierenden Vermögens-, Kapital- und Ertragswerte der Universität sowie über eine gesamthaft ordnungsgemässe periodengerechte Abgrenzung der Erträge und Aufwendungen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass allfällig vorhandene weitere Projektmittel und Erfolgsposten aus Dienstleistungen, die nicht erfasst werden konnten, weil sie der Verwaltungsdirektion noch nicht bekannt waren beziehungsweise nicht gemeldet wurden, das Gesamtbild der Jahresrechnung nicht wesentlich verändern würden.

Auch die periodengerechte Abgrenzung der Aufwände und Erträge konnte noch nicht bei allen dezentralen Kostenstellen bereinigt werden, und zudem bestehen noch vereinzelt Abklärungskonten. Beides hat aber umfangsmässig keinen wesentlichen Einfluss auf die Jahresrechnung, die hier vorgelegt wird.

Ausserdem sind heute noch nicht alle Informationen verfügbar, um eine Rechnungslegung nach anerkannten betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu ermöglichen. Es fehlen im wesentlichen die vollständigen Detail-Aufzeichnungen über die in der Bilanz pro memoria geführten Betriebsvorräte und Betriebseinrichtungen sowie die marktgerechte Festlegung der unentgeltlichen Leistungen des Kantons Basel-Stadt. Diese Werte finden erst in der Jahresrechnung vollen Eingang, wenn die entsprechend bewerteten Inventare vorliegen beziehungsweise wenn mit dem Kanton Basel-Stadt die erforderlichen Verhandlungen über ordnungsgemässe Verrechnungen abgeschlossen sind.

Massnahmen

Das Rektorat wird die notwendigen Massnahmen verstärken, um das Budgetgleichgewicht der Universität mit allen internen und externen Verpflichtungen sicherzustellen.

Zur Professionalisierung des universitären Rechnungswesens und um mittelfristig eine effiziente finanzielle Informationsbasis anbieten zu können, sieht die Universität folgende Massnahmen vor:

- Projekt 1999 *Rechnungslegungsgrundsätze* (Festlegung, Ausformulierung und Dokumentation in der vom Universitätsrat zu erlassenden Finanzordnung)
- Projekt 1999 *Kontierungshandbuch* (Festlegung, Ausformulierung, Dokumentation und Ausbildung aller Anwender)
- Projekt 1999 *Eigenkapitalien und dezentrale Vermögenspositionen* (genaue Abklärung von Herkunft und Verwendungszweck in Abgrenzung zu Stiftungen/Fonds und Drittmitteln)
- Projekt 2000 *Inventarisierungen* (Festlegung und Durchführung der Bestandesaufnahmen)
- Projekt 2000 *Vollständigkeit der Rechnungslegung* (Festlegung und Durchführung der notwendigen Analysen hinsichtlich Vollständigkeit der Drittmittel und Erträge)

Anmerkungen zu einzelnen Positionen der Jahresrechnung 1998

1. Globalbeitrag Kanton Basel-Stadt

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Globalbeitrag Basel-Stadt gemäss Grossratsbeschluss	62.889.500	62.889.000	65.800.000
abzgl. Umlagebeitrag PK-Amortisation und Rententeuerung	-6.634.024	-6.800.000	-2.983.000
Total Globalbeitrag Kanton Basel-Stadt	56.255.476	56.089.000	62.817.000

Der effektiv der Universität gutgeschriebene Globalbeitrag des Kantons Basel-Stadt liegt noch einmal erheblich unter der vom Grossen Rat bewilligten Summe. Aufgrund der Änderung bei der Finanzierung der Pensionskassen-Amortisation durch den Kanton hat der Regierungsrat am 2. Juni 1998 beschlossen: „Der Wegfall der Ausgaben für die PK-Amortisation und Rententeuerung (13,5%) bei der Uni wird in der allgemeinen Verwaltung mit Fr. 6,8 Mio. budgetiert. In der Rechnung 1998 wird der effektive Betrag belastet. Die Uni darf das Globalbudget um diesen Betrag nicht ausschöpfen.“

Dementsprechend entfallen auch die entsprechenden Beitragszahlungen im Personalaufwand.

2. Beitrag Kanton Basel-Stadt für Kleininvestitionen

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Abgerechnet bis 30.9.1998 via Erziehungsdepartement Basel-Stadt	4.621.149		
Restzahlung Apparate/EDV Tranche 1998	5.855.000		
Restzahlung Berufungen Tranche 1998	1.523.851		
Total Beitrag Basel-Stadt für Kleininvestitionen	12.000.000	12.000.000	9.848.824

Im Zusammenhang mit der Umstellung des kantonalen Rechnungswesens auf SAP wurde die bisher vom Erziehungsdepartement aufgrund des Apparateratschlags 1996–2000 abgerechnete Finanzierung der Kleininvestitionen für Apparate- und Informatikmittel per 30. September 1998 abgelöst. Restguthaben aus den Jahren 1996 und 1997 sowie die noch nicht verbrauchten Mittel der Tranche 1998 wurden an die Universität ausbezahlt; die noch nicht freigegebenen Ratschlagstranchen 1999 und 2000 sind bei der vom Grossen Rat bewilligten Neudefinition des Globalbeitrages verrechnet worden.

Weil diese Systemänderung innerhalb des Rechnungsjahres 1998 erfolgte, wurde die Finanzierung der Kleininvestitionen für das ganze Jahr 1998 und das Vergleichsjahr 1997 aus der Position „Übrige Leistungen Basel-Stadt“ herausgelöst und beim Ertrag gesondert ausgewiesen.

3. Unentgeltliche Leistungen Kanton Basel-Stadt

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Unterhaltsleistungen z. L. Baudepartement Basel-Stadt	5.027.671	5.497.000	6.883.378
Kalkulatorische Eigenmieten für Liegenschaften Basel-Stadt	17.074.400	17.074.000	17.074.400
Kalkulatorische Personalkosten Departemente Basel-Stadt	1.300.989	1.685.000	1.504.629
Kalkulatorische Betriebskosten Departemente Basel-Stadt	2.132.774	1.698.000	2.120.961
Total Unentgeltliche Leistungen Kanton Basel-Stadt	25.535.834	25.954.000	27.583.368

Leistungen verschiedener Dienststellen des Kantons Basel-Stadt zugunsten der Universität, denen keine Geldflüsse oder Verrechnungen zugrundeliegen (und denen somit auch keine Einnahmen in der Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt gegenüber stehen). Es handelt sich insbesondere um die kalkulatorisch eingesetzten Mietkosten für die Benützung staatlicher Liegenschaften (inkl. Universitätsgut), die nicht den realen Mietwerten entsprechen.

Weiter sind die beim Baudepartement budgetierten und abgerechneten Unterhaltsleistungen, die Leistungen des Erziehungsdepartements, der kantonalen Telefonzentrale, der Stadtgärtnerei, des Staatsarchivs sowie diverse Versicherungs- und Beitragsleistungen enthalten.

4. Beitrag Kanton Basel-Landschaft (Betrieb)

Zahlung gemäss Universitätsvertrag vom 30. März 1994 (insgesamt Fr. 75.435.000.-) abzüglich Zuweisung für Klinische Medizin an das Sanitätsdepartement Basel-Stadt und Zuweisung von 10% an den Erneuerungsfonds. Im Vergleich zum Budget 1998 zeigt sich, dass die Teuerung mit 1,0% zu hoch budgetiert war. Zu den Gesamtleistungen des Kantons Basel-Landschaft vergleiche die statistischen Angaben.

5. Beitrag Kanton Basel-Landschaft (Erneuerungsfonds)

Im Gegensatz zur Darstellung in der Erfolgsrechnung 1997 (effektiv ausbezahlte Projektbeiträge zu Lasten des Erneuerungsfonds unter den Drittmitteln) wird hier für 1998 der gesamte 10%-Anteil am Universitätsbeitrag des Kantons Basel-Landschaft unter den Beiträgen staatlicher Träger ausgewiesen.

6. Beiträge Bund gemäss Hochschulförderungsgesetz

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Bund Grundsubvention	29.344.564		
Bund Subvention Kleininvestitionen	1.526.152		
Total Beiträge Bund gemäss Hochschulförderungsgesetz	30.870.716	32.300.000	31.754.805

Die Grundsubventionen des Bundes gemäss Hochschulförderungsgesetz sind tiefer als das schon vorsichtig angesetzte Budget 1998. Nur in der Rechnung 1998 ist die Bundessubvention für Kleininvestitionen mit enthalten; bis Rechnung 1997 wurden die vom ED abgerechneten Kleininvestitionen netto erfasst. Die Bundesbeiträge für Bauten gehen weiterhin direkt an den Kanton Basel-Stadt als Bauherrn.

Die 1998 ausbezahlten Bundessubventionen basieren auf der Abrechnung der kantonalen Leistungen von 1997. Auf eine periodengerechte Zuweisung der Subventionseingänge muss vorderhand noch verzichtet werden.

7. Beiträge übrige Kantone gemäss Interkantonaler Vereinbarung

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Gesamtbeitrag übrige Kantone gemäss Interkantonaler Vereinbarung an Basel-Stadt	20.863.237		20.175.481
88% des Gesamtbeitrages zugunsten der Universität: Beiträge übrige Kantone gemäss Interkantonaler Vereinbarung	18.359.649	17.000.000	17.754.423
Berechnungsgrundlage für den Gesamtbeitrag:			
Ansatz pro Studierende/n in Franken	9.029,75		8.984,85
Durchschnitt ausserkantonalen Studierender SS 1997 + WS 1997/1998	2.310,5		2.245,5

Gemäss einer zwischen Erziehungs- und Sanitätsdepartement vereinbarten Pauschalrechnung gehen 88% der Gesamtbeiträge anderer Kantone für deren Studierende an der Universität Basel brutto, das heisst vor Abzug der vom Kanton Basel-Stadt zu leistenden Zahlungen für Basler Studierende an anderen kantonalen Universitäten (359 im angerechneten Durchschnitt SS/WS 96/97 und 352 im Durchschnitt SS/WS 97/98) an die Universität. Von den übrigen 12% geht ein gesondert berechneter Anteil für die Lehre in Klinischer Medizin an das Sanitätsdepartement Basel-Stadt. Die 1998 eingegangenen Kantonsbeiträge basieren auf den Studierendenzahlen von SS 1997 und WS 1997/98.

8. Beiträge Schweizerischer Nationalfonds

Projektkredite werden vom Schweizerischen Nationalfonds in Jahrestanchen je nach Projektbeginn per Oktober oder per April ausbezahlt. Abweichend von der Darstellung in Budget 1998 und Rechnung 1997 (Einnahmen = vom Nationalfonds finanzierte Personal- und Betriebsausgaben) sind sämtliche im Rechnungsjahr 1998 eingegangenen Projektmittel unabhängig vom Verbrauch ausgewiesen. Nicht verwendete Mittel führen zu einer Erhöhung der gebundenen Projektmittel in den Passiven.

9. Beiträge von übrigen Dritten

Abweichend von der Darstellung in Budget 1998 und Rechnung 1997 (Einnahmen = von Dritten finanzierte Personal- und Betriebsausgaben) sind sämtliche im Rechnungsjahr 1998 eingegangenen Projektmittel von Dritten (Privatwirtschaft, private Stiftungen, europäische Programme, Bund usw.) unabhängig vom Verbrauch ausgewiesen. Nicht verwendete Mittel führen zu einer Erhöhung der gebundenen Projektmittel in den Passiven. Bei den Projektmitteln des Bundes handelt es sich vor allem um die Finanzierung von Sonder- und Schwerpunktprogrammen (zum Beispiel Weiterbildung, Nachwuchsförderung) sowie Spezialsубventionen (zum Beispiel von der Invalidenversicherung für die Sonderpädagogik im ISP), die wie bisher aus systematischen Gründen bei den Drittmitteln und nicht unter den Beiträgen des Bundes gemäss Hochschulförderungsgesetz ausgewiesen werden.

10. Ertrag aus Gebühren

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Erlöse aus Semestergebühren	7.601.509		
Erlöse aus Lehre	906.463		
Beiträge SKUBA	137.180		
Erlöse aus Prüfungsgebühren	66.785		
Teilnehmergebühren Drittmittel-Projekte	11.058		
Total Ertrag aus Gebühren	8.722.994	6.990.000	6.712.489

Die für 1998 nicht budgetierte Erhöhung der Semestergebühren von Fr. 500.– auf Fr. 600.– führte zu beachtlichen Mehreinnahmen.

11. Ertrag aus Dienstleistungen

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Ertrag aus wiss. und med. Dienstleistungen	8.566.722		
Ertrag aus Verkauf von Material/Druckerzeugnissen	1.382.664		
Rückerstattung Auslagen	267.780		
Ertrag aus Vermietung	111.267		
Ertrag aus Verkauf von Apparaten	1.714		
Total Ertrag aus Dienstleistungen	10.330.147	10.800.000	9.937.621

Beim Materialverkauf sind die Bruttoeinnahmen für weiterverrechnete Fotokopien mitgerechnet.

12. Vermögenserträge

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Ordentlicher Ertrag aus Finanzanlagen	4.410.483		
Ertrag aus Kurserfolgen auf Finanzanlagen	4.357.729		
Erhöhung Rückstellung Kursschwankungsreserven	-3.928.000		
Total Vermögenserträge	4.840.212	2.000.000	2.469.354

Rückstellungen werden gebildet, um die Auswirkungen von Kursschwankungen auf die jährlichen Anteile am Reinertrag der Fonds und Stiftungen gegebenenfalls ausgleichen zu können. Im Vorjahr waren in den Vermögenserträgen die Honorare für die Drittmittel- und Nationalfondsverwaltung verrechnet; im Berichtsjahr werden diese Honorare im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Die restliche Zunahme erklärt sich aus Vermögenszugängen sowie aus höheren Kurserfolgen.

13. Periodenfremder Ertrag

Es handelt sich einerseits um noch nicht beanspruchte Mittel im Umfang von Fr. 2,0 Mio. für einzelne Apparate- und Informatik-Kleininvestitionen sowie um Berufungskredite aus den Ratschlagstranchen 1996 und 1997. Dazu kommen Fr. 1,3 Mio. Personal- und Betriebsmittelreserven aus dem Vorjahr.

14. Personalaufwand

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Aufwand Löhne und Gehälter	171.903.285		
Aufwand Sozialleistungen	23.550.119		
Aufwand Personalnebenkosten	1.616.976		
Aufwandsminderung Weiterverrechnungen	- 1.080.990		
Aufwandsminderung Erwerbsausfallentschädigungen	- 302.092		
	195.687.297	199.300.000	203.280.578
Umlagebeitrag PK-Amortisation und Rententeuerung		- 6.800.000	- 2.983.000
Kalkulatorischer Personalaufwand Basel-Stadt		- 1.685.000	- 1.504.629
Total Personalaufwand	195.687.297	190.815.000	198.792.949

Der gesamte Personalaufwand 1998 der Universität (inklusive vom Nationalfonds oder zu Lasten von Drittmitteln finanzierte Stellen) liegt unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Reduktionen der PK-Amortisation und des kalkulatorischen Personalaufwandes im Rahmen des Vorjahres. Im Vergleich zum Budget zeigt sich allerdings eine deutliche Überschreitung, die teilweise durch neue Stellen in der Folge der Verselbständigung der Universität begründet sind.

15. Betriebsaufwand

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Aufwand Material und Fremdleistungen	24.496.459		
Aufwand Unterhalt Informatik	4.653.748		
Aufwand Verwaltung	3.970.887		
Aufwand Werbung, Reisen, Repräsentation	2.797.841		
Aufwand Beiträge, Gastreferenten, übriges	2.656.474		
Aufwand Unterhalt Einrichtungen	1.445.716		
	40.021.125	51.096.000	52.996.234
Kalkulatorischer Betriebsaufwand Basel-Stadt		- 1.698.000	- 2.120.961
Total Betriebsaufwand	40.021.125	49.398.000	50.875.273

Der Rückgang des Betriebsaufwandes geht teilweise auf tiefere Aufwendungen für Nationalfonds- und Drittmittelprojekte zurück. Bereits erhaltene, aber noch nicht verwendete Projektmittel sind in den gebundenen Mitteln in den Passiven zurückgestellt. Die Erhöhung dieser gebundenen Mittel erfolgt zu Lasten der Aufwandsposition „Zuweisung nicht verwendeter Projektmittel“.

16. Raumaufwand

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Aufwand Mieten, Reinigung, Energie	10.157.622		
Aufwand Unterhalt Anlagen/Einrichtungen	187.369		
Aufwand Unterhalt Liegenschaften	156.063		
	10.501.054	33.404.000	35.767.853
Unterhaltsleistungen zu Lasten Baudepartement Basel-Stadt		- 5.497.000	- 6.883.378
Kalkulatorische Eigenmieten für Liegenschaften Basel-Stadt		- 17.074.000	- 17.074.400
Total Raumaufwand	10.501.054	10.833.000	11.810.075

Gemäss § 25 des Universitätsgesetzes stellt der Kanton Basel-Stadt „der Universität das Universitätsgut zur Verfügung, soweit dieses für den Betrieb der Universität nötig ist“. Unter diese Regelung fallen usanzgemäss auch die von der Universität benützten Liegenschaften des Kantons Basel-Stadt (unabhängig von ihrer historischen Zugehörigkeit zum Universitätsgut), werterhaltende Kleininvestitionen für deren Unterhalt sowie die Gesamtinvestitionen für die Erstellung neuer Universitätsbauten. Während die Unterhaltsaufwendungen des Baudepartementes im Detail budgetiert und abgerechnet werden, wird für die unentgeltlich benützten Liegenschaften seit Jahren ein kalkulatorischer Gesamtmietwert eingesetzt (vergleiche Anmerkung 18).

17. Kleininvestitionen

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Apparate/Informatik	9.449.057		
Anschaffungen zu Lasten Berufungskredite	739.612		
Pauschale Rückstellung für Informationstechnologien	2.500.000		
Total Kleininvestitionen	12.688.669	12.000.000	11.177.189

In Anbetracht der bedeutenden Investitionen, die im Bereich der Informationskonzepte auf die Universität Basel zukommen, wird eine Rückstellung von Fr. 2,5 Mio. gebildet.

18. Unentgeltliche Aufwendungen Kanton Basel-Stadt

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Kalkulatorischer Personalaufwand	1.300.989	1.685.000	1.504.629
Kalkulatorischer Betriebsaufwand	2.132.774	1.698.000	2.120.961
Kalkulatorischer Raum- und Unterhaltsaufwand	22.102.071	22.571.000	23.957.778
Total Unentgeltliche Aufwendungen Kanton Basel-Stadt	25.535.834	25.954.000	27.583.368

Gegenwert zur Ertragsposition „Unentgeltliche Leistungen Kanton Basel-Stadt“ (vergleiche Anmerkung 3).

19. Zuweisung nicht verwendeter Projektmittel

in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Erhöhung Gebundene Mittel Fonds und Stiftungen	5.973.630		
Erhöhung Projektmittel Erneuerungsfonds	4.417.978		
Erhöhung Drittmittel Departemente und Institute	3.507.787		
Total Erhöhung nicht verwendeter Projektmittel	13.899.394		
Auflösung Projektmittel Nationalfonds	- 2.317.596		
Total Zuweisung nicht verwendeter Projektmittel	11.581.798		

Für bereits eingegangene Projektmittel des Schweizerischen Nationalfonds oder von Dritten, die im Rechnungsjahr 1998 nicht verwendet wurden, sowie für die Bestandserhöhungen bei den Eigenkapitalien der Fonds und Stiftungen und für dezentral verwaltete Drittmittel der Institute werden Rückstellungen gebildet beziehungsweise aufgelöst.

20. Periodenfremder Aufwand

Durch die erstmals vorgenommene periodengerechte Abgrenzung wird die Hälfte der Semestergebühren für das Wintersemester 1998/1999 auf das Rechnungsjahr 1999 vorgetragen. Weil keine entsprechende Rückstellung aus dem Jahr 1997 aufgelöst werden kann, ergibt sich ein einmaliger Fehlbetrag von Fr. 1,9 Mio. in der Rechnung 1998. Daneben erscheint als Aufwand die Richtigstellung der in der Jahresrechnung 1997 ausgewiesenen freien Mittel.

21. Jahresfehlbetrag

Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 1998 in der Höhe von Fr. 1,3 Mio. hat sich im wesentlichen aus Budgetüberschreitungen im Personalbereich ergeben.

22. Flüssige Mittel

in Franken	Rechnung 1998	Rechnung 1997
Bankguthaben	25.462.176	10.112.441
Postcheckguthaben	9.776.937	2.447.817
Kassenbestände	288.882	153.728
BBS-Kopiermarken	6.768	6.912
Total Flüssige Mittel	35.534.763	12.720.897

Per Bilanzstichtag 31.12.1998 waren die Kontokorrentverpflichtungen gegenüber dem Kanton Basel-Stadt durch entsprechende Zahlungen aus Postcheck- und Bankkonto noch nicht ausgeglichen, weshalb sich ein relativ hoher Bestand an flüssigen Mitteln ergeben hat.

23. Kurzfristige Finanzanlagen

Callgelder sind vor allem aus dem Erneuerungsfonds und dem Universitätsvermögen angelegt, weil kurzfristig Projektmittel verfügbar sein müssen. Dasselbe gilt für die noch separate Nationalfonds- und Drittmittelverwaltung des Biozentrums.

24. Forderungen gegenüber Dritten

in Franken	Rechnung 1998	Rechnung 1997
Kontokorrent-Guthaben Dritte	1.286.434	242.690
Weiterverrechnungen	783.931	
Forderungen aus Dienstleistungen	760.462	1.125.607
Eidgenössische Steuerverwaltung, Verrechnungssteuer-Guthaben	394.724	323.084
Total Forderungen gegenüber Dritten	3.225.551	1.691.381

25. Betriebsvorräte

Da eine vollständige und zuverlässige Erfassung der Betriebsvorräte (Labor-, Büro- und EDV-Verbrauchsmaterial, Chemikalien usw.) noch nicht existiert, werden diese pro memoria mit Fr. 1.- in die Bilanz aufgenommen.

26. Aktive Rechnungsabgrenzungen

Im wesentlichen Vorauszahlungen der Universitätsbibliothek für ausländische Zeitschriften- und Serienabonnemente und weitere Unkosten sowie Abgrenzung aufgelaufener Erträge aus Finanzanlagen.

27. Langfristige Finanzanlagen

in Franken	Rechnung 1998	Rechnung 1997
Aktien Schweiz	28.375.536	
Obligationen Schweiz	26.521.329	
Obligationen Ausland	18.363.934	
Aktien Ausland	4.521.448	
Wertschriften (nicht differenziert)		51.393.160
Total Langfristige Finanzanlagen	77.782.247	51.393.160

In der Rechnung 1998 wurde für die langfristigen Finanzanlagen generell der Marktwert eingesetzt. Der proportionale Anteil der freien Kapitalien Fonds und Stiftungen an der Höherbewertung wurde der Kursschwankungsreserve in den Rückstellungen zugewiesen.

28. Aktivdarlehen

Seit vielen Jahren bestehende Hypothekendarlehen sowie die wenigen (unverzinslichen) Studendarlehen aus dem Universitätsvermögen.

29. Immobilien

in Franken	Rechnung 1998	Rechnung 1997
Petersgraben 29	2.244.000	2.008.328
Austrasse 126 (Stumm-Gerber-Fonds)	923.200	400.000
Thiersteinerrain 134 (Stiftung Theologie)	460.000	400.000
Birmannsgasse 44 (Stahelin-Speiser-Fonds)	503.000	700.000
Total Immobilien	4.130.200	3.508.328

Die Immobilien sind neu zum Ertragswert bilanziert. Die Vorjahreswerte entsprechen dem Kaufwert (Petersgraben 29) beziehungsweise den jeweiligen Stiftungs- beziehungsweise Schenkungsvereinbarungen.

Aufgrund von § 25 des Universitätsgesetzes stellt – abgesehen von Petersgraben 29 und gemieteten Drittobjekten – der Kanton Basel-Stadt die für den Betrieb der Universität erforderlichen Räumlichkeiten zur Verfügung und tritt auch als Bauherr auf (zum Beispiel für den Neubau Klingelbergstrasse). Die entsprechenden Aktiven sind nicht Bestandteil der Universitätsrechnung.

Der Brandversicherungswert beträgt Fr. 3.202.000.- (Vorjahr Fr. 3.209.000.-).

Bezüglich Verpfändungen verweisen wir auf Anmerkung 34 Hypotheken.

30. Einrichtungen

Da noch keine ausreichende Inventarisierung der Einrichtungen der Universität vorhanden ist und die Apparate- und EDV-Investitionen bisher gemäss kantonaler Praxis im Anschaffungsjahr direkt abgeschrieben wurden, werden die Einrichtungen pro memoria mit Fr. 1.- in die Bilanz aufgenommen.

31. Bankschulden

Das Bankkonto des Erneuerungsfonds wurde über den Bilanzstichtag kurzfristig überzogen.

32. Verbindlichkeiten gegenüber Dritten

in Franken	Rechnung 1998	Rechnung 1997
Kreditoren aus Lieferungen und Leistungen	8.348.510	5.633.852
Kapital Verein und Stiftung Europainstitut	1.489.401	
Depotgelder	102.085	237.985
Total Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	9.939.997	5.871.837

Das Vermögen der Stiftung und des Vereins Europainstitut wird durch die STG mit den anderen Drittmitteln verwaltet, ist aber nicht Bestandteil des Universitätsvermögens, da die Stiftung und der Verein nicht in den Konsolidierungskreis der Universität miteinbezogen werden dürfen.

Verpflichtungen gegenüber Vorsorgeeinrichtungen bestehen nicht.

33. Verbindlichkeiten gegenüber Nahestehenden

Kontokorrentverpflichtung gegenüber dem Kanton Basel-Stadt aus finanziellen Transaktionen (Löhne, Beiträge usw.), die per Bilanzstichtag 31.12.1998 noch nicht ausgeglichen werden konnte. Die Verpflichtung ist über mehrere Rechnungsjahre angewachsen.

34. Hypotheken

in Franken	Rechnung 1998	Rechnung 1997
Petersgraben 29	1.000.000	1.000.000
Austrasse 126 (Stumm-Gerber-Fonds)	100.000	100.000
Thiersteinerrain 134 (Stiftung Theologie)	60.000	60.000
Birmannsgasse 44 (Stahelin-Speiser-Fonds)	50.000	50.000
Total Hypotheken	1.210.000	1.210.000

35. Rückstellungen

in Franken	Rechnung 1998	Rechnung 1997
Kursschwankungsreserven	4.613.000	685.000
Informationstechnologien	2.500.000	
Stipendien	872.750	846.746
Festschriften	43.917	42.026
Renovationen	30.000	30.000
Übrige Rückstellungen	821.244	739.177
Total Rückstellungen	8.880.911	2.342.949

36. Passive Rechnungsabgrenzungen

Vorvereinnehme Semestergebühren für das 1. Quartal 1999 sowie vorsorgliche Rückstellungen für noch nicht periodengerecht abgegrenzte Aufwendungen und Abklärungskonten.

37. Projektmittel Schweizerischer Nationalfonds

Stand der noch nicht verwendeten Mittel aus Beiträgen des Schweizerischen Nationalfonds. Der Schweizerische Nationalfonds überweist die Projektkredite in Jahrestanchen jeweils per Oktober und März.

38. Projektmittel Mensch-Gesellschaft-Umwelt (MGU)

Stand der noch nicht verwendeten Mittel aus Beiträgen des Kantons Basel-Landschaft an die Stiftung MGU. Das Stiftungsvermögen der MGU selbst ist nicht Teil des Konsolidierungskreises der Universität.

39. Projektmittel Erneuerungsfonds Kanton Basel-Landschaft

in Franken

	Rechnung 1998	Rechnung 1997
Vortrag aus Vorjahr	13.488.531	7.482.781
Zahlungen Basel-Landschaft an Erneuerungsfonds	7.543.520	7.536.267
Buchverluste aus Umbewertung auf Marktwerte	- 312.847	
Kapitalerträge brutto	433.561	109.398
Mittel Erneuerungsfonds vor Zusprachen	21.152.765	15.128.446
Ausbezahlte Projektkredite	3.559.103	1.639.915
Noch verfügbare Mittel im Erneuerungsfonds	17.593.662	13.488.531

Der Erneuerungsfonds der Universität wird gemäss § 3 des Universitätsvertrags jährlich mit 10% des Gesamtbeitrages des Kantons Basel-Landschaft geäufnet. Von den verfügbaren Mitteln sind durch bisherige Zusprachen des Universitätsrates bereits rund Fr.16 Mio. gebunden. Zudem bestehen per Bilanzstichtag universitätsinterne finanzielle Ansprüche, die gegebenenfalls durch den Erneuerungsfonds zu decken sind.

40. Übrige Projektmittel (fach- oder zweckgebunden)

Projektmittel aus Fonds, Stiftungen und Schenkungen sowie Zuwendungen aus der Wirtschaft oder von Privaten, die an einzelne Fächer oder Institute beziehungsweise an einen definierten Zweck gebunden sind.

41. Gebundene Kapitalien Fonds und Stiftungen

in Franken	Rechnung 1998	Rechnung 1997
Juristisch selbständige Stiftungen	4.957.655	
Statutarische Stammkapitalien	985.699	
Stammkapitalien in Immobilien gebunden	553.200	
Übrige Kapitalien in Zweckbindung	3.418.756	
Übrige Fonds und Stiftungen	23.095.323	
Statutarische Stammkapitalien	3.109.049	
Stammkapitalien in Immobilien gebunden	3.097.000	
Übrige Kapitalien in Zweckbindung	16.889.274	
Total Gebundene Kapitalien Fonds und Stiftungen	28.052.978	16.373.898

Im Zusammenhang mit der Bereinigung der Bilanz 1997 und 1998 sind alle von der STG verwalteten Fonds und Stiftungen analysiert und hinsichtlich ihrer Zweckbindung oder Verfügbarkeit neu in gebundene beziehungsweise frei verfügbare Kapitalien aufgeteilt worden. Zu beachten ist, dass die gebundenen Mittel je nach Fach-, Instituts- und Zweckbindung und je nach Zusprachekompetenzen nur beschränkt verfügbar sind.

42. Freie Kapitalien Fonds und Stiftungen

Folgende Kapitalien des von der STG verwalteten „Vereinigten Universitätsvermögens“, die nicht an ein bestimmtes Fach oder einen engen Verwendungszweck gebunden sind und direkt in der Verfügung des Rektorats liegen, wurden im Rahmen der erwähnten Analyse sämtlicher Vermögenspositionen neu der Bilanzposition „Freie Kapitalien der Fonds und Stiftungen der Universität“ zugewiesen:

- Akademischer Vermächtnisfonds
(Sammelfonds aus zahlreichen historischen Legaten)
- Fiscus Rectoris
(historischer Fonds, bis 1996 mit Budgetbeiträgen geäufnet)
- Fonds Mme Marguerite Anliker
(Erbschaft zugunsten der Universität Basel)
- Emil Dreyfus – Fonds I
(abzüglich Stammkapital gemäss Schenkungsverfügung)
- Emil Dreyfus – Fonds II
(abzüglich Stammkapital gemäss Schenkungsverfügung)

43. Freie Reserven und Rücklagen

Neue Position für Reserven und Rücklagen der öffentlich-rechtlichen Körperschaft Universität entsprechend der Eigenkapitalposition im Jahresbericht 1997.

44. Jahresfehlbetrag

Durch den Jahresfehlbetrag werden die freien Reserven und Rücklagen mindestens im Betrag von Fr. 1,3 Mio. gebunden.

Garantien und Eventualverpflichtungen

Es bestehen keine Garantien und Eventualverpflichtungen.

Bericht der Kontrollstelle an den Universitätsrat der Universität Basel, Basel

Als Kontrollstelle haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der Universität Basel für das am 31. Dezember 1998 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Die Vorjahreszahlen wurden von einer anderen Kontrollstelle geprüft.

Für die Jahresrechnung ist das Rektorat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung – unter Berücksichtigung der einschränkenden Erläuterungen im Anhang der Jahresrechnung – Gesetz, Statut und anerkannten kaufmännischen Grundsätzen.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen, da das Rektorat konkrete Massnahmen zur Behebung der in den einschränkenden Erläuterungen erwähnten Mängel eingeleitet hat.

Basel, 22. Juni 1999

ATAG Ernst & Young

Albert Massmünster dipl. Wirtschaftsprüfer	Markus Kocher dipl. Wirtschaftsprüfer (Mandatsleiter)
---	---

Beilage
Jahresrechnung
(Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang)

Statistische Angaben 1998

Gesamtbeiträge der beiden Vertragskantone

Zusammenfassung in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Gesamtbeitrag Kanton Basel-Landschaft	77.583.149	78.439.086	77.716.590
Gesamtbeitrag Kanton Basel-Stadt ohne Klinische Medizin	93.791.310	94.043.000	100.249.192
Globalbeitrag Kanton Basel-Stadt an ordentl. Rechnung	56.255.476	56.089.000	62.817.000
Übrige Leistungen Kanton Basel-Stadt	37.535.834	37.954.000	37.432.192
Gesamtbeitrag Basel-Stadt mit Klinischer Medizin	211.761.188		217.079.376

Kanton Basel-Landschaft

Statistische Ermittlung der Gesamtleistung des Kantons Basel-Landschaft in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Beitrag Kanton Basel-Landschaft gemäss Universitätsvertrag BS/BL	75.435.000	76.129.000	75.363.000
Aufwand Koordinationsstelle der Stiftung	756.526	815.086	842.941
Projektbeiträge der Stiftung an die Universität	1.391.623	1.495.000	1.510.649
Total Beiträge der Stiftung für Mensch-Gesellschaft-Umwelt (MGU)	2.148.149	2.310.086	2.353.590
Total Beiträge Basel-Landschaft	77.583.149	78.439.086	77.716.590
Beitrag der Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt (MGU)	- 2.148.149	- 2.310.086	- 2.353.590
10% des Beitrages gemäss Universitätsvertrag an Erneuerungsfonds	- 7.543.520	- 7.613.000	- 7.536.267
Beitrag für Klinische Medizin an Sanitätsdepartement Basel-Stadt	-10.612.000	- 10.759.000	- 10.597.000
Beitrag Basel-Landschaft an ordentl. Rechnung Universität (Betrieb)	57.279.480	57.757.000	57.229.733

Kanton Basel-Stadt

Statistische Ermittlung der Gesamtleistung des Kantons Basel-Stadt in Franken	Rechnung 1998	Budget 1998	Rechnung 1997
Gesamtleistungen Basel-Stadt an die Universität	211.761.188		217.079.376
Kostenanteil für Klinische Medizin gemäss Berechnungsschlüssel	151.096.035		149.885.906
Anteil am Gesamtbeitrag des Kantons Basel-Landschaft	- 10.612.000		- 10.597.000
Anteil an Bundessubventionen gemäss HFG	- 20.391.985		- 20.424.732
Anteil an den Kantonsbeiträgen gemäss IKV	- 2.122.172		- 2.033.990
Total Leistungen Basel-Stadt für Klinische Medizin	117.969.878		116.830.184
Kleininvestitionen z. L. Ratschlag	12.000.000	12.000.000	9.848.824
Bruttobetrag Ratschlag Kleininvestitionen			11.177.189
Entlastung durch Bundessubventionen			- 1.328.365
Unterhaltsleistungen z. L. Budget Baudepartement Basel-Stadt	5.027.671	5.497.000	6.883.378
Kalkulatorische Eigenmieten für Liegenschaften Basel-Stadt	17.074.400	17.074.000	17.074.400
Kalkulatorische Personalkosten Departemente Basel-Stadt	1.300.989	1.685.000	1.504.629
Kalkulatorische Betriebskosten Departemente Basel-Stadt	2.132.774	1.698.000	2.120.961
Total übrige Leistungen Kanton Basel-Stadt	37.535.834	37.954.000	37.432.192
Globalbeitrag gemäss Budgetbericht 1998	62.889.500	62.889.000	65.800.000
Umlagebetrag PK-Amortisation und Rententeuerung	- 6.634.024	- 6.800.000	- 2.983.000
Globalbeitrag Kanton Basel-Stadt an ordentl. Rechnung ohne Klinische Medizin	56.255.476	56.089.000	62.817.000



Seminar für Klassische Philologie



Lateinseminar

Lehrkörper

Dozierende per 31.12.1998

	Frauen	Männer	Total
Ordinarien	13	123	136
Extraordinarien (hauptamtlich)	3	37	40
Extraordinarien (nebenamtlich)	4	38	42
Extraordinarien ad personam	0	35	35
Assistenzprofessor/innen	3	5	8
Titularprofessor/innen (inkl. bisherige a.o. Professuren)	8	131	139
Privatdozentinnen und Privatdozenten	36	267	303
Weitere Lehrbeauftragte	64	173	237
Assistierende mit Lehrauftrag	29	32	61
Total	160	841	1001

Dekane der Fakultäten

Theologische Fakultät	Prof. Dr. Klaus Seybold (bis 30.9.) Prof. Dr. Hans-Peter Mathys (ab 1.10.)
Juristische Fakultät	Prof. Dr. Anton K. Schnyder (bis 30.9.) Prof. Dr. Kurt Seelmann (ab 1.10.)
Medizinische Fakultät	Prof. Dr. Annetrudi Kress (bis 30.9.) Prof. Dr. Hannes B. Stähelin (ab 1.10.)
Philosophisch-Historische Fakultät	Prof. Dr. Werner Meyer (bis 30.9.) Prof. Dr. Fritz Graf (ab 1.10.)
Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	Prof. Dr. Thomas A. Bickle (bis 30.9.) Prof. Dr. Stefan M. Schmid (ab 1.10.)
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	Prof. Dr. Silvio Borner (bis 30.9.) Prof. Dr. Henner Schierenbeck (ab 1.10.)

**Im Jahr 1998 gewählte
hauptamtliche Professoren**



Christoph Bruder

von Deutschland
geb. 1960

Stellung:
hauptamtlicher Extraordinarius
für Theoretische Physik

Curriculum:
1989: Promotion an der
ETH Zürich

1989–1991: Forschungsaufenthalt
an der University of Pennsyl-
vania, USA

ab 1991: Wissenschaftlicher
Mitarbeiter und Dozent an der
Technischen Universität zu
Karlsruhe

1995: Habilitation an der
Technischen Universität zu
Karlsruhe

1995–1996: Lehrstuhlvertretung
an der Universität Bayreuth

1997: „Klaus Tschira Award“



Beat Ernst

von Stäfa und Zollikon
geb. 1946

Stellung:
Ordinarius für Molekulare
Pharmazie

Curriculum:
1979: Promotion zum Doktor
der Technischen Wissenschaften
an der ETH Zürich

1979–1981: Postdoktorat am
„California Institute of
Technology“ in Pasadena
(Kalifornien)

ab 1981: Tätigkeit in der Indust-
rie (CIBA später Novartis),
zunächst als Laborleiter in den
Zentralen Forschungslabo-
ratorien, später (1992) als Leiter
der Sektion Kohlenhydrat-
Chemie und Biologie und (1997)
als Leiter des Selectin
Programms

1991: Werner-Preis der
Schweizerischen Chemischen
Gesellschaft



Andreas Pfaltz

von Basel
geb. 1948

Stellung:
Ordinarius für Organische
Chemie

Curriculum:
1978: Promotion an der
ETH Zürich

1978–1980: Stipendiat des
Schweizerischen Nationalfonds
an der Columbia University
in New York

ab 1980: Oberassistent an der
ETH Zürich

1987: Habilitation für Organi-
sche Chemie an der ETH Zürich

1987: Werner-Preis der
Schweizerischen Chemischen
Gesellschaft

ab 1990: Extraordinarius und
ab 1992: Ordinarius für
organische Chemie an der Uni-
versität Basel

ab 1995: Wissenschaftliches
Mitglied und Direktor am Max-
Planck-Institut für Kohlen-
forschung in Mülheim

ab 1997: Lehrtätigkeit an der
Universität Köln



Jürgen Margraf

von Deutschland
geb. 1956

Stellung:

Ordinarius für Klinische
Psychologie und Psychotherapie

Curriculum:

1983–1985: Klinischer Psychologe im Psychiatry Service des Palo Alto Veterans Administration Hospital

1984–1986: Assistant Director des Laboratory for Clinical Psychophysiology and Psychopharmacology am selben Spital

1986: Promotion zum Doktor der Verhaltenswissenschaften an der Universität Tübingen

ab 1986: Hochschulassistent am Fachbereich Psychologie der Universität Marburg

1987: Fakultätspreis der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Universität Tübingen

1990: Habilitation für Klinische Psychologie und Psychophysiology an der Universität Tübingen

1990–1992: Vertretung einer C4-Professur am Psychologischen Institut I, Klinische Psychologie und Diagnostik an der Universität Münster

1992–1993: C3-Professur für Psychologie mit Schwerpunkt Klinische Psychologie am Institut für Psychologie der Freien Universität Berlin

ab 1993: C4-Professur für Klinische Psychologie und Psychotherapie an der Technischen Universität Dresden



Dietrich von Schweinitz

von Deutschland
geb. 1954

Stellung:

Ordinarius für Kinderchirurgie und Chefarzt der Kinderchirurgischen Universitätsklinik und -poliklinik

Curriculum:

1981: Promotion an der Universität Hamburg

1981–1983: Assistenzarzt an der Kinderklinik St. Hedwig in Regensburg

1984: Zweimonatige Tätigkeit im Hungerhilfeprogramm des Diakonischen Werkes und der Johanniter-Unfall-Hilfe in Äthiopien

1987–1991: Assistenzarzt an der Kinderchirurgischen Abteilung der Medizinischen Hochschule Hannover

1989: Facharzt für Chirurgie

ab 1991: Oberarzt der Kinderchirurgischen Abteilung der Medizinischen Hochschule Hannover

ab 1993: Ständiges Mitglied des deutschsprachigen TNM-Komitees der Internationalen Union gegen Krebs (UICC) als Vertreter des Fachs Kinderchirurgie



Hans-Reinhard Zerkowski

von Deutschland
geb. 1954

Stellung:

Ordinarius für Herz- und Thoraxchirurgie und Chefarzt der Herz- und Thoraxchirurgischen Klinik am Kantonsspital Basel

Curriculum:

1980: Approbation und Promotion an der Universität Essen

1980–1982: Assistent am Pharmakologischen Institut der Universität Essen

1982–1983: Assistenzarzt an der Abteilung für Thorax- und kardiovaskuläre Chirurgie der Universitätsklinik Essen

1983–1985: Assistenzarzt an der Abteilung für Unfallchirurgie der Universitätsklinik Essen

1985–1987: Assistenzarzt an der Abteilung für Allgemeine Chirurgie der Universitätsklinik Essen

1987: Honorary Medical Staff der Thoracic and Cardiac Surgical Unit; Harefield Hospital, Harefield, Middlesex, GB

1987–1993: Oberarzt an der Abteilung für Thorax- und kardiovaskuläre Chirurgie der Universitätsklinik Essen

1995: Habilitation für das Fach Kinderchirurgie

1995: Verleihung des Richard-Drachter-Preises der Deutschen Gesellschaft für Kinderchirurgie

ab 1997: Leitender Oberarzt der Kinderchirurgischen Abteilung der Medizinischen Hochschule Hannover

1997: Mitglied der Expertenkommission der Bundesärztekammer „Richtlinien zur prädikativen Diagnostik erblicher Erkrankungen mit Krebsdisposition“ für die Deutsche Gesellschaft für Kinderchirurgie

1989: Habilitation

ab 1994: Ordinarius für Herz- und Thoraxchirurgie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Leiter der Klinik und Poliklinik für Herz- und Thoraxchirurgie

Ernennungen im Jahre 1998

Ordentliche Professor/innen

Medizinische Fakultät	PD Dr.med. Dietrich von Schweinitz zum Ordinarius für „Kinderchirurgie“ (per 1.1.1999) Prof.Dr.med. Hans-Reinhard Zerkowski zum Ordinarius für „Herz- und Thoraxchirurgie“
Phil.-Hist. Fakultät	Prof.Dr.med. Jürgen Margraf zum Ordinarius für „Klinische Psychologie“ (per 1.4.1999)
Phil.-Nat. Fakultät	Dr.sc.tech. Beat Ernst zum Ordinarius für „Molekulare Pharmazie“ Prof.Dr.rer.nat. Andreas Pfaltz zum Ordinarius für „Organische Chemie“ (Rückberufung)

Ausserordentliche Professor/innen

Phil.-Nat. Fakultät	Prof.Dr.sc.tech Christoph Bruder zum hauptamtlichen Extraordinarius für „Theoretische Physik“
Wirtschaftswissenschaftl. Fakultät	Prof.Dr.rer.pol. Jürg Sommer zum hauptamtlichen Extraordinarius für „Gesundheitsökonomie und Sozialpolitik“

Titularprofessor/innen

Medizinische Fakultät	PD Dr.med. Franz Frei für „Anästhesiologie“ PD Dr.med. Edith. M.L. Holsboer-Trachsler für „Psychiatrie“ PD Dr.med. Wolf. A. Langewitz für „Innere Medizin“ PD Dr.med. Jean-Pierre Schupisser für „Chirurgie“ PD Dr.med. Aleksandra Stula-Delini für „Psychopharmakologie“
Phil.-Nat. Fakultät	PD Dr.rer.nat. Thomas Hohn für „Molekulare Virologie“ PD Elizabeth Constable-Housecroft, Ph.D. für „Chemie“ PD Andrew Ian Matus, Ph.D. für „Neurobiologie“
Wirtschaftswissenschaftl. Fakultät	Dr.rer.pol. Urs Müller für „Nationalökonomie“

Habilitationen

Medizinische Fakultät	Dr.med. Edouard J. Battegay für „Innere Medizin“
	Dr.med. Heiner C. Bucher für „Innere Medizin“
	Dr.med. Barbara Buddeberg-Fischer für „Kinder- und Jugendpsychiatrie“
	Dr.med. Jean-Marie L.H. Buerstedde für „Experimentelle Molekulargenetik“
	Dr.med. Athanassios Dellas für „Frauenheilkunde und Geburtshilfe“
	PD Dr.med. Christian M.H.R. de Geyter für „Gynäkologie und Geburtshilfe“ (Umhabilitierung)
	Dr.med. O. Paul Hasler für „Rheumatologie“
	Dr.med. Markus H. Heim für „Innere Medizin“
	Dr.med. Pius Hildebrand für „Experimentelle Medizin“
	Dr.med. Hans H. Hirsch für „Medizinische Mikrobiologie“
	Dr.med. Georg A. Holländer für „Pädiatrie, spez. Immunologie“
	PD Dr.med. Ossi R. Köchli für „Gynäkologie und Geburtshilfe“ (Umhabilitierung)
	Dr.rer.nat. Dieter Kunz für „Molekulare Pharmakologie“
	Dr.med. Adrian Merlo für „Neurochirurgie“
	Dr.med. Ulrich F.K. Roelcke für „Neurologie“
	Dr.med. Raphael D.S. Rosso für „Chirurgie“
	Dr.phil.nat. Michael Roth für „Zellbiologie“
	Dr. med. Ronald A. Schönenberger für „Innere Medizin“
	Rodey R.J. Scott, Ph.D. für „Medizinische Molekulargenetik“
	Dr.med. Radek C. Skoda für „Experimentelle Medizin“
Dr.med. Peter Stierli für „Chirurgie“	
Dr.med. Beat Thürlimann für „Innere Medizin, speziell Onkologie“	
Dr.med. Daniel F. Wengen für „Otorhinolaryngologie“	
Dr.med. Andreas F.-X. Widmer für „Innere Medizin“	
Phil.-Hist. Fakultät	Dr.phil. Dorothea Andrina Christ für „Allg. Geschichte des Mittelalters“
	Dr.phil. Elsbeth Dangel-Pelloquin für „Deutsche Philologie“ (Neuere Deutsche Literaturwissenschaft)
	Dr.phil. Thomas Gehring für „Klinische Psychologie“
	Dr.phil. Valentin Groebner für „Geschichte“
	Dr.phil. Martin A. Guggisberg für „Klassische Archäologie“
	Dr.phil. Bea Lundt für „Allgemeine Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit“
	Dr.phil. Ueli Mäder für „Soziologie“
	Dr.phil. Matthias Vogel für „Kunstwissenschaft“
Dr. phil. Renate Würsch für „Islamwissenschaft“	
Phil.-Nat. Fakultät	Markus Affolter, Ph.D. für „Zellbiologie“
	Dr.phil. Dario Giacomo Anselmetti für „Physik“
	John Albert Arnone III, Ph.D. für „Pflanzenökologie“
	PD Dr.sc.nat. Andres H. Binder für „Botanik“
	Dr.phil. Michael Walter Döbeli für „Zoologie“
	Dr.phil. Thomas Gerster für „Zellbiologie“
	Dr.med. Jörg Hagmann für „Zellbiologie“
	Dr.sc.nat. Peter Huggenberger für „Erdwissenschaften“
	Dr.phil. Ehud M. Landau für „Biochemie“
	Dr.rer.nat. Alwin Albert Lehmann für „Experimentalphysik“
	Dr.sc.nat. Heinz Müller für „Medizinische Biochemie“
	Dr.techn. Thomas Rausch für „Theoretische Physik“
	Dr.rer.nat. Sabine Karola Rospert für „Biochemie“
	Dr.phil. Claudio de Virgilio für „Botanik“
Wolfgang W. Weissner, Ph.D. für „Zoologie“	
Wirtschaftswissenschaftl. Fakultät	Dr.rer.pol. Roger Kunz für „Betriebswirtschaftslehre“

Ehrungen

Theologische Fakultät	Prof.Dr.theol. Ekkehard Stegemann wurde am 29. März 1998 von B'nai B'rith Kontinental-Europa und der Israelitischen Gemeinde Basel die Goldmedaille des B'nai B'rith „Distinguished Leadership & Service for Humanity“ verliehen.
	Prof. Jan Milič Lochman, Prof.Dr.theol., Dr.h.c.mult., emeritierter Professor für Systematische Theologie und ehemaliger Rektor der Universität Basel, wurde im Rahmen der Feierlichkeiten zum 650. Gründungstag der Karls-Universität Prag die Goldmedaille der Hussitischen Fakultät verliehen.
	Prof. Jan Milič Lochman, Prof.Dr.theol., Dr.h.c.mult., wurde vom tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel der Thomas G. Masaryk-Orden für hervorragende Verdienste um Demokratie und Menschenrechte verliehen.
	Prof. Ernst Jenni ist vom Komitee der International Organization for the Study of the Old Testament (IOSOT) zum Präsidenten für die Jahre 1998–2001 gewählt worden.
Medizinische Fakultät	Prof. Lutz von Laer wurde anlässlich der Mitgliederversammlung am 26. März 1998 der Medizinischen Gesellschaft Basel zum neuen Präsidenten gewählt.
	Dr. Andreas Otte erhielt anlässlich der Jahrestagung am 4. April 1998 der Deutschen Gesellschaft für Nuklearmedizin (DGN) den „Mallinckrodt Förderpreis für Nuklearmedizin 1998“ für die Publikation „PET and SPET in whiplash syndrome: A new approach to a forgotten brain?“
	Prof. W. Steinbrich wurde für ein Jahr zum Präsidenten der „European Society for Magnetic Resonance in Medicine and Biology“ gewählt.
Philosophisch-Historische Fakultät	Prof. Gabriele Brandstetter wurde der Preis der Aby-Warburg-Stiftung, Hamburg, zuerkannt.
	lic.phil. Claude Gauthier wurde von der französischen Republik die „Palme Académiques“ verliehen. Gleichzeitig wurde er zum „Chevalier dans l'Ordre des Palmes Académiques“ ernannt.
	Prof. Heinrich Löffler wurde am 27. Juni 1998 auf vier Jahre vom Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Baden-Württemberg in den neu geschaffenen Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim berufen.
	Prof. Regina Wecker erhielt den Wissenschaftspreis der Stadt Basel.

Philosophisch- Naturwissenschaftliche Fakultät	Dipl. Physiker Nicolai Bissantz hat für seine Diplomarbeit in Physik „Aufbau und Dynamik der inneren Galaxien“ den Gustav-Mie-Preis der Universität Freiburg i.Br. erhalten.
	Prof. Walter Gehring wurde am 4. Mai 1998 von der Académie des Sciences, Paris, zum Korrespondierenden Mitglied (Associé étranger) in der Disziplin „Zell- und Molekularbiologie“ ernannt.
	Dr. Phillip Hendrickson wurde am 12. Mai 1998 vom „Aeschen-Kollegium Basel“ mit dem Preis 98 geehrt.
	Dieter R. C. Klopfenstein, Biozentrum Basel, wurde der Gian-Töndury-Preis 98 verliehen.
	Prof. Prof. Walter Keller, Biozentrum, Zellbiologie, wurde der „1998 Louis-Jeantet Prize for Medicine“ verliehen (zusammen mit Denis Duboule, Genf, und Ronald A. Laskey, Cambridge).
	Prof. Hans Leuenberger wurde am 5. März 1998 zum Korrespondierenden Mitglied der Königlichen Spanischen Akademie der Pharmazie, Madrid, ernannt.
	Dr. Christian A. Meyer wurde zum „Maestro Honorario del Sociedad Científica Universitaria de Paleontología del Universidad Mayor, Real y Pontificia de San Francisco Xavier de Chuquisaca (Sucre)“ ernannt (Bolivia, August 1998).
	Prof. Gottfried Schatz, Biozentrum/Biochemie, wurde von der Federation of European Biochemical Societies (FEBS) zum „Springer Lecturer“ für das Jahr 98 gewählt.
	Prof. Gottfried Schatz wurde am 27. April 1998 von der Königlichen Niederländischen Akademie der Wissenschaften zum auswärtigen Mitglied gewählt.
	Prof. Helmut Sigel wurde im März 1998 zum „Honorary Fellowship of the Indian Chemical Society“ ernannt.
	Prof. Gottfried Schatz wurde am 22./23. Oktober 1998 in Toronto der „GARDiNER“-Preis verliehen.
	Prof. Helmut Sigel wurde „Member of the International Advisory Board of the Research Center for Materials Science of Nagoya University, Japan“.
	Prof. Gustav A. Tammann wurde am 13. Mai 1998 von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zum Korrespondierenden Mitglied der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse gewählt.
	Prof. Marcel Tanner, Direktor des Schweiz. Tropeninstituts in Basel, hat am 24. April 1998 das Präsidium der „Kommission für das Schweiz. Forschungszentrum“ angetreten.
	Prof. Peter A. Ziegler wurde im Januar 1998 die Stephan-Mueller-Medal durch die European Geophysical Society „for his outstanding contributions to the unravelling of plate tectonic controls on sedimentary basin evolution“ verliehen.
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	Prof. Dr. oec. publ. Hans Guth erhielt am 29. Juni 1998 von der Hebräischen Universität Jerusalem die Ehrendoktorwürde in Philosophie.

PD.Dr. Christoph Auffahrt
2 Stunden
Religionswissenschaft

Prof.Dr. Aron Ronald Bodenheimer
2 Stunden
Judaistik

Prof.Dr.theol. Leonardo Boff
4 Stunden
Systematische Theologie

Dr.phil. Marina Coray
2 Stunden
Griechisch

Prof.Dr. Suso Frank
2 Stunden
Kirchen- und Dogmengeschichte

Prof.Dr. Michael Fuss
2 Stunden
Religionswissenschaft: Buddhismus

Dr.theol. Verena Jegher-Bucher
3 Stunden
Griechisch

Dr.phil. Hanna Jenni
4 Stunden
Hebräisch

Prof.Dr.theol. Martin H. Jung
4 Stunden
Dogmen- und Kirchengeschichte

Dr.theol. Thomas K. Kuhn
1 Stunde
Theologiegeschichte

Dr.theol.des. Lukas Kundert
2 Stunden
Judaistik

Prof.Dr. Johannes Maier
1 Stunde
Neues Testament/Judaistik

PD Dr. Michael Moxter
4 Stunden
Systematische Theologie/Ethik

Prof.Dr.theol. Hartmut Raguse
3 Stunden
Theologie

Dr.phil. Gudrun Schubert-Bruckbach
2 Stunden
Religionswissenschaft

Pfarrer Michael Schwarz
2 Stunden
Religionspädagogik

Dr.theol. Doris Strahm
1 Stunde
Systematische Theologie/Christologie
aus der Sicht von Frauen

Dr.theol. Peter Wick
2 Stunden
Neues Testament

Juristische Fakultät

Dr.iur. Peter Aebersold
1 Stunde
Strafvollzugskunde

Prof.Dr.iur. Peter Albrecht
2 Stunden
Strafrecht und Strafverfahrensrecht

Dr.iur. Silvio Arioli
1 Stunde
Wirtschaftsvölkerrecht

PD Dr.iur. Giovanni Biaggini
3 Stunden
Staats- und Verwaltungsrecht

PD Dr.iur. Giovanni Biaggini
2 Stunden
Öffentliches Recht für Ökonomen

Dr.iur. Susette Biber-Klemm
2 Stunden
Umweltrecht für Nicht-JuristInnen

Prof.Dr.iur. Peter Böckli
2 Stunden
Steuerrecht und Wirtschaftsrecht

PD Dr.iur. Stephan Breitenmoser
4 Stunden
Völkerrecht, Europarecht
und Staatsrecht

Prof.Dr.iur. Christian Brückner
2 Stunden
Privatrecht

Prof.Dr.iur. Hanspeter Dietzi
1 Stunde
Privatrecht, unter bes.
Berücksichtigung des Bankenrechts

PD Dr.iur., Dr. sc.techn.
Fritz Dolder
2 Stunden
Immaterialgüterrecht
und Methodenlehre

Ulrich Egger
1 Stunde
Vertragsverhandlung
und Vertragstechnik

Frank Emmert
2 Stunden
Rechtswissenschaften
(Europainstitut)

Dr.iur. Christmuth M. Flück
1 Stunde
Juristische Dokumentation
und Informatik

lic.iur.,LL.M. Elisabeth Freivogel
2 Stunden
„Gleichstellung von Mann und Frau“

Dr.iur. Dieter Gränicher
1 Stunde
Privatrecht für Ökonomen

Prof.Dr.iur. Felix Hafner
4 Stunden
Öffentliches Recht

Prof.Dr.iur. Felix Hafner
2 Stunden
Öffentliches Recht, unter bes.
Berücksichtigung des Kirchenrechts
und der Verfassungsgeschichte

PD Dr.iur. Lukas Handschin
1 Stunde
Privatrecht für Studierende
der Wirtschaftswissenschaften

PD Dr.iur. Lukas Handschin
1 Stunde
Privatrecht, inkl. Einführung
in das Recht für Studierende der
Wirtschaftswissenschaften

Prof.Dr.iur. Regula Kägi-Diener
1 Stunde
Öffentliches Recht, Bundesstaatsrecht

Prof.Dr.iur. Regula Kägi-Diener
2 Stunden
Öffentliches Recht

Prof.Dr.iur. et lic. oec. Heinrich Koller
2 Stunden
Öffentliches Recht

Prof.Dr. Georg Müller
2 Stunden
Allgemeines Verwaltungsrecht

Prof.Dr. Jörg Paul Müller
1 Stunde
Schweiz. Staatsrecht
und Rechtsphilosophie

Dr. Herbert Pfortmüller
1 Stunde
Vertragsverhandlung
und Vertragstechnik

Prof.Dr.iur. Fritz Rapp
2 Stunden
Zivilrecht und Immaterialgüterrecht

PD Dr.iur. Gustavo Scartazzini
2 Stunden
Sozialversicherungsrecht

Prof.Dr. Roland Schaer
1 Stunde
Sportrecht

Prof.Dr.iur. Gerhard Schmid
2 Stunden
Öffentliches Recht

Prof.Dr.iur. Pascal Simonius
6 Stunden
Privatrecht

Prof.Dr.iur. Adrian Staehelin
2 Stunden
Zivilrecht und Prozessrecht

Dr. Christa Tobler
2 Stunden
Gender Law

Dr.iur. Hans Vest
3 Stunden
Strafrecht und Strafprozessrecht

PD Dr.iur. Beatrice Wagner Pfeifer
2 Stunden
Öffentliches Recht,
insbesondere Umweltrecht

Dr.iur., LL.M. Martina Wittibschlager
2 Stunden
Privatrecht, Obligationenrecht

Dr.iur. Herbert Wohlmann
1 Stunde
Vertragsgestaltung

Dr. Philipp Zurkinden
1 Stunde
Kolloquium zum Kartellrecht

Medizinische Fakultät

PD Dr.phil. Rolf Baur 8 Stunden Systematische Anatomie
PD Dr.med. Charlotte Braun- Fahrländer 2 Stunden Umwelt und Gesundheit
Dr.phil. Fritz Brawand 2 Stunden Biochemie
Prof.Dr.med. Stanislaw Büchner 2 Stunden Dermatologie und Venerologie
Prof.Dr.med. Dieter Burckhardt 2 Stunden Innere Medizin, spez. Kardiologie
Dr.med. Jean-Luc Crevoisier 2 Stunden Innere Medizin
Prof.Dr.med. Peter Dalquen 2 Stunden Allgemeine und spezielle Pathologie
Prof.Dr.sc.nat. Alex N. Eberle 2 Stunden Pathobiologie
Prof.Dr.med. Asmus Finzen 2 Stunden Psychiatrie
Prof.Dr.med. Christian P. Fliegel 4 Stunden Kinderradiologie
Dr.med. Reno Frei 3 Stunden Bakteriologie
Prof.Dr.med. Fred Gudat 2 Stunden Experimentelle Pathologie
PD Dr.phil. Daniel Haag-Wackernagel 2 Stunden Biologie für Mediziner
Prof.Dr.med. Fritz Hefti 2 Stunden Versicherungsmedizin
Prof.Dr.med. Fritz Hefti 2 Stunden Kinderorthopädie
PD Dr.med. Christoph P. Heierli 2 Stunden Arbeitsmedizin

Prof.Dr.med. Siegfried Heinzl 2 Stunden Gynäkologie und Geburtshilfe
Prof.Dr.med. Richard Herrmann 2 Stunden Innere Medizin, spez. Med. Onkologie
Prof.Dr.med. Paul Imbach 2 Stunden Kinderonkologie und -hämatologie
Dr.med. Rudolf Isler 1 Stunde Hausarztmedizin
Prof.Dr.med. Kurt A. Jäger 2 Stunden Innere Medizin, spez. Angiologie
Prof.Dr.med. Ludwig Kappos 2 Stunden Klinische Neuroimmunologie
Prof.Dr.med. Alexander Kiss 2 Stunden Innere Medizin, speziell Psychosomatik
Prof.Dr.med. Dieter R. Ladewig 2 Stunden Psychiatrie
Dr.rer.soc. Franziska Lamott 2 Stunden Geschlechterkonstruktion in Medizin und Recht
Prof.Dr.med. Adrian Leutenegger 4 Stunden Chirurgie
Dr.med. Paul E. Linder 2 Stunden Ambulante Chirurgie
Prof.Dr.med. Jürg Lütschg 2 Stunden Pädiatrie
Prof.Dr.phil. Helmut Mäcke 2 Stunden Radiologische Chemie
Prof.Dr.med. Hansjakob Müller 2 Stunden Humangenetik
Prof.Dr.med. Martin J. Oberholzer 2 Stunden Allgemeine und spezielle Pathologie
Prof.Dr.med. André P. Perruchoud 4 Stunden Innere Medizin, spez. Pneumologie

Prof.Dr.med. Matthias E. Pfisterer 2 Stunden Innere Medizin, spez. Kardiologie
Prof.Dr.med. Mihael Podvinec 2 Stunden Otorhinolaryngologie
Prof.Dr.med. Joachim Prein 3 Stunden Wiederherstellende Chirurgie
Prof.Dr.med. Ernst-Wilhelm Radü 2 Stunden Neuroradiologie
Dr.med. René Renggli 2 Stunden Grenzgebiete der Psychiatrie
Prof.Dr.med. Rudolf Ritz 2 Stunden Innere Medizin, spez. Intensivmedizin
Prof.Dr.med. Hans-Peter Rohr 2 Stunden Anwendung von elektronischen Medien und Informatikmitteln im Bildungswesen
Prof.Dr.med. Markus Rutishauser 2 Stunden Kinderpneumologie
Dr.med. Pierre Sandoz 2 Stunden Innere Medizin
Dr.med. Isaak Schipper 2 Stunden Ophthalmologie
Dr.phil. Pascal M. Schweizer 6 Stunden Strahlenbiologie
Prof.Dr.med. Thomas Sigrist 2 Stunden Gerichtliche Medizin
Prof.Dr.med. Bruno Speck 2 Stunden Innere Medizin, spez. Hämatologie
Prof.Dr.phil. Udo M. Spornitz 2 Stunden Anatomie, Histologie und Embryologie für Zahnmediziner
Prof.Dr.med. Georg A. Stalder 4 Stunden Innere Medizin, spez. Gastroenterologie

Philosophisch-Historische Fakultät

Prof.Dr.med. Jean-Jacques Staub
2 Stunden
Innere Medizin,
speziell Endokrinologie

Prof.Dr.med. Dieter Stürchler
2 Stunden
Sozial- und Präventivmedizin

Prof.Dr.med. Gilbert Th. Thiel
4 Stunden
Innere Medizin, spez. Nephrologie

Prof.Dr.med. J. K.H. Torhorst
2 Stunden
Allgemeine und spezielle Pathologie

Prof.Dr.rer.nat. Helge Toutenburg
2 Stunden
Multivariate Statistik
für Studierende der Medizin

Prof.Dr. med., Ph.D. Ulrich H. Tröhler
2 Stunden
Geschichte und Ethik der Medizin

Dr.med. Peter Tschudi
1 Stunde
Hausarztmedizin

Prof.Dr.med. Alan de Vere Tyndall
6 Stunden
Innere Medizin, spez. Rheumatologie

Dr.phil. Michael Wall
1 Stunde
Biometrischer Grundkurs für Mediziner

Prof.Dr.med. Werner Wegmann
2 Stunden
Allgemeine und spezielle Pathologie

Dr.med.dent. Beat R. Widmer
2 Stunden
Kinderzahnmedizin

Dr.med.dent. Peter Wiehl
2 Stunden
Soziale und geriatrische Zahnmedizin

Prof.Dr.med.dent. Jakob Wirz
7 Stunden
Zahnärztliche Technologie

Dr. Peter Wolf
2 Stunden
Einführung in Literaturrecherchen

Prof.Dr.med. Werner Zimmerli
2 Stunden
Innere Medizin, spez. Infektiologie

Dr.phil. Adrian Zumstein
1 Stunde
Medizinische Parasitologie
und Entomologie

Jacqueline Aerne
2 Stunden
Seminario: E. Montale,
La bufera e altre raccolte

Dr.phil. Urs Aeschbacher
2 Stunden
Umweltpsychologie

Dr.phil. Urs Aeschbacher
6 Stunden
Psychologie für ML/OL

lic.phil. Jean-Luc Alber
2 Stunden
Französische Sprache
(Correction de travaux)

lic.phil. Jean-Luc Alber
4 Stunden
Französische Sprache,
Sprachwissenschaft und Landeskunde

lic.phil. Jean-Luc Alber
2 Stunden
Französisch im Rahmen des
Ausbildungsgangs ML (3. Fach)

Dr.phil. Silvia Althaus-Schönbucher
5 Stunden
Russische Sprache

Dr.phil. Silvia Althaus-Schönbucher
2 Stunden
Didaktik des Russischen

lic.phil. Thomas Antonietti
2 Stunden
Volkskunde

lic.phil. Jan Erik Antonsen
2 Stunden
Slavische Literaturwissenschaft

PD Dr.phil. Achim Arbeiter
2 Stunden
Kunstgeschichte

Prof.Dr.phil. Michael Atzler
4 Stunden
Einführung in die Geschichte des
Altertums für Mittellehrer
(3. Fach)

Prof.Dr.phil. Michael Atzler
2 Stunden
Alte Geschichte

Dr. Joyce P. Bachmann-Clarke
8 Stunden
Englische Sprache

Dr.phil. Edward Badeen
2 Stunden
Arabische Sprache

Dr.phil. Edward Badeen
1 Stunde
Arabische Sprache

lic.phil. Robert Baffa
1 Stunde
Italienische Sprachausbildung/
Roman und Film

lic.phil. Robert Baffa
2 Stunden
Proseminario: Esercizi di lettura
su testi del Cinquecento

Prof.Dr.phil. Ludwig R. Berger
2 Stunden
Die Schweiz in römischer Zeit.
Die erste Militärperiode

Prof.Dr.phil. Ludwig R. Berger
1 Stunde
Einführung in die praktische
Ausgrabungstätigkeit

Dr.phil. Franz Berger
2 Stunden
Psychologische Gesprächsführung
und Einführung in die
Psychotherapieforschung

PD Dr.rer.nat. Manfred Berres
2 Stunden
Statistische Methoden für
Psychologen mit Übungen

Dr.phil. Hans Bickel
4 Stunden
Deutsche Sprachwissenschaft

Dott.sc.pol. Luigi Bier
6 Stunden
Italienische Sprache

Roland Bischof
2 Stunden
Parametrische und nonpara-
metrische Verfahren
in der klinischen Anwendung

Dr.phil. Marco Bischofsberger
4 Stunden
Italienische Linguistik

Prof.Dr.phil. Roger Blum
3 Stunden
Kommunikations- und
Medienwissenschaft

Prof.Dr. Jürgen Bock
3 Stunden
Angewandte Statistik I und II
für Psychologen

Andreas Born
2 Stunden
Grundzüge der Datenverarbeitung

Dr.phil. Nada Boskovska Leimgruber
2 Stunden
Geschichte Osteuropas

lic.rer.pol. Christoph Bosshardt
2 Stunden
Wirtschaftssoziologie, vorbehältlich
Verlängerung der Assistenz

Dr.phil. Tobias Brandenberger
2 Stunden
Iberoromanische Philologie

Dr.phil. Ruedi Brassel
2 Stunden
Neuere Allgemeine Geschichte

Prof.Dr.phil. Werner Brönmimann
2 Stunden
Englische Philologie

Dr.phil. Stefan Brotbeck
2 Stunden
Philosophie

lic.phil. Helena Bühler-Krticka
4 Stunden
Tschechisch (Westslavisch)

PD Dr.phil. Leonhard Burckhardt
2 Stunden
Alte Geschichte

PD Dr.phil. Paul Burger
2 Stunden
Wissenschaftstheorie

PD Dr.phil. Susanna Burghartz
2 Stunden
Geschichte des Mittelalters
und der Frühen Neuzeit

Peter R. Burleigh
1 Stunde
Englische Philologie

Peter R. Burleigh
6 Stunden
Englische Sprache

Peter R. Burleigh
2 Stunden
Englische Philologie

Peter R. Burleigh
4 Stunden
Englische Phonetik

Dr.phil.des. Philippe Büttner
2 Stunden
Kunstgeschichte

lic.phil. Isabelle Chariatte
2 Stunden
Proséminaire II: Littérature
du Moyen Age et de la Renaissance

PD Dr.phil. Dorothea A. Christ
2 Stunden
Geschichte des Mittelalters

Dr.phil. Marina Coray
10 Stunden
Lateinische Elementarkurse

Prof.Dr. Anthony P. Cowie
2 Stunden
Englische Linguistik

PD Dr.phil. Elsbeth Dangel-Pelloquin
4 Stunden
Deutsch als Fremdsprache (im
Rahmen des ERASMUS-Programms)

Dr.phil. Claus-Heinrich Daub
2 Stunden
Allgemeine Soziologie

Dr.phil. Eckhard Deschler-Erb
1 Stunde
Theorien in der Archäologie – eine
Diskussion der wichtigsten Ansätze
im 20. Jahrhundert

lic.phil. Rosemarie Durach
2 Stunden
Didaktik des Faches Deutsch

lic.phil. Christoph Ebell
2 Stunden
Englische Philologie

Heinz Eckert
2 Stunden
Kommunikations- und
Medienwissenschaft,
Journalistische Praxis

lic.phil. Katharina Eder Matt
2 Stunden
Volkskunde

Dr.phil. Franz Egger
2 Stunden
Neuere allgemeine Geschichte

Dr. Philipp Egger-Perler
3 Stunden
Interdisziplinarität und
Wissenschaftskommunikation

lic.phil. Sabine Eggmann
1 Stunde
Volkskunde

lic.phil. Mirjam Egli
3 Stunden
Franz. Sprachw. im Rahmen der
Ausb. Aargauischer SLA, vorbehältlich
der Drittmittelzusprache

lic.phil. Mirjam Egli
2 Stunden
Französische Sprachwissenschaft

lic.phil. Mirjam Egli
2 Stunden
Französische Sprachw. im Rahmen
der Ausb. für Sekundarstufen I-
Lehrkräfte

Dr.phil.des. Rebekka M. Ehret König
2 Stunden
Interkulturelle Pädagogik

PD Dr.phil. Issam El-Mallah
2 Stunden
Ethnomusikologie

PD Dr.phil. Hansueli F. Etter
3 Stunden
Physische Anthropologie

Dr.phil. Urs Fazis
2 Stunden
Sozialwissenschaftliche Methoden-
lehre und soziologische Theorie

Dr.phil. Frank Fehrenbach
2 Stunden
Kunstgeschichte

lic.phil. Pierre Felder
2 Stunden
Fachdidaktik Geschichte
(Mittellehrerausbildung)

lic.phil. Pierre Felder
2 Stunden
Fachdidaktik Geschichte
(Oberlehreramt)

PD Dr.phil. Rita Franceschini
2 Stunden
Italienische Sprachwissenschaft

PD Dr.phil. Rita Franceschini
2 Stunden
Soziolinguistik

PD Dr.phil. Gérald Froidevaux
2 Stunden
Franz. Landeskunde und Literatur im
Rahmen der Ausb. Aargauischer SLA

PD Dr.phil. Gérald Froidevaux
2 Stunden
Französisch im Rahmen der
Ausbildung für Sekundarstufen I -
Lehrkräfte

Prof.Dr.phil. Wolfram Malte Fues 1,5 Stunden Mittellehrer Nebenfach Deutsch	Dr.des. Monika Gsell 3 Stunden Ältere Literaturwissenschaft	Dr.phil. Ernst Hermann 2 Stunden Einführung in das klinische Interview
Prof.Dr.phil. Wolfram Malte Fues 2 Stunden Analyse von Texten der Deutschen Lit. in lit.-wiss. & fachdidakt. Kooperation	lic.phil. Stephanie Guerra 2 Stunden Französisch	lic.phil. Martin Heule 1 Stunde Radiojournalismus in der Praxis
Aldo Gardini 1 Stunde Radiojournalismus in der Praxis	PD Dr.phil. Martin A. Guggisberg 2 Stunden Klassische Archäologie	lic.phil. M. Letizia Heyer-Boscardin 2 Stunden Geschichte des Mittelalters (Ausbildungsgang ML/SLA)
lic.phil. Claude Gauthier 4 Stunden Fachdidaktik des Französischen	Markus Gutmann 2 Stunden Lateinische Sprachübungen	Dr.phil. Brigitte Hilmer 2 Stunden Philosophie
PD Dr.phil. Thomas Michael Gehring 3 Stunden Klinische Psychologie	Dr.phil. Peter Gutzwiller 2 Stunden Klinische Aspekte der Schulpsychologie	Dr.phil. Olivia Hochstrasser 2 Stunden Geschichte der Frühen Neuzeit
Dr.phil. Georg Geiger 2 Stunden Umweltethik	lic.phil. Christine Haag 2 Stunden Deutsche Philologie	Dr.phil. Lorenz Hofer 2 Stunden Deutsche Sprachwissenschaft
PD Dr.phil. Urs Gerhard 2 Stunden Spezialgebiete der Klinischen Psychologie	PD Dr.phil. Mark Häberlein 2 Stunden Allgemeine neuere Geschichte	Agnes Hofmüller-Schenck 6 Stunden Sprecherziehung
Dr.phil. Elisabeth Goslicka Belinzev 5 Stunden Russische Sprache	Prof.Dr.phil. Ursula Hackl 2 Stunden Alte Geschichte	Dr.phil. Christine Holliger 1 Stunde Skandinavische Literatur der Zwischenkriegszeit
Dr.phil. Elisabeth Goslicka Belinzev 2 Stunden Didaktik des Russischen	Dr.phil. Peter Haenger 2 Stunden Geschichte Schwarzafrikas	Dr.des. Dieter Holstein 2 Stunden Bronzezeitliche und hallstattzeitliche Keramik
Dr.phil. Anton Alois Gössi 2 Stunden Historische Hilfswissenschaften	Dr. Byung-Chul Han 2 Stunden Philosophie	Dr. Dieter Holz 6 Stunden Geisteswissenschaftliche Anwendungen der Informatik
Thierry Greub 2 Stunden Kunstgeschichte	lic.phil. Erika Hebeisen 2 Stunden Neuere allgemeine Geschichte	M.A. Kathrin Hönig 2 Stunden Philosophie
Dr. Martin Greve 2 Stunden Ethnomusikologie	Dr.phil. Helga Hediger-Schreiber 6 Stunden Spanische Sprache	PD Dr.phil. Richard Hoppe-Sailer 2 Stunden Kunstgeschichte
PD Dr.phil. Alexander Grob 2 Stunden Vorschul- und Schuldiagnostik, einschliesslich testtheoretische Grundlagen	Dr. Ulrich Heid 2 Stunden Corpusbasierte Methoden in der Sprachverarbeitung	Prof.Dr.phil. András Horn 2 Stunden Sprache und Kultur Ungarns
PD Dr.phil. Valentin Groebner 2 Stunden Geschichte des Mittelalters	Daniela Heimberg 2 Stunden Klinische Psychologie	Max Hürlimann-Cueni 2 Stunden Fachdidaktik Deutsch für Studierende des Sekundarlehramts
Dr.phil. Christoph Grolimund 2 Stunden Deutsche Sprachwissenschaft	Dr. Urs Hengartner 2 Stunden Informatik	Prof.Dr.phil. Stefanie Jacomet 2 Stunden Klassische Archäologie
	Dr.phil. Silvia Henke 4 Stunden Neuere deutsche Literaturwissenschaft	

Dr.des. Othmar Jaeggi 2 Stunden Klassische Archäologie	lic.phil., M.Sc. Lucy Koechlin 2 Stunden Soziologie	Prof.Dr.phil. Andreas Lötscher 2 Stunden Deutsch für Mittellehrer (3. Fach)
Dr.phil. Aleksandar Jakir 2 Stunden Geschichte Osteuropas	PD Dr.phil. Jens-Uwe Krause 2 Stunden Alte Geschichte	Prof.Dr.phil. Andreas Lötscher 2 Stunden Deutsch im Rahmen der Weiterbildungskurse für angehende Orientierungsstufen-Lehrer und -Lehrerinnen
PD Dr. Karl Jansen-Winkeln 7 Stunden Ägyptologie	PD Dr.phil Rolf Krauss 7 Stunden Ägyptologie	Dr.phil. Marianne Ludwig 2 Stunden Didaktik des Faches Deutsch
M.A. Paul Jenkins 2 Stunden Afrikanische Geschichte	PD Dr.phil. Anna Kretschmer 4 Stunden Slavische Sprachwissenschaft	Dr.phil. Marianne Ludwig 2 Stunden Didaktik Deutsch für LehrerInnen der Sekundarstufe II
Dr.phil. Hanna Jenni 2 Stunden Ägyptologie	Dr.phil. Marco Kunz 2 Stunden Iberoromanische Philologie	Dr.phil. Barbara Lüem 2 Stunden Ethnologie
lic.phil. Elisabeth Joris 2 Stunden Schweizergeschichte	Dr.phil. Marco Kunz 1 Stunde Iberoromanische Philologie	Dr.phil. Barbara Lüem 2 Stunden Kulturelle Wahrnehmung
lic.phil. Anja Iris Kalinowski 2 Stunden Kunstgeschichte	Dr.phil. Marco Kunz 2 Stunden Iberoromanische Literaturwissenschaft	PD Dr.phil. Ueli Mäder 2 Stunden Entwicklungssoziologie
lic.phil. Monica Kalt 2 Stunden Neuere Geschichte des 20. Jahrhunderts	PD Dr.phil. Stephan Kux 2 Stunden GASP, die äussere Sicherheit der EU	lic.phil. Elisabeth Maeder-Külling 2 Stunden Slavische Literaturwissenschaft
Dr.phil. Verena Keck 2 Stunden Ethnologie	lic.phil. Lukas Labhart 2 Stunden Neuere deutsche Literaturwissenschaft	Dr.phil. Laura Maggi Notarangelo 2 Stunden Italienische Sprache + Lektüre
PD Dr. Bernhard Kelle 2 Stunden Englische Philologie	lic.phil. Urs Lauer-Peter 4 Stunden Englische Fachdidaktik	Prof.Dr.phil. Christian Mair 2 Stunden Englische Philologie
Dr.phil.des. Martin Kirnbauer 2 Stunden Ältere Musikgeschichte	lic.phil. Thomas Lehmann 2 Stunden Betreuung von Video-Projekten	Dr.phil. Markus Marti-Cimitro 4 Stunden Culture/Civilization
lic.phil. Danièle Klapproth 2 Stunden Englische Philologie	Prof.Dr.rer.pol. Klaus M. Leisinger 2 Stunden Entwicklungssoziologie	PD Dr.phil. Max Martin 2 Stunden Tracht und Bewaffnung der Franken und Alamannen (5. – 7. Jh.)
Dipl.Psych. Albrecht Klär 2 Stunden Klinische Psychologie	lic.phil. Katrin Leuch-Bartels 2 Stunden Ur- und Frühgeschichte	PD Dr.phil. Max Martin 2 Stunden Jüngere Ur- und Frühgeschichte
Dr.phil. Eduard Klee-Gross 2 Stunden Chronologie und Regionalität des Neolithikums Mittel- und Westeuropas zw. 5000 & 2000 v.Chr.	lic.phil. Petra Leuenberger 2 Stunden Deutsche Sprachwissenschaft	PD Dr. Christoph Marx 2 Stunden Geschichte des südlichen Afrikas
Michael Koechlin 1 Stunde Radiojournalismus	lic.phil. Sebastian Leutert 2 Stunden Geschichte der Frühen Neuzeit	lic.phil. Inés Mateos 2 Stunden Ältere Literaturwissenschaft
	PD Dr.phil. Bernd Wolfgang Lindemann 2 Stunden Kunstgeschichte	

Dr.phil. Philippe Maurer 2 Stunden Iberoromanische Philologie	Dr.phil. Silvia Naef 1 Stunde Islamwissenschaft	Dr.des. Markus Peter 2 Stunden Klassische Archäologie
Anne Mayor 2 Stunden Geschichte Schwarzafrikas	Fil.mag. Karin Naumann-Magnusson 4 Stunden Schwedisch	dipl.psych., dipl.päd. Sabine Peucker 3 Stunden Einführung in die empirischen Forschungsmethoden
Dr. Werner Meier 2 Stunden Kommunikations- und Medienwissenschaft	Prof.Dr.phil. Peter Nenniger 4 Stunden Pädagogik	Dr.phil. Geneviève Pichon 1 Stunde Französische Literatur vom Mittelalter bis zur Klassik
Dr.phil. Stefan Meineke 2 Stunden Neuere allgemeine Geschichte	Prof.Dr.phil. Volker Nölle 3 Stunden Deutsche Philologie	lic.phil. Gudrun Piller 2 Stunden Geschichte der Frühen Neuzeit
Johanna Miecznikowski-Fünfschilling 2 Stunden Proséminaire I	Dr.phil.des. René Nünlist 6 Stunden Griechische Elementarkurse	Dr.phil. Rolf Plötzner 3 Stunden Allgemeine Psychologie
Johanna Miecznikowski-Fünfschilling 2 Stunden Proséminaire I: Travaux pratiques (en relation avec le cours d'introduction)	Dr. Tony O'Brien Johnson 2 Stunden Englische Philologie	Dott. Anna Laura Puliafito Bleuel 2 Stunden Italienische Literaturwissenschaft
lic.phil. Youssef Mogtader 2 Stunden Persische Sprache	dipl.Ing.ETH Jakob Obrecht 1 Stunde Mittelalterarchäologie	Dott. Anna Laura Puliafito Bleuel 1 Stunde Italienische Sprachausbildung
lic.phil. Youssef Mogtader 1 Stunde Persische Sprache	Dr. Brigit Obrist Van Eeuwijk 2 Stunden Ethnologie	Dr.des. Jean-Jacques Queloz 4 Stunden Französisch im Rahmen der Ausbildung für Sekundarstufen I - Lehrkräfte
Dr.phil. Lorenza Mondada 4 Stunden Französische Sprachwissenschaft	Dr.phil. Bernhard Oeschger 2 Stunden Volkskunde	mag.phil. Marina Radielovic-Raffaelli 4 Stunden Kroatisch-Serbisch (Südslavisch)
Dr.phil. Andreas U. Monsch 2 Stunden Neuropsychologie	Monserrat Ollé 2 Stunden Katalanisch	Prof.Dr. Ulrich Rebstock 2 Stunden Islamwissenschaft
Dr.phil. Vinzenz Morger 2 Stunden Implizite Gedächtnisphänomene	Prof. Dr. Klaus Opwis 8 Stunden Psychologie	Dr.phil. Hansjörg Reinau 2 Stunden Studienbegleitende Fachdidaktik in Latein
Dr.phil. Dominique Muller 2 Stunden Historische Satzlehre	Dr.phil. Lilli PapaloÓzos 6 Stunden Französische Sprache	PD Dr. Uwe Reyle 2 Stunden Seminar Computerlinguistik
lic.phil. Catherine Müller 2 Stunden Soziologie	Dr.phil. Lilli PapaloÓzos 2 Stunden Französisch im Rahmen der Ausbildung für Sekundarstufen I - Lehrkräfte	Dr.phil. Lukas Richterich 2 Stunden Klinische Psychologie/Methoden der Psychotherapie
PD Dr.phil. Felix Müller 2 Stunden Provinzialrömische Archäologie	Dr.phil. Lilli PapaloÓzos 1 Stunde Franz. Sprachwiss. im Rahmen der Aargauischen Sekundarlehrantausbildung	Prof.Dr.phil. German Ritz 2 Stunden Slavische Literaturwissenschaft
lic.phil. Katharina Müller 2 Stunden Französische Sprachwissenschaft	Dr.phil. Simona Pekarek 4 Stunden Proséminaire I/Séminaire II	Dr.phil. Lilo Roost Vischer 2 Stunden Ethnologie
M.A. Klaus Müller-Wille 2 Stunden Skandinavische Literaturwissenschaft		

Prof.Dr. Lyndal Anne Roper
2 Stunden
Neuere allgemeine Geschichte

M.A., lic.phil. Manuela Rossini
4 Stunden
Englische Literatur

lic.phil. Detlef Roth
3 Stunden
Ältere deutsche Literaturwissenschaft

Dr.phil. Olga Rubitschon
2 Stunden
Philosophische Anthropologie

Dr.phil. Monica Rüthers Mahler
2 Stunden
Geschichte Osteuropas

Dr.phil. Shirin Sanati-Müller
3 Stunden
Persische Sprache

PD Dr.phil. Yvette Sánchez Erb
1 Stunde
Iberoromanische Philologie

PD Dr.phil. Yvette Sánchez Erb
4 Stunden
Iberoromanische Philologie

Dr.phil. Reinhard Sängler
2 Stunden
Kunstgeschichte

Francisco Javier Santa Eugenia
2 Stunden
Italienische Literaturwissenschaft

Dr.phil. Philipp Sarasin
2 Stunden
Geschichte des 19. und
20. Jahrhunderts

lic.phil. Victor Saudan
2 Stunden
Französisch im Rahmen des
Ausbildungsganges ML (3. Fach)

lic.phil. Victor Saudan
2 Stunden
Französische Sprache (ORAL 1)

lic.phil. Victor Saudan
2 Stunden
Französische Sprache
(ORAL 2)

lic.phil. Victor Saudan
2 Stunden
Franz. Sprachwiss. im Rahmen
der Ausbildung für Sekundarstufen I -
Lehrkräfte

lic.phil. Victor Saudan
2 Stunden
Franz. Sprachwiss. im Rahmen
der Aargauischen
Sekundarlehrerbildung

Dr.phil. Sabina Schaffner
Baumgartner
4 Stunden
Polnisch (Westslavisch)

lic.phil. Therese Schaltenbrand Felber
2 Stunden
Volkskunde, Volkskundliche
Museumsarbeit

M.A. Carmen Scheide
2 Stunden
Geschichte Osteuropas

Dr.phil. Guillaume Schiltz
2 Stunden
Englische Philologie

Dr.phil. André Schluchter
2 Stunden
Schweizergeschichte

Prof.Dr.iur. Gerhard Schmid
2 Stunden
Rechtssoziologie und politische
Soziologie

Prof.Dr.iur. Gerhard Schmid
1 Stunde
Kommunikations- und
Medienwissenschaften: Medienrecht

PD Dr.phil. Beatrice Schmid
8 Stunden
Iberoromanische Philologie

lic.phil. Bernhard Schmid
2 Stunden
Allgemeine Soziologie

PDDr.phil. Ulrich Schmid
2 Stunden
Slavische Literaturwissenschaft

lic.phil. Brigitte Schnegg
2 Stunden
Schweizergeschichte

Dr.phil. Thomas Schneider
2 Stunden
Ägyptologie

Daniel Schniepper
2 Stunden
Fachdidaktik Französisch

Dipl.-Psych. Elisabeth Schramm
2 Stunden
Klinische Psychologie

Prof.Dr.phil. Klaus Schrape
4 Stunden
Kommunikations- und
Medienwissenschaft

Dr.phil. Gudrun Schubert-Bruckbach
2 Stunden
Islamwissenschaft

Dr.phil. Benno Schubiger
2 Stunden
Kunstgeschichte

Dr.phil. Caty Schucany
1 Stunde
Die städtischen Siedlungen der
römischen Schweiz

lic.phil. Philippe Schweighauser
2 Stunden
Englische Philologie

Dr.phil. Annemarie Seiler-Baldinger
2 Stunden
Ethnotechnologie

Ph.D. Andrew Shields
1 Stunde
Englische Philologie

Ph.D. Andrew Shields
10 Stunden
Englische Sprache

Ph.D. Andrew Shields
2 Stunden
Englische Sprache

Dr.phil. Hansmartin Siegrist
2 Stunden
Kommunikations- und
Medienwissenschaft (Film)

Monika Simon
2 Stunden
Proséminaire II: Littérature du Moyen
Age et de la Renaissance

Dr.phil. Katharina Simon-Muscheid
2 Stunden
Geschichte des Mittelalters

cand.mag. Irene Simonsen
3 Stunden
Dänisch

Dr.phil.des. Ursula Sinnreich
2 Stunden
Kunstgeschichte

Paul Skandera
2 Stunden
Englische Philologie

lic.phil. Carine Skupien Dekens 2 Stunden Historische Französische Sprachwissenschaft	PD Dr.phil. Urs Thurnherr 2 Stunden Philosophie	M.A. Frauke Volkland 2 Stunden Neuere allgemeine Geschichte
lic.phil. Simona Slanicka 2 Stunden Geschichte des Mittelalters	lic.phil. Beatrice Tobler 2 Stunden Volkskunde	Prof.Dr. Stephan Von Huene 2 Stunden Geschichte (Innovationsmethoden)
Prof.Dr. David Spurr 2 Stunden Englische Literatur	Prof.Dr.phil. Andreas Tönnemann 2 Stunden Kunstgeschichte	Dr.phil. Stefan Wahl 3 Stunden Einführung in empirische Forschungsmethoden
Dr.phil. Astrid Starck 1 Stunde Jiddisch	Prof.Dr.phil. Egil Törnqvist 1 Stunde Skandinavisches Drama und Film	PD Dr.phil. Christine Walde 2 Stunden Lateinische Philologie
Prof.Dr. Martin Steinmann 1 Stunde Historische Hilfswissenschaften	lic.phil. Inger Torriani-Stornaes 3 Stunden Norwegisch	PD Dr.phil. Christine Walde 1 Stunde Lateinische Philologie (kursorische Lektüre)
Dr. phil. des. Nigel Anthony Stephenson 2 Stunden Ethnologie	Dr.phil Christof Traber 2 Stunden Computerlinguistik	lic.phil. Walter Wandeler 10 Stunden Lateinische Elementarkurse
Dr.phil. Martin Stingelin 4 Stunden Neuere deutsche Literaturwissenschaft	Balz Trümpy 2 Stunden Elementare Musiklehre	Dr.phil. Florence Weiss 2 Stunden Ethnologie
Magdalene Stoevesandt 6 Stunden Griechische Elementarkurse	Dr.des.phil. Cornelia Tschichold 3 Stunden Englische Philologie	Dr.phil. Uwe Justus Wenzel 2 Stunden Philosophie
Prof.Dr.phil. Victor I. Stoichita 2 Stunden Kunstgeschichte	Dr.phil. Clive Upton 2 Stunden Englische Philologie	Dr.phil. André B. Wiese 2 Stunden Ägyptologie
PD Dr. Heinz-Martin Süss 3 Stunden Klinische Psychologie (Vorlesung + Proseminar)	dipl.theol. Adelbrecht van der Zanden 2 Stunden Niederländische Sprache und Kultur	M.A. Jörg Wiesel 2 Stunden Neuere deutsche Literaturwissenschaft
Dr. Pius Ten Hacken 2 Stunden Allgemeine Sprachwissenschaft	dipl.theol. Adelbrecht van der Zanden 1 Stunde Niederländische Sprache und Kultur	Dr.phil. Joseph Willimann 2 Stunden Musikgeschichte (insbesondere Renaissance)
Dr. Pius Ten Hacken 6 Stunden Geisteswissenschaftliche Anwendungen der Informatik	Prof.Dr.phil. André Vanoncini 2 Stunden Französisch im Rahmen der Ausbildung f. Sek'stufen I - Lehrkräfte	Dr.phil. Joseph Willimann 2 Stunden Musikgeschichte
Dr. Pius Ten Hacken 2 Stunden Computerlinguistik II	Prof.Dr.phil. André Vanoncini 4 Stunden Französisch als 3. Fach für ML	lic.phil. Monika Winet 2 Stunden Islamwissenschaft
lic.phil. Cornelia Teuber Fink 2 Stunden Spanische Sprache	PD Dr.phil. Edzard Visser 2 Stunden Griechische Philologie	lic.phil. Monika Winet 2 Stunden Arabisch
lic.phil. Christina Thurner 4 Stunden Neuere deutsche Literaturwissenschaft	PD Dr.phil. Matthias Vogel 2 Stunden Kunstgeschichte	Prof.Dr.phil. Albert Wirtz 2 Stunden Geschichte des südlichen Afrikas
	Dr.phil.des. Claus Volkenandt 2 Stunden Kunstgeschichte	

**Philosophisch-
Naturwissenschaftliche Fakultät**

Roland Wittwer	2 Stunden	Philosophie
Dr.phil. Heidi Witzig	2 Stunden	Neuere allgemeine Geschichte
Dr.phil. Marion Wohlleben	2 Stunden	Kunstgeschichte
PD Dr.phil. Renate Würsch	2 Stunden	Islamwissenschaft
Prof.Dr.phil. Bernhard Zimmermann	2 Stunden	Klassische Philologie
Prof.Dr.phil. Bernhard Zimmermann	2 Stunden	Lateinische Philologie
Dr.des.phil. Heidi Zimmermann	2 Stunden	Neuere Musikgeschichte
Dr.phil. Andrea Zink	2 Stunden	Slavische Literaturwissenschaft
Dr.phil. Josef Zwicker	2 Stunden	Historische Hilfswissenschaften der Neuzeit

dipl.math. Thomas Ahrend	2 Stunden	Didaktik der Mathematik für die Sekundarstufe II
Dr.phil. Paul Andermatt	1 Stunde	Chemie-Didaktik für Mittel- und Oberlehrer
PD Dr.phil. Hermann Bartels	1 Stunde	Grundlagen der klinisch-chemischen Analyse (einschl. Praktikum)
Prof.Dr.phil. Bruno Betschart	2 Stunden	Molekulare Parasitologie
Dr.phil. Roland Bono	2 Stunden	Regionaler Bodenschutz
Dr.nat. techn. Mario F. Broggi	1 Stunde	Ansätze einer nachhaltigen Landschaftsentwicklung
Prof.Dr.phil. Bruno Bruderer	2 Stunden	Biologie der Vögel
Prof.Dr.phil. Bruno Bruderer	1 Stunde	Phylogenie, Morphologie und Funktion der Tiere (und Praktikum)
PD Dr.phil. Reto Brun	2 Stunden	In-Vitro-Kultivation, Kryopräservation und Medizinische Parasitologie
Prof.Dr.med. Rudolf Bruppacher	1 Stunde	Sozial- und Präventivmedizin (einschliesslich Ernährung und Diätetik)
Dr.sc.nat. Daniel Burckhardt	1 Stunde	Entomologische Grundlagen für den Naturschutz
Prof.Dr. Arjeh Cohen	6 Stunden	Groups and Geometry
Dr.rer.nat.habil. Ansgar Denner	2 Stunden	Theorie der Elementarteilchen für Anfänger
Prof.Dr. Peter Duelli	2 Stunden	Faunistik

Dr.phil. Markus Dürrenberger	4 Stunden	Licht- und Elektronenmikroskopie
PD Dr.rer.nat. Thomas Egli	2 Stunden	Mikrobielle Züchtungstechniken
Dr.med. Monika Eichholzer	1 Stunde	Ernährungslehre und Diätetik für Pharmazeuten
Prof.Dr.phil. Urs Eppenberger	1 Stunde	Tumorbiologie
PD Dr.phil. Andreas Erhardt	2 Stunden	Biologie gefährdeter Biozönosen
dipl.geogr. Etienne Evéquoz	1 Stunde	Ökologischer Ausgleich im Siedlungsraum
PD Dr.rer.nat. Alfred Fahr	2 Stunden	Mathematik für Studierende der Pharmazie
PD Dr.rer.nat. Nikolaus Froitzheim	3 Stunden	Kartenlesen und Profilzeichnen
Dr.phil. Barbara Garberson-Schmid	4 Stunden	Mathematik für die Sekundarstufe I
Dr.phil. Michèle Glasstetter Reutimann	1 Stunde	Der Boden als Ökosystem
Dr.phil. Michèle Glasstetter Reutimann	1 Stunde	Natur- und Landschaftsschutzaspekte des Litorals
Dr.rer.nat. Dirk Graudenz	2 Stunden	Einführung in die relativistische Quantenfeldtheorie
Dr.rer.nat. Dirk Graudenz	2 Stunden	Theoretische Physik
Prof.Dr.phil. Theodor W. Guentert	2 Stunden	Biopharmazie, einschliesslich Übungen

	Vergleichende funkt. Zellanatomie und Medizinische Parasitologie	Prof.Dr.rer.nat. Barbara Hohn 2 Stunden Botanik
Prof.Dr.phil. Theodor W. Guentert 2 Stunden Analytische Pharmazeutische Chemie und Metabolismus von Arzneistoffen		
Dr.phil. Arnold Gurtner 2 Stunden Internationaler Gewässerschutz	Dr.phil. Johannes Heeb 2 Stunden Grundlagen der naturräumlichen Gliederung	Dr.phil Martin Huber 1 Stunde Raumplanung
Dr.phil. Rudolf Haberthür 1 Stunde Versicherungswissenschaftliches Seminar	Dr.phil. Johannes Heeb 1 Stunde Raumplanung und Naturschutz	PD Dr.phil.nat. Peter Huber 1 Stunde Grundlagen der klinisch-chemischen Analyse einschliesslich Praktikum
Dr.phil. Rudolf Haberthür 2 Stunden Versicherungslehre	Dr.phil. Johannes Heeb 1 Stunde Umweltnutzung und Erhaltung natürlicher Ressourcen	PD Dr.sc.nat. Peter Huggenberger 2 Stunden Umweltgeologie und Geotechnik
PD Dr.phil. Alfons Hädener 3 Stunden Pharmazeutische Chemie	Dr.phil. Johannes Heeb 2 Stunden Systemdynamik	Dr.med.vet. Willi Hunziker 1 Stunde Biochemie für Pharmazeuten mit Demonstrationen
PD Dr.phil. Alfons Hädener 1 Stunde Biochemie für Pharmazeuten	Dr.phil. Johannes Heeb 1 Stunde Systemdynamik, Modellbildung und Simulation in der Geographie	Dr. Niggi Iberg 1 Stunde Biochemie für Pharmazeuten
PD Dr.phil. Alfons Hädener 4 Stunden Praktika Pharmazeutische Chemie	Dr.phil. Johannes Heeb 2 Stunden Humangeographische Aspekte der angewandten Umweltsarbeit	Prof.Dr.phil. Leo Jenni 1 Stunde Phylogenie, Morphologie und Funktion der Tiere (und Praktikum)
PD Dr.phil. Alfons Hädener 2 Stunden Ausgewählte Kapitel der Proteinchemie	Dr.phil. Walter Heer 1 Stunde Chemie-Didaktik für Mittel- und Oberlehrer	PD Dr.sc.nat. Peter G. Jordan 2 Stunden Umweltgeologie und Geotechnik
PD Dr.med. Walter E. Haefeli 3 Stunden Arzneimittelanwendung und Sicherheit	Dr.phil. Hugo Heim 2 Stunden Geographische Fachdidaktik für Mittel- und Oberlehrkräfte	Dr. Paul Jordan 1 Stunde Interdisziplinäres Werkstattseminar Biostatistik
Dr.med. Alexander Haegeli 1 Stunde Pharmakotherapie einfacher Krankheitsbilder und Symptome	Dr.phil. Thomas A. Heim 2 Stunden Proseminar für Theoretische Physik	Dr.phil. Hans Kappus 2 Stunden Mathematik für Lehrpersonen von Berufsmaturitätsklassen (Nachqualifikation)
Dr.phil. Ambros Hänggi 1 Stunde Taxonomie und Museen – vernachlässigte Grundpfeiler des Naturschutzes?	Dr.habil. Peter Heinzner 2 Stunden Holomorphe Transformationsgruppen	Dr.phil. Michael Kessler 1 Stunde Einführung in die Praktische Pharmazie mit Demonstrationen
PD Dr.phil. Rudolf Häny 3 Stunden Magmatische Petrologie und Isotopengeochemie	Dr.phil. Kai Hencken 2 Stunden Proseminar für Theoretische Physik	Dr. Andres Klein 1 Stunde „Erfolg beim Verhandeln“: Einführung in das Harvard-Konzept
dipl.biol. Kathrin Hartmann Walter 2 Stunden Faunistik	Dr.sc.nat. Kurt Hersberger 1 Stunde Einführung in die Praktische Pharmazie mit Demonstrationen	Prof.Dr. Nancy Knowlton 1 Stunde The evolution of ecological relationship
Prof.Dr.phil. Hermann Hecker 2 Stunden Vergleichende funkt. Zellanatomie und Medizinische Parasitologie	PD Dr.phil. Wolfgang Hoffelner 2 Stunden Umwelttechnik	Dr.sc.math.ETH Marie-Thérèse
	Prof.Dr.rer.nat. Barbara Hohn	

Kohler 2 Stunden Versicherungslehre	2 Stunden Allgemeine Geographie der Entwicklungsländer	
Dr. Edwin Kolbe 2 Stunden Proseminar für Theoretische Physik	dipl.geogr. Hella Marti-Kühnen 2 Stunden Kartographie als interdisziplinäre Raumdarstellungsmethode	Dr. Jürg Oetiker 3 Stunden Pflanzenphysiologie und Pflanzenmolekularbiologie
Dr.phil. Bruno Koller 4 Stunden Versicherungslehre	Dr.rer.nat. Heino Meessen 2 Stunden Umweltschutz in Osteuropa	Dr.phil. Dieter Opferkuch 2 Stunden Geographische Fachdidaktik II (für OberlehrerInnen)
Dr.phil. Bruno Koller 1 Stunde Versicherungswissenschaftliches Seminar	Prof.Dr.sc.nat. Beat Meier 1 Stunde Biochemie (Pharmazeutische Phytochemie)	dipl.Arch ETH Rolf M. Plattner 2 Stunden Stadtentwicklung/MGU
Prof.Dr. Bertram Kostant 6 Stunden Groups and Geometry	PD Dr.phil. Wolfgang P. Meier 2 Stunden Physikalische Chemie	dipl.Arch ETH Rolf M. Plattner 1 Stunde Einführung in die Raum- und Stadtplanung
PD Dr. Frauke Kraas 1 Stunde Atlas GIS	Prof.Dr.rer.nat. Georg Friedrich Melchers 4 Stunden Immunologie	Dr.phil. Heinz Polivka 2 Stunden Geographische Exkursionsdidaktik
Dr.phil. Daniel Küry 1 Stunde Limnologie	PD Dr.phil.nat. Christian A. Meyer 4 Stunden Einführung in die Paläontologie	Dr. Marion Potschin 2 Stunden Umweltwahrnehmung
Dr.math. Frank Kutzschebauch 6 Stunden Algebra	PD Dr.phil.nat. Christian A. Meyer 4 Stunden Paläontologie (Historische Geologie)	Dr. Susanne Reber-Mueller 3 Stunden Phylogenie, Morphologie und Funktion der Tiere (und Praktikum)
Dr.phil. Edgar Lederer 3 Stunden Informatik	PD Dr.phil.nat. Christian A. Meyer 1 Stunde Einführung in die Erdwissenschaften	Dr.phil., dipl.biol. Christoph Rehmann-Sutter 4 Stunden Naturphilosophie und Bioethik
Dr.phil. Ruth U. Leu Marseiler 1 Stunde Statistik für Pharmazeuten	PD Dr.phil.nat. Christian A. Meyer 2 Stunden Paläontologie	Dr. Armin Rempfler 2 Stunden Geographische Exkursionsdidaktik
Dr.phil. Eric Lüdin 4 Stunden Angewandte Statistik für Naturwissenschaftler	PD Dr.pharm. Stefan Mühlebach 3 Stunden Spitalpharmazie	Dr. Silvia Rogers 1 Stunde Scientific and Technical English Writing
Prof.Dr.iur. Herbert Lüthy 1.5 Stunden Versicherungslehre	PD Dr.phil. Heinrich Mühry 2 Stunden Physik im Schulunterricht	Dr. Jürg Rohner 1 Stunde Recht und Politik: gestaltende Faktoren in Natur- und Landschaftsschutz
Prof.Dr.med. German A. Marbet 1 Stunde Grundlagen der klinisch-chemischen Analyse sowie Praktikum Klinische Chemie in Gruppen	PD Dr.phil. Heinrich Mühry 2 Stunden Physik für Lehrpersonen von Berufsmaturitätsklassen (Nachqualifikation)	Dr.phil. Josef Rohrer 1 Stunde Recht und Politik: gestaltende Faktoren in Natur- und Landschaftsschutz
Prof.Dr.phil. Rudolf L. Marr 2 Stunden Geographie der Entwicklungsländer und humangeographische Arbeitstechnik	Dr. Joachim Müller 3 Stunden Ökologische Biochemie der Pflanzen	PD Dr.phil. Werner Rudin 2 Stunden Strukturelle Parasitologie und Cytochemie
Prof.Dr.phil. Rudolf L. Marr	Dr.phil. Thomas Noack 2 Stunden Erstellung geologischer Karten mit dem GIS	

Hans-Peter Rusterholz
2 Stunden
Auswirkungen des Erholungsdruckes
auf stadtnahe Lebensräume

dipl.geogr. André Schenker
1 Stunde
Auenrenaturierung in der Praxis

Dr.phil. Balthasar J. Schmid
1 Stunde
Pharmazeutische Betriebslehre

Dr.phil. Heinz Schneider
2 Stunden
Systematik der Blütenpflanzen

Dr.phil. Heinz Schneider
1 Stunde
Visualisierung des Landschafts-
wandels mit bildverarbeitenden
Methoden

Dr.phil. André Scholer
2 Stunden
Grundlagen der klinisch-chemischen
Analyse, einschliesslich Praktikum

Prof.Dr.phil. Fritz H. Schweingruber
2 Stunden
Dendochronologie und
Holzanatomie

PD Dr.phil. David G. Senn
1 Stunde
Phylogenie, Morphologie und
Funktion der Tiere (und Praktikum)

PD Dr.phil. David G. Senn
2 Stunden
Humanbiologie und Genetik

PD Dr.phil. David G. Senn
4 Stunden
Wirbeltiermorphologie

Dr.sc.math. Robert Sinclair
3 Stunden
Informatik

Dr. Barbara Skorupinski
4 Stunden
Naturphilosophie und Bioethik

Prof.Dr. John Maynard Smith
1 Stunde
Evolution of Sex

Dr. Joan Spinanger Davis
1 Stunde
NLU Biologie

Dr. Erich Städler
1 Stunde
Physiologie und Verhalten
der Insekten

PD Dr.phil. Jürg Stöcklin
2 Stunden
Kryptogamenkunde

PD Dr.phil. Jürg Stöcklin
2 Stunden
Pflanzenanatomie und botanische
Exkursionen

Dr.phil. Klaus M. Stoeckel
1 Stunde
Pharmazeutische Chemie

PD Dr.phil. Peter Strazewski
6 Stunden
Organische Chemie

Dr.phil. Peter Studer
1 Stunde
Einführung in die Tiergartenbiologie

Dr. Evgeni Sukhorukov
2 Stunden
Proseminar für Theoretische Physik

PD Dr.phil.nat. Christian Surber
3 Stunden
Spitalpharmazie

Dr.phil. Thea Teutsch
2 Stunden
Biologie im Schulunterricht

Prof.Dr.rer.nat. Harry Thomas
3 Stunden
Mechanik

Prof.Dr.phil. Dirk Trautmann
5 Stunden
Theoretische Physik

PD Dr.phil. Johannes Han
Van de Waterbeemd
1 Stunde
Pharmazeutische Chemie

Dir. Salvatore Volante
1 Stunde
Pharma-Marketing

Prof.Dr.med. et phil. Harald
von Boehmer
2 Stunden
Immunologie

Dr. Pascale Vonmont-Bachmann
3 Stunden
Umweltwissenschaften

Dr.sc.math. Hans Walser
4 Stunden
Mathematik für die Sekundarstufe I

Dr.sc.math. Hans Walser
2 Stunden
Darstellende Geometrie

Darstellende Geometrie

Dr.phil. Kurt Wasmer-Ramer
2 Stunden
Landwirtschaft

Dr.phil. Darius Weber
1 Stunde
UVP (Umweltverträglichkeits-
prüfung) in der Praxis

Dr.med. Philipp Weiss
1 Stunde
Pharmakotherapie einfacher
Krankheitsbilder und Symptome
(einschliesslich Selbstmedikation)

Prof.Dr.phil. Niklaus Weiss
1 Stunde
Phylogenie, Morphologie und
Funktion der Tiere (und Praktikum)

Prof.Dr.phil. Niklaus Weiss
2 Stunden
Helminthologie und Medizinische
Parasitologie

lic.phil. Andreas Weissen
1 Stunde
Strategien und Mechanismen der
Umsetzung von Natur- und
Umweltschutzaspekten in der Praxis

Dr.habil. Jörg Winkelmann
2 Stunden
Komplexe Geometrie

Dr.phil. Roland Wormser
1 Stunde
Pharmazeutische Betriebslehre

Dr.ès.sc. Michel Wurtz
2 Stunden
Umwelttoxikologie

Dr. Tatjana Zeugin
1 Stunde
Pharmazie

Dr. phil. Samuel Zschokke
1 Stunde

Computersimulation in der Ökologie

**Wirtschaftswissenschaftliche
Fakultät**

Torsten Arnsfeld
3 Stunden
Buchhaltung und Kostenrechnung

Prof.Dr.phil. Christoph Baitsch
1 Stunde
Arbeits- und Organisationspsychologie

Prof. Udo Becker
2 Stunden
Verkehrsökonomie

Dr.rer.pol. Hansjörg Blöchliger
2 Stunden
Volkswirtschaftslehre für Juristinnen
und Juristen

Dr.rer.pol. Hanspeter Bolli
1 Stunde
Praxis der Kreditfinanzierung

PD Dr.rer.pol. Aymo Brunetti
4 Stunden
Wirtschaftspolitik

mag.et lic.rer.pol. Christoph Brutschin
1 Stunde
Bilanz- und Erfolgsrechnung

mag.oec. Erwin Caduff
2 Stunden
Rechnungswesen

Prof.Dr.oec.publ. René Capitelli
2 Stunden
Theorie der Finanzmärkte

Prof.Dr.rer.pol. Edgar Fluri
2 Stunden
Treuhand- und Revisionswesen

Dr.phil. Felix Frei
2 Stunden
Arbeits- und Betriebspsychologie

Dr.rer.pol. Rainer Füeg
3 Stunden
Organisationsberatung

Dr. Brigid Gavin
2 Stunden
Wirtschaftswissenschaften
(Europainstitut)

Prof.Dr.rer.pol. Stefan Gerlach
2 Stunden
Monetäre Aussenwirtschaft

Prof.Dr.rer.nat. Martin Glinz
2 Stunden
Einführung in Software Engineering

Dr.oec. Philipp Guyer
2 Stunden

Industrieökonomik

Dr.phil. Helga Hausmann Dietzsch
1 Stunde
Kommunikations- und Teamtraining

Dr. Carsten Hefeker
2 Stunden
Institutionenökonomik

Dr. Carsten Hefeker
3 Stunden
Internationale Politische Ökonomik

Prof.Dr.rer.pol. Erwin W. Heri
1 Stunde
Finanzmarktanalyse

Dr.des. Dirk Krampe
2 Stunden
Software-Entwicklung II

PD Dr.rer.pol. Roger M. Kunz
1 Stunde
Unternehmensfinanzierung

lic.rer.pol. August Lienin
2 Stunden
Wirtschafts- und Sozialstatistik

Dr.rer.pol. Michael Lister
2 Stunden
Bankbetriebslehre und Finance

Prof. Gerry Morris
4 Stunden
Communication and Network

Prof.Dr.rer.pol. Urs Müller
2 Stunden
Angewandte Test- und Prognosen-
Verfahren

Dr.rer.pol. Rudolf Rechsteiner
2 Stunden
Umweltpolitik

Prof.Dr.rer.pol. Helmut Reisen
2 Stunden
Blockseminar: Ersparnisbildung

Dr.rer.pol. Ignaz Rieser
2 Stunden
Informationsmanagement

Prof.Dr. Friedrich Rosenkranz
5 Stunden
Operations-Research und
quantitative Methoden der
Marktforschung

Dr.phil. Raymond Saner
2 Stunden
Verhandlungsführung

Prof.Dr.rer.pol. Stefan Schaltegger
2 Stunden

Prof.Dr.rer.pol. Stefan Schaltegger
3 Stunden
Ökologiegerechtes Management

Prof.Dr. Kurt Schiltknecht
2 Stunden
Schweizerische Geldpolitik

Dr.phil. Andreas Schubarth
2 Stunden
Mathematik für Ökonomen

Marc Schwarz
3 Stunden
Buchhaltung und Kostenrechnung

Prof.Dr.rer.pol. George Sheldon
2 Stunden
Angewandte Querschnitt-Verfahren

Prof.Dr.oec. Jürg H. Sommer
2 Stunden
Sozialpolitik

Dr.rer.pol. Andreas Spillmann
3 Stunden
Finanzwissenschaft I

Dr.rer.pol. Elke Staehelin-Witt
2 Stunden
Umweltökonomie

Prof.Dr. Peter Stolz
4 Stunden
Wirtschafts- und Dogmengeschichte

Dr.rer.pol. Andreas Sturm
3 Stunden
Ökologiegerechtes Management

dipl. Inform. Helmut Thoma
2 Stunden
Datenbanksysteme

dipl.Kffr. Tatjana-Janine Tollkühn
3 Stunden
Buchhaltung und Kostenrechnung

Prof.Dr.rer.nat. Helge Toutenburg
2 Stunden
Einführung in die Statistik und die
Methoden der empirischen
Sozialforschung für Geisteswissen-
schaftler

Prof.Dr.rer.pol. Dieter K. Tschudin
2 Stunden
Marktforschung

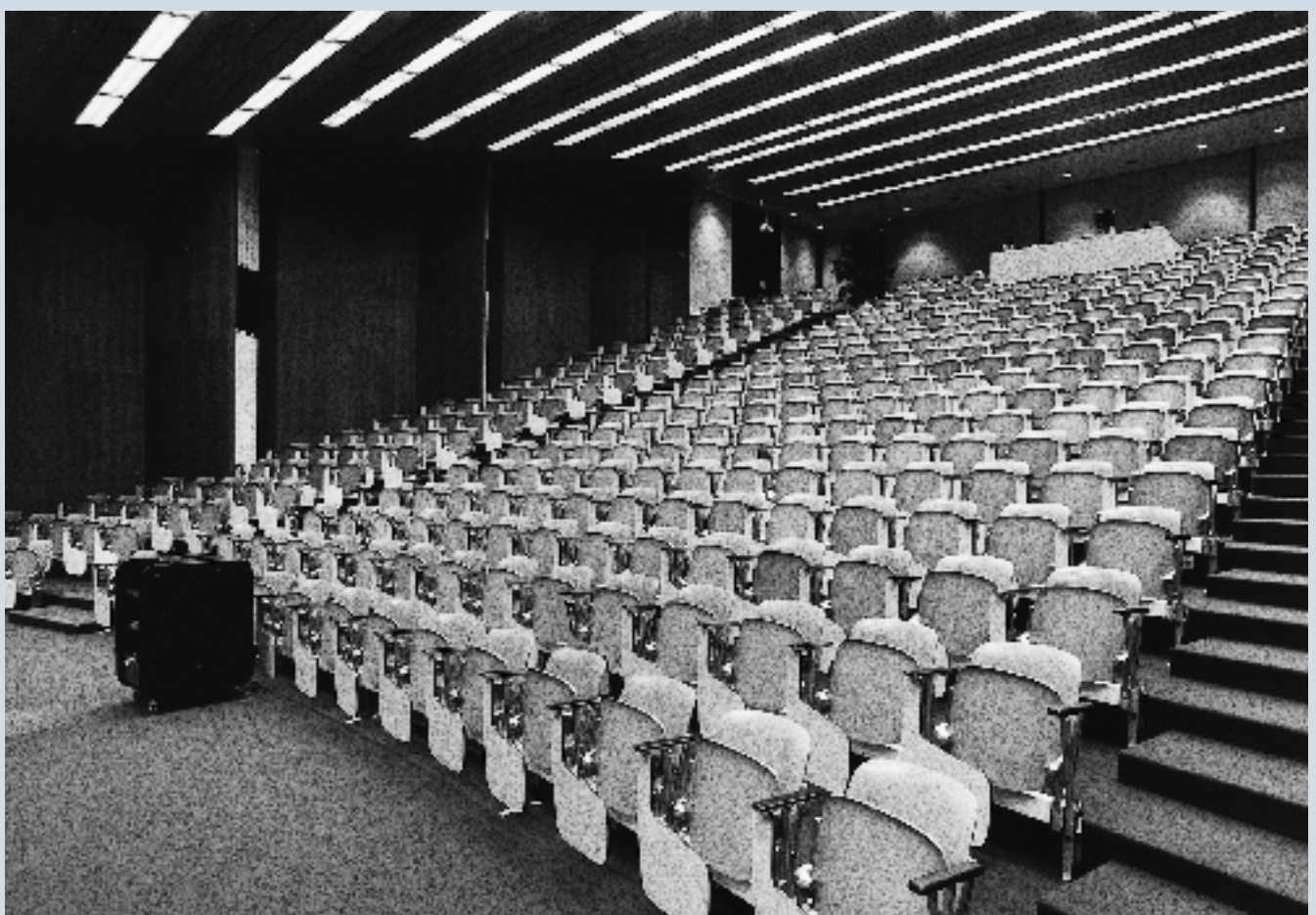
Prof.Dr. Emil Walter-Busch
2 Stunden
Organisationstheorie

Dr.rer.pol. Beatrice Weder di Mauro
5 Stunden
Makroökonomie

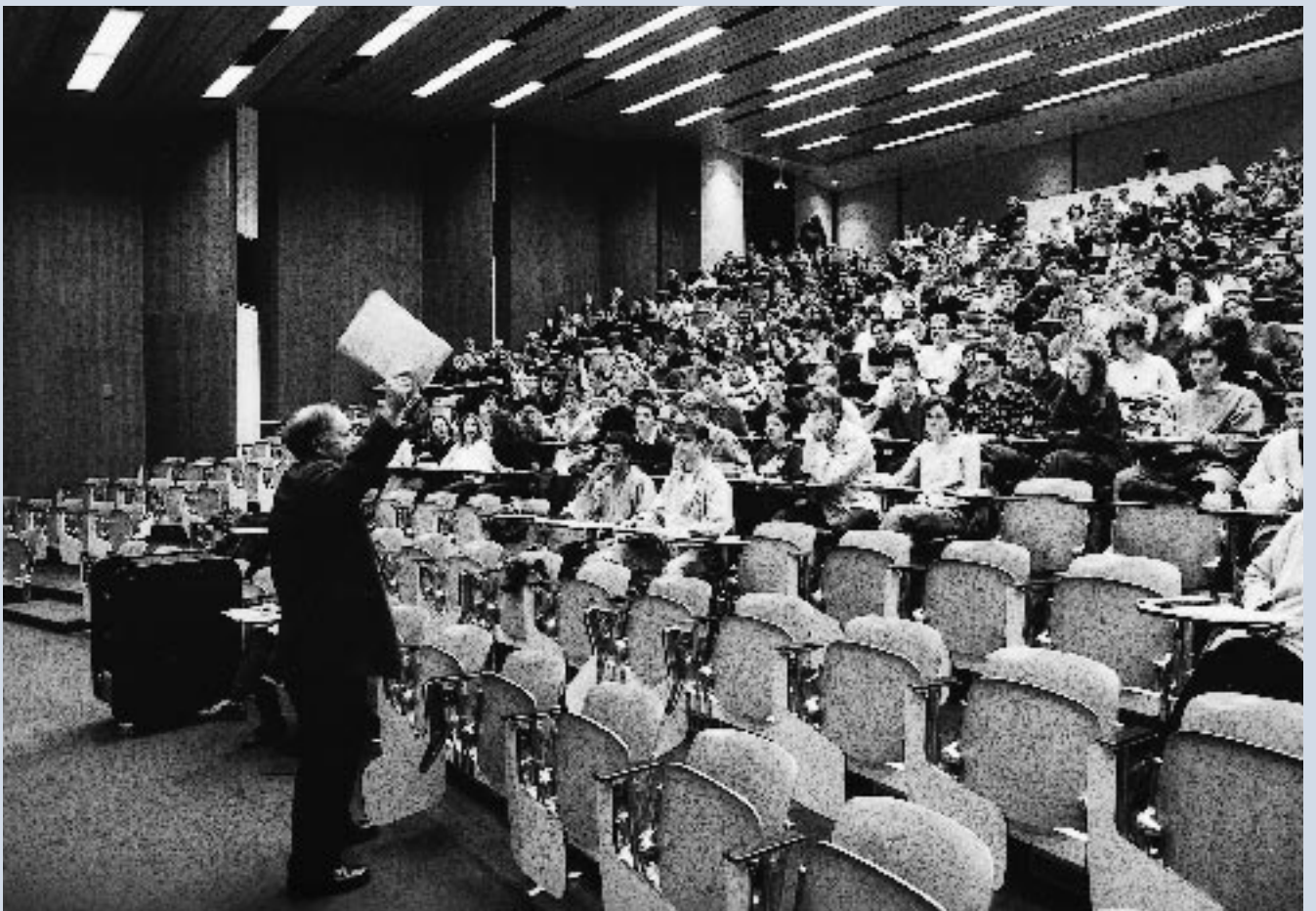
Dr.rer.pol. Beatrice Weder di Mauro
2 Stunden
Politische Ökonomie der Entwicklung

PD Dr.rer.pol. Arnd Wiedemann
2 Stunden
Bankbetriebslehre

Prof.Dr.rer.pol. Heinz Zimmermann
4 Stunden
Empirische Untersuchung
schweizerischer Finanzmärkte



Grosser Hörsaal im Zentrum für Lehre und Forschung



Vorlesung im 1. Jahreskurs Medizin

Studien- abschlüsse 1998

Theologische Fakultät	
Doktorate	3
Juristische Fakultät	
Doktorate	32
Lizentiate	154
Medizinische Fakultät	
Humanmedizin	
Doktorate	146
Philosophisch-Historische Fakultät	
Doktorate	32
Lizentiate	163
Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	
Doktorate	141
Lizentiate	126
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	
Doktorate	21
Lizentiate	104
Total Doktorate	375
Total Lizentiate	547
Total	922

Ehrenpromotionen der Fakultäten

Theologische Fakultät	
Dr. phil. Marga Bührig	aus Binningen
Juristische Fakultät	
Dr. iur. René Blattmann Bauer	aus Bolivien
Prof. Dr. iur., Dr. h.c. Peter Landau	aus Deutschland
Medizinische Fakultät	
Frau Susi Gaillard-Hofmann	von Adon /VS
Prof. Dr. med. A.K. Azad Khan	von Dhaka, Bangladesh
Philosophisch-Historische Fakultät	
Herr Heinrich Krämer, Autor und Verleger	
	aus Deutschland
Frau Mariella Mehr, Schriftstellerin	
	aus Lucignano (AR), Italien
Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	
Herr Jürgen Gebhard	
	von Basel
Herr Peter Grogg	
	von Thunstetten /BE

Theologische Fakultät

Name	Heimat
Doctores theologiae	
Altes Testament	
Ruszkowski Leszek	Polen
Kirchengeschichte	
Fluck Marlon Ronald	Brasilien
Ökumene- und Missionswissenschaft	
Weber Burkhard	Deutschland

Juristische Fakultät

Name	Heimat	Name	Heimat
Doctores Iuris Utriusque			
Albrecht Andreas Chr.	Basel	Dettwiler Emanuel	Basel und Langenbruck BL
Bauen Marc	Rüschegg BE	Di Benedetto Letizia	Basel
Büchler Grünseis Andrea	Schwellbrunn AR	Dillier Daniel	Magden AG
Corvini Ivo	Allschwil BL	Ebnöther Kathrin	Schübelbach SZ
Ernst René	Basel und Kölliken AG	Egli Edith	Nottwil LU und Sursee LU
Frank Daniel	Basel	Eichenberger Eva	Basel
Frey Melanie	Muri AG	Erken Emrah	Zug ZG
Friesecke Manuel	St. Gallen	Fauth Florence	Sion VS
Gerny Michael	Olten SO und Trimbach SO	Feinstein Simone	Zürich
Giger Claudio	Curaglia GR	Feuerstein Michael	Basel
Grisanti Luca	Breganzona TI	Fagnelli Giuseppe	Basel
Gysin Charlotte	Basel	Fringeli Rainer	Bärschwil SO
Haas Christian	Basel und Marbach LU	Gamba Marc	Laufen BL
Hellstern Markus	Rorschach SG	Gautschi Katharina	Reinach AG
Jabornigg Daniela V.	Wolfenschiessen NW	Gende Ana	Spanien
Krummenacher Reto	Escholzmatt LU	Ghiggi Carol	Brissago TI
Löliger Jean-Marc	Basel und Pratteln BL	Giovanoli Laurent	Lausanne VD und Soglio GR
Meier Andreas	Würenlingen AG	Gnehm Oliver	Basel
Meierhans Stefan	Griesenberg TG	Götz Claudia	Riehen BS und Zürich
Meyer Christoph	Küssnacht am Rigi SZ	Greiner Andrea	Basel
Meyer Lienhard	Muttenz BL	Grote Andrea	Basel
Ruckstuhl Niklaus	Affeltrangen TG	Gruberski Thomas	Basel
Schinzler Marc	Oberrieden ZH	Gygli Sabine	Basel und Utzenstorf BE
Schneider Laurenz	Basel und Lenzburg AG	Haiböck Jeannine	Gränichen AG
Schönenberger Beat	Kirchberg SG und Wuppenau TG	Hälgl Martin	Oberbüren SG
Steiner Adrian	Winterthur ZH	Hänggi Diana	Nunnigen SO
Steiner Olivier	Muttenz BL	Hartmann Christine	Liestal BL
Steiner Peter	Schänis-Dorf SG	Heer Anita	Basel
Straub Ralf Michael	Deutschland	Heer Elisabeth	Basel und Glarus GL
Suter Caroline	Glarus GL	Heinold Pascal	Basel
Weisskopf Poser Christine	Oberdorf BL	Held Carole	Bonfol JU
Wunder Kilian	Reinach BL	Héritier Patrick	Basel
Licentiati Iuris Utriusque		Hördegen Stephan	Bubendorf BL
Arroyo Manuel	Spanien	Huber Yvette	Reinach BL
Bader Andreas	Etziken SO	Hugenschmidt Crispin	Basel
Bahous Walter	Buckten BL	Illgen Manuela	Deutschland
Balscheit Philipp	Läufelfingen BL	Ito Andreas	Schaffhausen SH
Bangerter Simon	Lyss BE	James Philip	Basel
Bauer Olivier	Basel	Jelen Danna	Basel
Berger Pascal	Basel	Jenni Nathalie	Uetendorf BE
Bichsel Alain	Burgdorf BE und Sumiswald BE	Jobin Catherine	Les Bois JU
Birkhäuser Nicolas	Basel	Kesch Yves	Basel
Böckli Martin	Frauenfeld TG	Kiss Judit	Riehen BS
Bopp Lukas	Lupfig AG	Kohlermann Franziska	Sumiswald BE
Borner Sandra	Rickenbach SO	König Peer	Deutschland
Bossart Eliane	Sursee LU	Kronenberg Jérôme	Basel
Braun Robert	Basel	Kuster Richard	Basel
Burckhardt Martin	Basel	Laanio Riku	Arisdorf BL
Bütschli Verena	Oberbipp BE	Lachenmeier Judith	Basel
Cottier Michelle	Jaun FR	Lang Theodor	Binningen BL
Curmally Ayesha	Binningen BL	Lehmann Daniel	Basel
Dessemontet Carine	Gressy VD	Lifschitz Nadja	Basel
		Link Frank	Arlesheim BL
		Lopez Felix	Spanien
		Lüönd Kathrin	Schwyz SZ
		Lüscher Philipp	Basel
		Lüthy Moema	Basel
		Marbet Dominik	Riehen BS
		Maritz Daniel	Lostorf SO

Name	Heimat
Marti Thomas	Basel
Masche Andreas	Basel
Mathys Roland	Linden BE
Matter Eva	Pieterlen BE
Matter Stephanie	Basel
Mattmüller Georg	Basel
Maxl Gerd	Füllinsdorf BL
Meerwein Catherine	Basel
Meier Kristian	Deutschland
Meier Sonja	Entlebuch LU
Meneghin Martin	Basel
Messi Michela	Crogno TI
Metz André	Riehen BS
Möhr Dominique	Basel
Morant Marc	Oberbüren SG
Mösch Peter	Frick AG
Müller Tobias	Bottigen BE
Mund Claudia	Schmittlen FR
Nabholz Yanik	Basel
Naftaly Daniel	Binningen BL
Noll Andreas	Basel und Allschwil BL
Oeschger Michael	Basel
Peyer Daniel	Diessenhofen TG
Pilet Pascal	Rossinière VD
Plattner Gregor	Untervaz GR
Plouda Sybille	Ftan GR
Poggioli Luca	Italien
Progoulis Tanja	Oberwil BL
Reinacher Markus	Basel
Rohner Andres	Basel
Rohrer Beat	Sachslen OW
Rosch Daniel	Bonfol JU
Roth Franziska	Reigoldswil BL
Rüetschi David	Bern
Saboz Reto	Reinach BL und Mathon GR
Salathe Mischa	Seltisberg BL
Schäfer Michael	Basel und Seltisberg BL
Schaffner Christian	Basel
Schenker Dominik	Gretzenbach SO
Schieweck Dominik	Bottmingen BL
Schlienger Philipp	Basel und Hellikon AG
Schmid Hans-Peter	Vals GR
Schneider Nicole	Langenbruck BL
Schubiger Urs	Uznach SG
Schuler Nicole	Rothenturm SZ
Serra Antonella	Italien
Sigrist Marco	Allschwil BL und Sarnen OW
Simon Gabriella	Schönenbuch BL
Stalder Ruth	Lützelflüh BE
Stehli Claudia	Rodersdorf SO
Steiner Martin	Gontenschwil AG
Strauss Freddy	Baden AG
Stritt-Lutz Hanna	Ziefen BL und Rehetobel AR
Stückelberger Balthasar	Basel
Studer David	Basel
Sutter Alexander	Basel und Appenzell AI
Szabo Michael	Wettingen AG

Name	Heimat
Tschachtli Pascal	Basel
van Bebberen Mai-Britt	Niederlande
Viahovic Matjaz	Rheinfelden AG
von Orelli Michal	Basel
von Planta Philippe	Basel und Arlesheim BL
Wagner Daniel	Reigoldswil BL
Walter Matthias	Sibingen SH
Weber Caroline	Meilen ZH
Weber Jonas Peter	Basel
Wegener Bernhard	Basel
Wenger Yves	Basel
Widmer Corinne	Hasle bei Burgdorf BE
Widmer Nicole	Mosnang SG
Wilhelm Claudia	Basel und Safenwil AG
Zajac Thomas	Polen
Zenhäusern Catherine	Unterbäch VS
Zimmerli Matthias	Rothrist SO
Zulauf Maja	Schinznach Dorf AG
Zweifel Marie-Louise	Zürich und Glarus GL

Medizinische Fakultät

Name	Heimat
Doctores Medicinae	
aufgrund eingereicherter Dissertationen	
eidgenössisch diplomierter Ärzte	
Humanmedizin	
Humanmedizin	
Borer Thomas	Kleinlützel SO
Fuchs Andreas	Neuenegg BE
Hungerbühler Peter	St. Gallen
Moser Nicole	Basel
Naef-Bischof Verena	Zürich Zell ZH
Parli Valentin Andrea	Tamins GR
Rüttgers Fabienne	Meggen LU und Neuchâtel NE
Tiedemann Christine Heidi	Zürich
Vock Michel Patric	Sarmenstorf AG
Zehnder René	Einsiedeln SZ
Anästhesie	
de Garis Christian Pascal	Hauptwil TG
Derrer Frank	Reinach BL und Berglatt ZH
Perren Rafael	Visp VS und Zermatt VS
Wu Xianren	China
Anatomie	
Handschin Rolf Georg	Rickenbach BL
Kurzidim Martin Hermann	Deutschland
Angiologie	
Huth Beatrice	Basel
Chirurgie	
Obeid Tamim	Zürich
Stadler Patrick	Aadorf TG
Dermatologie	
Schmid Simone Andrea	Basel und Beromünster LU
Sommacal Geel Dorothea	Münchenstein BL und Sargans SG
Stöckli Daniel	Basel und Neuendorf SO
Endokrinologie	
Baader Manon	Schaffhausen SH
Kleewein Nathalie Michèle	Wiesendangen ZH
Zimmerli Lukas	Basel und Rothrist AG
Forensische Psychiatrie	
Wyss Samuel	Glarus GL
Forschung	
Warthmann Christoph	Basel

Name	Heimat
Gastroenterologie	
Angly Bernhard	Basel
Berthold Richard Karl	Bottmingen BL
Bürgi Martin Lukas	Basel und Tanegg TG
Dufner Gregor	Zürich und Kirchberg SG
Dzanic Jasminka	Laufen BL
Handschin Daniel	Gelterkinden BL
Lorant Yves	Arlesheim BL
Minzer Alexander	Basel
Mosconi Priska	Birsfelden BL
Nauer André	Oberiberg SZ
Petrig Christophe	Törbel VS
Reubke-Maurer Susanne	Deutschland
Rohr Andrea Christine	Mägenwil AG
Rudiger Alain	Kyburg ZH
Sinnreich Michael	Basel
von Büren Toni	Stansstad NW
Geburtshilfliche Psychosomatik	
Widmer Regina Elizabeth	Sumiswald BE
Geriatric	
Bron Denis	St. Saphorin VD
Schmid Walter	Frick AG
Gynäkologie	
Iselin Daniel Serge	Basel
Sant Rosalie Ann	Malta
Infektiologie	
Bellini Cristina	Balerna TI
Bogdan Inja	Niederdorf BL
Innere Medizin	
Abt Andreas Patrick	Basel
Fischer Susanne	Basel
Gauch Michaela	Schongau LU
Haller Patricia	Reinach AG
Holenstein Christoph	Basel
Hostettler Katrin Esther	Guggisberg BE
Naef Marcel René	Solothurn und Basel
Pechula Martina	Zug ZG
Reiffer André Ernst	Riehen BS
Wohlrab Brigitte	Birsfelden BL
Zehnder Andreas Franz	Basel und Birmenstorf AG
Kardiologie	
Bider Katharina	Zeglingen BL
Gasche Andreas	Bolken SO
Haegeli Laurent	Arlesheim BL und Frankreich
Kaeslin Thomas Bruno	Horw LU und Beckenried NW
von Känel Oliver Ernest Ch.	Reichenbach i.K. BE
Yoon Se-Il	Hallau SH
Kinderchirurgie	
Schwörer Monika	Deutschland

Name	Heimat
Kinderpsychiatrie	
Jourdan Sonya Mathilde Gisela	Basel
Schweiwiler-Noser Susanne	Oberurnen GL
Zinkernagel Christine Bettina	Riehen BS
Klinische Pharmakologie	
Fuchs Peter Johann	Appenzell AI
Romerio Giudici Silvana Carla	Giornico TI
Schmid Bernhard	Baar ZG
Medizinische Genetik	
Aeschlimann Sabine	Basel und Langnau i.E. BE
Kaufmann Beat Andreas	Basel
Winistörfer Matthias	Winistorf SO und Italien
Medizinische Radiologie	
Illigen Frank Michael	Au SG
Naegelin Yvonne Liselotte	Basel
Schaub Michèle Nathalie	Basel und Tecknau BL
Stranzinger Enno	Maur ZH
Medizinische Mikrobiologie	
Hartmann Karin	Gempen SO
Nephrologie	
Petitjean Gilliane Francine	Basel
Rogrer Werner	Grosshöchstetten BE
Neurochirurgie	
Fischer Roman Bernhard	Deutschland
Neurologie	
Abdel-Latif Adel Mahmoud	Basel
Willimann Patrick Franz Xaver	Rickenbach LU
Neuropädiatrie	
Khanna Savita	Bottmingen BL
Neurophysiologie	
Brogliolo Walter	Italien
Onkologie	
Sasse-Roth Gabriela	Schattenhalb BE
Ophthalmologie	
Nuttli-Gallwas Ines	Ilanz GR
Becht Christoph Nicolas	Basel
von Arx Georg	Egerkingen SO
Orthopädie	
Laschke Sebastian	Deutschland
Müller Claude Christian	Affoltern am Albis ZH
Rickenbacher Beat Martin	Zeglingen BL
Strub Martin Fritz	Läufelfingen BL
Viardot Alexander	Deutschland
Otorhinolaryngologie	
Hippert Marc	Basel und Utzwil SG
Schaller Patrick Daniel	Solothurn und Wünnewil FR

Name	Heimat
Pädiatrie	
Fankhauser Christoph Emanuel	Trub BE
Keiser Karin Barbara	Zug ZG
Suter Oda-Christina	Kappel am Albis ZH
Zerwetz Oliver	Basel BS
Pathologie	
Bassi Marco	Poschiavo GR
Beffa Lorenza	Airolo TI
Bucher Christoph	Füllinsdorf BL
Buser Andreas Stefan	Niederdorf BL
Görög Jean-Philippe	Basel
Jiang Feng	China
Kettelhack Natascha Leonore	Lugano TI
Longo-Bauer Cornelia H.	Deutschland
Müller Daniel	Langenbruck BL
Neuhaus Michael Konstantin	Trimbach SO
Oth Christiane Caroline	Innertkirchen BE
Puder Jardena Jacqueline	Basel
Sartorius Gideon Andreas	Basel
Weisskopf Lukas	Basel und Pratteln BL
Pharmakologie	
Nitsch Dorothea Denise	Deutschland
Studler Ulrich	Seengen AG
Zumsteg Valérie Marie M.	Solothurn und Etzgen SO
Plastische Chirurgie	
Faulenbach Mirjam	Diepfingen BL
Gilgen Nicole	Riehen BS und Rüeggisberg BE
Pneumologie	
Storck Claudio Alexander	Riehen BS und Basel
Weber Janos	Netstal GL
Psychiatrie	
Annen Oliver	Root LU und Schwyz SZ
Bozinovski Liliana	Aesch BL
De Luca Angela	Gsteig BE
Eickelberg Christiane	Deutschland
Feinendegen Christophe A.L.	Deutschland und Basel
Fricker Manuel Benedikt	Basel
Hruz Petr	Basel
Hug Irene	Untervaz GR
Marschall Jonas	Deutschland und USA
Mayer Alain	St Gallen SG
Pfeiffer David Friedrich	Winterthur ZH und Begglingen SH
Recker Sabine	Buckten BL
Störmer Robert	Deutschland
Zwahlen Daniel Rudolf	Wahlern BE
Psychosomatik	
Seyffarth Barbara	Hallau SH
Rheumatologie	
Meier Dominik	Zeihen AG

Philosophisch-Historische Fakultät

Name	Heimat
Sozial- und Präventivmedizin	
Kamber Dominique Hieronymus	Balsthal SO
Tumordiagnostik	
Bassanello Giovanni	St. Gallen
Video- beziehungsweise CD-Rom-Projekt	
Rüber Corinne	Tägerwilen TG
Wiederherstellende Chirurgie	
Karli Adrian	Zufikon AG
Mund Michael Thomas	Schmitten FR
Zahnmedizin	
Hungerbühler Peter	St. Gallen
Rüttgers Fabienne	Meggen LU und Neuchâtel NE
Vock Michel Patric	Sarmenstorf AG
Zehnder René	Einsiedeln SZ
Borer Thomas	Kleinlützel SO
Fuchs Andreas	Neuenegg BE
Moser Nicole	Basel BS
Naef-Bischof Verena	Zürich und Zell ZH
Parli Valentin Andrea	Tamins GR
Tiedemann Christine Heidi	Zürich

Name	Heimat
Doctores Philosophiae aufgrund eingereicherter gedruckter Dissertation und abgelegter Prüfung	
Ethnologie	
Ehret-Köhnig Rebekka	Basel BS
Geographie	
Furter Martin	Marbach SG
Geschichte	
<i>Allgemeine Geschichte des Mittelalters</i>	
Burkart Lukas	Basel
Rüdiger Jan	Deutschland
Slanicka Simona	Riehen BS
Zimmermann Bernd	Deutschland
<i>Alte Geschichte</i>	
Köszeghy Miklowl	Ungarn
<i>Neuere allgemeine Geschichte</i>	
Fuchs Friedrich Wilhelm E.	Deutschland
Hagmann Daniel	Basel und Gretzenbach SO
Schwara Desanka	Basel
<i>Schweizergeschichte</i>	
Schmidlin Antonia Maria	Wahlen BE
<i>Ur- und Frühgeschichte</i>	
Marti-Grädel Reto	Wagenhausen TG
Kunstwissenschaft	
Bierende Edgar	Deutschland
Haldemann Matthias	Eggwil BE
Sauer Marlina M.A.	Deutschland
Velhagen Rudolf	Deutschland
Musikwissenschaft	
Kirnbauer Martin	Deutschland
Philologie	
<i>Deutsche Sprach- und ältere Literaturwissenschaft</i>	
Goy Karin	Muttenz BL
Grossenbacher Künzler Barbara	Hasle bei Burgdorf BE
Gsell Monika Ida	Luzern und Oberrohrdorf AG
Bürkli Beatrice	Malters LU
<i>Neuere Deutsche Literaturwissenschaft</i>	
Marx Anna-Elisabeth	Biganello TI
Mall-Grob Beatrice	Winznau SO und Basel
Nicoletti Antonella	Basel und Italien
Pfister Gerhard	Oberägeri ZG und Wittenbach SG
Thüring Hubert	Ettingen BL
<i>Französische Literaturwissenschaft</i>	
Bollhalder Meyer Regina	Alt St. Johann TG
Philosophie	
Don Gi-Ok	Korea
Sommer Andreas Urs	Basel und Wyssachen BE
Fenner Dagmar	Meisterschwanden AG

Name	Heimat
Psychologie	
<i>Allgemeine Psychologie</i>	
Arnold Erika	Basel
<i>Klinische Psychologie</i>	
Pecher Wilhelm	Deutschland
Wiesendanger Kurt	Ossingen ZH

**Licentiati Philosophiae aufgrund eingereichter
Lizentiatsarbeiten und abgelegter Prüfungen**

Ethnologie	
Alder Marianne	Ziefen BL und Schönengrund AG
Bossart Rita	Basel und Oberbüren SG
Franceschino Renato	Italien
Hubler Susanne	Bätterkinden BE und Basel
Mühlebach Andrea	Horw LU

Geographie	
Moll Christa	Lostorf SO
Weibel Violette	Basel

Geschichte	
D'haemer Thomas	Biel-Benken BL
Dupont-Heggenberger Elisabeth	Deutschland
Ganser Daniele	Lugano TI
Hänggi Claudio	Meltingen SO
Holmes Carla	Binningen BL
Maeder Pascal	Agrimoine FR
Merz Andreas	Basel und Menziken AG
Meyer Christoph	Grosswangen LU
Miescher Giorgio	Basel
Ruh Michael	Buch SH
Schürch Kaspar	Rohrbach BE
von Büren Petra	Emmen LU und Flumental SO
Walliser Thomas	Dornach SO

Allgemeine Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit

Bausenhardt Ursula	Aarau AG
Bloch Urs	Wisen SO
D'haemer Kristin	Biel-Benken BL
Gerber Lorenz	Langnau i.E. BE
Goepfert Susanne	Basel
Haber Peter	Basel
Hagenbuch Bernadette	Oberlunkhofen AG
Lüthi Barbara	Stettfurt TG
Rizzo Nada	Italien
Siegrist André	Meisterschwanden AG
Stork Gregor	Mellingen AG
Strebel Sabine	Hitzkirch LU und Buttwil AG
Tschudi Daniela	Schwanden GL
Uebelhart Jan	Basel
Ritter Hans Jakob	Sissach BL

Osteuropäische Geschichte

Bonhage Almut	Deutschland
Lüthi Peter	Linden BE
San Roman Yeshica	Allschwil BL

Ur- und Frühgeschichte

Thurnheer Abdel-Malak Christine	Weinfelden TG
---------------------------------	---------------

Name	Heimat
Klassische Archäologie	
Gasser Alexia	Lungern OW und Wauwil LU
Wolff-Healy Jane	Basel

Kunstwissenschaft	
Baum Rainer	Deutschland
Bürer Kathrin Iwona	Walenstadt SG und Muttenz BL
Kalinowski Anja	Deutschland
Kalt Irene	Basel
Loch Nathalie	Basel
Müller André	Uster ZH
Müller-Alsbach Annja	Deutschland
Pantellini Claudia	Brissago TI
Steinmann Barbara-Maria	Ettiswil LU
Suter Rudolf	Kölliken AG
van der Meulen Nicolaj	Deutschland
Waser-Bonath Claudia	Hölstein BL und Basel
Zürcher Isabel	Aarau AG und Menzingen ZG

Philologie

Deutsche Philologie

Djukic Sandra	Jugoslawien
Etter Sabine	Rieb bei Kerzers FR
Fries Sandra	Winikon LU
Hansen Nicole	Willisau-Land LU
Hinden Dominique	Basel und Gipf- Oberfrick AG
Hofer Madeleine	Langnau i.E. BE und Basel
Kalnay Reist Georgina	Bottmingen BL und Sumiswald BE
Keel Karin	Rebstein SG
Mateos Ines	Spanien
Müller Andreas	Zürich
Pestalozzi Elisabeth	Zürich
Schaub Susanne	Basel
Strebel Gabriela	Mägenwil AG
Voegelin Regina	Bettingen BS
von Arx Katja	Egerkingen SO
Wirth Thomas	Villaz St. Pierre FR
Zobrist Peter	Hendschiken AG

Englische Philologie

Benz-Kühne Matthias	Dietlikon ZH
Berger Denise	Wattenwil BE
Brenni Vera	Salorino TI
Benini Francesco	St. Gallen-Tablat SG
Chiappini Angela	Basel
Corbat Silvan	Vendlincourt JU
Ioli Corinne	Eggiwil BE
Kilian Jaroslaw	Basel und Polen
Köppel Cornelia	Widnau SG
Leuenberger Esther	Walterswil BE
Lüder George	Büren zum Hof BE
Nicolaus Anja	Agriswil FR
Schweighauser Philipp	Bottmingen BL
Streicher Ingrid	Basel
Tanner Daniela	Eriswil BE
Zysset Sylvia	Heiligenschwendi BE

Name	Heimat
Französische Philologie	
Baeriswyl Pascale	Fribourg FR und Basel
Chetelat Laurence	Schangnau BE und Montsevelier JU
Clément Marie-Claire	Ependes FR
Kamber Isabel	Rickenbach SO
Luczak Barbara	Basel
Lutz Nathalie	Adelboden BE
Straumann-Fisquet Anne	Giebenach BL
Griechische Philologie	
Robinson Natalie	Riehen BS
Suter Andrea	Muotathal SZ und Weiach ZH
Iberoromanische Philologie	
Gomez Antonio	Spanien
Lopez Montserrat	Spanien
Schlumpf Adrian	Bauma ZH und Mönchaldorf ZH
Sogorb Lolita	Allschwil BL
Uribe-Sanchez Antonio	Spanien
Italienische Philologie	
Solca Carlo	Coldrerio TI
Bally Clelia	Aarau AG und Schönenwerd SO
Lateinische Philologie	
Humbel Dominik	Untersiggenthal AG
Praehauser Christa	Aesch BL
Preiswerk Sophie	Basel und Sissach BL
Schäublin Katharina	Basel und Bettingen BS
Weber Philipp	Sempach LU
Russische Philologie	
Cavarero Gillian	Basel und Italien
Meyer Bettina	Muttenz BL
Müller Matthias	Wiliberg AG
Slavische Philologie	
Korth Britta	Deutschland
Leubin Andrea	Basel
Zdunek Andre	Wiesen SO
Philosophie	
Egli Han Angela	Willisau-Land LU und Hochdorf LU
Giacomuzzi Jörg	Frauenfeld TG
Kadlcik Tomas	Binningen BL
Pfenninger Flavia	Stäfa ZH
Said Roger	Brig-Glis VS
Schütz Martin	Willisau Stadt LU und Kriens LU
Witzthum Harry	Zürich

Name	Heimat
Psychologie	
Allgemeine Psychologie	
Brand Serge	Arlesheim BL
Bucher Nathalie	Basel
Facchin Prisca	Basel
Faedi Eric	Basel
Hersperger Christine	Seewen SO
Mittag Michael	Heiden AR
Schleusener Annette	Reinach BL
Schori René	Radelfingen BE
Stucky Marc	Konolfingen BE
Thomann Barbara	Brienz BE
Widmer Adrian	Oberentfelden AG
Klinische Psychologie	
Meyer Elena	Zürich
Toepfer Susanne Barbara	Basel
Voegtli Hübscher Cornelia	Basel und Hochwald SO
Klinische Philologie	
Bischof Kerstin	Deutschland
Chavanne Claudine	Porrentruy JU
Diehl Ruth	Arboldswil BL und Basel
Exner Volker	Deutschland
Feldmann Christina	Deutschland
Fontana Paola	Tesserete TI
Gartmann-Maurer Franziska	Basel und Valendas GR
Gründer Geraldine	Niederlande
Hatebur Silvia	Basel
Hersberger Johanna	Basel
Hilden Ariana	Bern
Huber Dieter	Hermetschwil-Staffeln AG
Kunze Ursula	Zürich
Meier-Rossi Hanna	Unterkulm AG
Operschall Catherine Marie	Basel
Sandrin Michele	Roche d'Or JU
Strub Jürg	Basel, Olten und Trimbach SO
Vodoz Valérie	La Tour-de-Peilz VD
Wanner Nicole	Baden AG
Zechner Stefanie	Bolligen BE
Zurfluh Elisabeth	Sisikon UR
Soziologie	
Dittrich Mirjam	Balterswil TG
Eugster Balthasar Johannes	Oberegg AI
Freudweiler Michael	Zürich
Glatt Anita	Basel und Rothenfluh BL
Osswald Bettina	Muttenz BL und Niederwil TG

Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

Name	Heimat
Doctores Philosophiae aufgrund eingereicherter Dissertation und abgelegter Prüfung	
Astronomie	
Löffler Wolfgang Johannes	Deutschland
Biologie I	
Botanik	
Akeret Ernst	Hüttwilen TG
Fründt Corinne	Deutschland
Klee Marlies	Deutschland
Lange Jürg Andreas	Basel
Mäder Paul	Morschwil SG
Reinders Anke	Deutschland
Turck Franziska Katharina	Deutschland
Vogel Ralph Bernd	Hasle LU
Volko Sigrid Maria	Österreich
Würth Mirjam	Basel
Zaller Johann Gustav	Österreich
Epidemiologie	
Matthies Franziska	Deutschland
Müller Christine	Bärschwil SO
Medizinisch-biologische Forschung	
Buess Martin	Basel
Hansjee Natasha	Dänemark
Lützel Schwab Roland	Magden AG
Roth Lukas	Basel
Zoologie	
de Andrede Maria Lourdes	Brasilien
Gageneux Pascal	Basel
Gasser Mathias	Nunningen SO
Jäggi Christoph	Rechterswil SO
Leuzinger Sandra	Mollis GL
Vaterlaus Christian	Hüntwangen ZH
Wirth Thierry	Frankreich
Biologie II	
Biochemie	
Amherd Remo	Naters VS
Beck Thomas	Deutschland
Borggreffe Tilman	Deutschland
Brault Veronique	Frankreich
Brennan Lyndalle Eve	Australien
Gysin Stephan	Basel
Ivens Andreas	Deutschland
Jarchow Janina	Zürich
Knöchel Thorsten	Deutschland
Locher Kaspar	Zürich
März Pia	Deutschland
Merz Astrid	Deutschland
Pelczar Pawel	Polen
Schmitz Arndt A.P.	Deutschland
Wesp Andreas	Basel
Zhuang Plodeck Jianping	VR China
Biophysik	
Bähr Günther Heinz	Deutschland
Capitani Guido	Italien
Dutzler Raimund	Österreich
Fischer Holger	Deutschland
Pelland Jerome	Saxon VS
Wohnsland Frank Hermann	Deutschland

Name	Heimat
Genetik	
Humar Bostjan	Hölstein BL
Sauter Patrick	Basel
Schubart Daniel Bernhard	Deutschland
Wiestner Adrian	Schönenwerd SO
Mikrobiologie	
Bolten Roger	Tuggen SZ
Mäser Pascal	Dägerlen ZH
Pharmakologie	
Hiltscher Raphaela	Deutschland
Zellbiologie	
Barner Marjke	Deutschland
Baumeister Anja Caroline	Deutschland
Bormann Peter	Münchenstein BL
Döhring Christian	Deutschland
Favre-Bulle Nicolas	Le Locle NE
Ghilardi Nico Patrik	Arbon TG
Gardon Sacha	Vallorbe VD
Gschwind Martin	Hofstetten SO
Irigoyen Giani José Pedro	Uruguay
Räz Barbara	Rapperswil BE
Stoffel Ruedi	Visperterminen
Tkachuk Maria	Russland
Vogel Andreas Michael	Deutschland
Weerasinghe Deepika	Grossbritannien
Wiederkehr Thomas	Deutschland
Wildt Stefan	Deutschland
Chemie	
Angst Daniela	Zürich und Wil ZH
Béhé Martin	Böckten BL
Blindauer Claudia Andrea	Deutschland
Dussy Adrian Philipp	Basel
Ebinger Alexander	Deutschland
Forrer Olivia	Allschwil BL
Fragale Gianfranco	Italien
Gyr Thomas	Einsiedeln SZ
Hug Robert	Zürich
Jermann Eduard	Dittingen BE
Karlsson Heidi Maria	Schweden
Körner Steffi Katrin	Deutschland
Kulke Torsten	Deutschland
Merstetter Pascal	Basel
Peters Martina	Deutschland
Peukert Stefan	Deutschland
Schaeffer Patrick	Frankreich
Schneider Alain Gerard	Basel
Schwitzer Urs	Basel
Seiler Martin-Ernst	Basel und Füllinsdorf BL
Speck Thomas	Deutschland
Springler Bernhard	Schönenbuch BL
Steinebrunner Gerold	Deutschland
Wagenknecht Hans-Achim	Deutschland
Whall Louise Ann	Grossbritannien
Wirtz Gabriele	Deutschland
Erdwissenschaften	
Kirschen Marcus Tobias	Deutschland
Kruse Robert Hendrik	Deutschland
Meyer Christian	Basel
van Daalen Mirjam	Niederlande
Weh Markus	Schaffhausen SH

Name	Heimat
Geographie	
Ogermann Petra	Deutschland
Rempfler Armin	Appenzell AI
Geschichte der Naturwissenschaften	
Andretta-Purtscherd Daniele	Horgen ZH und Pfaffnau LU
Informatik	
Born Andreas	Deutschland
Sinn Christoph	Deutschland
Westermann Birgit	Deutschland
Mathematik	
Haas Bertrand	Frankreich
Meier Andreas	Olten SO und Dällikon ZH
Pharmazie	
Berger Daniel	Linden BE
Bourquin Jacques Philippe	Buttes NE
Brunner Liliane	Eischoll VS
Dettmann Rike Sabine	Liechtenstein
Junker Pascale Susanne	Rapperswil BE
Madörin Maja	Zunzgen BL
Meyer-Wenger Anita Robin	Seltisberg BL
Monnerat Marie-Pierre	Vermes JU
Prathanturarug Sompop	Thailand
Rey Stephanie	Gunzwil LU
Schmid Marcel	Olten SO
Schulte Julia Geraldine M.	Deutschland
Schwarb Fabian	Allschwil BL und Basel
Siegmund Christian	Basel
Wyss Philipp Andreas	Zug ZG
Physik	
Experimentalphysik	
Fritz Jürgen	Deutschland
Gremaud Alain	Bulle FR
Henny Matthias	Obersaxen GR
Huser Thomas	Deutschland
Jess Peter	Deutschland
Kubon-Jung Martina	Basel und Winterthur ZH
Kuster Yvette	Basel
Lorenzoni Damaris Emilia	Brasilien
Schaller Dominik Martin	Schüpfheim LU
Schietinger Thomas Martin	Basel
Schmidt Claus Michael	Deutschland
Stiefel Bruno	Zürich
Streckeisen Peter	Basel
Stupp Holger	Deutschland
Theoretische Physik	
Gyalog-Bach Tibor	Basel
Rosswog Stephan	Deutschland
Ur- und Frühgeschichte	
Rentzel Philippe	Pratteln BL

Name	Heimat
Diplome aufgrund abgelegter Prüfung und eingereichter Diplomarbeit	
Biologie I	
Allal Nadine	Chen-Bougeries GE und USA
Atar-Zwillenberg Daphna	Bern
Baader Manuel	Schaffhausen SH
Balmer Oliver	Wilderswil BE
Barth Lukas	Basel
Bauch Christian	Deutschland
Bernoulli Marcel	Basel
Beyer Katinka	Deutschland
Bielser Geneviève	Pratteln BL
Birrer Stefan	Luthern LU
Bourguin Alessandra	Sonvillier BE
Bruner Francis	Basel
Faucci Anuschka	Basel
Frommer Susan	St. Gallen
Furler Matthias	Pratteln BL
Glöckler Effi Brigitte	Deutschland
Hänggi Martin	Binningen BL
Hördegen Philipp Marc	Bubendorf BL
Käppeli Thomas	Basel
Keller Valentin	Basel
Klee Stephan	Diepflingen BL
Kopp-Hamberger Maja	Basel
Kossatz Lars Sven	Dübendorf ZH
Lischer Christian	Marbach LU
Meury Claudia	Binningen BL
Obrist Daniel	Sulz AG
Rahn-Gross Caroline	Basel
Rentsch Christina	Trub BE
Schindler Kirsi Helena	Mollis GL
Schneiter Sforin	Basel
Schweizer Claude André	Ramlinsburg BL
Siegler Uwe	Deutschland
Steenblock Tomke Heidi	Muttenz BL
Steiner Igor	Walterswil BE
Stingelin Karin	Pratteln BL
Stöckli Martin Philip	Hofstetten SO
Tesar David	Bäriswil BE
Tester Regula	Safien GR
Ulm Roman	Basel
Vonderschmitt Astrid	Basel
Wenger Urs	Blumenstein BE
Zibulski Petra	Niederdorf BL
Zschokke-Rohringer Christina	Niederdorf BL

Name	Heimat
Biologie II	
Ackermann Manuel	Wolfwil SO
Adler Marc	Mellingen AG
Arigoni Markus	Sachseln OW
Bentele Marc	Basel
Blindenbacher Alex	Hasle BE
Braun Thomas	Basel
Brunner Christian	Deutschland
Curti Maurus	Rapperswil SG
Dettwiler Sabine	Bretzwil BL
Furler Sven	Ziefen BL
Gaillard Helene	Bullet VD
Gautschi Matthias	Brugg AG
Gunzenhauser Michael	Sissach BL
Helg Andreas Rolf	Hohentannen TG
Holbro Thomas	Basel
Kaiser Mirjam	Zürich
Kaul Adesh	Biel-Benken BL
Kiefer Fabrice	Basel
Knechtle Philipp	Appenzell AI
Masciulli Fabrizio	Italien
N'Toum'Essia Gabriel	Maladers GR
Podvinec Michael	Allschwil BL
Pusterla Reto	Basel
Schwander Martin	Deutschland
Studer Philipp	Basel
Stursberg Samuel	Basel
Taubert Stefan	Ettingen BL
Tiedt Ralph	Deutschland
Veltin Laurent	Basel
Wintzer Marie	Frankreich
Wolf Jeannette	Bern
Zumbach Adrian	Baar ZG
Chemie	
Biland Andreas	Birmenstorf AG
Blaser Gabriela Denise	Langnau i.E. BE
Gerber Andreas	Bern
Hügin Severin	Oberwil BL
Leuenberger Michele	Lauperswil BE
Manetsch Roman	Disentis GR
Meyer Christoph	Gebenstorf AG
Neddermann Daniel Paul W.	Beckenried NW
Ribeaud Christian	Coeuve JU
Schönleber Ralph Oscar	Deutschland
Schuster Martin Friedrich H.	Deutschland
Streit Marco	Deutschland
Vogt Patrick Silvio	Basel
Zimmermann Yves Cyrill	Basel
Erdwissenschaften	
Ruzicka Remigius	Basel
Schreier Reto	Muttenz BL

Name	Heimat
Geographie	
Amrein Silvia	Willisau Land LU
Baumann Hanspeter	Weisslingen ZH
Belser Patrick	Kienberg SO
Bleyl Matthias	Deutschland
Brunner Thomas	Winterthur ZH
Burckhardt Sebastian	Basel
Gallacchi Philipp	Breno TI
Geissbühler Urs	Lauperswil BE
Heierle Lukas	Basel
Herczog Elisabeth Martha	Niederdorf BL
Jörger Markus	Allschwil BL
Rolli Michel	Uetendorf BE
Rudolf von Rohr Patricia P.	Basel
Schibler Michael	Basel
Schwarz Lorenz	Zürich
Störi Roland	Basel
Taiana Luca	Pregassona TI
Walter Matthias	Mümliswil SO
Walter-Baumgartner Urs	Sibingen SH
Weisser Fabienne	Deutschland
Mathematik	
Argast Dominik	Basel
Kräuchi Marco	Bäriswil BE
Porcaro Patrizia	Basel
Versicherungslehre	
Brühwiler Stephan	Dussnang TG
Pharmazie	
Altenbach Melanie	Basel
Battaglia Gabriela	Scheid GR
Baumann Simone	Flawil SG
Baur Martina	Mammern TG
Böhner Tanja	Basel, Zürich und Wallisellen ZH
Bonvini Marta	Novazzano TI
Brunner Sylvia	Basel und Mümliswil-Ramiswil SO
Champion Martine	Courrendlin JU
Chodnekar Gita	Seltisberg BL
Conrad André	Müstair GR
Dubach Susanne	Langnau bei Reiden und Zell LU
Dülger Sibel	Niederdorf BL
Eppler Miriam	Basel
Estermann Sonja	Rickenbach LU
Fackler Corinne	Riehen BS
Frei Sarah Maria	Basel und Luthern LU
Gemperle Yvonne	Oberuzwil-Niederglatt SG
Hartmann Barbara	Schiers GR
Hofstetter Susanne	Gais AR und Basel
Imhof Nicole	Betten VS
Lenz Corinna	Vaz/Obervez GR
Marty Sybille	Altendorf SZ
Müller Nicole Elisabeth	Strengelbach und Unterkulm AG
Notter Felicitas	Boswil AG
Pfrunder Arabelle	Basel und Männedorf ZH
Pizzagalli Flavia	Lugano TI
Ramcilovic Sabina	Bosnien

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Name	Heimat
Ruch Sandra	Bleienbach BE
Schemm Christina	Kriens LU
Spaniol Markus	Rothenfluh BL
Straub Andrea	Egnach TG
Tanner Regula	Flühli LU
Trieu Ngoc	Basel
Vonlaufen Nathalie	Luzern
Vuksic Diana	Mendrisio TI
Weder Marc	Diepoldsau- Schmitter SG
Weisskopf Marianne	Pratteln BL
Wetli Herbert	Oberwil-Leili AG
Ziegler Simone	Basel, Gaiserwald und St.Gallen- Rotmonten SG
Physik	
<i>Experimentalphysik</i>	
Mushkolaj Shpend	Kosovo
Barwich Viola	Deutschland
Oberholzer Stefan Martin	Basel
Rudmann Dominik Oliver	Basel
Stöckli Roland	Guggisberg BE
<i>Theoretische Physik</i>	
Falanga Maurizio	Italien
Leuenberger Michael	Walterswil BE
Oechslin Roland	Einsiedeln SZ
Sprecher Christian	Chur GR
Ur- und Frühgeschichte	
Jaksic-Born Claudia	Reinach BL

Name	Heimat
Doctores Rerum Politicarum aufgrund eingereicherter gedruckter Dissertation und abgelegter Prüfung	
Aebersold Claudia	Zürich
Arnsfeld Torsten	Deutschland
Binggeli Alfred Werner	Rüschegg BE
Capponi Patrick	Cadro TI
Dietler Frank Ulrich	Muttenz BL
Figge Frank	Deutschland
Frost Patrick	Basel
Gloder Stefan	Basel
Grund Michael	Deutschland
Hilber Christian	Degersheim SG
Jäger Andreas	Frenkendorf BL
Kägi Wolfram	Deutschland
Kopp Daniel	Niederönz BE
Krampe Dirk	Deutschland
Mumann Britta Margaretha	Deutschland
Mumenthaler Stephan	Langenthal BE
Pelda Kurt	Basel
Spieker Christian	Deutschland
Wicker Christian	Luzern
Wöhle Claudia	Deutschland
Licentiati Rerum Politicarum aufgrund abgelegter Prüfung	
Adam Mark	Allschwil BL
Altwegg Roland	Berg TG
Amacher Theo	Wilderswil BE
Basler Simon K.	Zeihen AG
Baumann Rolf	Niederlenz AG
Bergamin Eliane	Obervaz GR
Bitterli Christian	Wiesen SO
Boeger Christian	Baden-Württemberg
Bölliger Bertram	Radolfzell und Deutschland
Brändlin Marc	Basel
Brönnimann Michael	Zimmerwald BE
Burri Thomas	Grossaffoltern BE
Carrubba Gianfranco	Italien
Casoni Sara	Basel und Davesco
Chovanec Dusan	Luzern
Daniele Alexander	Camorino TI
Daverio Thomas	Basel
Delaquis Olivier	Rechthalten FR
Dette Julia	Deutschland
Dill Saskia	Arisdorf BL
Döbeli Kaspar Samuel	Fahrwangen AG
Döhnert Karsten	Deutschland
Ehling Paul	Deutschland
Eichenberger Sibylle	Aarau AG
Felix Jörg Thomas	Zwingen BL
Ferrara Angelo	Italien
Flury Michael	Feldbrunnen- St.Niklaus SO
Formica Vincenzo	Witterswil SO
Freuler Balthasar	Basel
Fuchs Peter	Appenzell AI
Fünfschilling Salome	Binningen BL
Gasperina Lina	Casamazzagno Italien
Glätzer David	Basel
Haefelin Mirjam	Uzwil SG

Name	Heimat
Haefliger Kirsten	Luzern
Hager Isabelle	Orpund BE
Haldimann David	Basel
Hänggi Thomas	Nunningen SO
Hanschel Elke	Allschwil BL
Haug Uta	Frenkendorf BL
Hauser Andreas	Näfels GL
Heinzelmann Oliver	Deutschland
Hofmann Marc	Binningen BL
Huwiler Marco	Sins AG
Imark Jeannette	Himmelried SO
Janoviak Patrik A.	Allschwil BL
Jermann David	Zwingen BL
Kalfus Harold	Tilburg Holland
Kausch Stefan	Vicosoprano GR
Klaus Jenny	Niederhelfenschwil SG
Koester Tobias	Kirchzarten Deutschland
Kristen Petra	Deutschland
Kroepfli-Murga Jeannette	Basel
Kuhn Christine	Dornach SO
Leifels Dunja	Binningen BL
Lieb Christoph Martin	Stein am Rhein SH
Loleit Lars	Lörrach Deutschland
Lüchinger Jan	Oberriet SG
Lüdi Beat	Heimiswil BE
Mauch Christian	Basel
Menzinger Daniela	Niederdorf BL
Merz Peter	Ohmstal LU
Müller Alexander	Aeschi b. Spiez BE
Müller Yvette	Basel
Naegele Isabelle	Frankreich
Nussbaum Diego	Densbüren AG
Oesch Stephan	Oberlangenegg BE
Pataki Maja	Binningen BL
Pekar Kevin	Virginia Beach USA
Pertoldi Luca	Basel
Pezzetta Davide	Italien
Pirker Raul	Basel
Plattner Andreas	Reigoldswil BL
Rehmann Andreas	Kaisten AG
Rehmann Daniel	Kaisten AG
Ruffner Patricia	Maienfeld GR
Säuberli Marianne	Teufenthal AG
Schäfer Christoph	Basel
Schiffer Mirjam	Basel
Schimkat Dirk	Deutschland
Schlumpf David	Basel
Schneider Pascal	Reinach BL
Schneider Susanne	Nenzlingen BL
Schwarb Patrik	Eiken AG
Schwarz Marc	Allschwil BL
Schweikert Claudia	Deutschland
Siegrist Alex	Reinach BL
Siegrist Martin	MuttENZ BL
Spengler Philipp	Basel
Steinacher Dominik	Schönenbuch BL
Suter Stephan	Kölliken AG
Syring Andrea	Rüschegg BE
Thurnheer Andreas	Berneck SG
Villiger Stephan	Beinwil AG
Vogt Thomas	Thun BE
Walther Mathias	Ziefen BL
Weber Christoph	Golaten BE

Name	Heimat
Weiss Marcel	Deutschland
Weiss Niklaus	Basel
Weiss Stephan	Basel
Wiedmer Roland	Diepflingen BL
Willimann Andreas	Triengen LU
Zbinden Jan	Rüschegg BE
Zeugin Roger	Basel